BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 1 **Köln, 25. Januar 1960** **Preis DM 1,50**

Fünfter Jahrgang – Postverlagsort Köln – G 1800 E

Inhalt:

- *Dr. Achim von Borries, „Die Lage"* S. 1
- *Arno Behrisch, MdB, „Wer mit Hunden schläft ..."* S. 14
- *William Warbey, M.P., „Es ist Zeit, Halt zu rufen"* S. 22
- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „Das moralische Unheil"* S. 26
- *Hans Nätscher, „Restauration und Opposition"* S. 35
- *Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard, „Rundfunk in der Demokratie"* S. 39
- *Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, „Landesverteidigung, moderne Waffen und große Politik"* S. 46
- *Dr. Josef Peters, „Eine schändliche Komödie"* S. 52
- *Simon Messer, „Nieder mit dem Materialismus!"* S. 57
- *Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, „Der west-östliche Konflikt und seine einzig mögliche Lösung"* S. 60
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Die deutsche Spaltung"* S. 62
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 72

Dr. Achim von Borries

Die Lage

Politische und moralische Isolierung

Das internationale Prestige der Bundesrepublik — seit Monaten schon stark im Schwinden begriffen — hat in den letzten Wochen des alten und den ersten des neuen Jahres weitere schwere Einbußen erlitten! Es war in den letzten Jahren, als das völlige Scheitern der Adenauerschen Politik einer „Wiedervereinigung durch Aufrüstung" immer deutlicher wurde (ohne daß die dafür Verantwortlichen irgendeine Konsequenz gezogen hätten!) stets der beschwichtigende Hinweis aus Bonn gekommen, „immerhin" habe der Kanzler doch den notwendigen „ersten Schritt" zur Wiedervereinigung getan, indem er die Bundesrepublik zu einem gleichberechtigten, voll anerkannten und vertrauenswürdigen Partner der Westmächte gemacht habe. Daß dieses „Vertrauen" der Westmächte in die Bundesrepublik weitgehend auf deren militärpolitischer Zuverlässigkeit im „Kalten Kriege" beruhte, wurde geflissentlich verschwiegen.

Sonderdruck der „Blätter für deutsche und internationale Politik"
Heft 1/1960

Vom „Gnadentod" des Dritten Reiches zur restaurativen Einschläferung in der Bundesrepublik

von

KURT HIRSCH

„Wir sind der Meinung, daß der Fall Heyde ein weiterer Prüfstein in der Art seiner Erledigung für die maßgeblichen politischen Kräfte in Westdeutschland sein wird. Ob man der Wahrheit und dem echten Neuanfang dienen will, oder ob eine pharisäische Gesinnung und Praxis immer mehr alles überwuchern und zerstören soll."
Aus einer rechtsradikalen Wochenzeitung 1).

Euthanasie — Gnadentod oder Mord an Wehrlosen?

Das aus dem Griechischen stammende Wort Euthanasie ist gleichbedeutend mit „leichter Tod" oder „Gnadentod". Das heißt, die Abkürzung des Lebens durch ärztliche Handlungen ist sittlich nur dann gerechtfertigt, wenn es sich z. B. um einen unter Qualen sterbenden Patienten handelt. Nur in einem solchen konkreten Fall ist die Anwendung des Wortes Euthanasie berechtigt und gerechtfertigt.

Doch ehe wir uns mit dem Fall Heyde und allen damit in Zusammenhang stehenden Aspekten beschäftigen, ist es notwendig, sich mit jenen nationalsozialistischen Behauptungen von gestern und wie sie auch heute wieder zu hören sind, auseinanderzusetzen, die diese Mordaktionen mit dem Argument zu rechtfertigen suchen, die Tötung von unheilbar Kranken sei keine Erfindung des Gauleiterstaates gewesen.

Hier muß vor allem an die Problematik des Begriffes „unheilbar" im allgemeinen und „unheilbare Geisteskrankheit" im speziellen vom medizinischen Standpunkt aus erinnert werden. Professor Viktor v. Weizsäcker schrieb hierüber:

„Man darf sich hier nicht an das Wort Geisteskrankheit klammern. Eine angeborene Idiotie oder eine arteriosklerotische oder traumatische Verblödung sind eigentlich keine Geisteskrankheiten. Andererseits sind sehr viele geistige Abnormitäten leichterer Art unheilbar, und es kommt dann auf den Grad der Erkrankung an, bzw. darauf, wo ein Arzt die Grenze zwischen Abnormalität und Geisteskrankheit nach seinem Ermessen zieht. Man sieht, daß hier bereits eine Wertsetzung, nicht nur ein Tatbestand im Spiele ist. Auch ist die Annahme der Unheilbarkeit in vielen Fällen ungewiß. Es gibt diagnostische Irrtümer, es gibt Ausnahmen von der Regel und es gibt Fortschritte der Therapie, nach denen für unheilbar gehaltene Fälle heilbar werden. Ferner ist der Begriff einer Heilung relativ. Ein Mensch kann unheilbar krank, aber sozial eingeordnet und sogar nützlich sein; umgekehrt gibt es asoziale und zerstörend wirkende Psychopathen, die nicht geisteskrank sind. Wenn also in dem Begriff „unheilbare Geisteskrankheit" irgendein Kennzeichen oder ein Motiv zur Beseitigung solcher Personen liegen sollte, dann ist der Ausdruck so gewählt, daß er das eigentlich' Gemeinte — unwertes Leben — entweder nicht bezeichnen kann oder verdecken soll" 2).

Es ist aber zutreffend, daß sich Gelehrte schon lange vor dem Dritten Reich mit diesem Problem beschäftigt haben. So erschien in Deutschland 1920 in einem Leipziger Verlag unter dem Titel „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens — Ihr Maß und ihre Form" eine sich aus zwei Teilen zusammensetzende Schrift. Der Verfasser des ersten Teiles, der den Untertitel „Rechtliche Ausführungen" trug, war der Strafrechtslehrer Professor Karl Binding, während der zweite Teil von dem bekannten Psychiater Professor Dr. Alfred Hoche stammte.

Auch im englischen Unterhaus wurde 1935 über ein derartiges Gesetz diskutiert, ohne daß es bei der Abstimmung im Oberhaus die erforderliche Mehrheit erreichen konnte.

Es soll durchaus nicht abgestritten werden, daß die Tatsache der Existenz von unheilbar erscheinenden Geisteskranken, von schrecklich verunstalteten Kindern und von gemeingefährlichen Irren ein medizinisches Problem darstellt, das der wissenschaftlichen Diskussion wert ist. Selbstverständlich ist diese Frage auch von der juristischen Seite aus zu diskutieren. Im alten Preußischen Landrecht wurde ein Täter, „der einem tödlich Verwundeten oder Todkranken in vermeintlich guter Absicht das Leben verkürzt", nur als fahrlässiger Totschläger behan-

delt. Es wurde dem Täter die „gute Absicht" zwar mildernd zuerkannt, aber zu gleicher Zeit betont, daß es sich um eine „vermeintlich gute Absicht" gehandelt habe.

Eine Neuerung des bisher üblichen, geltenden internationalen Rechtes brachte 1902 das Norwegische Strafgesetzbuch. Hier wurde das Mitleid bei der Tötung eines „hoffnungslosen Kranken" als „mögliches sittliches Motiv" anerkannt.

Selbst die theoretische Diskussion über diese Frage ist mit einer unerhörten Problematik belastet — einer schwierigen, kaum zu bewältigenden Problematik, die in den einleitenden Worten Professor Bindings in der schon erwähnten Schrift ihren Ausdruck findet:

„Ich wage am Ende meines Lebens mich noch zu einer Frage zu äußern, die lange Jahre mein Denken beschäftigt hat, an der aber die meisten scheu vorübergehen, weil sie als heikel und ihre Lösung als schwierig empfunden wird, so, daß nicht mit Unrecht gesagt werden konnte, es handle sich hier um einen starren Punkt in unseren moralischen und sozialen Anschauungen.

Sie geht dahin: Soll die unverbotene Lebensvernichtung, wie nach heutigem Rechte — vom Notstand abgesehen —, auf die Selbsttötung des Menschen beschränkt bleiben, oder soll sie eine gesetzliche Erweiterung auf Tötung von Nebenmenschen erfahren und in welchem Umfange?

Ihre Behandlung führt uns von Fall Gruppe zu Fall Gruppe, deren Lage jeden von uns aufs tiefste erschüttert. Um so notwendiger ist es, nicht dem Affekt, andererseits nicht der übertriebenen Bedenklichkeit das entscheidende Wort zu überlassen, sondern es auf Grund bedächtiger rechtlicher Erwägung der Gründe für und der Bedenken gegen die Bejahung der Frage zu finden. Nur auf solch' fester Grundlage kann weitergebaut werden" 3).

Der auch schon zitierte Professor v. Weizsäcker sieht die sich ergebende moralische Frage vor allem darin, „ob der unheilbare Geisteskranke kein Mensch ist und keiner mehr werden kann", denn, so meint er weiter, „die Unantastbarkeit des Menschen muß vom Arzt unter allen Umständen erhalten werden" 4). Professor v. Weizsäcker gelangt allerdings zu dem Schluß

„... der Geisteskranke ist auch ein Mensch, und eine ärztliche Euthanasie mit der Begründung, er sei kein Mensch, kommt nicht in Frage" 5).

Von der wissenschaftlichen Diskussion zur Mord-Propaganda

Mit den vorhergehenden Zeilen wurde der Versuch unternommen, zu beweisen, wie vielschichtig und kompliziert das Problem des „Gnadentodes" selbst im Stadium der theoretischen Erwägungen und unbelastet von der nationalsozialistischen Phraseologie ist. Doch wie wenig die medizinisch getarnten Massenmorde im Dritten Reich mit ensthaften, wissenschaftlichen Diskussionen gemein haben, sei im folgenden an den Beispielen der nationalsozialistischen Propaganda und der von Hitler gegebenen Richtlinien demonstriert:

Schon in Hitlers „Mein Kampf" kommt immer wieder der Gedanke der Vernichtung des in seinen Augen minderwertigen Lebens zum Ausdruck:

„Ein stärkeres Geschlecht wird die Schwachen verjagen, da der Drang zum Leben in seiner letzten Form alle lächerlichen Fesseln einer sogenannten Humanität der einzelnen immer wieder zerbrechen wird, um an seine Stelle die Humanität der Natur treten zu lassen, die die Schwäche vernichtet, um der Stärke Platz zu machen" (Seite 145).

Auf Seite 466 heißt es dann weiter:

„Der Staat... hat, was irgendwie ersichtlich krank und erblich belastet und damit weiter belastend ist, zeugungsunfähig zu erklären und dies praktisch auch durchzuführen..."

Alfred Rosenberg schreibt in seinem Buch „Der Mythus des XX. Jahrhunderts" in dem Kapitel „Volkskrankheit und Humanität" u. a.:

„Aus dem Zwangsglaubenssatz der schrankenlosen Liebe und der Gleichheit alles

Menschlichen vor Gott einerseits, der Lehre von demokratischen, rasselosen ... Ehrgedanken getragenen „Menschenrechte" andererseits hat sich die europäische Gesellschaft geradezu als Hüterin der Minderwertigen, Kranken, Verkrüppelten, Verbrecherischen und Verfaulten entwickelt. Die „Liebe" plus Humanität ist zu einer alle Lebensgebote und Lebensformen eines Volkes und Staates zersetzenden Lehre geworden und hat sich dadurch gegen die sich heute rächende Natur empört. Eine Nation, deren Mittelpunkt Ehre und Pflicht darstellte, würde nicht Faule und Verbrecher erhalten, sondern ausschalten ..."

Schon 1933 schrieb ein Mitarbeiter des Preußischen Justizministers Hanns Kerrl in einer Denkschrift über „Nationalsozialistisches Strafrecht" in dem Kapitel „Sterbehilfe" u. a.:

„Daher tritt bei der Tötung auf Verlangen Straflosigkeit ein, wenn der Täter ein staatlich zugelassener Arzt ist, der Kranke unheilbar krank ist und dies durch das Gutachten zweier beamteter Ärzte festgestellt ist."

In der gleichen Denkschrift ist in dem Kapitel „Vernichtung lebensunwerten Lebens" folgendes zu lesen:

„Dagegen erübrigt sich die Schaffung eines Unrechtsausschließungsgrundes bei der sogenannten Vernichtung lebensunwerten Lebens. Sollte der Staat etwa bei unheilbar Geisteskranken ihre Ausschaltung aus dem Leben durch amtliche Organe gesetzmäßig anordnen, so liegt in der Ausführung solcher Maßnahmen nur die Durchführung einer staatlichen Anordnung. Ob diese Anordnung geboten ist, steht hier nicht zur Erörterung. Wohl bleibt zu betonen, daß die Vernichtung lebensunwerten Lebens durch eine nichtamtliche Person stets eine strafbare Tötung darstellt" 6).

In einem 1935 erschienenen „Bericht über die Arbeit der amtlichen Strafrechtskommission", den der damalige Reichsjustizminister Dr. Franz Gürtner unter dem Titel „Das kommende deutsche Strafrecht" herausgab, stellte der Strafrechtslehrer Professor Dr. Graf von Gleispach die barbarische These auf, „daß Tötung nicht deswegen so schwer bestraft werde, weil der Lebenswille des einzelnen mißachtet" wurde, sondern nur deshalb, weil sie einen „Angriff auf die Volksgemeinschaft" durch die Vernichtung eines ihrer „Glieder" bedeute 7). Aus dieser Formulierung ist zu folgern, daß, wenn es sich bei dem Getöteten um kein im Sinne der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft" nützliches „Glied" gehandelt hat, daß dann „der Lebenswille des Einzelnen mißachtet" werden kann, wie dies auch von den Nationalsozialisten weitgehendst praktiziert wurde.

Während sich der nationalsozialistische Justizminister Preußens schon im Jahre 1933 mit einer nichts zu wünschen übrig lassenden Deutlichkeit zur Euthanasie von sogenannten unheilbar Kranken bekannte, wurde dies 1935 vom Reichsjustizminister zwar lange nicht so deutlich zum Ausdruck gebracht, aber es bleibt die unbestreitbare Tatsache bestehen, daß unter der Leitung eines nichtnationalsozialistischen Justizministers die Mißachtung des Lebenswillens des einzelnen auf der Gerichtswaage des Dritten Reiches weniger wiegt als der „Angriff auf die Volksgemeinschaft", wenn diese ein den Nationalsozialisten wertvoll erscheinendes „Glied" verliert.

Damit, daß der Gesetzgeber das Leben der Menschen in wertvoll und weniger wertvoll teilt, hat er auch formaljuristisch das Tor zur „Tötung lebensunwerten Lebens" aufgestoßen.

Doch die als Euthanasie bezeichneten Mordaktionen wurden im Dritten Reich nicht nur juristisch und medizinisch, sondern auch psychologisch vorbereitet. So erschien z. B. 1936 das Buch eines Augenarztes, das das Problem der „Sterbehilfe" zum Thema hatte, „und in Ärztekreisen augenscheinlich recht verbreitet war" 8).

„... ‚Wenn Sie ein Krüppel wären', fragte er weiter, ‚möchten Sie dahinvegetieren?'

‚Ich habe darüber noch nicht nachgedacht.'

‚Ich nicht, obwohl es mit dem Sittengesetz in Widerspruch steht. Als Arzt hat man ja auch leichter ein nie versagendes Mittel zur Hand. Ich glaube, daß Gott uns wie einem Stellvertreter eine seiner vielen Gnaden zum Gewähren übertrug für alle, denen wir

helfen könnten. Wir sind uns nur noch nicht bewußt geworden, daß wir diese Gnade unter Verantwortung ausüben dürfen.'

‚Welche Gnade meinen Sie?'

‚Vielleicht die größte.'

‚Und das wüßten wir nicht?'

‚Wir wissen es nicht, oder haben noch nicht den Mut zum Begreifen. Man muß lange darüber nachdenken. Haben wir erst das Richtige erkannt, dürfen wir nicht mehr feige sein.'

Terstegen ist an die Brüstung der Terrasse getreten. Vielleicht hat er mich im Augenblick vergessen und fragt nur sich selbst, gleichsam ins Ungewisse hinein. Aber er wartet auf Antwort. Und ich spüre bei ihm eine große, für mich unbegreifliche Not ... Terstegen hat lange auf ein Wort gewartet.

‚Wenn es wirklich hoffnungslos ist?'

‚Ich glaube, daß ich Sie gebeten hätte, zu helfen.'

‚Das ist gut.'

‚Weshalb?'

‚Sie hätten mich auch verdammen können.'

‚Ist Ihnen mein Urteil als Laie so wertvoll?'

‚Sie haben mich freigesprochen.'

‚Wovon?'

‚Ich habe schon vielen Kranken Erlösung durch Sterben gebracht ...'" 9)

Auch der Film wurde in den Dienst der Propaganda für den angeblichen „Gnadentod" gestellt. So liefen vom Propagandaministerium bestellte oder geförderte „Aufklärungsfilme", deren Titel z. B. „Opfer der Vergangenheit" oder „Die Sünde wider Blut und Rasse" lauteten. Ein anderer tendenziöser Kurzfilm trug den Namen „Paläste für Geisteskranke". In einer von der damaligen französischen Besatzungsbehörde herausgebrachten Schrift lesen wir über die Wirkung dieser Filme:

„Dem unbefangenen Zuschauer muß sich ja der Gedankengang geradezu aufdrängen: Warum das Leben dieses elenden Abschaums erhalten? In diesem Film werden auch Heilverfahren vorgeführt. Man zeigt Katatoniker und Schwindsüchtige, welche künstlich ernährt werden; und ihre Hinfälligkeit ist die beste Propaganda. Immer wieder legt sich der Zuschauer die Frage vor: „Wozu diese überflüssigen Ausgaben". Die tendenziöse Antwort lautet: Geisteskranke sind unheilbar, im Arbeitsprozeß des deutschen Volkes sind sie unproduktiv und unnütze Esser, die die deutsche Wirtschaft belasten. Ein vernünftiger Arzt würde diese elenden Wesen von ihren Leiden erlösen! Diejenigen, die sie am Leben erhalten, sind ehrlos und gewinnsüchtig! Auf das ungebildete und leicht beeinflußbare Publikum verfehlte diese Verächtlichmachung des Psychiaters seine Wirkung nicht. Die Filmpropaganda verfolgte zäh und systematisch ihr Ziel. Nachdem sie das Übel dargestellt hatte, pries sie das Heilmittel an ..." 10).

In dem künstlerisch bemerkenswerten Spielfilm „Ich klage an" wird ein Arzt gezeigt, der seiner unheilbar erkrankten Frau zu dem von ihr ersehnten sanften Tod „verhilft". Diese Handlung ist geschickt aufgebaut und mit Hilfe der ausgezeichneten schauspielerischen Darstellung Heidemarie Hatheyers, Paul Hartmanns und Mathias Wiemans unter der Regie von Wolfgang Liebeneiner wird bei den Zuschauern der Eindruck erweckt, daß der Arzt unbedingt Recht gehabt habe. Mit Hilfe eines solchen, glaubwürdig konstruierten Einzelfalles wurde der Massenmord psychologisch vorbereitet.

Wie immer, wenn es darum ging, Ungerechtigkeiten und nationalsozialistische Exzesse wissenschaftlich zu untermauern, fanden sich auch in diesem Falle Professoren, die dies nur zu bereitwilligst taten. Einer dieser Gelehrten war der Rassehygieniker der Universität Gießen, Professor Dr. Kranz. Er bekleidete auch das Amt des Leiters des „Rassenpolitischen Instituts der NSDAP, Gau Hessen-Nassau". Kranz forderte die Vernichtung aller Menschen, die er als „nicht gemeinschaftsfähig" bezeichnete, die Ermordung der „Lebensunwerten" genügte ihm nicht, son-

dern er forderte eine „Sippentötung", und zwar aus der medizinisch völlig abwegigen Anschauung heraus, daß schlechthin jede Geisteskrankheit „erbbedingt" sei. Wörtlich schrieb er:

„Wenn wir, aus geschichtlich tiefsten Tiefen kommend, heute unter der Führung eines Begnadeten nach den Sternen greifen und inmitten des Rassenverfalles eine neue Ordnung aufzubauen berufen erscheinen, so müssen wir alles daran setzen, unser Volk und sein Erbe gesund zu erhalten. Nur so werden wir die Ewigkeit unseres Volkes verdienen helfen."

Ein Professor Dr. Lothar Gottlieb Tirala propagierte die Beseitigung Minderwertiger mit folgenden „Argumenten":

„Nie aber wäre dies geschehen, wenn nicht die kühnen Träume des deutschen Volkes Erfüllung gefunden hätten durch die Tat des Mannes ... den Mann mit dem Löwenherz, Adolf Hitler ...

Das germanische, naturwissenschaftliche Weltbild ... ist durch einen neuen Vorstoß der vorderasiatischen Rasse nun bedroht worden ... Schauen wir uns doch die großen Forscher und Entdecker selbst an. Unter ihnen gibt es keinen Gelben, keinen Schwarzen, keinen Braunen, keinen Roten ... Die großen Entdecker sind Germanen. Der überwiegende Teil der Nobelpreisträger für Physik sind Angehörige der nordischen Rasse ...

Der Rassenbiologe muß den Politiker beraten ...

Wir fordern als Rassehygieniker Strafandrohung für jeden Deutschen, der mit einer fremdrassigen Frau, und für jede Deutsche, die mit einem fremdrassigen Mann ein Verhältnis hat oder dieses Verhältnis durch die Ehe legitimiert ...

An der Schizophrenie (Verblödung) finden wir die Juden auch sehr stark beteiligt, stärker als die anderen ...

Die wichtigste Erkrankung auf psychischem Gebiet, die schwere Hysterie, ist wiederum ganz besonders bei dem jüdischen Volk zu finden, ebenso wie die Geisteskrankheiten, die auf erblicher Entartung beruhen. Auch die Rassenmischlinge stellen einen großen Teil von Kranken auf diesem Gebiet ...

Lediglich durch die Ausschaltung gewisser Krankheiten durch die Sterilisation wird es nicht möglich sein, den Untergang der germanischen Völker zu verhindern ...

Es ist gewiß schwer, auf Grund unserer rassebiologischen Erwägungen die heute geltenden Gesetze alle zu revidieren und in die neue Richtung „Erhaltung von Volk und Rasse" einzustellen ...

Dieser Grundsatz könnte folgendermaßen festgelegt werden:

Da das Recht nur dazu da ist, um das Leben und die Erhaltung des Volkes zu sichern, so ist jede Rechtshaltung ungültig, die gegen den Aufstieg des Lebens und die Gesundhaltung des Volkes verstößt ..." 11).

Euthanasie — keine gesetzliche Maßnahme, sondern eine von Hitler angeordnete Mordaktion

Im Herbst 1939 nahm der Gedanke, sogenannte unheilbare Geisteskranke schmerzlos zu beseitigen, bei Hitler konkrete Formen an. Damals erhielt der Reichsärzteführer Dr. Conti — der auch die Stelle eines Staatssekretärs bekleidete — den Auftrag, diese Frage zu prüfen. Hierzu erklärte der damalige Chef der Reichskanzlei, Heinrich Lammers, im Nürnberger Prozeß auf eine Frage seines Verteidigers, Dr. Otto Nelte:

„Ich habe mich gegen eine Ausführung dieser Sache ausgesprochen. Da aber der Führer darauf bestand, habe ich vorgeschlagen, dann müsse man die ganze Angelegenheit mit allen Rechtsgarantien umgeben und durch ein Gesetz regeln.

Ich habe auch einen entsprechenden Gesetzentwurf ausarbeiten lassen, und darauf wurde dem Staatssekretär Conti der Auftrag abgenommen und im Jahre 1940 dem Reichsleiter Bouhler übertragen. Der Reichsleiter Bouhler hat dem Führer Vortrag gehalten.

Der Führer hat den Gesetzentwurf nicht gebilligt. Er hat ihn aber auch nicht ausdrücklich abgelehnt, er hat aber nachher unter meiner Ausschaltung eine Vollmacht erteilt zur Tötung unheilbarer Geisteskranker an den Reichsleiter Bouhler und an den bei ihm damals tätigen Arzt Professor Dr. Brandt."

Wie unzutreffend teilweise die Behauptungen Lammer's sind, ist daraus zu ersehen, daß Hitler am 1. September 1939 an Bouhler und Brandt den folgenden Mordbefehl richtete:

„Reichsleiter Bouhler und Dr. med. Brandt sind unter Verantwortung beauftragt, die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, daß nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischer Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann.

gez.: Adolf Hitler"

Zur technischen Durchführung der Vernichtung des im Sinne der Nationalsozialisten „unwerten Lebens" wurden drei Organisationen mit harmlos klingenden Namen geschaffen.

Der SS-Standartenführer Viktor Hermann Brack war Amtsleiter der „Kanzlei des Führers", der Reichsleiter Bouhler Vorstand. Brack sagte in Nürnberg folgendes aus:

„Das Euthanasie-Programm wurde im Sommer 1939 eingeleitet. Hitler erteilte einen Geheimbefehl an Professor Dr. Karl Brandt, Reichskommissar für das Gesundheits- und Sanitätswesen und zu dieser Zeit Leibarzt des Führers, und an Philipp Bouhler, in dem er ihnen die Verantwortung für die Tötung lebensunfähiger Menschen, d. h., die Erteilung eines Gnadentodes für unheilbar Geisteskranke auferlegte ...

Professor Dr. Karl Brandt leitete den medizinischen Sektor des Euthanasie-Programms. In dieser Eigenschaft ... bestimmte Professor Dr. Karl Brandt Professor Heyde und Professor Nitsche zu seinen Vertretern ...

Drei verschiedene Namen wurden für die Abteilung Brandt verwendet, um die Tätigkeit der Organisation zu tarnen. Die Namen der Organisationen sind wie folgt:

Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten,
Allgemeine Kranken-Transportgesellschaft und
Gemeinnützige Stiftung für Anstaltspflege.

In meiner Eigenschaft als Leiter von Amt II in Bouhlers Kanzlei war ich beauftragt, die administrativen Einzelheiten des Euthanasie-Programms auszuführen ...

Auf Anordnung Dr. Lindens hatten die Leiter aller Irrenanstalten des Reiches Fragebogen für jeden Patienten ihrer Institute auszufüllen. Diese Fragebogen wurden von Bouhler, Brandt, Heyde, Nitsche und anderen im Verlaufe mehrerer der zahlreichen stattgefundenen Konferenzen entworfen. Hierauf wurden die Fragebogen dem Ministerium des Inneren übergeben, um in den verschiedenen Irrenanstalten und ähnlichen Instituten verteilt zu werden ...

Auf Grund dieses Befehls Hitlers hatten Bouhler und Brandt Ärzte zur Ausführung dieses Programms zu bestimmen. Da Irrenanstalten und ähnliche Institute dem Ministerium des Inneren unterstellt waren, wurde Dr. Herbert Linden Vertreter des Innenministeriums ..."

Es ist für unsere weitere Betrachtung wichtig, festzustellen, daß für die Euthanasie im Dritten Reich „keine gesetzlichen Grundlagen" existierten — selbst nicht im Sinne des nationalsozialistischen Unrechtstaates —, sondern

„es bestanden vielmehr ... einige Richtlinien und Verwaltungsanordnungen, die der Durchführung des Erlasses dienten. Die Richtlinien ergingen an die beteiligten Ärzte und enthielten vor allem die medizinischen Gesichtspunkte für die Auswahl der Opfer; die Verwaltungsanordnungen ergingen teils vom Reichsinnenministerium, teils von dem jeweils zuständigen Reichsverteidigungskommissar, an die in die Geheimnisse nichteingeweihten Anstaltsleiter und ordneten unter Vorwänden nur die Verlegung Kranker in andere, für die Tötung vorgesehene Anstalten an" 12).

Wenn man sich vergegenwärtigt, wie viele Stellen und Behörden allein nach diesen Richtlinien berechtigt waren, kranke Menschen zum Tode zu verurteilen — eine rechtsradikale Wochenzeitung schätzt die Personenzahl der Verantwortlichen und Mitverantwortlichen, der Mörder im Ärztekittel, auf eintausend bis eintausendfünfhundert" 13) — dann ist, selbst theoretisch, die Gefahr eines Mißbrauchs zwangsläufig gegeben. Praktisch waren durch diesen Erlaß Hitlers alle

erblich belasteten, geisteskranken, invaliden und chronisch erkrankten Menschen bedroht und befanden sich in ständiger akuter Lebensgefahr. In einem Gutachten des Münchener Instituts für Zeitgeschichte zum Euthanasie-Programm heißt es:

„1. war wegen der Illegalität der Maßnahmen keinerlei Schutz gegen willkürliche Auslese gegeben,
2. konnte damals kein Außenstehender wissen, welche feineren Unterscheidungen zwischen den „lebensunwerten" Existenzen in den geheimen Richtlinien getroffen waren,
3. konnte, da die Prinzipien des Rechts einmal durchbrochen waren, niemand wissen, wann etwa geheime Verordnungen auch arbeitsunfähige Krüppel in das Programm einbezogen,
4. konnte, nachdem die Euthanasie im allgemeinen eingestellt war, niemand wissen, wann sie wieder aufgenommen würde.

So konnte während des ganzen Krieges ein durch Erbanlage schwer invalider Mensch sich in keiner öffentlichen Anstalt wirklich sicher fühlen, nachdem einmal bewiesen worden war, daß Hitler zur Verwirklichung seiner ideologischen Ziele oder aber aus irgendwelchen Gründen der Zweckmäßigkeit sich über jedes sittliche und geschriebene Recht hinwegzusetzen fähig war" 14).

Das Euthanasie-Programm stellte dementsprechend nicht nur selbst nach der Rechtsauffassung des Dritten Reiches eine ungesetzliche Maßnahme dar, da hierzu alle gesetzlichen Voraussetzungen fehlten, sondern es war eine illegale, von Hitler angeordnete Mordaktion. — Genau so illegal wie etwa die Massenerschießungen nach dem angeblichen Röhm-Putsch im Jahre 1934.

Aufgabe der bundesdeutschen Behörden und Gerichte müßte es sein, die 1000 bis 1500 Beteiligten festzustellen und je nach dem Grade ihrer Beteiligung, Verantwortung und Mitverantwortung zu bestrafen oder, wie dies sicherlich auch in vielen Fällen gerechtfertigt sein würde, gar kein Verfahren einzuleiten.

Die praktische Durchführung

Wir haben uns bisher nur mit der theoretischen Seite der Euthanasie auseinandergesetzt und gelangten hierbei zu der Feststellung, daß die von Hitler gegebenen Anordnungen zwar durchaus den Auffassungen der NSDAP entsprachen, aber nicht einmal in der Theorie als ernsthaft diskutabel bezeichnet werden können, obwohl in dem schon zitierten Brief vom 1. September 1939 nur von „unheilbar Kranken" die Rede war. Wie problematisch selbst dieser Begriff ist und wie weit er ausgelegt werden kann, sollte nur zu bald die schreckliche Praxis zeigen.

Von der dem Innenministerium unterstehenden „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Irrenanstalten" wurde schon im Dezember 1939 von allen öffentlichen und privaten Anstalten eine Aufstellung über Patienten mit folgenden Krankheiten verlangt:

1. Schizophrenie; Epilepsie; senile Krankheiten; Lähmungen, deren Behandlung erfolglos war; Gehirnkrämpfe;
2. alle Kranken, welche länger als fünf Jahre interniert sind;
3. alle Kranken, die als verbrecherische Geisteskranke interniert sind;
4. alle Kranken, welche nicht der deutschen Rasse angehören oder nicht deutschblütig oder verwandten Blutes sind.

Mit Hilfe dieser Fragebogen wurden die Todeslisten für die einsetzenden Mordaktionen angefertigt. Eine dieser Mordanstalten war das ehemalige Krankenhaus Grafeneck. Es wurde 1939 „für den Bedarf der nationalen Verteidigung" beschlagnahmt und erhielt den Namen „Städtisches Asyl Grafeneck" und unterstand der „Gemeinnützigen Kranken-Transportgesellschaft m.b.H." (Sitz Berlin

W 9), die an Stelle der schon erwähnten „Arbeitsgemeinschaft der deutschen Heil- und Pflegeanstalten" getreten war. Das „Personal dieser Transportgesellschaft trug einen politischen Charakter — es bestand ausschließlich aus SS-Leuten" 15).

Gegenüber der Öffentlichkeit sowie dem oft und zumindest zu Beginn der Aktionen nichtinformierten Personal der Anstalten wurde nur eine Verlegung der Kranken als Grund der Transporte angegeben. Diese „Verlegungsaktion" wurde z. B. in Württemberg in einem vom 23. November 1939 datierten Schreiben Nr. X 4792 folgendermaßen begründet:

„... — Die gegenwärtige Lage macht die Verlegung einer größeren Anzahl von in Heil- und Pflegeanstalten untergebrachten Kranken notwendig. Im Auftrag des Reichsverteidigungskommissars werde ich die notwendig werdenden Verlegungen von Fall zu Fall anordnen. Die Kranken werden nebst ihren Krankenakten in Sammeltransporten verlegt. Der Abgabeanstalt entstehen aus dem Transport keine Kosten; die Krankenakten werden ihr nach Einsichtnahme durch die Aufnahmeanstalt wieder zurückgegeben. Die Benachrichtigung der Angehörigen über die Verlegung erfolgt durch die Aufnahmeanstalt. Die Kostenträger sind von der Abgabeanstalt davon in Kenntnis zu setzen, daß weitere Zahlungen über den Tag der Verlegung hinaus insolange einzustellen sind, bis sie von der Aufnahmeanstalt angefordert werden.

Die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen wird ersucht, den Erlaß den ihr unterstellten Anstalten bekannt zu geben.

Im Auftrag
(gez.) Dr. Stähle" 16).

Da man z. B. in Rastatt die dortige Heilanstalt als Kaserne benötigte, wurden auf Veranlassung des damaligen Leiters der Anstalt, Dr. Arthur Schreck, am 5. September 1939 sämtliche 577 Kranke nach Zwiefalten verlegt und später in Grafeneck/Württemberg (Dr. Schumann und Dr. Fauser) umgebracht. „Diese schnelle Auflösung ermöglichte die Einrichtung einer Kaserne in Rastatt" 17).

Doch gab es nicht nur ein Grafeneck, sondern eine Aufstellung der Vernichtungsanstalten für Kranke oder solche, die von der Nationalsozialisten als „unheilbar" oder „unwert" erklärt wurden, ergibt folgendes Bild, das allerdings keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt:

Bernburg a. d. Saale — Dr. Eberle und Dr. Bumke;
Brandenburg-Goerden — Dr. Hennecke und Dr. Mayer;
Eichberg im Rheingau — Dr. Schmidt und Professor Schneider;
Egelfing-Haar/Oberbayern — Dr. Pfannmüller, Dr. Heintze und Dr. Illing;
Hadamar bei Limburg — Dr. Pfannmüller, Dr. Walter Schmidt, Dr. Helm und Dr. Gorgoss;
Hartheim bei Linz — Dr. Rennaux;
Idstein-Kalmenhof — Dr. Heintze;
Heil- und Pflegeanstalt Kaufbeuren/Bayern — Dr. Falthauser;
Sonnenstein bei Pirna/Sa. — Dr. Schumann, Dr. Schmalenbach, Dr. Leonhardt, Dr. Nitsche;
Steinhof bei Wien — Dr. Heintze und Dr. Illing;
Wiesengrund bei Pilsen;
Wiesbach/Nordbaden;
St. Joseph-Krankenhaus Ottmachau-Schlesien — Dr. Matthes, Dr. Benatzky.

Wie wenig diese planmäßig durchgeführten und teilweise sorgfältig getarnten Mordaktionen mit einer ärztlichen Tätigkeit zu tun hatten, sei an Hand der folgenden Beispiele mit Hilfe von Gerichtsprotokollen und Zeugenaussagen bewiesen:

Landes- und Pflegeanstalt Hadamar:

Weilmünster, den 3. 4. 1941

Landes-Heilanstalt Weilmünster (Oberlahnkreis)

Frau Anna Maria Schwab, Kl.-Krotzenburg a. M., Hindenburgstr. 5, Krs. Offenbach.

Ihr Mann wurde am 21. März 1941 auf Anordnung des Reichsverteidigungskommissars bereits wieder weiterverlegt, wohin ist uns unbekannt. Sie können sich bei der Gemeinnützigen Kranken-Transport-G.m.b.H., Berlin W 9, Potsdamer Platz 1, erkundigen.

Der Direktor Dr. (unleserlich)

Landes- und Pflegeanstalt Hadamar Tgb.-Nr. E/30/82 K.

(Bei Antworten stets angeben!)

Hadamar b. Limburg/Lahn, den 2. April 1941

Frl. Katharina Schwab, Klein-Krotzenburg

Sehr geehrtes Fräulein Schwab!

Im Rahmen großzügiger Verlegungsmaßnahmen von Geisteskranken, die im Zusammenhang mit der augenblicklichen Kriegslage stehen und auf Anordnung des Innenministeriums gemäß Weisung des Reichsverteidigungskommissars durchgeführt werden, wurde auch Ihr Bruder, Herr Aloys Peter Schwab, am 21. März 1941 in die hiesige Anstalt verlegt.

Dieser ist nun zu unserem großen Bedauern am 1. April 1941 plötzlich und unerwartet an perforiertem Magengeschwür und anschließender Bauchfellentzündung verstorben.

Bei der unheilbaren geistigen Erkrankung des Verstorbenen ist der Tod eine Erlösung für ihn.

Da unsere Anstalt nur als Zwischenanstalt anzusehen ist und der Aufenthalt u. a. der Feststellung dient, ob sich unter den Kranken Bazillenträger befinden, die ja, wie die Erfahrung lehrt, bei Geisteskranken immer wieder auftreten, ordnete die Gesundheitspolizei zur Verhütung übertragbarer Krankheiten die sofortige Einäscherung an. Einer besonderen Zustimmung Ihrerseits bedurfte es in diesem Falle nicht.

Wir bitten um Zusendung einer Bescheinigung über den Erwerb einer Grabstätte, damit die Urne mit den sterblichen Überresten des Entschlafenen an den betreffenden Friedhof zugesandt werden kann. Die Übersendung der Urne erfolgt kostenlos. Sollten wir nach vierzehn Tagen noch ohne Nachricht sein, so werden wir die Urne anderweitig beisetzen lassen.

Der Nachlaß Ihres Bruders besteht aus RM 5,82.

Die Kleider des Verstorbenen mußten wir aus obigen Gründen desinfizieren lassen, wodurch sie an Wert verloren haben. Wenn Sie uns den Nachweis zur Erbberechtigung erbringen, so senden wir Ihnen die Kleider und den Nachlaß gerne zu, so weit nicht der bisherige Kostenträger Anspruch darauf erhebt.

Da uns weitere Anschriften fehlen, bitten wir Sie, auch andere Anverwandte des Verstorbenen zu benachrichtigen.

Eine Sterbeurkunde, die Sie für eine etwaige Vorlage bei Behörden sorgfältig aufbewahren wollen, fügen wir bei.

1 Anlage

Heil Hitler!
Dr. Helm

Landespflegeanstalt Brandenburg:

Brandenburg a. H.

Landespflegeanstalt

Brandenburg a. H., den 20. Februar 1940

Sehr geehrter Herr D.

Zu unserem Bedauern müssen wir Ihnen mitteilen, daß Ihr Sohn, Herr D., der inzwischen in unsere Anstalt verlegt werden mußte, am 17. Februar hier infolge Mandelabszeß unerwartet verstorben ist. Alle unsere ärztlichen Bemühungen waren leider vergebens. Er ist sanft und schmerzlos entschlafen. Bei seiner schweren, unheilbaren Erkrankung bedeutet sein Tod Erlösung für ihn.

Infolge der hier bestehenden Seuchengefahr mußten wir auf polizeiliche Anweisung hin die Leiche des Entschlafenen sofort einäschern lassen. Wir bitten Sie um baldige Nachricht, ob Sie die Urne mit den sterblichen Überresten des Verblichenen auf einem bestimmten Friedhof beisetzen lassen wollen. In diesem Falle bitten wir Sie um Benennung des Friedhofes mit genauer Postanschrift, damit wir die Übermittlung der Urne an die

Friedhofsverwaltung veranlassen können. Wenn Sie hinsichtlich der Beisetzung keine besonderen Wünsche haben oder uns innerhalb eines Monats keine Nachricht zukommen lassen, so werden wir die Beisetzung der Urne hier gebührenfrei vornehmen lassen. Die Habseligkeiten des Verblichenen müssen wir aus seuchenpolizeilichen Gründen vernichten lassen.

Zwei Sterbeurkunden, die Sie bitte für eine etwaige Vorlegung bei Behörden sorgfältig aufbewahren wollen, fügen wir bei.

Heil Hitler!
Im Auftrag gez. Dr. Meyer

Heil- und Pflegeanstalt Bernburg:

Die große Anlage der Anstalt besteht aus einem Gebäudekomplex von 12 klinischen Gebäuden mit dazugehörigen Nebengebäuden, wie Leichenhalle, Dampf-Waschanstalt, Küche, Kirche, Kessel- und Maschinenhaus, und diente seit Erbauung bis zum Herbst 1940 lediglich als Landesheil- und Pflegeanstalt für gehirnkranke Menschen.

Die ganze Anlage mit ihrem stabilen Gebäudekomplex und ihren nervenberuhigenden Park- und Gartenanlagen liegt friedlich eingebettet an der Peripherie Bernburgs.

Diese Heilanstalt wurde von der SS — und hier zeigt sich das raffiniert Verbrecherische der SS — im Herbst 1940 nicht im ganzen, sondern ein Teil der Gebäude für ihre Zwecke beschlagnahmt, und zwar lt. Plan das Doppelgebäude I, II, III und IV, das Frauen F-Haus und B-Klinik für Männer, während das Hauptgebäude mit Kirche, die A- u. C-Klinik, die B-Klinik für Frauen, die Insulin-Klinik und die übrigen Nebengebäude als Heil- und Pflegeheim getarnt weiterbelassen wurden.

Das Haus II wurde als Haus der Verbrechen ausersehen. Es wurde auf das teuflischste als Vernichtungsanstalt eingerichtet, in welcher nach den bisher vorliegenden Feststellungen über 60 000 Menschen, männlich und weiblich, in 1½ Jahren vergast wurden, von Oktober 1940 bis Sommer 1942.

Die Vergasten wurden zum größten Teil zerlegt, die Gehirne in Gläsern präpariert und den Zentralstellen in Berlin zugestellt zu „wissenschaftlichem Zweck".

Die Vergasten wurden in einem dort eingerichteten Verbrennungsofen, zwei Rosten zu je 80 Mann, verbrannt. Die Asche der Verbrannten wurde in die Saale geworfen.

Daß das damalige Oberhaupt der Stadt darüber unterrichtet war, geht daraus hervor, daß er am 31. Mai 1941 der Friedhofsverwaltung III in Bernburg die Anweisung gab, daß am 31. Mai 1941, Pfingstsonnabend, abends 10 Uhr, 85 Urnen ohne Aufsehen beigesetzt werden sollten. Diese Beisetzung wurde dann auch bei Nacht und Nebel durch Angehörige des dortigen SS-Kdos. durchgeführt. — Die Vergasungseinrichtung war im Dezember 1940 in Betrieb genommen. Die im März 1941 beigesetzten Urnen tragen aber bereits die Nummern weit über 17 000! 18).

Sonnenstein:

Auf der Anstalt „Sonnenstein" vollzog sich die Vergasung im einzelnen wie folgt: Die Kranken, die in Autobussen mit grün angestrichenen Fenstern nach dem „Sonnenstein" transportiert worden waren, wurden zur Feststellung ihrer Identität in einen Aufnahmeraum gebracht. Sodann wurden sie zur Begutachtung durch die Ärzte Dr. Schumann und Dr. Schmalenbach in das Nebenzimmer geführt. Etwa 60 Kranke wurden in etwa zwei Stunden nachuntersucht. Entschied sich der Arzt für die Vergasung, so wurde der Kranke von dem Pflegepersonal, darunter den Angeklagten Felfe, Gäbler und Räpke, in den angrenzenden Entkleidungsraum gebracht, wo sie sich entkleiden mußten; gebrechliche Kranke wurden durch das Personal entkleidet. Den Kranken wurde erklärt, daß sie gebadet würden. Von dem Entkleidungsraum führte eine Treppe in den Keller in einen Raum, der an den Vergasungsraum angrenzte. Dorthin wurden die Kranken von den Pflegern gebracht und von den Desinfektoren — besonders zuverlässigen SS-Leuten — in Empfang genommen.

Nachdem sich die Pfleger entfernt hatten, wurden die Kranken in den Vergasungsraum gebracht. Die Vergasung selbst wurde von dem Anstaltsarzt durch die Bewegung eines Hebels durchgeführt. Sie dauerte nur einige Minuten.

Bei der gesamten Aktion, die als „geheime Reichssache" lief, war der Angeklagte Dr. Nitsche maßgeblich beteiligt. Anfang 1940 erhielt der Angeklagte Dr. Nitsche in Berlin den Auftrag, eine Art Modellverfahren durchzuführen zur Feststellung, wie nieder-

geführte Geisteskranke durch Verabreichung von Luminal, Veronal, Trional oder Paraldehyt getötet werden könnten. Dr. Nitsche veranlaßte darauf Ärzte der Anstalt in Leipzig-Dösen, deren Leiter er damals war, dies an dortigen Kranken auszuprobieren. Auf diese Weise sind Anfang 1940 etwa 60 Geisteskranke in der Anstalt Leipzig-Dösen getötet worden.

An der Vergasungsaktion haben weiter die Angeklagten Dr. Leonhardt, Felfe, Gäbler und Räpke sich beteiligt. Dr. Leonhardt war vertretungsweise Leiter der Irrenanstalt Arnsdorf. In noch aktiverer Weise habe Dr. Leonhardt bei der Vergasungsaktion dadurch mitgewirkt, daß er auf Anordnung der Regierung von etwa 60 bis 80 Kranken, die aus Siechenheimen nach Arnsdorf gebracht worden waren, anhand der Krankengeschichten, und auf Grund von Richtlinien der Regierung, darüber entschied, welche von der Vergasung ausgenommen und welche vergast werden sollten. Auf sein unmittelbares Tun ist es zurückzuführen, daß auf diese Weise 40—60 Menschen vergast worden sind.

Die Angeklagten Felfe, Gäbler und Räpke haben als sogenannte Pfleger bei der Vergasungsaktion ausgesprochene Henkerdienste geleistet. Sie haben für die Vergasungsanstalt „Sonnenstein", und zwar Felfe im Juli 1940 und Anfang 1941, Gäbler von Juli 1940 bis Ende 1940, Räpke von Juli bis September 1940, wiederholt Geisteskranke aus auswärtigen Anstalten geholt, auf dem „Sonnenstein" den Ärzten vorgeführt, sie nachher in den Entkleidungsraum gebracht, dort beaufsichtigt und sie schließlich zum Zwecke ihrer Vergasung in den Keller gebracht und sie, soweit erforderlich, selbst entkleidet. Gäbler hat während der genannten Zeit etwa 25—30 Transporte mit Geisteskranken zur Vergasung nach dem „Sonnenstein" gebracht, also insgesamt 15 000 bis 16 000 Personen 19).

Grafeneck/Württemberg:

Dr. Kraus, der Leiter der Heilanstalt Weisenau, von der aus Kranke nach Grafeneck gebracht wurden, gab folgendes zu Protokoll:

In den frühen Sommermonaten des Jahres 1940 begannen großzügige und zuerst planlos erscheinende Krankenverlegungen innerhalb aller Heil- und Pflegeanstalten und aller ähnlichen Einrichtungen. Alle konfessionel-caritativen Anstalten dieser Art wurden aufgelöst. Alle dort untergebrachten Kranken in die wenigen staatlichen Anstalten mehr oder weniger zwangsweise isoliert. Die Leitungen der caritativen Anstalten betrieben aus diesem Grunde massenhafte Entlassungen von Kranken nach Hause, verwässerten und verfälschten zu Gunsten ihrer bisherigen Pfleglinge die Diagnosen. Schließlich half aber alles nichts. Die Mehrzahl der Kranken landete eben doch in den großen staatlichen Anstalten, wo sie dann meist schon zum zweiten Male listenmäßig erfaßt und auf Grund ihrer Diagnose einer der damals betriebenen vier Anstalten zugeführt wurden, wo sie den Tod erlitten ...

Meistens wurden zuerst die israelitischen Patienten diesen Exekutionsanstalten zugeschickt. Die allerersten Bestimmungen über das zu vernichtende Leben waren ziemlich weitgreifend. Alle Kranken, die nach § 42, b (Sicherungsverwahrung) des StGB eingewiesen waren, ob arbeitsfähig oder nicht, wurden vernichtet. Ferner alle diejenigen Kranken, die schon fünf Jahre in Anstalten waren; man mußte hier einen Patienten schon als wirklich vollwertige Arbeitskraft hinstellen, bis es gelang, ihn freizubekommen. Außerdem blieben auch anfangs Kriegsteilnehmer völlig unberücksichtigt. Die einen wurden also wegen ihres schon seit Jahren bestehenden unheilbaren Leidens vernichtet, die anderen wegen ihrer grundsätzlichen Arbeitsunfähigkeit, wieder andere, weil sie in ihrer Geistesstörung irgendeine Straftat begangen haben. Es ist bekannt geworden, daß besonders in der ersten Zeit des Jahres 1940 viele durchaus arbeitswillige und arbeitsfähige Kranke zur Vernichtung verurteilt waren. Interessant ist der immer wieder beobachtete Umstand, daß gewisse Leute aus höheren Parteikreisen auf unbekannten Wegen es fertigbrachten, ihre geisteskranken Angehörigen zu retten und in Sicherheit zu bringen ...

Vor der Aufnahme in die eigentliche Exekutionsanstalt wurden die Kranken meistens durch mehrere Zwischenstationen geschleust, so, daß die Angehörigen die Verbindung mit ihren Kranken verloren ...

Vor der Anstalt, in der ich mich augenblicklich befinde, fuhren immer wieder große graue und rote Omnibusse vor, d. h., man fuhr sie schließlich in den Garten, um sie von

der Straße wegzubekommen. Die ganze Ortschaft horchte immer auf. Hunderte von Kranken warteten in notdürftigen Unterkünften (auf blankem Stroh!) auf ihre letzte Fahrt. Manchmal waren sie wie Heringe auf Stroh geschichtet. Eine Reihe starb meist schon während der Wochen des Wartens ...

Von einem Augenzeugen (Arzt) wurde mir der Hergang der eigentlichen Exekution folgendermaßen geschildert:

Dann wurden die zur Vernichtung bestimmten Kranken sofort in einen Raum verbracht, der mit einem Röhrensystem versehen war und hermetisch abzuschließen war. Durch Gucklöcher in der Türe habe man aber alle Vorgänge beobachten können. In diesen Raum brachte man ca. 75 Mann. Nach ¾ Stunden konnte der Raum bereits wieder geöffnet und die Leichen entfernt werden. Der Tod war unterdessen durch Kohleoxydvergiftung eingetreten. Die völlig nackten Leichen wurden dann der Verbrennung auf Rosten zugeführt, und zwar schmorte man immer eine möglichst fette Leiche mit zwei mageren. Die Asche wurde später in einer Urne den Angehörigen unter Bekanntgabe (einer) irgendeiner Todesursache zugesandt ...

Anfangs hatte man offenbar alle möglichen Methoden auf toxilogischem Gebiete versucht, Injektionsmethoden etc. Man soll sogar im Falle des Nichtgelingens oder Nicht-Ausreichens der einen oder anderen Methode zum Revolver gegriffen haben. Bei einer derartigen Gelegenheit sei eine „Pflegerin" tödlich verletzt worden.

Das nächste Gebiet um die ehemalige Pflegeanstalt Grafeneck war durch einen Zaun und durch Polizeiposten abgesperrt.

Das Personal setzte sich aus SS-, beziehungsweise SA-Leuten oder aus Leuten aus solchen Kreisen zusammen, so daß eine Gewähr für ihre Zuverlässigkeit gegeben war. Bei den Transportleitern sah ich alle möglichen Uniformstücke, meist halb Zivil, halb Uniform. Auch ganze Polizeioffiziersuniformen habe ich anläßlich eines Besuches in Zw. gesehen, quasi Ausgehuniformen.

Es gab keine öffentliche Verordnung oder Gesetz, man wußte nur vom Hörensagen, daß Regierungskreise der Sache eine unbedingte positive Einstellung entgegenbringen ...

Ich selbst war Zeuge von erschütternden Szenen, die sich anläßlich von Besuchen in meinem Dienstzimmer abspielten, als ich den Leuten, die von irgendwo her reisten, eröffnen mußte, daß ihre Angehörigen mit unbekanntem Ziel am soundsovielten abgeholt worden waren. Meistens wußten die Leute sofort, was es geschlagen hatte. Ohnmachtsanfälle waren an der Tagesordnung. Die ganzen Vorwürfe mußte man über sich ergehen lassen, obwohl man an der Sache doch so gut wie unbeteiligt war. Man mußte den Leuten immer antworten: Ich weiß nicht mehr und nicht weniger wie Sie — eben nur das, was die Spatzen vom Dach pfeifen. Die Leute konnten und wollten es immer gar nicht glauben, daß die ganze Aktion eigentlich nicht Sache der jeweiligen Anstalten sei. Das Ansehen des ganzen Psychiaterstandes erlitt allerschwerste Einbuße 20).

St. Joseph-Krankenhaus Ottmachau-Schlesien:

Eines Tages habe ihn, so sagte der damalige Amtsarzt Dr. Matthes jetzt, der stellvertretende NSDAP-Kreisleiter Schmidt, der nicht mehr auffindbar ist, davon unterrichtet, daß der militärische Kampfkommandant die Entfernung der Geistesgestörten aus Ottmachau verlange.

Matthes: „Ich sagte zu Schmidt, daß es keine Evakuierungsmöglichkeit mehr gebe. Da erwiderte er, dann müßten sie eben beseitigt werden, und machte die Handbewegung des Erschießens."

Die Vorsitzende, Landesgerichtsdirektorin Hildegard Koch: „Und wie reagierten Sie?"

Matthes: „Ich sagte, ich wollte sie vergiften, das war doch humaner. Es gab ja keine Möglichkeit, sie wegzubringen."

Dann berichtete Matthes, er habe allen Geistesgestörten Morphium injiziert. „Abends kam ich nochmal ins Krankenhaus. Es waren nur drei gestorben und die anderen bloß benommen." Die Überlebenden habe Schmidt an einem der nächsten Tage im Krankenhaus mit der Pistole erschossen.

Vorsitzende: „Weshalb waren Sie dabei, Herr Dr. Matthes?"

Matthes: „Mir war aus Vorlesungen bekannt, daß bei Exekutionen und bei der Vollstreckung der Todesstrafe ein Arzt dabei sein muß." Matthes prüfte nach seiner

Aussage, ob Schmidts Schüsse tödlich waren. „War das nicht der Fall, so sagte ich ihm, er solle noch einmal schießen, was er dann auch tat."

Der ehemalige Kreisleiter Dr. Siegwald Benatzky sagte aus, er habe nicht gewußt, daß es in Ottmachau Geistekranke gab. Für die Evakuierung des Ortes sei Schmidt verantwortlich gewesen. „Schmidt muß wohl den Kopf verloren haben, wenn er so etwas gemacht hat." Benatzky ist wie Matthes der Mittäterschaft an allen 26 Morden angeklagt, weil er die Erschießung angeordnet haben soll.

Der wegen Beteiligung an den drei Tötungen durch Morphiuminjektionen mitangeklagte damalige Polizist Edmund Zembok will angenommen haben, es sei eine Schutzimpfung gewesen. Zembok belastet Benatzky mit der Aussage, Schmidt habe ihm in Benatzkys Gegenwart befohlen, die Geisteskranken zu erschießen, ohne daß der Kreisleiter dagegen protestierte. „Als ich den Befehl verweigerte, tobte Schmidt wie ein wildes Tier und warf mich hinaus ..." 21).

Dr. Matthes war bis zu seiner Verhaftung Medizinalrat in Neukölln und Dr. Benatzky beim Deutschen Roten Kreuz tätig.

Die Zahl der Opfer

Selbstverständlich ist es nicht einfach, die Zahl der Euthanasiemorde genau anzugeben, doch muß bei einer Schätzung berücksichtigt werden, daß nicht nur Geisteskranke, sondern auch völlig gesunde Kinder, die „jüdische Mischlinge" waren oder „schwererziehbare Jugendliche", die mit den Behörden in Konflikt gekommen sind und angeblich erblich belastet waren, ebenfalls getötet wurden. Dies bestätigte auch der Leiter der Anstalt Haar-Egelfing, Dr. Pfannmüller, vor dem Nürnberger Gericht und erklärte, daß bei der Kindertötung Luminal verwendet wurde 22).

Unter den erwachsenen Opfern des Euthanasieprogramms befanden sich neben tbc-kranken Häftlingen auch arbeitsunfähige oder kranke Insassen verschiedener Konzentrationslager.

In den letzten Wochen wurde in Zusammenhang mit dem Fall Heyde die Zahl der Euthanasie-Toten mit 60 000—70 000 angegeben. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß z. B. von den 35 000 Geisteskranken, die in den damaligen Ländern Baden und Württemberg in Anstalten untergebracht waren, 15 000 ermordet wurden; daß in Grafeneck allein von Dezember 1939 bis Januar 1941 18 000 Menschen ums Leben kamen; in Hadamar die Zahl der Toten 15 000 betrug; in „Sonnenstein" ebenfalls 15 000 Menschen umgebracht wurden; daß in Bernburg die Zahl der Toten im Laufe von anderthalb Jahren nachgewiesenermaßen 60 000 betrug und daß es in einem Verhandlungsprotokoll des Internationalen Militärgerichtshofs in Nürnberg u. a. hieß:

„Weiterhin sind auch die Maßnahmen zu erwähnen, die schon im Sommer des Jahres 1940 eingeführt waren und auf Grund deren alle alten geistesgestörten und alle mit unheilbaren Krankheiten behafteten Menschen, ‚nutzlose Esser', in besondere Anstalten eingeliefert und getötet wurden, während man ihren Verwandten mitteilte, daß sie eines natürlichen Todes gestorben seien. Opfer waren nicht nur deutsche Staatsbürger, sondern auch ausländische Arbeiter, die nicht mehr imstande waren, ihre Arbeit zu verrichten und infolgedessen für die deutsche Kriegsmaschine unbrauchbar geworden waren. Eine Schätzung ergab, daß mindestens 275 000 Menschen auf diesem Wege in Erholungsheimen, Krankenhäusern und Irrenanstalten, die dem Angeklagten Frick in seiner Eigenschaft als Innenminister unterstanden, getötet wurden. Es war völlig unmöglich, festzustellen, wie viele Fremdarbeiter in dieser Gesamtzahl enthalten sind."

Wenn man sich diese Zahlen vergegenwärtigt und hierbei berücksichtigt, daß von einigen Vernichtungsanstalten, wie Hartheim bei Linz, Idstein im Taunus, Wiesengrund bei Pilsen überhaupt keine Zahlen der dort Ermordeten vorhanden sind, dann wird man die angebliche Zahl von 60 000 bis 70 000 nicht nur als eine Unrichtigkeit, sondern als eine bewußte Fälschung bezeichnen müssen. Auf Grund

der vorliegenden, sehr lückenhaften und unvollständigen Unterlagen muß die Zahl der Euthanasiemorde mit mindestens 300 000 bis 400 000 angenommen werden.

Auch deutsche Soldaten starben den Tod von Führers Gnaden

Die planmäßige Tötung des im Sinne der Nationalsozialisten lebensunwerten Lebens; die immer öfter in den Zeitungen erscheinenden Todesanzeigen von angeblich an den verschiedensten Krankheiten verstorbenen Insassen der Heilanstalten; die ständigen Transporte aus den Anstalten nach den Todesfabriken; die immer stärker werdende Unruhe und Angst der Angehörigen der noch lebenden Geisteskranken, dies alles hatte vor allem auf dem Lande, in den Dörfern und Kleinstädten zu großer Unruhe bei der Bevölkerung geführt. Auch manche sich auf Urlaub befindliche Soldaten erfuhren, auf welche Weise einer ihrer Verwandten umgekommen war.

Ob nun auf Grund dieser Unruhe unter den Gläubigen oder weil sich diese nationalsozialistische Maßnahme besonders eindeutig und stark gegen das kirchliche Dogma richtete, sei in diesem Zusammenhang nicht untersucht; jedenfalls erfordert die geschichtliche Wahrheit die Feststellung, daß sich die beiden christlichen Kirchen und ihre berufenen Sprecher — beklagenswerterweise das erste Mal seit dem Bestand des Dritten Reiches — in mutiger Weise und relativ geschlossen gegen die Euthanasiemorde und damit gegen eine von höchster nationalsozialistischer Stelle angeordnete Maßnahme wandten.

Es ist bemerkenswert, daß Kardinal Faulhaber, der zweifellos die nationalsozialistischen Theorien und die Gefahren der sich daraus ergebenden Praxis sehr wohl kannte, schon in seinem Fastenhirtenbrief im Jahre 1934 folgendes schrieb:

„Ein furchtbares Wort ist gefallen. ‚Gut ist, was dem Wohle des Volkes dient'. Nein! Gut ist einzig und allein, was dem Willen und den Geboten Gottes entspricht. Könnte nicht ein Fanatiker auf den Wahn kommen, Mord und Meineid dienten dem Wohl des Volkes und seien daher ‚gut'?

Könnte nicht ein Arzt auf den Gedanken kommen, die Tötung von Geisteskranken, die sogenannte Euthanasie, erspare dem Staate große Fürsorgelasten, sie diene dem ‚Wohle des Volkes' und sei daher ‚gut'? . . "

Im Juli 1940 schrieb der evangelische Bischof Wurm an Innenminister Frick:

„Seit einigen Monaten werden auf Anordnung des Reichsverteidigungsrates geisteskranke, schwachsinnige oder epileptische Pfleglinge staatlicher und privater Heilanstalten in eine andere Anstalt verbracht.

Die Angehörigen werden erst nachträglich von der Überführung benachrichtigt. Meist erhalten sie wenige Wochen später die Mitteilung, daß der betreffende Pflegling einer Krankheit erlegen sei und daß aus polizeilichen Gründen die Einäscherung hätte stattfinden müssen. Nach oberflächlichen Schätzungen dürften es schon mehrere hundert Anstaltspfleglinge allein aus Württemberg sein, die auf diese Weise den Tod gefunden haben.

Durch zahlreiche Anfragen aus Stadt und Land und aus verschiedensten Kreisen veranlaßt, halte ich es für meine Pflicht, die Reichsregierung darauf aufmerksam zu machen, daß in unserem kleinen Lande diese Sache ganz großes Aufsehen erregt. Die Krankentransporte, die auf dem kleinen Bahnhof Marbach a. d. Lahn ausgeladen wurden, die Autobusse mit undurchsichtigen Fenstern, die die Kranken von entfernteren Bahnhöfen oder unmittelbar von den Anstalten bringen, der aus dem Krematorium aufsteigende Rauch, der auch auf größere Entfernungen wahrgenommen werden kann:

Dies alles erregt die Gemüter . . .

Vor allem aber ist es die Geheimnistuerei, die den Gedanken nahelegt, daß etwas vor sich geht, was mit Recht und Moral in Widerspruch steht und deshalb nicht wie andere notwendige und scharfe Kriegsmaßnahmen von der Staatsführung in voller Öffentlichkeit gedeckt und vertreten werden kann."

Weihbischof Johann Neuhäusler berichtete, „selbst solche wurden dem Tod geweiht, bei denen es sich um Folgen von Kriegsverletzungen handelte".

Erzbischof Konrad von Freiburg schlug am 1. August 1940 in einem Schreiben an die Reichskanzlei folgendes vor:

„Wir erklären uns bereit, auf caritativem Wege für alle die Unkosten aufzukommen, die dem Staat durch die Pflege der zum Tode bestimmten Geisteskranken erwachsen."

Am 11. August 1940 wendet sich Kardinal Bertram von Breslau im Namen der katholischen Bischöfe ebenfalls an die Reichskanzlei, um gegen die Tötung „Lebensunwerter" Stellung zu nehmen. Aus diesem Brief geht klar hervor, daß die Tötung „Lebensunwerter" in allen Fällen ohne Ausnahme von der Kirche als Mord eingeschätzt wird und daß diese Tötung dem christlichen Ethos diametral widerspricht, den Begriff der „Sicherheit der Person" vernichtet, das Vertrauen in die Ärzteschaft völlig untergräbt und den Sinn des auf gegenseitige Hilfe begründeten menschlichen Gemeinschaftslebens in seinen Grundfesten erschüttert.

Im Oktober 1940 sandte Pfarrer Leube aus Schussenried im Auftrage der „Württembergischen Arbeitsgemeinschaft evangelischer Seelsorger an Gemüts- und Nervenkranken" an den Reichsminister des Innneren und an den Reichsgesundheitsführer Dr. Conti folgendes Schreiben:

„... Veranlaßt durch die Vernichtung des Lebens von Anstaltspfleglingen, trat die Württembergische Arbeitsgemeinschaft evangelischer Seelsorger an Gemüts- und Nervenkranken am 11. Oktober zu einer vertraulichen Aussprache zusammen. Die berufliche Arbeit an den Kranken, die seelsorgerischen Beziehungen zu deren Angehörigen und Stimmen aus weitesten Volkskreisen, welche zu den Gliedern der Arbeitsgemeinschaft drangen, haben für diese ein solch ernstes Bild von den Folgen der getroffenen Maßnahmen ergeben, daß die Arbeitsgemeinschaft sich im Gewissen verpflichtet fühlt, Ihnen, sehr geehrter Herr Reichsminister, von den gemachten Beobachtungen und Erfahrungen Mitteilung zu geben.

1. Die Maßnahmen der Lebensvernichtung, welche unter strengstem Geheimnis bleiben sollten, sind in breiter Öffentlichkeit bekannt geworden. Kinder wie Erwachsene wissen darum und sprechen davon.

2. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Mitteilungen an die Angehörigen über den unerwarteten und plötzlichen Tod der in eine andere Anstalt verlegten Kranken in wichtigen Punkten nicht der Wirklichkeit entsprechen. Das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit amtlicher Angaben ist dadurch im Volk erschüttert.

3. Soldaten, welche aus dem Feld auf Urlaub in die Heimat kommen und davon hören, sind entsetzt und fragen: ‚Was tut man denn mit uns'? Sie fühlen sich für die Zukunft nicht mehr ihres Lebens sicher, ihre Opferbereitschaft leidet Not; denn sie erfahren, daß auch Kameraden, welche im Weltkrieg ihre geistige Gesundheit verloren haben, Opfer der Maßnahmen geworden sind.

4. Rentenempfängern und Pensionären, welche lebenslang ihre Zeit und ihre Kraft treu und fleißig eingesetzt haben, graut es vor ihrer Zukunft, weil das Recht auf Leben nicht mehr gesichert sei.

5. Auf dem Pflegepersonal in den Anstalten liegt ein schwerer Druck. Nicht nur, daß jeder neue Abschied eines Transportes zunehmende seelische Erschütterung im Innersten verursachte: Die besten unter dem Personal verlieren die Freude an dem Beruf, dem sie mit aufopfernder Liebe sich hingaben, und trachten darnach, loszukommen; denn ihre Arbeit ist ja entwertet. Für gewissenlose Pfleger aber wächst die Versuchung, störende und unangenehme Kranke kurzerhand zu beseitigen.

6. Selbst Ärzten wird ihr Beruf verleidet. Denn der Gesichtspunkt der Heilung und Pflege der Kranken ist Nebensache geworden. Dadurch ist der Ernst und die Vertrauenswürdigkeit des auf Heilung und Erhaltung des Lebens gerichteten ärztlichen Wirkens erschüttert und in Frage gestellt. Die von ihnen geforderte Mitwirkung zur Durchführung der Maßnahmen ist für die persönliche Verantwortung gewissenhafter Ärzte geradezu untragbar.

7. Von den Pfleglingen weiß eine größere Anzahl, als man denken möchte, um die Maßnahme. Teils sprechen sie es offen und grimmig aus, teils befinden sie sich in ständiger Angst, daß eines Tages das gleiche Los sie treffe. Wie sich dies auf Geist und Gemüt der Labilen unter ihnen auswirkt, braucht nicht besonders gesagt zu werden.

8. Auf der Bevölkerung im allgemeinen lastet um der Maßnahme willen schwerer Druck und düstere Sorge.

Auch hat sich die Einstellung zur Heilanstalt gewandelt. Wurden bisher Kranke, welche das Unglück hatten, geistig zu erkranken, der Heilanstalt mit Vertrauen zu treuen Händen übergeben, so suchen jetzt die Familien erkrankte Angehörige von der Anstalt fernzuhalten oder aus ihr herauszubekommen, damit ihnen die Maßnahme der Lebensvernichtung erspart bleibe. Welcher Mensch aber hat sichere Gewähr, daß er die geistige Gesundheit immer behalten wird?

Das im gegenwärtigen Schreiben Ausgeführte stützt sich auf Tatsachen. Die eigene Stellung, welche wir auf Grund unserer persönlichen und amtlichen Verantwortung als Seelsorger der Kranken zu der ganzen Frage einnehmen, ist im Schreiben nicht berührt.

Heil Hitler!
Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft
der Vertrauensmann
(gez.) Pfarrer Leube."

Ein Jahr später, im August 1941, schrieb der Bischof vom Limburg, Dr. Hilfrich, an das Reichsinnenministerium, das Reichsjustizministerium und an das Ministerium für kirchliche Angelegenheiten:

„Etwa acht Kilometer von Limburg entfernt ist in dem Städtchen Hadamar auf einer Anhöhe unmittelbar über dem Städtchen eine Anstalt, die früher verschiedenen Zwecken, zuletzt- als Heil- und Pflegeanstalt gedient hat, umgebaut, bzw. eingerichtet worden als eine Stätte, in der nach allgemeiner Überzeugung seit Monaten — etwa seit Februar 1941 — planmäßig Euthanasie vollzogen wird.

Öfters in der Woche kommen Autobusse mit einer größeren Anzahl solcher Opfer in Hadamar an. Schulkinder in der Umgebung kennen diese Wagen und reden: Da kommt wieder die Mordkiste. Nach der Ankunft solcher Wagen beobachten dann die Hadamarer Bürger den aus dem Schlot aufsteigenden Rauch und sind von dem ständigen Gedanken an die armen Opfer erschüttert. Die Wirkung der hier getätigten Grundsätze:

Kinder, einander beschimpfend, tun Äußerungen: Du bist nicht recht gescheit, Du kommst nach Hadamar in den Backofen!

Solche, die nicht heiraten wollen oder die keine Gelegenheit finden: Heiraten, nein! Kinder in die Welt setzen, die dann in den Rex-Apparat kommen!

Bei alten Leuten hört man die Worte: Ja in kein staatliches Krankenhaus! Nach den Schwachsinnigen kommen die alten als unnütze Esser an die Reihe. Beamte der Geheimen Staatspolizei suchen, wie man hört, das Reden über die Hadamarer Vorgänge mit strengen Drohungen zu unterdrücken. Das Wissen und die Überzeugung und Entrüstung der Bevölkerung werden damit nicht geändert. Die Überzeugung wird um die bittere Erkenntnis vermehrt, daß das Reden mit Drohungen verboten wird, die Handlungen selbst aber nicht strafrechtlich verfolgt werden."

Am 3. August 1941 hielt Bischof Clemens August von Galen von der Kanzel der Lamberti-Kirche in Münster die weithin bekanntgewordene Rede:

„Deutsche Männer und Frauen! Noch hat Gesetzkraft der § 211 des RStrGB, der bestimmt: ‚Wer vorsätzlich einen Menschen tötet, wird, wenn er die Tötung mit Überlegung ausgeführt hat, wegen Mordes mit dem Tode bestraft'.

Es ist mir aber versichert worden, daß man im Reichsministerium des Inneren und auf der Dienststelle des Reichsärzteführers Dr. Conti gar kein Hehl daraus macht, daß tatsächlich schon eine große Zahl von Geisteskranken in Deutschland vorsätzlich getötet worden ist und in Zukunft getötet werden soll.

Das RStrGB bestimmt aber in § 139: ‚Wer von dem Vorhaben eines Verbrechens wider das Leben glaubhafte Kenntnis erhält und es unterläßt, der Behörde oder dem Bedrohten hiervon zur rechten Zeit Anzeige zu machen, wird bestraft.'

Als ich von dem Vorhaben erfuhr, Kranke aus Marienthal abzutransportieren, um sie zu töten, habe ich am 28. Juli bei der Staatsanwaltschaft, beim Landgericht in Münster und

bei dem Polizeipräsidenten in Münster Anzeige erstattet durch eingeschriebenen Brief. Nachricht über ein Einschreiten der Staatsanwaltschaft und der Polizei ist mir nicht zugegangen."

Über diese Predigt schrieb kürzlich ein Verwandter des Bischofs, Chr. B. Graf von Galen, in einem Leserbrief an eine Tageszeitung:

„Diese Predigt haben tausende Münsterianer gehört. Sie wurde in vielen tausenden Exemplaren abgeschrieben, gedruckt und heimlich verbreitet. Jeder kann den Text heute in den Biographien über den Kardinal Galen nachlesen! Aber immer noch wollen ungezählte Deutsche nichts gewußt haben und nichts wissen!" 23).

Bischof Bornewasser von Trier predigte am 14. September 1941:

„Kein Staat, keine Regierung hat das Recht, die Tötung sogenannter ‚lebensunwerter', ‚unproduktiver', schuldloser Schwachsinniger oder Geisteskranker anzuordnen und kein Arzt hat das Recht, an einer solchen Tötung mitzuwirken. Wehe dir, armes Deutschland! Wie sagt die Heilige Schrift: ‚Täuschet Euch nicht: Gott läßt seiner nicht spotten. Was immer der Mensch sät, das wird er ernten!' ..."

Ebenfalls am Jahre 1941 sandte der Vizepräsident des Zentralausschusses der Evangelischen Inneren Mission, Pfarrer Braune, einen Bericht an verschiedene Reichsstellen, aus denen hervorging, daß in den Vernichtungsanstalten der Wert der täglichen Nahrung eines ‚Patienten' auf 22—24 RPf. herabgesetzt wurde. Da die Opfer bei dieser Ernährung unmöglich auch nur die Illusion der Sättigung erreichen konnten, wurde ihnen zwangsweise Medizin gegeben (Paraldehyd), um sie in einen Zustand der Apathie zu versetzen. Trotzdem, so berichtete Pfarrer Braune, war es nicht zu vermeiden, daß die Kranken immer wieder: Hunger! Hunger! riefen. Aus dem Bericht ging des weiteren hervor, was ein Patient täglich an Nahrungsmitteln erhielt:

„Eine halbe Schnitte Brot, einen Viertel Teller Essen und einen heißen Becher Suppe. Den Bettlägerigen gibt man noch weniger, denen in der Zelle gar nichts. Die Patienten tragen auf der Schulter einen geklebten Leukoplaststreifen mit ihrem Namen, damit die Leiche wenigstens identifiziert werden kann."

Am 22. März 1942 erklärte Kardinal Faulhaber in München von der Kanzel herab:

„Mit tiefem Erschrecken hat das christlich-deutsche Volk es vernommen, daß auf Anordnung staatlicher Stellen zahlreiche geisteskranke Menschen, die den Heil- und Pflegeanstalten anvertraut waren, als sogenannte „unproduktive Volksgenossen" ums Leben gebracht wurden. Euer Erzbischof wird nicht nachlassen, gegen die Tötung Unschuldiger Verwahrung einzulegen."

In einem nach 1945 geführten Gespräch berichtete der schon erwähnte Pfarrer Leube über seine persönlichen Erfahrungen und Eindrücke:

„Aber die Unruhe, oder besser gesagt, das dumpfe Grauen steigerte sich noch, als man erfuhr, daß der blinde Eifer der Henker keinerlei Vernunftsgründen zugängig war. Kopfverletzte aus dem Weltkriege, deren Internierung auf Grund von Neurosen oder anderen geistigen Störungen erfolgt war, und andere durch Kriegsursachen Erkrankte und ruhmreiche Kämpfer von 1914—1918 mußten in Grafeneck ihr Leben lassen ...

Ein Leutnant der Reserve, Rueff, Karl, geboren am 1. 2. 1882 in Winterthur (Schweiz), Eisernes Kreuz I. Klasse, Kopfverletzung aus dem Kriege 1914—1918, war seit mehreren Jahren in der Anstalt Schussenried interniert, wo er häufige Besuche seiner Familie erhielt: Von seinem Vater, Generalkonsul a. D. in Ulm, von seiner Schwester, Ärztin und Leiterin einer psychiatrischen Klinik in Ulm. Die Unterhaltskosten — Pension II. Klasse 5,— RM pro Tag, wurden von seiner Invalidenrente bezahlt. Es handelte sich um einen absolut normalen Kranken, welcher nur ab und zu unter epileptischen Anfällen zu leiden hatte und daher weitgehendste Freiheiten in der Anstalt genoß. Am 18. Juni 1940 legte die Gemeinnützige Krankentransportgesellschaft m.b.H. eine Liste vor, in welcher Lt. Karl Rueff eingetragen war — er wurde noch an demselben Tage in Grafeneck umgebracht" 24).

Unter dem Druck der immer stärker werdenden Proteste wurden die Euthanasiemorde an den Patienten der Heilanstalten 1941 eingestellt. — Eingestellt mit der Absicht, sie nach Kriegsende in verstärktem Umfang fortzusetzen.

Die Mörder von gestern und ihre Helfer von heute

In den vorhergehenden Abschnitten wurde der Versuch unternommen, einen Überblick über die Entwicklung des Euthanasieproblems von der von jeder NS-Propaganda unbelasteten wissenschaftlichen Diskussion über die nationalsozialistische Theorie bis zur Mordpraxis des SS-Staates zu bieten.

Es wurde des weiteren in Erinnerung gerufen, daß die im Dritten Reich als Euthanasie bezeichneten Morde mit dem ursprünglichen Begriff des Gnadentodes nicht das geringste gemein haben und daß sich die ausführenden Organe dieser Meuchelmorde nicht einmal auf ein Gesetz des Dritten Reiches berufen können, sondern daß nur eine geheime und weitgehendst auslegbare Anordnung Hitlers vorhanden war.

Auf Grund der existierenden dokumentarischen Unterlagen muß die Behauptung einer in der Bundesrepublik erscheinenden rechtsradikalen Zeitung — die bestrebt ist, ebenso wie alle anderen im Dritten Reich begangenen Verbrechen auch die Euthanasiemorde zu rechtfertigen — „über jeden einzelnen der zu Tötenden mußten im Schnitt zwölf Gutachten befinden und entscheiden" 25) als eine bewußte Lüge bezeichnet werden.

Selbstverständlich kann man nicht von jedem zum Metzgergesellen degradierten Krankenpfleger erwarten, daß er bei seinem Handeln nach der gesetzlichen Grundlage fragt, wenn er von den ihm vorgesetzten Ärzten und Anstaltsleitern die diesbezüglichen Weisungen erhält.

Wenn man ernsthaft bestrebt ist, einen Schlußstrich unter das Geschehen des Dritten Reichs zu ziehen und nicht ein schon in zwei Staaten gespaltetes Volk noch in ehemalige Nationalsozialisten und solche, die es nicht waren, zu spalten wünscht, so kann es auch gar nicht darum gehen, alle die kleinen Handlanger des großen Mordes heute strafrechtlich zu verfolgen.

Doch es müßte allen Behörden, Ärztekammern und ähnlichen Stellen, d. h., vor allem allen demokratisch gesinnten Staatsbürgern, die sich das Gefühl für die selbstverständlichsten moralischen Grundsätze und einen Funken demokratischen Anstandes bewahrt haben, sehr wohl darum gehen, daß die aktiv beteiligten Ärzte und die Hauptverantwortlichen für die Euthanasiemorde zur Verantwortung gezogen werden und daß keiner der Ärzte, bei dem der weiße Mantel zur Berufskleidung des Mörders geworden ist, heute wieder auf medizinischem Gebiete als „Helfer der Menschheit" tätig sein kann.

Und einer dieser Hauptverantwortlichen ist zweifellos Professor Heyde. Es soll und kann nicht Aufgabe dieser Darstellung sein, den Fall Heyde mit seinen mannigfaltigen Aspekten hier ausführlich zu behandeln. Dies scheint uns um so weniger notwendig zu sein, als bei den Lesern dieses Berichtes die diesbezüglichen Artikel aus den Tageszeitungen als bekannt vorausgesetzt werden können. Wir begnügen uns deshalb mit einer chronologischen Darstellung und überlassen es dem Leser, zu beurteilen, ob der Weg Professor Heydes vom Obergutachter der Euthanasie-Mord-Aktion zum Obergutachter der Landessozialversicherung in Schleswig-Holstein; ob der Weg von der SS über seine Festnahme zu der geglückten Flucht, sein Untertauchen und Wiederauftauchen nicht charakteristisch für den politischen Weg eines Teiles Deutschlands ist.

1939 — 1944: Mit der SS-Mitgliedsnummer 276 656 gehörte der SS-Obersturmbannführer Professor Dr. Werner Heyde dem Stabe des SS-Hauptamtes an. Außerdem war er leitendes Mitglied der SS-Organisation „Lebensborn".

Als Leiter der Universitäts-Nervenklinik in Würzburg und in seiner Funktion als SS-Offizier war er einer der Hauptverantwortlichen für das Euthanasieprogramm und dessen praktische Durchführung.

Für die nichtkranken Opfer — es handelte sich hier vorwiegend um die Insassen der Konzentrationslager — d. h., für „die sachlich unbegründeten Bescheinigungen des Schwachsinns" wurde ein als „14 F/13" bezeichnetes Formular geschaffen. Dies war das Todesurteil für viele „Volksfeinde" und jüdische Häftlinge. Auch für die Mordaktion trug Professor Heyde die Hauptverantwortung.

1945: Ende 1945 wurde Professor Heyde von britischen Offizieren in der Kommandeursvilla der Mürwiker Marineschule — dem letzten Sitz der Dönitz-Reichsregierung — verhaftet und den Verfolgungsbehörden des alliierten Militärtribunals in Nürnberg übergeben.

1946: Am 25. Oktober erhob vor dem amerikanischen Militärgericht in Nürnberg der damalige Generalstaatsanwalt für Kriegsverbrechen, Brigadegeneral Telford Taylor, gegen Professor Brandt, den stellvertretenden Leiter der Ärztekammer, Professor Blome, und gegen den Oberdienstleiter in der „Kanzlei des Führers", SS-Oberführer Brack, Anklage wegen der Euthanasieverbrechen.

Blome wurde freigesprochen. Brandt und Brack wurden zum Tode verurteilt und am 2. Juni 1948 in Landsberg gehenkt.

Der Militärgerichtshof gelangte u. a. zu folgenden Feststellungen:

„Zur Verwirklichung des Euthanasieprogramms wurden Anfang 1939 drei Organisationen gegründet..., die „Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten", die über das Schicksal der ihnen gemeldeten Kranken entschied. Die Leiter der Reichsarbeitsgemeinschaft waren Heyde und Professor Nitsche. Nach ihren Gutachten wurden die Kranken in sogenannten Beobachtungsanstalten gesammelt und dann zur Euthanasie „verschubt"..."

1947: Es gelang Heyde während eines Gefangenentransportes, aus einem amerikanischen Jeep zu flüchten. Gesinnungsfreunde bringen ihn illegal in Plön in Holstein unter.

1948: Die gleichen Freunde verhalfen ihm auf Grund ihrer Verbindungen zu einem auf den Namen Dr. med. Fritz Sawade lautenden Personalausweis.

1949: Dr. Sawade taucht in Flensburg auf und findet überraschend schnellen Kontakt zu der „guten Gesellschaft". Im Herbst des gleichen Jahres erhält der Direktor der Landessportschule von Schleswig-Holstein, Siegfried Perrey, vom Flensburger Oberbürgermeister Drews ein Schreiben, in dem er aufgefordert wird, den landwirtschaftlichen Arbeiter Dr. Fritz Sawade als Sportarzt in der Landesschule zu beschäftigen.

1950: Dr. Fritz Sawade beginnt die Tätigkeit eines Gerichtsgutachters in Schleswig-Holstein.

1951: Am 1. September ließ sich Dr. med. Fritz Sawade beim Einwohnermeldeamt in Flensburg registrieren. Er legt den blauen Personalausweis vor, der ihm in Plön ausgestellt worden war.

1952: Nachdem der neue graue Personalausweis eingeführt wurde, ist der alte blaue Ausweis von Professor Heyde nur umgeschrieben worden.

Heyde-Sawade avanciert zum Obergutachter der Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein.

Im gleichen Jahr setzt eine neue Fahndungsaktion nach ihm ein. Das heißt, der seit 1947 laufende Steckbrief, der allen Polizeibehörden mit Bild und genauer Personenbeschreibung vorlag, wurde erneuert.

1953: Dr. Sawade erhält auf Grund des neuausgestellten Bundespersonalausweises einen Reisepaß, ohne daß die Beamten des Flensburger Paßamtes die Vorlage sonstiger Dokumente verlangen.

1954: In einem vom 8. Dezember datierten Schreiben an den Präsidenten des Landessozialgerichtes von Schleswig-Holstein, Dr. Buresch, wird dieser „davon benachrichtigt, daß Dr. Sawade mit dem gesuchten Professor Heyde identisch ist" 26).

1955: Am 10. 1. antwortet der Präsident des Landessozialgerichtes, Dr. Buresch, auf dieses Schreiben und erklärte: „Daß er von Amts wegen nicht verpflichtet sei, dieser Angelegenheit nachzugehen" 27). Vielmehr beschäftigte man Herrn Dr. Sawade alias Heyde weiter.

Der Schreiber des Briefes vom 8. Dezember 1954, der damalige Direktor der Kieler Nervenklinik, Professor Hans Gerhard Creutzfeldt, wurde „in einer der zahlreichen Konferenzen ... gebeten", seinen Brief nicht als „Anzeige, sondern nur als inoffizielle Mitteilung zu werten". Das geschah auch:

„Creutzfeldt hatte übrigens bereits Ende 1954 auf einem Kongreß in Baden-Baden von einem Kollegen erfahren, wer sich hinter Dr. Sawade verbarg, und danach das Landessozialgericht in Kiel davon benachrichtigt, ohne daß dieses darauf reagierte. Die Behörden sanktionierten damit, um lästigen Verwaltungsstreitigkeiten aus dem Wege zu gehen, die Illegalität Professor Heydes. Sie beschäftigten ihn weiter" 28).

Die Leute, die Professor Creutzfeldt „gebeten" hatten, „seinen Brief nicht als Anzeige, sondern nur als inoffizielle Mitteilung zu werten", waren „die Richter — und auch die Manager — der Landesversicherungsanstalt von Schleswig-Holstein" 29).

1959: Im Frühjahr wurde der Fall Heyde-Sawade durch die Verärgerung eines Kieler Universitätsprofessors von neuem aktuell. Der Leiter der Klinik für Innere Medizin, Professor Dr. Helmuth Reinwein, war sowohl über mitternächtliche studentische Ruhestörungen als auch über das passive Verhalten der hierfür zuständigen Behörden, bei denen er Anzeige erstattet hatte, entrüstet. Er beschwerte sich und wurde, etwa ein Vierteljahr nach dieser Beschwerde, vom Ministerpräsidenten von Hassel und dem Kultusminister Osterloh empfangen:

„Ich habe dem Herrn Ministerpräsidenten dabei sehr deutlich gesagt, daß bei der schleswig-holsteinischen Justiz manches offenbar nicht in Ordnung ist, erinnert sich Reinwein dieses Gesprächs. Eines von mehreren Beispielen für die These, die er vortrug, war der Fall Dr. Fritz Sawade" 30).

Nach diesem Gespräch dauerte es weitere drei Monate, bis von Hassel den Behördenapparat in Bewegung gesetzt hatte und so praktisch mit dazu beitrug, daß Heyde rechtzeitig gewarnt werden konnte.

Selbst der Justizminister Leverenz (FDP) mußte am 30. November vor dem Kieler Landtag zugestehen, daß „Beamte im Lande Schleswig-Holstein seit Jahren wußten, daß Dr. Sawade nicht der ursprüngliche Name war" 31).

Soweit die chronologische Darstellung des Falles Heyde. Auf Grund der hier wiedergegebenen und anderer Tatbestände drängen sich dem Betrachter dieser Vorkommnisse im nationalsozialistischen Naturschutzpark der Bundesrepublik, Schleswig-Holstein, auf dessen restaurativer Heide Professor Heyde nur eines der braunen Unkrautgewächse ist, die folgenden Feststellungen auf:

1.) Professor Creutzfeldt teilte dem Präsidenten des Landessozialgerichtes, Dr. Buresch, erst im Jahre 1954 mit, wer sich hinter dem Namen Dr. Sawade verberge. Er tat dies, als es zwischen dem Letztgenannten und ihm wegen eines Gutachtens zu Meinungsverschiedenheiten gekommen war.

Professor Dr. Helmuth Reinwein machte von seinem Wissen über die Identität Dr. Sawades erst 1958 Gebrauch, als er über vor seinem Haus randalierende Studenten und über das nach seiner Ansicht nicht genügend energische Eingreifen der Behörden verärgert war.

Man kann in beiden Fällen behaupten, daß sie ihrer primitivsten Pflicht als Staatsbürger erst nachgekommen sind, als sie aus persönlichen Gründen verärgert waren.

2.) Das Schreiben Professor Creutzfeldts an Dr. Buresch blieb jedoch nicht nur diesem bekannt, sondern es waren „die Manager der Landesversicherungsanstalt in Schleswig-Holstein", die davon seit 1954 wußten und damit darüber informiert waren, daß sich hinter Dr. Sawade ein von den Behörden gesuchter, mehrfacher Mörder verbirgt.

Wenn man nicht anzunehmen bereit ist, daß sie alle aus politischer Solidarität mit dem ehemaligen exponierten SS-Offizier Heyde schwiegen, so ist dieses übergroße Maß an Diskretion nur damit zu erklären, daß einige dieser Beamten — bei denen das Beamtentum zur Weltanschauung geworden ist — Befürchtungen hegten, daß die Gutachten, die Dr. Sawade geliefert hatte, angefochten werden könnten und damit der ruhig fließende Strom der Beamtenbürokratie durch die hochgehenden Wogen der Gutachterproteste gestört werden könnte.

3.) Neben dem Präsidenten des Landessozialgerichtes, Dr. Buresch, der wegen seines Wissens um die Person Sawade-Heyde amtsenthoben wurde, sind des weiteren der Senatspräsident Michaelis und der Landessozialrichter Meinicke-Pusch amtsenthoben worden, da sie Professor Heyde noch im Jahre 1958

„unter dem Namen Sawade als Gutachter auftreten lassen, obwohl ihnen dessen Identität bekannt gewesen sei ...

Meinicke-Pusch ist ehemaliger CDU-Landtagsabgeordneter; er nahm als Ersatzmitglied für den ehemaligen Landtagspräsidenten Böttcher am 17. Juli 1954 an der Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten teil" 32).

4.) Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Steffen stellte die bisher nicht widerlegte Behauptung auf, „in den Fall Heyde seien auch schleswig-holsteinischen Parlamentarier verwickelt", und erklärte weiter:

„... daß Abgeordnete in eigener Sache abgestimmt hätten, als die Dringlichkeit des Untersuchungsausschusses verneint worden sei, und daß in den Kreis der Behauptungen schuldhaften Verhaltens auch Personen, die in der Regierung sitzen, einzubeziehen sind" 33).

5.) Auch der ehemalige Oberstaatsanwalt Voß, der seit Dezember 1948 in Flensburg und fünf Jahre später Generalstaatsanwalt in Schleswig war, wurde von dem „ehemaligen Direktor der Landessportschule Flensburg-Mürwik, Siegfried Perrey", als „der beste Freund Dr. Sawades bezeichnet" 34).

Zu Sawades guten Freunden gehörte auch:

„Dr. Franz Schlegelberger, einst Staatssekretär in Hitlers Reichsjustizministerium, der nach seiner Strafverbüßung nach Flensburg ging und sich in unmittelbarer Nachbarschaft des ihm seit langem bekannten Euthanasiearztes niederließ, brachte die wahre Identität des Dr. Sawade nicht ans Licht, obwohl Schlegelbergers Sohn Hartwig, heute CDU-Landrat in Flensburg, mit Generalstaatsanwalt Voß und Kiels Ministerpräsidenten Kai-Uwe von Hassel eng befreundet war" 35).

6.) Schon Anfang Oktober 1958 wurde der Leiter des Verfassungsschutzamtes von Schleswig-Holstein, Ministerialrat Klischke, nach seinen eigenen Angaben

„gefragt, ob er nicht wisse, daß Sawade unter falschem Namen lebe.

In den Personalakten des Verfassungsschutzamtes fand Klischke keinen Hinweis. Da er in der Frage keinen hinreichenden Verdacht sehen konnte, wurden auch keine Ermittlungen wegen Führung eines falschen Namens angeregt" 36).

Und dies, obwohl Bild und Personalien Professor Heydes als Steckbrief seit 1947 allen Polizeibehörden vorlag.

7.) Als Heyde im Jahre 1955 bei der Ärztekammer in Bad Segeberg ansuchte, ins Kammerverzeichnis aufgenommen zu werden; „lehnte er es ab, seine Approbationsurkunde vorzulegen" 37).

Niemand kam im Laufe der nächsten Jahre auf die Idee, von dem Obergutachter, der rund 2500 Gutachten geliefert hatte, diese zu verlangen. Weder die Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein, die es unterlassen hatte, überhaupt irgendein Dokument zu fordern, noch die Ärztekammer von Schleswig-Holstein.

8.) Mit der Feststellung, daß es in der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt keinen leitenden Beamten einer Behörde gab, der von der Existenz Professor Heydes schon vor dessen Verschwinden nichts wußte, ohne daß er der schon erwähnten primitiven staatsbürgerlichen Pflicht nachgekommen ist, macht man sich keiner Übertreibung schuldig.

Um Mißverständnisse zu verhindern, sei erwähnt, daß wir hierbei nicht an den Leiter der Städtischen Müllabfuhr oder an den Verantwortlichen der Lebensmittelkontrolle denken, wir denken aber sehr wohl an jene Beamten, Angestellten und Verantwortliche der Ärztekammer und Landesversicherungsanstalt, deren Aufgabe es gewesen wäre, Dr. Sawade als den gesuchten Massenmörder zu entlarven und die dies nicht nur für nicht notwendig hielten zu tun, sondern von ihrem Wissen über seine Identität keinen Gebrauch machten.

Man strapaziere ein wenig seine Phantasie und stelle sich vor, ein deutscher Arzt hätte sich in einem russischen Kriegsgefangenenlager gegenüber seinen mitgefangenen Kameraden Vergehen zuschulden kommen lassen, ohne sein Gewissen mit einem Menschenleben belastet zu haben, und dieser Arzt wäre seit 1947 in der Bundesrepublik steckbrieflich verfolgt. Will jemand ernsthaft behaupten, daß er bei den verschiedenen Stellen in Schleswig-Holstein Jahre hindurch das gleiche Entgegenkommen und die gleiche wohlwollende Diskretion gefunden hätte wie etwa der vielfache Massenmörder Heyde?

9.) Es wäre leichter, heute eine Liste der prominenten Leute Schleswig-Holsteins aufzustellen, die von Heyde nichts wußten, als von jenen, die über dessen Doppelleben sehr wohl informiert waren. Auf der Liste der nichtswissenden Prominenten würden nach bisher teils bestrittenen, aber nicht widerlegten Zeitungsberichten allerdings der Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel, der Kultusminister Edo Osterloh, der Leiter der Gesundheitsabteilung im Schleswig-Holsteinischen Innenministerium und des Landesamtes für Gesundheitswesen, Hans Heigl, und viele andere nicht stehen. Die Obengenannten waren bisher keineswegs in der Lage, die gegen sie gerichteten Beschuldigungen sachlich zu widerlegen.

Mangels anderer Argumente richtete sich der Zorn von Hassels nicht gegen die für legale und illegale Nationalsozialisten paradiesisch anmutenden Zustände in seinem Lande, sondern gegen jene, die den Mut aufbringen, diese aufzuzeigen und anzukreiden. Er wetterte in der „Politisch-Sozialen Korrespondenz" gegen die „Pseudo-Intellektuellen", die untadelige Politiker, wie Bundeskanzler Dr. Adenauer, zur „Zielscheibe gehässiger Kritik, unqualifizierter Angriffe, infamer Unterstellungen und Verdächtigungen" machten und beschuldigte diese des weiteren, „Skandale" zu konstruieren.

Mit Recht schrieb der bekannte sozialdemokratische Publizist Dr. Hans Henrich in einer Hamburger Zeitung unter dem Titel „Wieder blies einer zur Attacke" u. a.:

„Gerade die Politiker vor einer Wiederholung der Fehler der Weimarer Republik zu warnen und zu bewahren, sieht die Presse als ihre vornehmste Aufgabe an. Sprachanleihen aus dem Goebbels-Jargon, wie Herrn von Hassels „Pseudo-Intellektuelle"

für nicht gleichgeschaltete Journalisten kann man nur niedriger hängen; sie widerlegen uns nicht.

Herr von Hassel pflegt seine gegen unbequeme Presseveröffentlichungen gerichteten Erklärungen mit einem grundsätzlichen Bekennnis zur Pressefreiheit zu garnieren. Diesmal räumt er, halb widerwillig, ein, daß in einer Demokratie alles, was nicht durch Gesetz unter Strafe gestellt sei, auch erlaubt sei. Aber, so sagte er zum Schluß, die junge Demokratie in der Bundesrepublik könne auf die Dauer derartigen „gewollt herbeigeführten Erschütterungen" nicht standhalten. Das ist ja wohl, wenn wir richtig verstehen, der Ruf nach einer gesetzlichen Beschneidung der Publikationsmöglichkeiten, der Pressefreiheit.

Der Herr Ministerpräsident möge sich nicht täuschen über das Echo, das er mit solchen Andeutungen hervorruft. Die Pressefreiheit ist einer der wichtigsten Faktoren, die die Demokratie von der Diktatur unterscheiden. Sie ist eine der stärksten Garantien gegen Mißstände und Korruption in der öffentlichen Verwaltung. Die Mißstände abzustellen, gilt es, nicht das Barometer zu zerstören, das sie anzeigt. Wenn heute eine Institution des Schutzes gegen ungerechtfertigte Angriffe bedarf, so ist es die Presse" 38).

Wenn es Herr von Hassel für richtig hält, an die tragische Geschichte der Weimarer Republik und deren Ende in Zusammenhang mit der von ihm geforderten Einschränkung der Freiheit des Presserechtes zu erinnern, so muß ihm mit aller Deutlichkeit gesagt werden:

Die Weimarer Republik starb nicht an den nur zu berechtigten Kritiken und Warnungen aller derer, die Herr von Hassel und die mit ihm im Ungeist Verbundenen als „Pseudo-Intellektuelle" bezeichnen, sondern sie starb an den Pseudo-Demokraten, an den Abendländlern, und sie starb nicht zuletzt an jenem primitiven Antikommunismus, unter dessen Flagge sich bürgerliche Politiker im Oktober 1931 — als einer deren politischen Nachgeburten Herr von Hassel zu bezeichnen ist — mit den Nationalsozialisten in Bad Harzburg vereinten und sie starb, weil die damals ausgesprochenen Warnungen von dem Geheul der Nationalsozialisten, deren prominenteste Vertreter heute in dem von Herrn Hassel regierten Lande nach Belieben unter- und auftauchen können, von dem Geschrei des „Stahlhelm", bei dem heute prominente CDU-Politiker als Redner auftreten und den Neubau des staatlichen Hauses der Bundesrepublik fordern, übertönt wurden.

Die Republik von Weimar ging zugrunde, weil der Staatsapparat von Viertel- und Halbrepublikanern beherrscht und von Nationalsozialisten durchsetzt war und weil es diese Behörden für richtig hielten, nur gegen Links zu kämpfen und die rechtsradikalen, antidemokratischen Ausschreitungen zu tolerieren und alle unbequemen Mahner und Warner als Kommunisten oder deren Helfer zu diskriminieren.

Drängen sich nicht aus diesem Geschehen der jüngsten Vergangenheit Parallelen der Gegenwart auf? Doch kaum wird man ein Bundeskanzler Dr. Adenauer nahestehendes Wochenblatt der kommunistischen Propaganda bezichtigen können, das kürzlich zu der folgenden Feststellung gelangte:

„Der Verfassungsschutz scheint sich fast ausschließlich mit der Abwehr kommunistischer Agenten zu beschäftigen und das verfassungswidrige Treiben völkischer Ideologen, das auf die Rehabilitierung der Kernstücke des Nationalsozialismus zielt, nicht so wichtig zu nehmen, obwohl sich seit Jahren in vielen Presseorganen und politischen Cliquen die ideologische NS-Restauration immer offener manifestiert" 39).

Es ist irrig und irreführend, die Schuldigen im Fall Heyde nicht bei jenen zu suchen, die die volle Verantwortung dafür tragen — wie dies von Hassel und andere tun —, sondern vielmehr die zu beschimpfen, die es wagen, auf die Existenz dieses braunen Geschwürs hinzuweisen.

Wenn man aber heute gewillt ist, sich diese Methode zu eigen zu machen, dann wird man morgen nicht jene, die Gedenkstätten der Opfer des Dritten Rei-

ches sowie jüdische Gotteshäuser und Friedhöfe besudeln, sondern jene, die darüber berichten, der antidemokratischen Tätigkeit bezichtigen.

Man kann den Fall Heyde nicht isoliert als Einzelfall betrachten, sondern muß, um die ganze Tragweite dieser Angelegenheit erfassen zu können, seine Freunde, Helfer und Beschützer mit in den restaurativen braunen Reigen einbeziehen. Man muß des weiteren berücksichtigen, daß dies in einem Bundesland geschehen ist, dessen heutiger Ministerpräsident vor einigen Jahren eine Versammlung leitete, bei der der NS-Dichter und DRP-Bundestagskandidat Hans Grimm las, und daß der gleiche Ministerpräsident Grimm „anschließend" als „Gast" in seiner Wohnung begrüßte 40), in dem der ehemalige SS-Sturmführer Völpel zum Landtagsdirektor 41) berufen wurde, in dem nach Angaben des Justizministers Leverenz die Ärztekammer die Nachforschungen über die Identität Sawades „nicht unterstützt" 42) hatte, in dem eine KZ-Ärztin jahrelang ihre Praxis unterhielt, obwohl sie wegen des durch ihre medizinischen Versuche verursachten Todes von weiblichen Häftlingen zu zwanzig Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, in dem die Ärztekammer gegen die Praxis dieser Ärztin keinen Einspruch erhob, weil „ein Verstoß gegen die ärztliche Berufsordnung, der in der Zeit von 1940 bis 1943 erfolgte, nicht mehr in die Kompetenz der gegenwärtigen Berufsgerichte" 43) fällt, in dem es des öfteren zu von den Behörden nicht geahndeten neonazistischen Exzessen des in Schleswig-Holstein sehr aktiven „Deutschen Block" und anderer rechtsradikaler Gruppen kam; in dem das Verfahren gegen den ehemaligen SS-General, Bürgermeister und BHE-Abgeordneten Reinefarth eingestellt wurde und in dem der Flensburger Oberstaatsanwalt nach der Bekanntgabe antisemitischer Schmierereien auf der alten Kirche der Nordseeinsel Pellworm, die in der Nacht 9./10. November 1959 durchgeführt wurden (21. Jahrestag der Kristallnacht), die begonnenen Ermittlungen „nach dem Täter einstellen ließ, weil es sich bei der Schandtat um eine Beleidigung gehandelt habe, für deren Verfolgung kein öffentliches Interesse vorliege" 44).

Sollte zwischen diesen Zuständen in dem von Hassel regierten Lande, seiner Sympathie für NS-Dichter, seiner Forderung nach einer Verschärfung des Pressegesetzes und dem Verlangen nach einer noch stärkeren Aufrüstung vielleicht ein innigerer Zusammenhang bestehen, als dies bei oberflächlicher Betrachtung den Anschein hat?

Im Zusammenhang mit dem Fall Heyde verdient eine in Wien erscheinende, bekannte katholische Wochenzeitung Erwähnung, die über die geistige Situation in der Bundesrepublik im allgemeinen und zum Fall Heyde im speziellen schrieb:

„Diese politische Gleichgültigkeit ist wohl in allen Zeiten wirtschaftlicher Prosperität zu finden. Was den Betrachter bedenklich stimmen könnte, ist der ausgesprochen schlechte Stil, der sich darüber in Bonn breitzumachen scheint. Man ist dort so sicher geworden, daß es so schnell nichts gibt, was dem Nimbus Adenauers schaden könnte, daß man sich gar keine Mühe mehr gibt. Man greift unbekümmert in schwebende Strafverfahren, wie in den Fällen Blankenhorn, Hallstein und Kilb, durch Erklärungen ein, in denen den Angeklagten noch vor dem Richterspruch pflichtgemäßes Verhalten bescheinigt wird. Der Bundeskanzler findet es nicht mehr der Mühe wert, im Bundestag zu außenpolitischen Fragen der Opposition Stellung zu nehmen, ganz zu schweigen von dem Rin-in-die-Kartoffel- und Raus-aus-die-Kartoffel-Spiel der Bundespräsidentenwahl . . .

Dieser Schlag gegen die Propagandastellen der illegalen KPD zentrierte sich in Nordrhein-Westfalen . . .

Wenige Wochen vor dieser Aktion gegen den roten Untergrund wurde in Schleswig-Holstein die Affäre eines Arztes aufgedeckt, der führend an der Beseitigung „unnützen Lebens" im Dritten Reich engagiert war. „Nur" einige hohe und höchste Regierungsbeamte wußten seit Jahren seinen wahren Namen. In diesem Zusammenhang schreibt der Weihbischof von Limburg, Walter Kampe: das deutsche Volk habe den Nationalsozialismus

geistig noch nicht überwunden. Darin liege die größte Schwierigkeit für den Widerstand gegen den nazistischen Einfluß. Es genüge bereits, daß Restbestände der nationalsozialistischen Ära den Volkskörper vergiften. Schon wenige Bazillen könnten zu gefährlichen Krankheitsträgern werden. Dazu komme, daß es allem Anschein nach eine oder auch mehrere unterirdische Organisationen gäbe, die Kontakte unter den alten Nationalsozialisten pflegten. Zumindest gäbe es genug Freundschaften und Bekanntschaften früherer Parteigenossen, um ein Netz von Informationen und gegenseitigen Hilfeleistungen über ganz Deutschland auszubreiten. Soweit der deutsche Bischof" 45).

Dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen, als daß es der Frankfurter Anwalt Professor H e y d e s, Dr. Rudolf S c h i n d l e r, angesichts der in der Bundesrepublik üblichen Bagatellisierungstaktik für richtig hielt, zu erklären, Professor H e y d e habe „lediglich einem Sechs-Ärzte-Gremium angehört, das im Dritten Reich Todesbefehle für Geisteskranke ausfertigte". Des weiteren betrachte er es als „ein gutes Zeichen für das gute Gewissen des Arztes, daß er von den bequemen Möglichkeiten einer Flucht keinen Gebrauch gemacht habe" 46).

Nun, vielleicht ist das Nicht-Flüchten weniger auf das „gute Gewissen", sondern vielmehr auf das Vertrauen des ehemaligen SS-Offiziers Professor H e y d e, das dieser auf Grund seiner guten Erfahrungen in Schleswig-Holstein den bundesdeutschen Behörden und Gerichten entgegenbringt, zurückzuführen. — Ein Vertrauen, von dem zu erwarten und erhoffen ist, daß es enttäuscht werden möge.

Daß nicht nur ein Rechtsanwalt, sondern auch einige Leute zu allem, was geschah und niemals hätte geschehen dürfen, immer nur „lediglich" sagten und daß andere immer hierzu schwiegen, statt laut und vernehmlich ihre Stimme zu erheben, das hat schon einmal eine deutsche Republik zugrunde gerichtet und jenen zur Macht verholfen, von denen sich viele Ärzte nur zu bereitwilligst und freudigst zu Metzgern und Massenmördern degradieren ließen.

Was muß eigentlich hierzulande geschehen, damit etwas geschieht, und daß man nicht nur „lediglich", sondern „ungeheuerlich" sagt und dementsprechend handelt?

Quellenangabe:

1) „Deutsche Wochen-Zeitung für Nationale Politik, Kultur und Wirtschaft" Hannover — vom 19. Dezember 1959
2) Viktor von Weizsäcker „Euthanasie und Menschenversuche" — Verlag Lambert Schneider — Heidelberg — 1943
3) Prof. Dr. Karl Binding und Prof. Dr. Alfred Hoche „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens — Ihr Maß und ihre Form" — Felix Meiner-Verlag, Leipzig — 1920
4) Viktor von Weizsäcker „Euthanasie und Menschenversuche"
5) Viktor von Weizsäcker „Euthanasie und Menschenversuche"
6) aus der Denkschrift des Preußischen Justizministers Hanns Kerrl „Nationalsozialistisches Strafrecht" — R. von Deckers-Verlag, G. Schenck, Berlin — 1933
7) zitiert nach „Dokumente zu den Geisteskranken-Morden" — „Die Wandlung" — 1947/II
8) aus der Denkschrift des Preußischen Justizministers Hanns Kerrl „Nationasozialistisches Strafrecht"
9) Dr. med. Hellmuth Unger „Sendung und Gewissen", Brummer-Verlag, Berlin — 1936
10) „Die Ermordeten waren schuldig?" Amtliche Dokumente der Direction de la Santé Publique der französischen Militärregierung in Deutschland — Schröder-Verlag, Baden-Baden — 1947
11) Prof. Lothar Tiralla „Rasse, Geist und Seele", J. F. Lehmann-Verlag, München
12) „Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte" München (im Selbstverlag) 1958
13) „Deutsche Wochen-Zeitung für Nationale Politik, Kultur und Wirtschaft" Hannover — vom 19. Dezember 1959

14) „Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte"
15) „Die Ermordeten waren schuldig?"
16) „Die Ermordeten waren schuldig?"
17) „Die Ermordeten waren schuldig?"
18) zitiert nach „SS im Einsatz — Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS" — Kongreß-Verlag, Berlin — 1957
19) zitiert nach „SS im Einsatz — Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS"
20) „Die Ermordeten waren schuldig?"
21) „Hamburger Echo" vom 1. Dezember 1959
22) „Nürnberger Prozeßprotokoll 7482"
23) „Frankfurter Allgemeine" vom 24. Dezember 1959
24) „Die Ermordeten waren schuldig?"
25) „Deutsche Wochen-Zeitung für Nationale Politik, Kultur und Wirtschaft"
26) Dozent Dr. Werner Creutzfeldt „Sawade's Identität seit 1954 bekannt" (Leserbrief) „Frankfurter Allgemeine" vom 28. November 1959
27) Dozent Dr. Werner Creutzfeld „Sawade's Identität seit 1954 bekannt"
28) „Frankfurter Rundschau" vom 20. November 1959
29) „Frankfurter Rundschau" vom 20. November 1959
30) „Frankfurter Rundschau" vom 20. November 1959
31) „Rheinischer Merkur" vom 11. Dezember 1959
32) AP vom 22. Dezember 1959
33) „Süddeutsche Zeitung" vom 16. Dezember 1959
34) „Hamburger Echo" vom 23. November 1959
35) „Frankfurter Rundschau" vom 20. November 1959
36) „Die Welt" vom 12. November 1959
37) „Vorwärts" vom 27. November 1959
38) „Hamburger Echo" vom 16. Dezember 1959
39) „Rheinischer Merkur" vom 8. Januar 1960
40) „Hamburger Brief" vom 18. November 1955
41) „Die Welt" vom 12. Dezember 1959
42) „Hamburger Echo" vom 2. Dezember 1959
43) „Die Zeit" vom 13. März 1958
44) „SPD-Pressedienst" vom 5. Januar 1960
45) „Die Furche" — Wien Nr. 51/52/1959
46) „Abendpost" vom 13. November 1959

Für Abonnenten als kostenlose Beilage. Einzelpreis 0,50 DM

„Blätter für deutsche und internationale Politik", Heft 1/1960

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 7. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM, zuzüglich 0,03 DM Postzusteilgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 1 **Köln, 25. Januar 1960** **Preis DM 1,50**

Fünfter Jahrgang – Postverlagsort Köln – G 1800 E

Inhalt:

- *Dr. Achim von Borries, „Die Lage"* S. 1
- *Arno Behrisch, MdB, „Wer mit Hunden schläft ..."* S. 14
- *William Warbey, M.P., „Es ist Zeit, Halt zu rufen"* S. 22
- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „Das moralische Unheil"* S. 26
- *Hans Nätscher, „Restauration und Opposition"* S. 35
- *Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard, „Rundfunk in der Demokratie"* S. 39
- *Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, „Landesverteidigung, moderne Waffen und große Politik"* S. 46
- *Dr. Josef Peters, „Eine schändliche Komödie"* S. 52
- *Simon Messer, „Nieder mit dem Materialismus!"* S. 57
- *Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, „Der west-östliche Konflikt und seine einzig mögliche Lösung"* S. 60
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Die deutsche Spaltung"* S. 62
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 72

Dr. Achim von Borries

Die Lage

Politische und moralische Isolierung

Das internationale Prestige der Bundesrepublik — seit Monaten schon stark im Schwinden begriffen — hat in den letzten Wochen des alten und den ersten des neuen Jahres weitere schwere Einbußen erlitten! Es war in den letzten Jahren, als das völlige Scheitern der Adenauerschen Politik einer „Wiedervereinigung durch Aufrüstung" immer deutlicher wurde (ohne daß die dafür Verantwortlichen irgendeine Konsequenz gezogen hätten!) stets der beschwichtigende Hinweis aus Bonn gekommen, „immerhin" habe der Kanzler doch den notwendigen „ersten Schritt" zur Wiedervereinigung getan, indem er die Bundesrepublik zu einem gleichberechtigten, voll anerkannten und vertrauenswürdigen Partner der Westmächte gemacht habe. Daß dieses „Vertrauen" der Westmächte in die Bundesrepublik weitgehend auf deren militärpolitischer Zuverlässigkeit im „Kalten Kriege" beruhte, wurde geflissentlich verschwiegen.

Es hat sich nun in den letzten Monaten gezeigt, daß — ganz abgesehen von der Fragwürdigkeit der Mittel und Ziele der Adenauerschen Wiedervereinigungs-Politik — diese Politik der Stärke es, entgegen einem vorübergehenden Eindruck, nicht vermocht hat, in den aufrichtig friedenswilligen und unverdächtig demokratischen Kreisen des Westens Vertrauen für die Bundesrepublik zu schaffen. Ganz im Gegenteil, je weiter diese Aufrüstungspolitik fortschritt, desto mehr wurde sie nicht etwa zu einem außenpolitischen Positivum, sondern zu einer außenpolitischen Hypothek, an der der westdeutsche Teilstaat heute schon schwer trägt. Das internationale Mißtrauen gegen diesen Staat ist jüngst zu einer Lawine geworden. Es war bis Weihnachten in erster Linie außenpolitisch bedingt; die absolute Intransigenz des Bundeskanzlers in den Fragen der Entspannung und Abrüstung, seine Halsstarrigkeit, sein angestrengtes Bemühen, die westdeutsche Atomrüstung um jeden Preis — auch den der weltpolitischen Entspannung selbst! — zu forcieren: all dies hat seinen Nimbus im Westen mehr und mehr zerstört, ein Nimbus, der sich in den Jahren des „Kalten Krieges" gebildet hatte.

Der Ablauf, der Ausgang und die Interpretation der westlichen Gipfel-Konferenz in Paris kurz vor Weihnachten haben die innerwestliche Auseinandersetzung in der Abrüstungs- und der Berlin-Frage weiter verschärft. Nunmehr äußern sogar in Italien, dessen Regierung bisher zu den unbedingtesten Befürwortern der Adenauerschen Konzeption gehörte, führende Kreise ihre Bedenken, und die öffentliche Meinung läßt ein zunehmendes Unbehagen erkennen. Nahezu in allen Nato-Staaten wachsen der Mißmut und die Verdrossenheit über die für einen besonnenen politischen Betrachter der internationalen und der deutschen Lage völlig unverständliche, weil rein negativistische, jeder positiven sinnvollen politischen Konzeption längst ermangelnde, nur noch aufs Taktieren versessene Obstruktions-Politik Konrad A d e n a u e r s und die Belastung der Nato durch sie.

Es ist aber in den Wochen nach Weihnachten zu dieser außenpolitischen Kritik an der Bundesregierung noch etwas Neues hinzugekommen. Die a u ß e n p o l i t i s c h e I s o l i e r u n g Westdeutschlands im westlichen Lager ist seit langem im Gange und schreitet weiter fort; die m o r a l i s c h e I s o l i e r u n g aber hat begonnen! Und sie bestätigt und verschärft noch jene! Die antisemitischen Vorfälle in Westdeutschland seit dem 25. Dezember haben den Westen mit alarmierender Deutlichkeit dem Problem der innerpolitischen Struktur des westlichen Teilstaates konfrontiert. Das heißt: dem Problem der politischen Restauration, der Folgen einer neuen Militärpolitik und der Gefährdung der Demokratie!

Die Westmächte waren seinerzeit an einer neuen deutschen Armee als an einem Festlandsdegen gegen die Sowjetunion interessiert. Nun ist diese Armee da und mit ihr ein abermals militarisierter und von unversöhnlichen ehrgeizigen Führern autoritär geleiteter Staat. Die Geister, die der Westen selbst mit-zurückrief, nachdem er doch 1939—45 gerade gegen sie gekämpft hatte, er wird sie nun nicht mehr los. Was in diesen Wochen in der Bundesrepublik geschehen ist, hat die Aufmerksamkeit auf die inneren Probleme eines Staates gelenkt, dessen einziger Inhalt seit Jahr und Tag ein blindwütiger, jeder konstruktiven Konzeption barer Antikommunismus und eine hemmungslose Aufrüstung sind! Mit Erstaunen und Erschrecken muß der Westen heute sich eingestehen, was er allzulange bewußt übersehen hat: in welchem Maße gerade die Wiederaufrüstung dieses als antikommunistische Kontinentalmacht in die Nato aufgenommenen Westdeutschland zu einer neuen Machtergreifung unzähliger Diener, Förderer, Helfershelfer, kleiner und großer Mitläufer des Hitler-Reiches geführt hat! Nun kommt das bittere Erwachen. Denn mit diesen Gesichtern sind auch die alten Gesinnungen wiedergekehrt, zeitgemäß garniert.

Die demokratischen und friedenswilligen Kreise des Westens mißtrauen heute der Bundesrepublik nicht mehr nur aus außenpolitischen, sondern auch aus innenpolitischen Gründen; und das heißt, sie erkennen die ideologischen und personellen Grundlagen dieser Außenpolitik des Kalten Krieges! Sie begreifen, daß es eine fatale, lebensgefährliche Sache ist, mit einem Staate, dessen Regierung alles tut, auf dem Verwaltungswege die Freiheiten seiner Bürger zu beschneiden, während sie gleichzeitig sich mit Atomwaffen bewaffnet — mit einem solchen Staate „die Freiheit" verteidigen zu wollen! Und dieser Staat ist dabei, wieder zur stärksten Militärmacht in Europa, zur kontinentaleuropäischen Vormacht der Nato zu werden!

Alle diese ständig wachsenden Bedenken sind leider nur allzu begründet. Übrigens sind es die Bedenken, die die Sowjetunion schon seit langem äußert und die ihre eigene Deutschland-Politik, auch ihr Mißtrauen gegenüber Westdeutschland, seit Jahr und Tag bestimmen. So wird die Stellung der Bundesrepublik sowohl gegenüber dem Osten wie auch im Westen immer schwieriger, politisch und moralisch (und auch das ist ein entscheidendes Politikum!). Aber man sollte in der Bundesrepublik nicht nur an diesen ungeheuer negativen außenpolitischen Effekt denken, wenn man eine Wertung der westdeutschen Politik unternimmt. Die hier erwähnten Tendenzen korrumpieren vor allem Westdeutschland selbst, sie machen die westdeutsche Demokratie völlig unglaubwürdig und sie entziehen nunmehr dem politisch ohnehin längst irrelevanten „gesamtdeutschen Anspruch" des westdeutschen Teilstaates jede moralische Grundlage! Es geht nicht an, diese Entwicklung zu bestreiten oder zu verharmlosen. Bedarf es erst der Unruhe, der Empörung im Ausland, um die Bürger der Bundesrepublik auf den wirklichen Charakter des Staates aufmerksam zu machen, in dem sie leben, ihnen zu demonstrieren, auf welche verhängnisvollen Abwege dieser, ihr Staat längst geraten ist?

Es sind dies alles die Hypotheken der bisher von einem widerwärtigen Byzantinismus beweihräucherten Aera Adenauer! Und es wird für die Deutschen — und nicht nur für sie! — zur Schicksalsfrage werden, ob diese Tendenzen sich in der letzten Phase dieser Aera auch weiterhin durchsetzen und ob sie dann nach einem Ausscheiden des heutigen Kanzlers in ein noch gefährlicheres Regime übergehen werden — oder ob ihnen endlich, in letzter Stunde Einhalt geboten wird, zur Rettung der Demokratie, der Wiedervereinigung und des Friedens und nicht zuletzt auch zur Wiederherstellung des deutschen Ansehens im Ausland!

Koexistenz oder Katastrophe

Kurz vor Weihnachten trafen sich in Paris die westlichen Regierungschefs, um über Fragen der Abrüstung und die künftige Berlin-Politik des Westens zu beraten. Über die Taktik Bonns gab schon vorher, am 14. Dezember, in einem Interview mit der „Welt", Herr von Brentano Aufschluß, indem er erklärte, die Abrüstung „müsse" mit politischen Lösungen in der deutschen Frage verknüpft werden, Lösungen, die natürlich den Bonner Maximalforderungen in dieser Frage entsprechen sollten! Die Erneuerung dieses längst ad absurdum geführten Junktims hatte nur den Sinn, konkrete Abrüstungsverhandlungen zu blockieren. Bonn kann aber beliebig die Positionen wechseln, wenn es auf die Vereitelung irgendeines ost-westlichen Übereinkommens in einer entscheidenden Frage aus ist: das zeigten die Erklärungen Adenauers, die allgemeine Abrüstung sei jetzt das Hauptproblem, in Berlin aber dürfe keine Konzession gemacht werden ... verlautbart gerade in dem Augenblick, da der Westen sich Gedanken macht über eine positive Lösung des leidigen Berlin-Problems, das nicht nur in Moskau, son-

dern auch in Washington und London je länger desto mehr als belastend und lösungs-bedürftig empfunden wird.

Nach Abschluß der westlichen „Gipfelkonferenz" behauptete Bonn zunächst triumphierend, „der Westen" sei sich völlig einig geworden über seine Linie, und zwar im Sinne der Bonner Konzeption! Herr von Eckardt behauptete am 23. 12., „der Westen" fühle sich nunmehr nicht mehr an seine eigenen Berlin-Vorschläge aus der letzten Phase der Genfer Konferenz gebunden, die damals von der Sowjetunion abgelehnt worden seien. Es handelte sich dabei um Vorschläge, die in gewissem Sinne auch Kontakte zwischen beiden deutschen Staaten einschließen, Kontakte, die nicht Selbstzweck sein, sondern der Regelung technischer Fragen dienen sollen! Bonn versuchte die Pariser Konferenz als einen großen eigenen Erfolg auszugeben, nicht zuletzt aus propagandistischen Gründen, ist doch die allgemeine Baisse der Adenauerschen Politik nicht mehr zu übersehen und wird die Isolierung der Bundesrepublik doch auch in Westdeutschland schon offen diskutiert! Während die meisten deutschen Zeitungen sich zunächst an die Eckhardt-Linie hielten, ergab ein Studium der ausländischen Presse sehr bald, daß Bonn nur geblufft hatte, daß die in Paris beschworene Einigkeit nur die übliche platonische „Kommunique-Einigkeit" war, während die Konferenz in den konkreten Sachfragen die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten keineswegs überwunden hatte! Und die verschiedenartige Interpretation der Ergebnisse dieser Pariser Konferenz wurde zu einem neuen Streitpunkt zwischen den Westmächten. Staatssekretär Herter erklärte schon kurz vor Weihnachten, der Westen betrachte seinen Vorschlag von Ende Juli auch weiterhin zumindest als Diskussionsgrundlage für die Gespräche über Berlin auf einer Gipfelkonferenz. Und schon am 23. Dezember wußte die Frankfurter Allgemeine aus Washington zu berichten, man beschäftige sich dort durchaus auch mit dem Gedanken an eine Berlin-Lösung ohne Besatzungsrechte! Das bedeutet nicht etwa — wie die Bonner Propaganda behauptet — „Preisgabe Berlins", sondern den Versuch, zu einem „besseren", das heißt der weltpolitischen Entspannung dienenden Berlin-Statut zu kommen. Die Bundesregierung hingegen operiert auch in dieser Frage ausschließlich negativ und obstruktiv. Dieser neue inner-westliche Disput fand eine weitere Verschärfung durch die Rede des Bundeskanzlers vor dem Westberliner Abgeordnetenhaus am 13. Januar, in der er seine These, die Vorschläge vom 28. Juli seien nicht mehr existent, wiederholte, nicht ohne gleichzeitig zu erklären, der Westen sei damit bereits „an die Grenze des Tragbaren" gegangen! Dr. Adenauer behauptete rundweg, jede Veränderung des heutigen Berlin-Statuts sei eine Veränderung zum Schlechten, eine „Kapitulation der Freiheit vor der Unfreiheit"! Das heißt — und damit nennen wir die Adenauer-Doktrin in der Berlin- wie in der Deutschland-Frage beim Namen: jeder politische Kompromiß, jede Koexistenz auf kommunikativer Basis ist schon eine Kapitulation! Es darf keine Kompromisse geben. Der Kalte Krieg muß weitergehen!

Dies alles aber präsentiert der Kanzler der Welt und den Deutschen in dem Augenblick, da auf beiden Seiten die ernsthaften Bemühungen zunehmen, den Ost-West-Konflikt zu entschärfen! Kein Wunder, daß diese Berlin-Rede zum Zündstoff wurde. Die öffentliche Meinung in Großbritannien und den USA — ohnehin gerade jetzt durch die vom Kanzler auffallend beiläufig behandelten antisemitischen Vorfälle in der Bundesrepublik aufgewühlt — reagierte mit großem Unmut, und die Regierungen in Washington und London machten aus ihrer Verstimmtheit kein Hehl. News Chronicle nannte die Berlin-Rede Adenauers eine „Herausforderung an Macmillan". Washington aber, kaum verwunderlich, bezog eine Position, die der britischen weit näher ist als der Adenauerschen!

Westdeutschlands Presse nannte die Pariser Konferenz wiederholt einen Erfolg für die Bundesrepublik, weil diese wieder einmal einen „Zeitgewinn" erzielt habe! Die Empfehlungen derselben Zeitungen an die Bundesregierung, nun müsse sie aber diese Zeit auch zur Entwicklung eigener Vorschläge nützen, muten rührend, allzu rührend an! Denn offensichtlich liegt der Bundesregierung nichts ferner. Es handelt sich, wenn überhaupt, dann um einen leeren, einen sinnlosen, ja gefährlichen Zeitgewinn, wird doch nach wie vor die Entwicklung einer sinnvollen politischen Alternative zur bisherigen Konzeption von Bonn selbst hintertrieben! So ist dieser Zeitgewinn höchstens einer zugunsten einer weiteren Verlängerung des Kalten Krieges, zugunsten der Aufrüstung der Bundesrepublik mit Atomwaffen! Man hat sehr wenig Grund, sich seiner zu freuen!

Welche Motive aber veranlassen Bonn zu dieser Politik? Die Bundesregierung wendet sich gegen den westlichen Berlin-Vorschlag vom 28. Juli 1959 vor allem darum, weil dieser Vorschlag unvermeidlicherweise die Existenz der DDR als politische Tatsache zur Kenntnis nimmt und die DDR als Teilnehmer eines solchen neuen Status akzeptiert — wie es anders gar nicht mehr zu denken ist! Das einzige Ziel der Bundesregierung aber ist es, die Fiktion aufrechtzuerhalten, es gebe „nur einen deutschen Staat". Auf diese mit unverhohlenen „Anschluß"-Vorstellungen verbundene These hat sie ihre gesamte Politik aufgebaut. Nun wehrt sie sich außen- und innenpolitisch verzweifelt und mit allen erdenklichen Mitteln gegen den unaufhaltsamen Zusammenbruch dieser These. Dem Westen geht es heute auf lange Sicht zweifellos um sinnvolle, konstruktive Lösungen in Berlin und in Deutschland, realistische Lösungen, die die allgemeine Entspannung fördern können. Für Bonn aber ist jede solche realistische, dem Frieden und der Sicherheit dienende Lösung ein Übel, weil von dieser Lösung die DDR als Gegebenheit nicht mehr ausgeschlossen werden kann! Das heißt, Bonn hält nach wie vor an seinem utopischen „gesamtdeutschen Anspruch" fest und versucht immer wieder, die westdeutsche Bevölkerung in diesem Sinne zu beeinflussen. Es ist außerdem bemüht, dem Westen eine absolute Unnachgiebigkeit in der Berlin-Frage zu oktroyieren durch eine propagandistische Dramatisierung des Berlin-Problems! Dieser politischen Taktik entspricht nun neuerdings auch eine Verschärfung in der Sprechweise, die faktisch ein Bürgerkriegs-Klima und das Liebäugeln mit einer gewaltsamen „Lösung" des Deutschland-Problems provoziert! Mit einer ebenso unehrlichen wie aggressiven Sentimentalität sprach der Bundeskanzler in seiner Weihnachtsansprache von der ostdeutschen Bevölkerung als von denen, „die nicht wie wir Heiligabend, nicht wie wir Weihnachten feiern dürfen ... sie, die in der S k l a v e r e i leben ..." Am 25. 12. erklärte Dr. Adenauer in einer Ansprache an die Deutschen im Auslande über die „Deutsche Welle": „Nach wie vor bleibt die B e f r e i u n g dieser Deutschen eine Kernfrage im internationalen Leben der Völker." Und man wird es in diesem Zusammenhange besonders bedauern müssen, daß auch der neue Bundespräsident, in seiner ersten Neujahrsrede, sich zu solcherart zwielichtigen Äußerungen hat hinreißen lassen, sprach er doch von dem „schweren Los der K n e c h t s c h a f t", das die ostdeutsche Bevölkerung trage und das sie auf ihre „B e f r e i u n g" warten lasse! Gleichzeitig forderte Dr. L ü b k e in der Frage der deutschen Einheit „Taten", nicht nur Worte. Und er lobte „unsere junge Mannschaft", die sich so brav in die „Wehrgemeinschaft" eingefügt habe!

An welche Taten denkt Bonn? Oder ist dies alles Heuchelei? Die in diesem geschichtlichen Augenblick allein noch sinnvollen, aber auch unerläßlichen p o l i t i s c h e n Taten zugunsten der deutschen Wiedervereinigung lehnt Bonn, wie sich immer wieder zeigt, nach wie vor ab: einen eigenen Beitrag zur weltpolitischen Entspannung, aktive Bereitschaft zur Abrüstung, Verhandlungen mit

der DDR über eine Milderung der deutschen Spaltung! All das gilt in Bonn als „Kapitulation"! Welche Taten also? „Befreiung" durch „unsere junge Mannschaft"?

Nicht minder wichtig als die Frage nach den Absichten der entscheidenden Kreise in Bonn ist die andere nach den — beabsichtigten — psychologischen Folgen dieser Propaganda-Kampagne. Soll die westdeutsche Bevölkerung psychologisch präpariert werden für einen ewigen „Kalten Krieg", der unvermeidlicherweise kein ewiger werden, sondern alsbald in einen „heißen" umschlagen würde? Soll die Bevölkerung immunisiert werden gegen jede geschichtliche Einsicht, gegen jede politische Vernunft, gegen Besonnenheit und Friedenswillen? Was immer Bonn selbst heute planen mag: seine Propaganda wirkt in diesem Sinne! Als Aufforderung zu einer Politik des „Alles oder Nichts", gestützt auf die Atomwaffen und die „Wehrgemeinschaft"!

Daß diese Doktrin des gesamtdeutschen Anspruches der Bundesrepublik in Bonn nach wie vor die herrschende ist, hat in einem Neujahrartikel im „Bulletin" der Bundesregierung noch einmal Herr Strauß bestätigt: „Es gibt nur einen deutschen Staat — die Bundesrepublik." Wohin soll, wohin muß solch vermessene, weil tatsachen-blinde und jeglicher Einsicht bare Politik führen, wenn nicht in eine Katastrophe! Denn es ist unverantwortlich, der westdeutschen Bevölkerung heute noch immer zu suggerieren, es gebe nicht zwei deutsche Staaten. Es wird damit nicht nur eine gerade heute kaum begründete nationalpolitische Selbstgefälligkeit Westdeutschlands, sondern auch eine permanente nationalpolitische Panikstimmung geschaffen. Wer ist sicher, daß nicht irgendeine Kurzschlußreaktion eines antikommunistischen Atomwaffen-Fanatikers in Bonn eines Tages zu einem „Kreuzzug" zur „Befreiung" Ostdeutschlands führt?

Der Westen, ausschließlich Bonn, weiß heute, daß ihm kein sowjetischer Angriff droht, sondern daß der welthistorische Gegensatz zwischen Kommunismus und Kapitalismus in anderen als militärischen Formen ausgetragen werden muß, sollen nicht beide in einer Kriegskatastrophe untergehen! Die jüngste Chrustschowsche Ankündigung einer Demobilisierung von 1,2 Millionen Soldaten bestätigt die Tendenz der Sowjetunion, sich auf den wirtschaftlichen Wettbewerb zu konzentrieren und sich militärisch auf den „Schild" der eigenen Atomwaffen zu verlassen*). Die Züricher „Tat" kommentierte den Ausgang der Pariser Konferenz in diesem Sinne: „Es hat sich gezeigt, daß die Furcht vor einem sowjetischen Angriff nicht mehr imstande ist, die Divergenzen innerhalb des westlichen Lagers auszuschalten und eine praktische Einheit dieses Lagers zu erzwingen" (22. 12. 59). Um so mehr ist es das Bestreben des Bundeskanzlers, zur Rettung seiner eigenen Aufrüstungs-Politik gerade diese in allen besonnenen Kreisen des Westens aus guten Gründen überwundene Aggressionsfurcht wiederherzustellen, den Westen auf die Bahn des Kalten Krieges zurückzuzwingen und die westdeutsche Atombewaffnung zu forcieren! Auf der Pariser Konferenz der Nato-Verteidigungsminister warnte am 16. 12. Herr Strauß vor dem „Geist von Camp David" — und forderte gleichzeitig eine verstärkte nukleare Aufrüstung der

*) Die westdeutsche Aufrüstung überhaupt und in einer späteren Phase die atomare Bewaffnung der Bundeswehr wurden jeweils mit der These von der Überlegenheit der Sowjetunion auf dem Gebiete der konventionellen Waffen begründet! Heute rüstet die Sowjetunion faktisch auf diesem Gebiet in großem Stil ab. Würde sie eine Aggression planen, so würde sie kaum eine solche Masse Soldaten demobilisieren, denn eine Besetzung fremden Gebietes erfordert nicht allein Atomwaffen, sondern auch Truppen! Die Sowjetunion hat viele Gründe, ungeachtet ihrer potentiellen Stärke, von jedem Gedanken an militärische Lösungen der politischen Fragen abzusehen!

europäischen Nato-Staaten. Es zeichnet sich schon jetzt die Tendenz zu einer eindeutigen deutsch-französischen Hegemonie innerhalb des europäischen Nato-Blockes ab, eine Tatsache, die in dem durchaus denkbaren Falle eines gewissen amerikanischen Truppenabzuges aus Europa von großer und, so wie man Bonn und auch Paris heute einschätzen muß, fataler Bedeutung sein würde!

Wie unehrlich der Berlin-Eifer der Bundesregierung im übrigen ist, wie sehr auch er dem fiktiven gesamtdeutschen Anspruch Bonns untergeordnet wird, zeigt ein Bericht der Frankfurter Allgemeinen vom 13. Januar, in Bonn fürchte man jede Veränderung des Berlin-Status, weil es dabei nicht ohne Einbeziehung der DDR in neue Abmachungen abgehen könne; und man stehe außerdem auch der Forderung nach einer Verbesserung der Verkehrsverbindungen zwischen der Bundesrepublik und Westberlin ablehnend gegenüber — weil es auch dabei zu Kontakten mit den „Behörden der Zone" kommen würde ... So feiert hier der für alle Deutschen lebensgefährliche Widersinn Triumphe! Es nimmt kaum wunder, daß die Regierung der DDR sich von dieser Bonner Taktik, die nichts ist als eine Politik-jenseits-der-Realitäten, nicht beeindrucken läßt. Die Neue Zürcher Zeitung meldete am 18. 12. aus Berlin, die herrschende Gruppe in Pankow schätze die Entwicklung der internationalen Lage durchaus optimistisch ein. Sie hat Grund dazu. Denn ihre Kontakte mit den Ländern Asiens und Afrikas, aber auch mit vielen westlichen Ländern werden immer intensiver.

Die westdeutsche Aufrüstung aber schreitet — mit entsprechenden finanz- und wirtschaftspolitischen Folgen!!! — ungehemmt weiter fort. Längst zum Selbstzweck geworden, hat sie sich von jedem vernünftigen politischen Kalkül emanzipiert. Die Mentalität der für sie Verantwortlichen läßt nichts Gutes erwarten. Es ist nicht erstaunlich, daß eine solche Entwicklung in dem Augenblick, da die USA und die UdSSR ernsthafte Anstrengungen machen, zu Abrüstungs-Vereinbarungen und zu einer sinnvollen Berlin-Lösung zu kommen, weite Kreise auch im Westen beunruhigt. Diese Unruhe wird in dem Maße weiter zunehmen, als der Geist der absoluten Nicht-Koexistenz, der absoluten weltpolitischen und nationalpolitischen Unversöhnlichkeit und der hemmungslosen Militarisierung die westdeutsche Politik auch weiterhin beherrscht! Nicht wenige westliche Beobachter fragen sich, ob Bonn nicht doch mit einer Gewaltlösung des Deutschland-Problems liebäugle, da es jede politische, d. h. Kompromiß-Lösung ablehne. Die Aufrüstung einerseits, die sie gerade jetzt begleitende psychologische Kampagne andererseits müssen zu solchen Überlegungen führen. Ist der westdeutschen Bevölkerung nicht mehr als ein Jahrzehnt unaufhörlich eingehämmert worden, es könne kein Nebeneinander von „Freier Welt" und „Kommunismus" geben, jede Koexistenz sei „Verrat der Freiheit" und ihr Ende? Hat nicht die Propaganda Bonns immer wieder die Illusion erweckt, eine Wiedervereinigung unter einseitig westdeutschen Vorzeichen sei möglich, wenn man nur erst „stark" sei? Und ist es nicht denkbar, daß die zunehmende Desillusionierung in der Bundesrepublik in dieser Frage von der Regierung zu noch massiverer Propaganda ausgenutzt wird? Enttäuschung und Verzweiflung waren noch stets der Nährboden verhängnisvoller politischer Reaktionen. Und schließlich: ist es nicht denkbar, daß die Bundesregierung das zunehmende wirtschafts- und sozialpolitische Unbehagen in Westdeutschland (ein nur allzu begründetes!) von den eigentlichen Ursachen ab- und einmal mehr in die Richtung eines blindwütig-exzessiven Antikommunismus lenkt? Schon jetzt lenkt sie ja von den zahlreichen Gebrechen dieses westdeutschen Teilstaates immer wieder ab indem sie die „bolschewistische Gefahr" beschwört! Den Kalten Krieg zwischen Washington und Moskau kann Bonn schwerlich wieder aufleben lassen. Es kann nur die Entspannung hemmen. Dafür versucht es sich an einem verschärften inner-deutschen Kalten Krieg

schadlos zu halten und steigert auch den Druck auf die ständig wachsende Zahl der Kritiker und Opponenten in der Bundesrepublik. Die völlig fiktiv gewordene Doktrin des „gesamtdeutschen Anspruches" und der „Aufrüstung um jeden Preis" wird für sakrosankt erklärt; wer aus Einsicht und Verantwortungsbewußtsein gegen einen solchen selbstmörderischen Illusionismus sich wendet, gilt einfach als Kommunist oder als „kommunisten-hörig"! Wann haben je in diesem von einem Clan macht-besessener, jeglicher politischer Gesittung barer bnd zutiefst geist-loser politischer Amokläufer beherrschten Staate Vernunft, Einsicht, Argumente gezählt! Wann werden sie sich durchsetzen? *).

Der Fluch der bösen Tat

Die zunehmende Unruhe im Westen angesichts der maßlosen militärpolitischen Ambitionen der Bundesrepublik einerseits, ihrer absoluten außenpolitischen Intransigenz andererseits ist auf Grund der antisemitischen Vorfälle seit

---

*) Eine überaus bemerkenswerte Szene verdient in diesem Zusammenhang Erwähnung. Sie dokumentiert den wahrhaftig beispiellosen politischen Stil, den jener Clan geschaffen hat und in dem er über das Schicksal der Nation entscheidet. Am Geburtstag des Bundeskanzlers, am 5. Januar 1960, überreichte Verteidigungsminister Strauß dem Kanzler ein Album mit Fotos vom Aufbau der Bundeswehr, versehen mit einer schriftlichen Widmung, in der Strauß feststellte: nicht die Alliierten, sondern der Kanzler selbst sei der „Vater der neuen deutschen Armee"! „Die Initiative ging vom deutschen Bundeskanzler aus, der von diesem Zeitpunkt an die Aufstellung deutscher Streitkräfte zu einer Richtlinie seiner Politik und zu einem festen Teil seines Programmes machte. Es wäre auch falsch, wenn es anders gewesen wäre." Der Kanzler selbst bekannte sich anschließend ausdrücklich zu diesem Ursprung der „Politik der Stärke" und zu ihr selbst. — Diese historische Richtigstellung, die die absolute Verantwortlichkeit Konrad Adenauers und seiner Gefolgsleute für die Aufrüstung und alle ihre Folgen eindeutig bezeugt, ist sachlich ebenso bemerkenswert wie es der Ort und der Anlaß ihrer Publikation sind! Nicht minder aufschlußreich und wahrhaft bestürzend aber, mit welcher Gleichgültigkeit die deutsche Öffentlichkeit auf derart bedeutsame, mit solch unglaublicher Nonchalance vorgetragene Eröffnungen reagierte! Kaum daß der Bericht darüber irgendwo kommentiert wurde! So sehr hat man sich an das autokratische System dieses Staates bereits gewöhnt und daran, daß der Bundeskanzler auf eigene Faust Entschlüsse von allergrößter Tragweite trifft, über die Herr Strauß Jahre später mit selbstgefälliger Bonhomie ausplaudert, als seien es Familienangelegenheiten der Adenauers — daß eine so vorgetragene Enthüllung kaum mehr Aufsehen hervorrief!

In dem der Regierung nahestehenden Rheinischen Merkur erschien am 8. Januar ein Bild, das wie eine Illusion dieses Vorganges erscheint. Es trägt die leutselige Unterschrift „Der Kanzler und sein(!) Verteidigungsminister beim Ständchen des Stabsmusikkorps". Die angemessene Unterschrift aber wäre wohl: „Der Häuptling und die Großfamilie"! Neben dem Kanzler präsentiert sich mit dem aufdringlich-arroganten Gebaren des arrivierten und vor der endgültigen „Machtergreifung" stehenden Kleinbürgers Herr Strauß; auf der anderen Seite sieht man neben einer weiblichen Verwandten und einem Enkelkind Adenauers in der Rolle des ordensgeschmückten Hausonkels General Heusinger. Das ist ein Ausschnitt aus jener „Großfamilie Adenauer", die, unter dem Regiment des Vaters, heute die Bundesrepublik beherrscht und die aus Verwandten ebenso wie aus treu ergebenen politischen Gesinnungsgenossen besteht. Als ein Familienunternehmen faßt der Kanzler diesen Staat auf ... Was Herrn Strauß betrifft, so dürften gerade die Vorgänge an jenem Geburtstag des Häuptlings bestätigen, wie groß seine Aussichten sind, sich als Prätendent Nr. 1 für die Nachfolge zu etablieren. Die politische Hausmacht dazu hat er, die militärische ohnehin, außerdem ist er mit dem notwendigen bedenkenlosen Machtwillen und entsprechender Robustheit im Umgang mit Andersgesinnten ausgestattet. „Er" kann sich auf „seinen" Nachfolger verlassen! Wäre sie nicht so bitter ernst, grimmigster Spott allein wäre dieser Szene angemessen!

dem 25. Dezember 1959 zu einem nachhaltigen Erschrecken geworden; alle weiteren Überlegungen führen zu tiefer Besorgnis hinsichtlich der innenpolitischen Entwicklung Westdeutschlands, über deren mögliche außenpolitische Folgen man sich Rechenschaft gibt. Denn nun beginnt man sich zu fragen, w e r an den Schalthebeln der Macht in diesem mit Hilfe der Westmächte selbst wieder-aufgerüsteten Staate sitzt und w e l c h e politischen Gesinnungen dort entweder unbehindert wuchern können oder gar offiziell gefördert werden. Das heißt, der verhängnisvolle Zusammenhang zwischen der militärpolitischen Restauration und der Labilität der westdeutschen Demokratie wird der breiten Öffentlichkeit der westlichen Länder bewußt. Sie erkennt, was man sich in der Bundesrepublik selbst noch immer nicht eingestehen will: daß der Nationalsozialismus bisher darum nicht wirklich überwunden worden ist, weil Gesinnungen, die seine Voraussetzung, sein Nährboden oder ein Teil seiner Ideologie waren, im Zuge der Wiederaufrüstung eine Rehabilitierung erfahren haben; und weil eine riesige Schar von Förderern, Dienern und einflußreichen Mitläufern des Hitler-Reiches eingerückt ist in die Schlüsselpositionen dieses neuen Staates und seiner Gesellschaft.

Die antisemitischen Vorfälle sind ein Symptom; und als solches sind sie zugleich ein Menetekel. Aber sie können ihr Gutes haben: als eine vielleicht letzte Warnung! Denn sie lenken die Aufmerksamkeit aller aufrichtigen Demokraten im In- und Ausland auf die ungeheuren, vielfältigen Gefahren, die der Demokratie in der Bundesrepublik bereits wieder drohen, und zwar aus ihrer eigenen Mitte. Sie zeigen nachdrücklich, daß die ideologische und personelle Restauration ein entscheidendes Strukturproblem, ja daß beide zusammen der Geburtsfehler dieses neuen Staates sind!

Der Bundeskanzler hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß er auch dieses politisch-sittliche Grundproblem des neuen Staates einzig einer außenpolitisch-taktischen Betrachtungsweise zu unterwerfen geneigt, nicht aber eine Klärung und Lösung dieses Problems selbst herbeizuführen gesonnen ist! Er weiß, welch ungeheuren internationalen Prestigeverlust diese Vorfälle für ihn und seine Regierung bedeuten. Er weiß, daß sie dem Ausland die Augen geöffnet haben! So bemüht er sich geflissentlich, ihre Bedeutung abzuschwächen, ihren symptomatischen Charakter zu leugnen, das Antisemitismusproblem zu isolieren und an der Oberfläche zu behandeln. Er versucht außerdem, die Verantwortlichkeit der Bundesregierung für das Wuchern inhumaner und antidemokratischer Gesinnungen (wenn sie nur antikommunistisch sind, so sind sie gerechtfertigt!) in diesem Staate und für das neue Avancieren ehemaliger Hitler-Leute (die heute kanzlertreue antikommunistische Gefolgsleute des Bonner Clans sind, der ihnen wieder zu Macht und „Würde" verholfen hat und dem sie sich als unentbehrlich empfehlen!) zu vertuschen. Es geht dem Kanzler auch hier nicht um die Sache, sondern um den Schein der Sache! Im deutschen Interesse aber liegt es, jede solche Täuschung und ebenso jede Selbsttäuschung zu verhindern und die Lösung des akut gewordenen Problems nicht abermals zu verschleppen. Die Ursachen und Zusammenhänge müssen untersucht, aus der gewonnenen Erkenntnis die Konsequenzen gezogen werden. Nur eine solche Behandlung des Problems, die das Übel an der Wurzel packt, anstatt am Symptom herumzudoktern, wird auch das Vertrauen des Auslandes zur Bundesrepublik wiederherstellen. Vor allem aber: einzig und allein eine solche Lösung wird die deutsche Demokratie vor dem Dahinsiechen und vor dem Sterben an ihrem Geburtsfehler bewahren können.

Wie kaum anders zu erwarten, spinnen die Gefolgsleute Konrad Adenauers bereits an der Legende, die Kommunisten seien, mit der Absicht, die Bundesrepublik in der Welt zu diskreditieren, die Hintermänner dieser antisemitischen Vorfälle. Es wird nicht mehr lange dauern und man wird uns erzählen, der ganze

Nationalsozialismus sei eine kommunistische Erfindung oder Intrige gewesen, die Gaskammern von Auschwitz seien von den Kommunisten „eingeschleust" worden, um Deutschlands Ruf zu schädigen!

Da hört nun freilich die Gemütlichkeit auf! Schlimm genug, daß diese Vorfälle und mehr noch als sie, all das, was ihnen zugrunde liegt, Wasser auf die Mühlen der kommunistischen Propaganda ist! Nur indem wir das Übel selbst abstellen, können wir sie abwehren. Zur bundesrepublikanischen Selbstgerechtigkeit in Sachen Demokratie ist wahrhaftig der mindeste Grund nicht mehr. Denn um diese Bundesrepublik zu diskreditieren, bedarf es durchaus keiner kommunistischen Machenschaften: die Praxis der Bundesregierung selbst diskreditiert Tag für Tag diesen Staat. Und diese Praxis straft alle Versicherungen, man habe den Nationalsozialismus überwunden, Lügen!

Oder ist es etwa nicht diskreditierend, daß im Kabinett des Bundeskanzlers Adenauer seit Jahren ein alter Parteigenosse der NSDAP, bereits in den zwanziger Jahren aktiver Nationalsozialist, später führender Ost-Ideologe des Hitler-Staates, sitzt? Ein Mann, dessen ideologisch-moralische Mitverantwortung für die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland jedermann kennt — und dessen Position gleichwohl unerschütterlich scheint? (Ob Herr Oberländer für die ihm zur Last gelegten Juden-Metzeleien in Lemberg unmittelbar verantwortlich ist, ist eine andere, noch offene Frage; selbst wenn er es nicht ist: seine ganze Karriere als Nationalsozialist und Ost-Ideologe macht ihn absolut untragbar für jedes höhere Amt in einem demokratischen Deutschland!).

Oder ist es etwa nicht diskreditierend, daß der engste Berater Konrad Adenauers ebenfalls seit Jahren schon der maßgebliche juristische Kommentator der unmenschlichen Judengesetzgebung des Dritten Reiches ist? Herr Globke hat sowenig wie Adolf Hitler oder Heinrich Himmler selbst einen Juden umgebracht. Aber ist er nicht einfach seiner ehemaligen exponierten Stellung wegen aufs schwerste belastet? Ist es nicht eine Schamlosigkeit, ausgerechnet einen solchen Mann der Welt als des Bundeskanzlers „graue Eminenz" zu präsentieren?

Sind Herr Oberländer und Herr Globke kommunistische Erfindungen? Die Bundesregierung wäscht ihre Hände in Unschuld. Und sie schickt sich an, einmal mehr nach dem Motto zu verfahren: die Kleinen hängt (beziehungsweise nach Konrad Adenauers Anweisung: prügelt!) man, die Großen läßt man laufen, nein: man läßt sie weiter-amtieren! Denn sie sind ja offenbar unentbehrlich für das Regime Adenauer, das seine Macht mit ihrer Hilfe aufgebaut hat und seine wankende Position nun mit ihrer Hilfe und mit ihren Methoden verteidigt!

Herr Oberländer und Herr Globke sind aber — weit über ihren Einfluß auf Konrad Adenauer hinaus — auch zu Symbolen geworden: zu Symbolen der Durchsetztheit der bundesrepublikanischen Hierarchie mit den Parteigängern und den opportunistischen aktiven Mitläufern Adolf Hitlers. Es geht um sie, aber nicht um sie allein. Unter dem wachsenden Druck der ausländischen öffentlichen Meinung — um die inländische schert er sich den Teufel was — mag der Kanzler, Taktiker, der er ist, im geeigneten Moment den einen oder anderen dieser seiner Gefolgsleute auf einen weniger exponierten (aber wahrscheinlich nicht weniger einflußreichen!) Posten abschieben (wie es ihm im Falle Oberländer sein Hofblatt, der Rheinische Merkur, vor einigen Wochen schon empfahl), um den Schein zu wahren. Aber das ist nur der Anfang der Lösung des Problems. Denn es kommt, soll die westdeutsche Demokratie Bestand haben, auf die Ausschaltung jedes Einflusses der Oberländer und Globke an. Und auch auf die Ausschaltung all der vielen „kleinen" „Oberländer" und „Globke" in hohen Positionen der Bundesverwaltung, in der Ministerialbürokratie, in der Justiz und in der Bundeswehr.

Eine solche Sicherung der Demokratie ist zweifellos nur bei einem beharrlichen starken Druck der Öffentlichkeit auf die Regierung und wahrscheinlich nur unter schweren innenpolitischen Auseinandersetzungen möglich. Denn jene Elemente beherrschen bereits wieder das öffentliche Leben der Bundesrepublik und sie werden nicht von selbst zurückweichen. Moralische Argumente machen ohnehin keinen Eindruck auf sie. Sie werden ihre Kritiker noch massiver als bisher als „Kommunisten" denunzieren und sich selbst als „Verteidiger der Freiheit" aufspielen. Wer in der Auseinandersetzung mit ihnen nicht zur Konsequenz bereit ist, sollte diese Auseinandersetzung gar nicht erst beginnen. Von all jenen Kreisen aber, die sich der ehemaligen Hitler-Leute heute bedienen, um ihre eigene gesellschaftliche und politische Machtstellung zu erweitern oder zu behaupten, ist Unterstützung nicht zu erwarten, sondern im Gegenteil heftiger Widerstand!

Ähnliches gilt auch für den heute — wie zuerst nach 1945 — allgemein vernehmlichen Ruf nach „gründlicher Aufklärung" über den Nationalsozialismus und die Juden-Verfolgungen. Man kann in ihn nur einstimmen. Aber man wird auch fragen und prüfen müssen, wie ernst es die offiziellen Wortführer damit meinen. Nichts ist gefährlicher als eine neue Pseudo-Erklärung, die einzelne Tatsachen erwähnt, die Zusammenhänge aber — unter dem Vorwand geschichtlicher Unterrichtung — verschleiert. Und an einer solchen neuen Verschleierung haben sehr einflußreiche Leute in diesem Staate durchaus ein Interesse. Wird man also die deutsche Jugend endlich über die gesellschaftlichen Voraussetzungen und die psychologischen Wurzeln des Antisemitismus und des Nationalsozialismus aufklären? Wird man sie unterrichten über den Zusammenhang von Antisozialismus und Antisemitismus? Wird man sich endlich zu einer so nüchternen wie unbarmherzig-selbstkritischen geschichtlichen Erkenntnisweise aufschwingen, anstatt so zu tun, als sei das deutsche Volk zur Herrschaft Hitlers gekommen wie die Jungfrau zum Kinde? Wird man endlich auch die Verantwortlichkeiten klären, ohne Namen zu verschweigen? Wird man von denen sprechen, die Adolf Hitler finanziell unter die Arme gegriffen haben, noch vor dem 30. Januar 1933, und die nach der „Machtergreifung" an Aufrüstung und Krieg verdient haben? Wird man darauf hinweisen, daß ein Teil dieser industriellen Herrenschichten ungeachtet seiner ungeheuren Mitschuld am System Hitlers und damit an allen Nazi-Verbrechen sich in der Bundesrepublik seine riesigen privaten Wirtschaftsimperien wieder hat aufbauen können; und daß sie — ihrem Einfluß entsprechend — zu ihren Geburtstagen demonstrative Ehrungen vom heutigen Bundeskanzler empfangen, wie etwa Friedrich F l i c k ?

Die Globke, Oberländer und ihresgleichen sind indes nur ein Teilproblem. Ihr Geist, ihre Mentalität ist das andere und ernsteste. Denn dieser Geist wird heute in der Bundesrepublik längst auch von Leuten vertreten, die in der Hitler-Zeit noch keine Gelegenheit hatten, sich politisch zu exponieren. Die 1950 auf Betreiben des Kanzlers begonnene militärtechnische und ideologische Remilitarisierung hat ein Hineinwachsen des Volkes in eine langsam sich bildende demokratische Gesittung verhindert. Sie hat das gesamte öffentliche Leben, die Außen- wie die Innenpolitik, nur noch an dem Gesichtspunkt eines blindwütigen Antikommunismus orientiert. Die Regierungspraxis des Bundeskanzlers und seines Clans selbst aber ist seit Jahr und Tag eine einzige unmißverständliche Demonstration zynischer Verachtung demokratischer Spielregeln, beruhend auf einem absolut gewordenen innenpolitischen Machtwillen. Wenn irgendwo, dann ist in dieser Aera Adenauer das Wort Jakob B u r c k h a r d t s wahr geworden: Macht korrumpiert! In seiner eigenen Partei hat der Kanzler in einem kaum vorstellbaren Maße einen parteipolitischen Gesinnungs-Opportunismus und eine erschreckende Gedankenarmut gezüchtet. Seine Machtausübung geschieht faktisch

autokratisch, sie ist aller wirksamen Kontrolle entzogen. Und die maßgeblichen seiner Minister — vor allem Herr Dr. Schröder und Herr Strauß, die sich beide als Konkurrenten darauf vorbereiten, die Nachfolge Adenauers im Kanzler-Amt anzutreten — sind bestrebt, durch immer neue Manipulationen den autoritären und militaristischen Charakter des heutigen Regimes zu sichern und womöglich zu legalisieren. Und es sind ausgerechnet dieselben Leute, die sich als Wächter und Verteidiger der „Freiheit" aufspielen, während sie im Namen der „Freiheit" darauf hinarbeiten, die Omnipotenz ihrer Partei zu verewigen! Mit seinem jüngst veröffentlichten Entwurf für ein Notstandsgesetz hat Dr. Schröder die Katze einmal mehr aus dem Sack gelassen. Es zeigt sich, daß sein Eifer auf diesem Gebiet ausschließlich innenpolitisch bedingt ist *).

Das ist das „Vorbild" an demokratischer Gesinnung, das in diesem Staate die Staatsspitze dem Volke gibt! Sie ist innenpolitisch nicht weniger vermessen machtgierig wie außenpolitisch. Und dieser Geist oder vielmehr Ungeist muß das Wachsen der Demokratie in der Bundesrepublik stören oder gar verhindern. Hier nun schließt sich der Kreis. Der außenpolitischen Amokläuferei entspricht der innenpolitische Machtanspruch. Beide dulden keinen Kompromiß, keine Koexistenz, kein Zusammenleben von Staaten verschiedener gesellschaftlicher Ordnung, Menschen verschiedener politischer Gesinnung. Während Dr. Adenauer sich nicht im geringsten scheut, Herrn Oberländer, Herrn Globke und zahllose andere auch weiterhin in ihren Ämtern zu halten, beklagt er gleichzeitig die Synagogenschändungen und beteuert den guten Willen seiner Regierung. Welch Widerspruch zwischen Worten und Taten, welche Verschleierung von Ursachen und Folgen! Zweifellos ist Konrad Adenauer kein Antisemit. Und er mag jene Vorkommnisse nicht nur aus außenpolitischen Gründen bedauern. Aber wie immer dem sei: sie sind Geist von dem Geiste, den sein zehnjähriges autokratisches Regiment in der Bundesrepublik gesät hat. Alle Beteuerungen der Bundesregierung werden glaubwürdig erst dann, wenn diese Regierung die Reinigung von den unverbesserlichen Nazis, Militaristen und (sei es offenen, sei es latenten!) Anti-Demokraten in den eigenen Reihen beginnt. Und wenn sie außen- und innenpolitisch einen Sinneswandel erkennen läßt! Die Machenschaften der politisch nahezu bedeutungslosen, psychologisch über das Stadium des Sektierertums

*) Das Schwergewicht liegt auf der unterstellten Möglichkeit eines „inneren Notstandes". Zum Fürsprecher dieser Tendenzen hat sich kürzlich, in einem Vortrag vor dem Düsseldorfer Rhein-Ruhr-Klub am 14. Januar, auch Herr Dufhues, Innenminister von Nordrhein-Westfalen, gemacht. Er erklärte, die Bundesregierung brauche eine Handhabe gegen einen Notstand, der nur scheinbar ein „innerer", in Wahrheit aber ein „von außen veranlaßter" sei! — Nun weiß man, daß die heutige Bundesregierung allen wirklich konsequenten Widerspruch gegen ihre Politik für „kommunistisch" erklärt, um ihn so zu denunzieren und polizeilich gegen ihn vorgehen zu können. Der neue Gesetzentwurf würde es ihr etwa erlauben, eine Massenbewegung gegen die Atombewaffnung für den Anlaß einer Ausrufung des „Notstandes" zu erklären und mit der Bundeswehr gegen sie vorzugehen. Oder: eine rein sozial-, also innenpolitisch begründete Unzufriedenheit breiterer Schichten, zu deren Anwalt sich die Gewerkschaften machen, wird ebenfalls für „kommunistisch" erklärt und mit der neuen Notstandsgesetzgebung bekämpft. Es ist auffallend, daß die Notwendigkeit dieser Notstandsgesetzgebung ausgerechnet in einem Augenblick so unermüdlich betont wird, in dem es deutlich wird, daß die Außenpolitik der Regierung Adenauer in eine Sackgasse geraten ist, in dem darum der Widerstand gegen die Fortsetzung dieser Politik wächst; und außerdem in einem Augenblick, da die ungeheuren Rüstungslasten sich sozialpolitisch immer stärker bemerkbar machen, die Zechenschließungen beginnen etc., d. h. die wirtschaftspolitische Desillusionierung der breiten Massen einsetzt!

noch nicht hinausgelangten extremen Rechtspartei sind schändlich genug; hier gilt das „Wehret den Anfängen". Für den Frieden und die Demokratie weit gefährlicher aber sind die pseudo-demokratischen Manipulationen der Bonner Regierungspartei selbst. Und wer vermag zu sagen, ob nicht eines Tages, unter neuen Umständen, ihr atomwaffen-gerüsteter außen- und innenpolitischer Fanatismus in eben das einmündet, was heute die extreme Rechte postuliert? Nur in einem Deutschland, das sich aktiv an der Sicherung des Weltfriedens beteiligt und in dem Freiheit und Demokratie nicht nur formal, sondern in Wirklichkeit existieren, werden auf die Dauer auch Juden wieder leben können. Und nur eine Bundesrepublik, die sich konsequent befreit hat von den ideologischen Überresten und von den Parteigängern des Hitler-Systems, kann diese beiden Voraussetzungen erfüllen. Es ist aber auch allein ein solcher von politischer Vernunft und demokratischer Gesinnung bestimmter westdeutscher Teilstaat Wiedervereinigungs-fähig und Wiedervereinigungs-würdig!

Die heutige Bonner Politik aber muß zu einer Liquidierung der Demokratie in der Bundesrepublik und auf einen Bürgerkrieg zwischen beiden deutschen Staaten führen, der nichts anderes als der nationale Selbstmord des deutschen Volkes wäre! Die Erklärungen des Bundesverteidigungsministers im Bundestag, am 20. Januar, über die „Notwendigkeit" einer Herabsetzung des Wehrpflichtalters auf 18 Jahre, über den Aufbau einer dem Nato-Kommando nicht unterstellten „territorialen Verteidigung" und über die Pläne zur Ausdehnung der atomaren Bewaffnung der Bundeswahr lassen abermals erkennen, daß sich die Bundesrepublik auf dem Wege zum voll-militarisierten und gleichgeschalteten „Wehrstaat" autoritären und aggressiven Charakters befindet. Schon heute wagt es Herr Strauß, zu erklären, eine Kritik an einzelnen Maßnahmen beim Aufbau der Bundeswehr (die Einziehung des Jahrgangs 1922) sei in Wahrheit eine Kritik, die die Axt an die Wurzeln dieses Staates selbst lege. Das ist nichts anderes als die Vorbereitung eines weiteren Schrittes zur Unterbindung jeglicher Kritik an der maßlosen Bonner Aufrüstungspolitik.

Die Bundesregierung weiß, in welche Engpässe sie auf Grund der fortschreitenden weltpolitischen Entspannung mit ihrer „Politik der Stärke" geraten ist; und sie weiß natürlich auch, daß Bedenken und Widerspruch gegen diese den Zielen des deutschen Volkes abträgliche Politik in Westdeutschland selbst immer mehr zunehmen. Vor allem aber ist sie sich auch darüber im klaren, daß die wirtschaftliche und sozialpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik in nächster Zeit die breiten Massen mehr und mehr ernüchtern, desillusionieren wird. Die Relativität und Problematik dieser nun von ständig wachsenden Rüstungsausgaben begleiteten Wirtschaftspolitik Bonns wird langsam, aber unaufhaltsam offenbar! Von diesen außen- und innenpolitischen Schwierigkeiten versucht die Regierung Adenauer durch eine permanente Dramatisierung der außenpolitischen Lage (und durch Versuche, die Entspannung selbst zu blockieren, um Vorwände für ein Sprechen vom „Ernst der Lage" zu haben!) abzulenken. So wird in ihrer massiven Propaganda die akute Notlage der Bundesregierung umgefälscht in eine „Bedrohung" Berlins und in einen „Notstand" der Bundesrepublik! Und dieser angebliche Notstand wiederum soll die bedrängte Bonner Regierung schon jetzt zur Vorbereitung von „Notstandsmaßnahmen" legitimieren, deren Zweck die Außerkraftsetzung der Funktionen des Parlamentes und die Verfolgung aller Kritiker der Regierung Adenauer als „Staatsfeind" ist.

In einem Augenblick, da die Großmächte sich ernsthafter denn je über Abrüstungsmaßnahmen zu verständigen versuchen und auch um für alle Seiten tragbare, der Entspannung dienende politische Lösungen bemüht sind, kündigt Bonn eine weitere Forcierung der Atomaufrüstung, die totale Militarisierung der Bun-

desrepublik und die Vorbereitung von „Notstandsmaßnahmen" an! Diese Entwicklung k a n n n i c h t zu einer Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit führen. An ihrem Ende wird der deutsche Bürgerkrieg stehen! Die Demokraten in der Bundesrepublik sind, vielleicht zum letzten Male, gewarnt. Der „Notstand" ist eine Erfindung, ein leicht durchschaubarer Vorwand der Bundesregierung. Diese Regierung ist aber faktisch dabei, durch ihre Politik jenen totalen Notstand selbst zu schaffen, von dem sie spricht. Und ein solcher Notstand wäre der Untergang nicht nur Deutschlands!

A r n o B e h r i s c h, MdB

Wer mit Hunden schläft . . .

Geschichte ist nicht nur gewesen, sie wirkt auch fort. Darum muß, wer nicht unnötig stolpern will, ab und zu einen Blick nach rückwärts tun. Natürlich nicht in der Erwartung, die Geschichte könne lehren, wie wir es machen sollen. Das kann sie nicht. Doch gibt sie einsichtigen Menschen aufschlußreiche Aussagen darüber, was besser zu unterbleiben hat. Darum wäre schon viel gewonnen, wenn das Volk, die Parteien und vor allem die Regierung einen Rat beherzigen würden, den Heinrich L ü b k e in seiner Neujahrsbotschaft gab: „Wieviel ist noch übrig geblieben von den Gedanken und Vorsätzen, die im deutschen Volk in der Katastrophe des Jahres 1945 weitgehend herrschend waren? Führte der damalige Zusammenbruch wirklich einen Läuterungsprozeß herbei? Es dürfte für uns alle angebracht sein, am Jahresende einen Blick bis in jene Welt zurückschweifen zu lassen und uns der d a m a l i g e n Erkenntnisse und Vorsätze zu erinnern." Erinnern und dementsprechend h a n d e l n!

Im Hinblick auf die gegenwärtigen antisemitischen Umtriebe genügt die Rückschau bis 1945 allerdings nicht. Denn das Wort Nationalsozialismus war noch nicht erfunden, da lebte in diesem Lande schon der Geist des Nazismus. Es gehört deshalb ein unerlaubtes Maß von Naivität dazu, anzunehmen, daß der Antisemitismus mit H i t l e r verschwinden würde, da er doch schon lange v o r den Nazis in jenen Gesellschaftsschichten gehegt und gepflegt wurde, die Hitler an die Macht schoben und die sich durch die restaurative Politik A d e n a u e r s und der Westmächte wieder in jene machtvollen Positionen versetzt sehen, die sie 1945 durch ihre landesverräterische Dummheit verspielt hatten.

Im Jahre 1884 schrieb Karl K a u t s k y an seinen Freund Friedrich E n g e l s einen Brief, in dem es hieß: „Uns Sozialisten ist ein neuer Feind erwachsen im Antisemitismus, der k o l o s s a l e Dimensionen annimmt." Nun ja, es hatte 1847/48, vor allem in Süddeutschland, Judenkrawalle gegeben, und in Basel waren damals 300 verstörte Juden aus Deutschland angekommen. Doch dann waren diese Dinge abgeklungen. Was rechtfertigte diesen Alarmruf des sozialistischen Theoretikers? Leider gibt es da viel mehr Tatsachen, als man schlechthin weiß. Die „Welt der Arbeit" des DGB ist der Kernfrage am nächsten gekommen, als sie am 1. 1. 1960 schrieb: „Der deutsche Antisemitismus ist nicht Ursache, sondern Folge völkischer Ideen und ihrer politischen Propagierung, die auf einer langen deutschen Tradition beruht. . . Die Handlung der jungen Täter (in Köln) war nicht

möglich aus einem spontanen Antisemitismus heraus, der heute einfach nicht verstehbar ist, sondern weil sie Mitglieder einer rechtsradikalen Partei oder Gruppe waren, die alt-völkisches Gedankengut konserviert und virulent hält." Schauen wir uns in dieser Richtung ein wenig um.

Nach der Reichsgründung begann die vielgelesene „Gartenlaube" die Juden für alle Übel verantwortlich zu machen. Die Richtung hatte der bekannte Historiker Heinrich von Treitschke mit den Worten vorgezeichnet: „Die Juden sind unser Unglück!" Heinrich Class, der spätere Führer des unrühmlichen Alldeutschen Verbandes, über den noch zu sprechen sein wird, schreibt in seinen „Erinnerungen", daß ihm Treitschkes Parole „in Fleisch und Blut" überging und einen „wesentlichen Teil" seiner politischen Arbeit bestimmte. Das traf nicht nur auf Class zu.

Schon 1875 hatte das Organ der Deutsch-Konservativen, die „Kreuzzeitung", in einer Artikelserie die Verjudung Deutschlands auf- und angegriffen. Bedenklicher war, daß die „Germania" im gleichen Jahre in der gleichen Furche weiterackerte, die Judenhetze als „einen Protest der germanischen Rasse (!) gegen das Eindringen eines fremden Stammes" verniedlichte und die Losung verkündete: „Kauft bei keinem Juden!" Das Echo muß beachtlich gewesen sein, denn die „Germania" berichtete darüber so: „Wir haben niemals daran gezweifelt, mit der Judenfrage ein überaus zeitgemäßes Thema in Angriff genommen zu haben. Aber wir sind trotzdem im höchsten Maße überrascht, daß uns Anerkennung und Beifall in solcher Fülle zuteil wird."

Und nun bekam der Antisemitismus, den Treitschke schon salonfähig gemacht hatte, noch die Weihe und den Segen. Der von Kaiser Wilhelm I. mit Wohlwollen behandelte Hofprediger am Berliner Dom, Adolf Stöcker, hielt am 19. September 1879 seine erste antisemitische Rede. Stöcker gründete noch im gleichen Jahre die „Christlich-Soziale Arbeiterpartei", mit der er „die Sozialdemokratie in Berlin von der politischen Bildfläche hinwegfegen" wollte. Im preußischen Abgeordnetenhaus schloß er sich den Deutsch-Konservativen an. Doch sein Antisemitismus fand bei den Arbeitern keinen Anklang. Stöcker sah sich deshalb veranlaßt, das Wort „Arbeiter" am 3. Januar 1881 aus seiner Parteifirma zu streichen. Um so größer war das Echo im Mittelstand.

Jedenfalls ist das aus einem Brief erkennbar, den Bankier Bleichröder am 18. Juni 1880 an den Kaiser schrieb und wo es heißt: „Tausende drängen sich zu den Versammlungen, und Hunderttausende erwarten mit Ungeduld die Berichte der Zeitungen... Ich glaube annehmen zu dürfen, daß der Versuch einer Gewalt gegen mich, der in den Reden Hofprediger Stöckers und Genossen gegen mich heraufbeschworen wird, nicht vereinzelt stehen bleiben könnte, daß er vielmehr nur der Anfang des Unglücks einer furchtbaren sozialen Revolution sein müßte." In der Tat lassen die Polizeiberichte jener Zeit eine interessante Entwicklung erkennen. Am 9. April 1880 hatte Stöcker vor 2000 Hörern über die Judenfrage gesprochen. Als er zwanzig Tage später die Frage untersuchte: „Ist die Bibel die Wahrheit?", da hatte er nur 500 Besucher. Auch über das Thema „Das Alte und das Neue Testament" wollten am 17. 12. 1880 nur 700 Leute informiert sein. Aber als der Hofprediger am 4. Februar 1881 wieder die Judenfrage behandelte, waren gleich 3000 Zuhörer zur Stelle.

Es muß böse ausgeschaut haben. Anders ist eine Bemerkung nicht zu verstehen, die der Kronprinz, der spätere Kaiser Friedrich, machte, wonach der Antisemitismus die „Schmach des Jahrhunderts" sei. Auch ein Aufruf vom 12. November 1880, unter den so bedeutende Männer wie Mommsen, Droysen, Gneist und Virchow den Namen setzten, nannte den Antisemitismus Deutschlands Nationalschande. Im Reichstag rief der liberale Abgeordnete Eugen

Richter den Konservativen zu: „Hüten Sie sich, in der zuchtlosen Volksmasse die wilden Leidenschaften zu wecken. Erweckt die Bestie im Menschen nicht, denn sie wird dann vor nichts halt machen!" Das war am 12. Januar 1881. Am 18. Februar des gleichen Jahres ging die neuerbaute Synagoge in Neustettin in Flammen auf, nachdem der Gefolgsmann Stöckers, Dr. Henrici, ein Gymnasiallehrer, eine rassenantisemitische Hetzrede gehalten hatte.

Stöcker war nämlich inzwischen überrundet worden. Er wollte die Juden durch die Taufe „zu Brüdern" machen. Henrici ging weiter und forderte die „Ausweisung der buckligen Leute, die man am Geruch erkennt". Er gründete die „Soziale Reichspartei". „Reichsglocke" und „Deutsche Wacht" forderten „die Vernichtung der jüdischen Herrschaft mittels Aufrichtung des deutschen Volksbewußtseins", und auf Anregung von ungarischen Antisemiten fand vom 10.—12. September 1882 in Dresden der „Erste Internationale Antijüdische Kongreß" statt, an der 300 Delegierte teilnahmen und wo Rittmeister von Bredow den Vorsitz führte. Das Ziel? „Der allen Völkern gleichmäßig drohenden Judengefahr soll die Vereinte Kraft der europäischen Nationen entgegengestellt werden."

Es ist aufschlußreich, den sozialen Standort der damaligen Wortführer des Antisemitismus zu studieren. Wir nannten schon Treitschke und Henrici. Weiter stößt man auf: Wilhelm Marr (Literat), Liebermann von Sonnenberg (Offizier a. D.), Prof. Ernst Hasse, Eugen Dühring (Philosoph), Theodor Fritsch (Publizist, der 1887 den „Antisemitenkatechismus" herausgab, aus dem sein Handbuch der Judenfrage entstand, das 1935 (!) die 39. (!) Auflage erlebte), Bernhard Förster (Gymnasiallehrer), Dr. Böckel (Universitätsbibliothekar, der 1890 die „Antisemitische Volkspartei" gründete, kam 1887 in den Reichstag und gründete dort mit 4 Konservativen eine antisemitische Fraktion), Rektor Ahlwardt und viele andere Namen des „gebildeten Mittelstandes".

Die Reaktion der Deutsch-Konservativen Partei ist bezeichnend. Einige rümpften ob der antisemitischen Massenbewegung die Nase. Doch die Mehrheit kam zu der Ansicht, man müsse selbst antisemitisch werden, um Anhang bei den Massen zu finden. Diese Richtung vertrat besonders Freiherr Wilhelm von Hammerstein, der Chefredakteur der schon erwähnten „Kreuzzeitung" war. Als sich die Konservativen am 8. Dezember 1892 im Berliner Tivoli zum Parteitag versammelten, „bereicherten" sie ihr Programm um einen beachtlichen Satz: „Wir bekämpfen den vielfach sich vordrängenden und zersetzenden jüdischen Einfluß auf unser Volksleben". Besonnenen Mitgliedern ging das zu weit. Kammerherr von Blumenthal brachte einen Zusatzantrag ein: „Wir verwerfen die Ausschreitungen des Antisemitismus". Doch siehe, der Zusatz wurde von den 1200 Delegierten verworfen. Nur sieben stimmten dafür! Doch damit nicht genug. 22 Reichstagsabgeordnete der Konservativen protestierten gegen den Tivoli-Beschluß. Von ihnen kehrten bei der Wahl 1893 nur 6 in den Reichstag zurück. Das Zugeständnis der Konservativen an die Gosse trug seinen Lohn. 1890 hatten die Antisemiten nur 47 000 Stimmen buchen können. 1893 schnellten sie auf 290 000 Stimmen und 16 Mandate empor.

Hier angekommen, scheint es ratsam, auf eine besondere Seite des Problems hinzuweisen. Wir sahen, daß Bismarcks Pressegehilfe Busch antisemitisch hervortrat. Leider war Bismarcks Haltung in der ganzen Frage mehr als zwielichtig. Sie läßt sich gut mit Adenauers Praxis vergleichen. Bismarck monierte in Privatbriefen das Auftreten des Hofpredigers Stöcker. Das hinderte ihn nicht, sich auch so zu äußern: „Jetzt freue ich mich, daß der Hofprediger gewählt ist. Er ist ein tätiger, furchtloser, standhafter Mann und hat ein Maul, das nicht totzumachen ist." Er legte auch Wert darauf, in einem Brief an Minister von Puttkammer am 21. November 1880 zu betonen, daß er mehr wegen der „kommu-

nistisch-sozialistischen Tendenz der Stöckerschen Aufreizung" gegen den Hofprediger sei als wegen dessen Antisemitismus. Kunststück! War doch Bismarckfreund Treitschke ein Bannerträger des Antisemitismus.

Es ging der preußischen Aristokratie und Bismarck, wie es heute der CDU und Adenauer geht: sie vermochte absolut kein positives Verhältnis zu den Liberalen und den Sozialen zu finden und unterstützte deshalb bald formell, bald faktisch die antiliberalen und antisozialistischen Massenbewegungen des Antisemitismus. Bezeichnend ist in dieser Richtung eine Bemerkung des Freiherrn von Bottlenberg auf dem Parteitag der Konservativen 1898 in Dresden: „Es sind dies (die Christlich-Sozialen Antisemiten) ja alles bloß ungeratene Söhne der Konservativen Partei. Sie werden, wenn sie außerhalb des Vaterhauses stolpern, schon wieder zurückkehren." Nun, niemand nimmt den Teufel zum Diener, ohne bald sein Knecht zu sein. Das lehrt unsere Geschichte. Haben wir auch daraus gelernt?

Man kann über die Politik der deutschen Sozialdemokraten gewiß geteilter Meinung sein. Wer bei der Wahrheit bleibt, wird ihr bestätigen müssen, daß sie in der Frage des Antisemitismus eine für das ganze Volk vorbildliche Haltung ohne jede Schwankung eingenommen hat. Der liberale Wirtschaftspolitiker und Führer der Freisinnigen, Theodor Barth, sagte zu diesem Thema 1893: „Die Zukunft ist, wohin wir immer blicken, trübe, und es gibt nur eine einzige Hoffnung, das sind die Arbeiter, das ist der Sozialismus. Im Kampfe gegen den Antisemitismus hat sich der Sozialismus zuerst als ein Faktor der deutschen Kultur gezeigt, indem er allen Verlockungen widerstanden und treu bei uns ausgeharrt hat. Und auf den Sozialismus muß man sehen, wenn man wieder ein wenig Vertrauen und Zuversicht gewinnen will. Die Sozialisten sind die verläßlichsten Hüter der Freiheit, die ehrlichsten Diener einer gesunden Entwicklung." Genau dieser Meinung war auch der Historiker Theodor Mommsen, der am 13. Dezember 1902 schrieb: „Was uns noch retten kann? Allein die Allianz zwischen wirklich liberalem Bürgertum und Sozialdemokratie gegen den Interessenbund des Junkertums und der Kaplanokratie."

Damit berühren wir die Kernfrage. In seiner akademischen Antrittsrede 1895 hatte Max Weber gesagt: „Ich bin ein Mitglied der bürgerlichen Klassen und fühle mich als solches und bin erzogen in ihren Anschauungen und Idealen, aber wenn ich mich frage, ob das Bürgertum Deutschlands heute reif ist, die politisch leitende Klasse der Nation zu sein, so vermag ich dies nicht zu bejahen." Der große Gelehrte meinte, die verpaßte politische Erziehung eines Jahrhunderts werde sich in einem Jahrzehnt nicht nachholen lassen, und resümierte pessimistisch: „Die ernste Frage für die Zukunft des Bürgertums ist jetzt, ob es nicht nunmehr zu spät ist, diese politische Erziehungsarbeit nachzuholen." Bevor wir diese Frage vertiefen, ist noch eine wichtige Phase der Entwicklung des deutschen Antisemitismus nachzutragen.

Am 9. April 1891 trat in Berlin der Allgemeine Deutsche Verband ins Leben, der 1894 in Alldeutscher Verband umgetauft wurde. Zu den Gründern gehörten der ehemalige Kruppdirektor Alfred Hugenberg und Geheimrat Emil Kirdorf. Die Führung übernahm bald der erwähnte Heinrich Class, der ein neues Sondergesetz gegen die Sozialdemokratie verlangte und die Ausweisung der Sozialisten oder ihre „Internierung an einem bestimmten Ort" für nötig hielt. Der Alldeutsche Verband, in dem auch der sächsische Pfarrerssohn Prof. Ernst Hasse eine führende Rolle spielte, war betont antisemitisch. Als H. St. Chamberlains Rassenbuch erschien, begeisterte sich Hasse: „Die Zukunft liegt im Blute? Wunderbar genug, daß man diese scheinbar einfache Tatsache so lange Zeit wenig beobachtet hat." Das wurde nun besser.

Die alldeutsche Zeitung „Heimdall" erwog 1905 die Erneuerung der germanischen Rasse durch Aufgabe der Einehe. „Da es sich bei der planmäßigen Arierzüchtung um die höchsten Gesichtspunkte handelt, so muß zeitweise von einigen herkömmlichen Gepflogenheiten unserer sogenannten ‚Sittlichkeit' abgesehen werden." Züchtungsstätten „völlig getrennt vom übrigen Volke" wurden vorgeschlagen. Auch die Bildung von „Edelrassengruppen" von Frauen, die auf Ehe und Familie verzichten und nur einige auserlesene Männer unter sich dulden, wurde erörtert. Und dann legte „Heimdall" die Axt an die Wurzel: „Christ konnte kein internationales Christentum wollen ... Er wußte wohl nur zu gut, daß nur Arier, nur Germanen, wahre Christen zu sein vermögen". Man war vom Weltgott wieder beim Stammesgott!

Doch damit war die Energie der Alldeutschen keineswegs erschöpft. Schon 1895 schrieb einer der Ihren „Großdeutschland und Mitteleuropa 1950". Der Alldeutsche Eisenhart betitelte seine Broschüre 1911 „Deutschland erwache!" Und von Class erfahren wir in den „Erinnerungen", daß „damals das Wort vom Volk ohne Raum noch nicht geprägt war, aber sein sachlicher Inhalt wurde von uns Alldeutschen längst vertreten." Man sieht, daß keine Mißgeburt der Nazis nicht schon bei den Alldeutschen vorgedacht worden wäre. Ein Publizist hat geschrieben, die Alldeutschen hätten den Reichswagen „wie ein betrunkener Kutscher" gefahren. Fuhren sie denn den Reichswagen?

Der Alldeutsche Verband zählte 1903 19 000 Mitglieder. Im ersten Weltkrieg erreichte er mit 35 000 den Höchststand. Doch der Verband zählte weniger durch Quantität als durch „Qualität". Fürsten, Regierungs- und Hofbeamte, Diplomaten, Grundbesitzer, Industrieherren, Militärs und Professoren sorgten für die Interpretation der alldeutschen Vorstellungen in den entscheidenden Positionen des Kaiserreichs. Dazu kamen beigeordnete Vereine mit 130 000 Mitgliedern, wie etwa der antisemitische „Verein deutscher Studenten". Auch Herr von Oldenburg-Januschau vom Bund der Landwirte gesellte sich den Alldeutschen zu. Jenen antisemitischen Alldeutschen, deren Zeitung 1914 schrieb: „Diese Stunde haben wir ersehnt!"

Es sei hier und in diesem Zusammenhang an die Kriegszielbewegung der Alldeutschen im Verlauf des 1. Weltkrieges erinnert, mit jenem Programm der totalen Maßlosigkeit, von dem man auch vor, während und nach der Niederlage keinerlei Abstriche machte, sondern das nur mit den Formeln von den „Novemberverbrechern" und den „Erfüllungspolitikern" ergänzt wurde. Im Friedensvertrag von Brest-Litowsk, jenes unseligen „Vorbildes" für Versailles, fanden die Ideen der Alldeutschen ihren Niederschlag. Wer die Unterschriften unter dem Programm der Alldeutschen Kriegszielbewegung studiert, wird nahezu restlos auf Namen stoßen, die er auch späterhin, ja bis heute in den oberen Rängen der deutschen Wirtschaftsführung findet.

Ein altes Pferd ändert seine Gangart nicht. Die Alldeutschen blieben beim Antisemitismus und Chauvinismus. „Knallt ab den Walter Rathenau, die gottverfluchte Judensau!" und „Stresemann, verwese man!" waren Hetzparolen vom Acker der Alldeutschen. Sie forderten die völkische Diktatur, bekämpften den Daves-Plan, und 1929 waren sie der Motor des Volksentscheides der „Nationalen Opposition" gegen den Young-Plan. Nach dem Sturz des Grafen Westarp im Oktober 1928 war die Partei der Deutschnationalen unter die Fuchtel Hugenbergs geraten, und die Nationale Opposition umfaßte nun Class (Alldeutscher Verband), Hugenberg (Deutschnational), Paul Bang (Deutsche Industriellenvereinigung), Franz Seldte (Stahlhelm) und Adolf Hitler. Die gemeinsame Gesinnung drückte sich deutlich in einem Aufruf des Landesverbandes Brandenburg des „Stahlhelm" aus: „Wir hassen mit ganzer Seele den augen-

blicklichen Staatsaufbau, weil er uns die Aussicht versperrt, den notwendigen Lebensraum im Osten zu gewinnen." Es ist wahr, die Nationale Opposition vermochte am 22. 12. 1929 nur 5,83 Millionen Stimmen für ihren Volksentscheid zu sammeln. Doch die latente Gefahr enthüllten schon die Reichstagswahlen vom 14. September 1930, als die Hitlerpartei allein 6,4 Millionen Stimmen buchte.

Wir haben gesehen, daß Max Weber schon 1895 die politische Reife des deutschen Bürgertums als unzureichend klassifiziert hatte. Was von dieser Seite nach 1918 und nach 1945 gezeigt wurde, unterstreicht das Urteil des Soziologen. Der Antisemitismus in Deutschland war keine Erfindung und kein Betrug der Nazis, er war und ist der Selbstbetrug des deutschen Bürgertums, womit es der Erkenntnis der Wahrheit und der Wirklichkeit auszuweichen versucht. Am deutlichsten kommt das zum Ausdruck in Werner Sombarts Arbeit „Die Juden und das Wirtschaftsleben": „Wären sie (die Juden) alle im Orient geblieben oder in andere heiße Länder verschlagen worden, so hätte natürlich ihre Eigenart auch Eigenartiges bewirkt, aber die Wirkung wäre keine so dynamische geworden ... Es wäre niemals zu dem Knalleffekt der menschlichen Kultur: dem modernen Kapitalismus gekommen." Simpler ließen sich die antikapitalistischen Vorstellungen und Sehnsüchte der Massen des Bürgertums nicht mehr unterblasen. Wie die Giftmischung Antisemitismus = Antiliberalismus = Antisozialismus zustande kam, haben wir hinreichend dargestellt. Im Unterbewußtsein von Millionen Deutschen sind diese drei Antis unlöslich verbunden. Wer nun heute, wie es die CDU/CSU und die Bundesregierung tun, antiliberal und antisozialistisch agiert, bringt automatisch den Antisemitismus mit ins Spiel. Ob man das will, ist völlig unerheblich, die Wirkung ist so.

Es bliebe nun, um das Bild zu vervollkommnen, noch kurz das Wirken der Nationalen Opposition bis zur Machtergreifung nachzuzeichnen. Hindenburg hatte zum 80. Geburtstag als Geschenk das Gut Neudeck bekommen, womit er Nachbar des alten von Oldenburg-Januschau wurde. In dessen „Erinnerungen" liest man: „Allgemein kann ich sagen, daß mein Versuch der Einflußnahme auf Hindenburg getreu meiner alten Linie auf eine Beseitigung des Parlamentarismus und die Herstellung einer Diktatur abzielte." Der sozialdemokratische Reichskanzler Hermann-Müller wurde gestürzt. Brüning nannte seine Regierung „Präsidialkabinett" und gerne auch „Kabinett der Frontsoldaten". Beschwörend sagte Breitscheid: „Sie sitzen jetzt zusammen mit Leuten, für die der Artikel 48 (Notverordnung, die gedanklich fast zwingend zu Schröders Notgesetzen führen) nur ein Anfang der Diktatur ist. Ich beschwöre Sie, gehen Sie den Weg dieser Leute nicht!"

Doch es war bereits zu spät. Bei Fritz Thyssen erfährt man den Grund: „In den letzten Jahren vor der Machtübernahme des Nationalsozialismus begannen die großen industriellen Zusammenschlüsse ihre Beiträge zu leisten ... Aber sie leisteten sie nicht direkt an Hitler, sondern sie übergaben sie Alfred Hugenberg, der ungefähr ein Fünftel der gespendeten Beträge der nationalsozialistischen Partei zur Verfügung stellte." Im Oktober 1931 bildete sich die Harzburger Front der Nationalen Opposition, und in Thüringen stieg das Experiment einer rechtsbürgerlich-nationalsozialistischen Koalitionsregierung. Dr. Wilhelm Frick, Putschist in München und Reichstagsabgeordneter der NSDAP, wurde Innenminister und Chef für Volksbildung. Rasseprofessor Günther wurde nach Jena berufen. Es kam der Brief der Wirtschaftsführer an Hindenburg mit der Aufforderung zum Abbau der Demokratie und der Berufung Hitlers. Am 4. Januar 1933 kam es dann im Hause des Kölner Bankiers Kurt von Schröder zur „historischen" Begegnung zwischen Papen und Hitler, und am 30. Januar 1933 wurde das Kabinett der Nationalen Konzentration gebildet, in dem so

christliche Leute wie von Neurath, von Papen, von Schwerin-Krosigk, Hugenberg und Seldte mit den Braunhemden die Ehe eingingen. Herr von Papen begründete das so: „Die Entfesselung des Elementaren war notwendig, um einen lähmenden und hemmenden Mechanismus zu sprengen ... Der Ungeist der Demokratie, der jeden wahren Wert zu vernichten drohte, mußte wohl mit seinen eigenen Waffen geschlagen werden ... Diese Erkenntnis ist mir nicht leicht geworden." Dennoch wurde Papen in Nürnberg freigesprochen, und inzwischen avancierte er zum päpstlichen Geheimkämmerer!

Da ging das Laster (Völkische, Alldeutsche, Deutschnationale und alle zusammen Antisemiten, Antiliberale, Antisozialisten) gestützt aufs Verbrechen (Nazis). Man entledigte sich der Versuchung, indem man ihr erlag. Da wurden, um mit Goebbels zu reden, „keine Butterbrote gemacht, sondern Geschichte". Und was für welche! Man hat das nicht gewollt und nicht gewußt? Aber man wußte, mußte wissen, daß der Hitlerfreund Rosenberg „jedem Juden den Davidstern mit der Peitsche ins Gesicht zeichnen" wollte. „Alles, was dieser Mann berührt, wird stinkender Schmutz", hat Thomas Mann einst gesagt. Nun, wir haben gesehen, daß nicht wenige, die mit ihm in selbstgewollte Berührung kamen, schon vorher stanken!

Hitler hat alle geltenden Maßstäbe und Normen zerbrochen. Die nagelbeschlagenen Stiefel seiner Horden zertrampelten nicht nur Menschen, sondern auch die Gebote der Humanität und des Christentums. Wer in diesem Lande den alten Maßstäben wieder Geltung verschaffen will, kann es nicht ohne jene Kräfte, die sich nicht nur im Kaiserreich, sondern vor allem in der Zeit der braunen Nacht „als ein Faktor der deutschen Kultur ... als die verläßlichsten Hüter der Freiheit, die ehrlichsten Diener einer gesunden Entwicklung" erwiesen hatten. Doch was tut Dr. Adenauer? Er beschimpft die Sozialisten und stützt sich auf Stützen des braunen Systems, obwohl sie politisch aus dem Munde riechen. Doch das stört ja nur die andern. Ein Franzose hat gesagt: „Es schämt sich selten einer Missetat, wer in Gesellschaft sie begangen hat." Wie soll sich in diesem Lande jemand der braunen Missetaten schämen, wenn die braunen Verführer aus den obersten Rängen sich in Bonner Spitzenfunktionen sonnen dürfen? Sie bepflastern das Land mit Plakaten „Denkt an Ungarn!" und hätten doch noch so viel damit zu tun, die im eigenen Schoß geborene Barbareninvasion zu bedenken.

Nun ist man aufgescheucht, weil der nazistische Neo-Antibolschewismus, weil der nazistische Neo-Antimarxismus, weil der nazistische Neo-Antisozialismus den sehr alten Antisemitismus neu belebt hat und weil das „der Bundesrepublik außenpolitisch schadet". Und was geschieht? Die Reaktion ist eindeutig reaktionär und typisch autoritär. Nicht die für Demokraten selbstverständliche Erweiterung und Belebung der demokratischen Einrichtungen wird betrieben, sondern der Abbau und die Einengung der demokratischen Freiheiten ist die Folgerung der Regierung. Die demokratischen Elemente des Grundgesetzes zum Schutze der Freiheit des Bürgers, von der Bonner Regierungspolitik schon arg angeknabbert durch Telephon- und Briefüberwachung, Heimlichkeitsmacherei, Schnüffelunwesen, schwarze Listen, Denunziantentum und all die Zubehörteile eines Polizeistaates, sollen weiter stückweise zerbrochen werden durch Notstandsgesetz, Pressegesetz und andere Anschläge. Bald wird der Idealzustand erreicht sein, den ein gewisser Heydrich so umschrieb: „Wenn in Deutschland drei Leute zusammenstehen, ist einer von ihnen bestimmt mein Agent."

In einem Gespräch mit dem Kölner Rabbiner Zvi Asaria nach der Synagogenschändung wurde richtig gesagt, zu jeder echten Demokratie würden profilierte Minderheiten gehören. Doch das System Adenauer ist eine permanente Verachtung der Minderheiten, ist ein System der Hexenjagd auf Unbequeme,

auf Nichtkonformisten, auf Oppositionelle und ihrer Verunglimpfung. Eine Tatsache, die niemanden überraschen kann, wenn man bedenkt, daß der sich christlich nennende Kanzler einem jüngeren Parteifreund sagte, er müsse die Menschen erst noch verachten lernen. Menschenverachtung, Mißachtung von Minderheiten, Selbstgefälligkeit sind Wesensmerkmale des Antisemitismus. Und da forscht man nach, woher der Antisemitismus in der Bundesrepublik kommen könnte! Die Bundesregierung stützt sich doch als restauratives System auf Kräfte, die ihre Unmenschlichkeit vor der ganzen Welt und in der ganzen Welt bewiesen haben!

Da treffen sich die kommandierenden Bundeswehroffiziere mit dem SS-Häuptling Sepp Dietrich und verkünden nebenbei, daß sie „nichts von Abrüstung halten". Da bilden Bundeswehroffiziere Angehörige rechtsradikaler Jugendverbände militärisch aus. Da sagt ein aktiver Offizier, Menschen, die sich als Kriegsdienstverweigerer auf Grundgesetz und Gesetz berufen, seien Feiglinge oder Kommunisten und man solle sie in Sträflingskleider stecken — und nichts geschieht! Da sind beim SS-Treffen in Augsburg Hitlers Schergen mit Stahlhelmern, Soldatenbündlern u. a. kameradschaftlich vereint. Da reist ein Herr Schlamm auf Kosten der Bundesregierung im Lande herum, wirft mit hunderten Millionen Toten herum wie mit Schneebällen und hetzt unter klarer Mißachtung des Grundgesetzes zum Angriffskrieg gegen Rußland. Da werden die von den Naziverbrechern verliehenen Orden zum Beweis für Heldentum durch Gesetz wieder salonfähig gemacht. Und da forscht man nach, woher in der Bundesrepublik der Antisemitismus kommen könnte.

Den besten Kommentar zu den antisemitischen Umtrieben hat Golo Mann schon lange vorher in seiner „Deutschen Geschichte" geschrieben: „Können Friede, Glück und Gerechtigkeit errichtet werden auf den Gebeinen von sechs Millionen ermordeter Juden? Was sollen wir von der Geschichte, von Gott selber denken, wenn danach das Leben behaglich weitergeht? Wenn jene, die diese Untaten doch praktisch möglich machten als rüstige Vollzieher von Adolf Hitlers militärischem Willen, seine Generale, seine Industriellen, heute wieder unter den Mächtigen sitzen, geachtete Bürger, Berater der Nation und ihrer Verbündeten? ... verwirrend die Haltung der Westmächte, die so bald wieder anfingen, den Besiegten ... zu umschmeicheln, um schließlich gar ihn zur Aufstellung eines neuen starken Heeres dringend aufzufordern ... Und auch dies, daß sehr viele Menschen, welche unter Hitler gedient, die von Hitler profitiert und die ihn zeitweise verherrlicht haben, nach kurzer Anstandspause wieder zu Amt und Würden kamen ... Einfach bleibt diese Wahrheit. Unter der Anleitung Hitlers sind von Deutschen Verbrechen begangen worden, wie sie in christlichen Zeiten kein anderes Herrschaftssystem sich hat zuschulden kommen lassen, auch der Bolschewismus in seiner ärgsten Zeit nicht, und durch die der tiefste dem Menschen erreichbare Punkt an Schuld und Schande erreicht wurde."

Und nun möchte die Bundesregierung, die sich auf Verherrlicher, auf Profiteure, auf Diener Hitlers stützt, das ganze braune Elend am liebsten durch einen Beschluß des Bundestages aus der Welt räumen, der etwa lauten müßte: „Adolf Hitler hat nie gelebt, sein Krieg hat nicht stattgefunden." Doch das geht nicht. Und darum muß man im Hinblick auf die sehr ernsten Gedanken des Golo Mann und auf die noch ernsteren Geschehnisse in unserem Lande der Bundesregierung und ihren westlichen Alliierten sagen: Wer mit Hunden schläft, wacht mit Flöhen auf! Das ist der Grund, weshalb uns das Fell juckt.

William Warbey, M. P.

Es ist Zeit, Halt zu rufen

Anfang Januar schrieb ich einen Brief an die Londoner Times, in welchem ich zum Ausdruck brachte, daß die Zeit gekommen sei, der westdeutschen Wiederaufrüstung Halt zu gebieten. Falls die gegenwärtigen Tendenzen, sagte ich, eingeschlossen das Vorhaben, die westdeutsche Bundeswehr mit nuklearen Waffen auszurüsten, unbehindert fortgesetzt werden können, würde Westdeutschland bald zu einer Gefahr für den Frieden in Europa werden können. Auf diesen Brief hin erreichte mich eine Zuschrift von einem Herrn N. aus Neustadt/Weinstraße, in welchem er die Frage stellte: „Wer will Deutschland vor einem Angriff aus dem Osten beschützen? ... Glaubt Mr. Warbey vielleicht, daß die Sowjetunion, die bereits der Beherrscher von Mittel- und Ostdeutschland ist, ihre Pläne aufgegeben hat, auch Westdeutschland zu schlucken?"

Ich würde Herrn N. antworten, daß ich seine Befürchtungen verstehe, obwohl ich ehrlich gesagt glaube, daß sie übertrieben sind. Aber er muß bedenken, daß die anderen Völker auch ihre Befürchtungen haben, und daß man nicht ein stabiles Gebäude des Friedens in Europa auf der Basis von Mißtrauen und Furcht errichten kann. Was Sie zu tun haben, ist, alle Quellen echter Furcht zu untersuchen, ganz gleich, ob sie auf russischen Aggressionstendenzen oder auf wieder emporkommenden eben solchen deutschen beruhen, oder gar auf amerikanischen oder britischen Aggressionsgelüsten.

Vielleicht hat Herr N. vergessen, daß der Brüsseler Vertrag, durch welchen Westdeutschland gegebenenfalls befähigt wurde, wieder aufzurüsten, ursprünglich beabsichtigt war als eine Versicherung gegen ein Wiedererwachen der Deutschen Gefahr; ganz abgesehen davon, daß bei der Gründung der Nato niemand daran dachte, daß Westdeutschland eines ihrer stärksten Mitglieder sein würde. In der Tat, als Winston Churchill im März 1950 von der Oppositionsbank im Unterhaus zum erstenmal die Möglichkeit eines „deutschen Beitrages zur westlichen Verteidigung" beschwor, war es Ernest Bevin, der diese Vorstellung entschieden und kräftig zurückwies. „Alle von uns sind dagegen", sagte er. In diesem Zusammenhang wies er auf die möglichen Gefahren eines wiederbewaffneten Deutschland hin: „Es gibt solche Dinge wie Angriffskriege", sagte er, und mit einem bemerkenswerten prophetischen Sinn fuhr er fort: „Wie wollen wir nach Rußland gehen und dort Tatsachen über Deutschland diskutieren, wenn diese Deutschen durch unsere Hände bewaffnet sind. Ich glaube, Europa in dieser Weise zu behandeln, ist nicht weise und nicht gut und wird uns nicht die gewünschten Resultate bringen". Was Mr. Bevin in diesem März 1950 ausdrückte, gab die überwiegende Meinung in ganz Europa, in Ost und West, wieder. Weder der kommunistische Coup in der Tschechoslowakei, noch die Berliner Blockade, noch irgendein anderer Vorgang in der sowjetischen Politik hatte bis zu diesem Tage einen verantwortlichen Staatsmann dahin geführt, die Möglichkeit einer Wiedergeburt der militärischen Macht in Deutschland in seine Überlegungen einzubeziehen, um die aus dem Osten vermutete Drohung auszubalancieren.

Wie kam es zu einem Wechsel in diesen Überlegungen? Dies geschah aus Anlaß des Korea-Krieges, als sich bei den amerikanischen Generalstäblern eine Panikstimmung breit machte, deren Ursache eben dieser Krieg war, noch gesteigert durch die „China-Lobby", die Haltung, unversöhnliche Feindschaft gegen das kommunistische China zu bewahren, — und in dieser Situation verlangten sie, daß die westeuropäischen Länder, eingeschlossen Westdeutschland, wieder bewaffnet werden müßten, um eine europäische Front gegen den kommunisti-

schen Block zu errichten. Der Preis für eine Weigerung, auf diese Forderung einzugehen, wäre der Rückzug der amerikanischen Truppen und die Einstellung der finanziellen Hilfe für Europa gewesen, verbunden mit der Konzentration der amerikanischen Streitkräfte in der „Festung Amerika" und im Pazifischen Ozean.

Zum Schluß bekamen die Amerikaner ihren Willen, aber es kostete sie vier Jahre, die Opposition der organisierten sozialistischen Parteien und großer Teile der liberalen und demokratischen öffentlichen Meinung in Frankreich, Großbritannien, Skandinavien und Deutschland zu überwinden. Die Opposition wurde überspielt, geteilt und besiegt, aber das Anliegen dieser Opposition ist heute so entschieden wie je zuvor. Nachdem weitere fünf Jahre vergangen sind, ist es möglich, zu sehen, wie sehr gerechtfertigt diese Warnungen gewesen sind, die seinerzeit von den Gegnern der deutschen Wiederbewaffnung ausgesprochen wurden, und wie lasch die Sicherungen (safeguards) waren, die sicherstellen sollten, daß die russische Gefahr gebannt werden könnte, ohne eine neue deutsche Gefahr an ihre Stelle zu setzen.

Es ist heute relevant, sich die Hauptgründe nochmals ins Gedächtnis zu rufen, welche dazu führten, gegen die westdeutsche Wiederaufrüstung zu opponieren:

Erstens, die Restauration Deutschlands als einer führenden Militärmacht würde den Einfluß der gefährlichsten Elemente in der westdeutschen Bevölkerung wieder aufleben lassen, der Militaristen, der Schwerindustriellen, der Rechtsradikalen und der unverbesserlichen Nazis. Die Kombination eines neuen antikommunistischen Kreuzzuges mit völkerrechtswidrigen Ansprüchen auf die „verlorenen östlichen Territorien" könnte eines Tages die Flammen zu einem dritten Weltkrieg emporzüngeln lassen.

Zweitens, man kann begründeter Weise annehmen, daß die Verbindungen eines wieder militarisierten Deutschland mit der westlichen Allianz die Feindschaft zwischen Ost und West vertieft und zu russischen Gegenmaßnahmen führt.

Als eine weitere Konsequenz würde sich ergeben, daß die strategische Teilungslinie in Europa sich noch mehr verankern würde, da keine der beiden Seiten willens sein würde, nachzugeben; und diese Tatsache würde auch die politischen Verhältnisse einfrieren lassen mitsamt der Teilung Deutschlands, halb zur östlichen, halb zur westlichen Seite Europas gehörend.

Die Argumente sind so durchschlagend, daß außergewöhnliche Anstrengungen notwendig waren, den Widerstand der öffentlichen Meinung in den westlichen Schlüsselländern Frankreich und Großbritannien zu überrunden. Die Führer der sozialistischen Parteien wurden durch schreckliche Schilderungen erschreckt, in denen von ungehindert heranrollenden sowjetischen Tanks die Rede war, die durch den Norden Deutschlands an die Atlantische Küste walzen. (Es ist eine kuriose Sache, daß sie es niemals taten — nicht in der Periode zwischen 1951 und 1957, als das amerikanische Atommonopol gebrochen war und deutsche Streitkräfte noch nicht existent waren.) Die Wankelmütigen waren mit dem Argument konfrontiert, ob die englischen und französischen Steuerzahler nicht die Kosten für die Verteidigung Deutschlands gegen die „Rote Gefahr" zu tragen hätten. (Man übersah dabei geflissentlich das Angebot der Sowjets, ihre Streitkräfte hinter ihre eigenen Grenzen zurückzuziehen, wenn die westlichen Mächte bereit wären, ein gleiches zu tun.)

Einige subtilere Argumente wurden von jenen Diplomaten angeführt, die die internationalen politischen Probleme behandeln möchten wie eine Schachpartie. Aus ihren Kreisen wurde gesagt, daß die Wiederbewaffnung Westdeutschlands und sein Eintritt in die Nato sich vorbeugend dahin auswirke, daß die Westmächte, falls notwendig, zu irgendeinem zukünftigen Termin als Gegenwert zu russischen Konzessionen in bezug auf die Abrüstung mit gleicher Münze zahlen

könnten. Unglücklicherweise für dieses Argument haben menschliche Wesen, darin Schachfiguren ungleich, ihre eigenen Gesetzlichkeiten, und ein Dr. Adenauer oder ein Herr Strauß, wenn sie sich von einem Unterpfand zu einer beherrschenden Figur gewandelt haben, sind ohne weiteres in der Lage, ein Spiel zu spielen, das sehr verschieden sein kann von dem, was ihre Kontrolleure ursprünglich geplant haben.

Nichtsdestoweniger, kein seriöser Politiker wird annehmen, daß Argumente wie diese, wie plausibel sie auch immer klingen mögen, es bewirkt haben würden, daß eine Mehrheit für eine deutsche Wiederbewaffnung im französischen Parlament oder in der britischen Labour-Opposition zustande gekommen wäre, hätte man sie nicht mit der ausreichenden Versicherung dahingehend verknüpft, daß deutsche Streitkräfte und Bewaffnungen strengen Kontrollen und Beschränkungen unterworfen würden. Die deutschen Einheiten, so wurde gesagt, würden integriert in kollektive Nato-Formationen und Westdeutschland würde es nicht erlaubt werden, atomare, biologische oder chemische Waffen zu haben, Raketen, Bombenflugzeuge oder Marineeinheiten. Nach dem Fiasko der EVG wurden diese sogenannten „Sicherungen" im Brüsseler Vertrag niedergelegt, welchem die Bundesrepublik Deutschland in Übereinstimmung mit den Londoner und Pariser Beschlüssen vom September und Oktober 1954 beitrat.

Wie seriös diese Sicherungen zu dieser Zeit durch die Westmächte gemeint waren, wird offensichtlich aus den Erinnerungen, die Sir Anthony Eden auszugsweise in der Londoner Times publizierte. In einer Verlautbarung, welche er an den britischen Premierminister (Churchill) zu Beginn der Londoner Konferenz richtete, sagt er:

„Das Problem besteht darin, die folgenden Dinge in Einklang zu bringen:

... den deutschen Wunsch für eine möglichst baldige Wiederherstellung seiner Souveränität und auf Mitgliedschaft in Nato,

... das französische Widerstreben, dieses nicht zu erlauben, bevor wirkungsvolle Sicherungen in Kraft gesetzt sind, bemerkenswerterweise ein kompliziertes und wahrscheinlich unbrauchbares System der Kontrolle der Waffenfabrikation auf dem Kontinent.

... M. Mendès-France mag einen Druck auf die Konferenz ausüben, diesen oder jenen unnötigen oder gefährlichen Vorschlägen zuzustimmen mit der Begründung, daß er ohnedem die Zustimmung der französischen Nationalversammlung nicht erreichen könne".

Sir Anthony Eden, ebenso wie Mr. Dulles, waren durch die französische Forderung nach Sicherheit vollkommen irritiert, und diejenigen Sicherheiten, welche evtl. in dem Vertrag niedergelegt werden sollten, waren mehr dazu bestimmt, Frankreichs Widerwillen zu beruhigen, als eine effektive Handhabe zur Überwachung der westdeutschen Wiederbewaffnung zu sein. Es war nicht schwierig vorauszusehen, daß eine Zeit kommen würde, in der die westdeutschen Militaristen sich stark genug fühlen würden, ihre Alliierten damit zu konfrontieren, daß sie Winkelzüge und Wege finden, die es ihnen erlauben, Stück für Stück aus den Einschränkungen des Vertrages herauszubrechen, bis nur noch ein kleiner oder gar kein Rest übrig bleibt.

Wir haben jetzt einen Punkt erreicht, an dem die Befürchtungen der Gegner der deutschen Wiederbewaffnung sich zu realisieren beginnen. Der Prozeß ist noch relativ langsam und ohne akute Gefahr, aber wenn ihm nicht früh genug entgegengetreten wird, wird der Moment kommen, in dem der Schaden zutage tritt und nicht mehr reparierbar ist.

Laßt uns sehen, wie weit dieser Prozeß bereits gediehen ist. In den letzten 18 Monaten ist der Brüsseler Vertrag dreimal revidiert worden, um Westdeutsch-

land zu erlauben, die Fabrikation bisher vertraglich verbotener Waffen aufzunehmen. Die erste Veränderung des Vertrages erlaubte Deutschland, lenkbare Tankabwehrraketen herzustellen, die zweite Modifikation erlaubte ihm, Übungs-Kriegsschiffe von 4800 bis 5000 t zu bauen, und die dritte Änderung gestattete gar die Herstellung verschiedener Typen von Luftabwehrraketen und elektronischen Einrichtungen. Der Europarat will in Kürze darüber beraten, ob Westdeutschland erlaubt sein soll, Unterseeboote bis zu 2000 t und alle Typen von Kriegsschiffen bis zu 5000 t zu bauen. Im Verlaufe seiner Besprechungen mit Herrn Strauß hat der britische Verteidigungsminister im Dezember in Bonn die Zusammenarbeit der englischen und deutschen Streitkräfte bei der Entwicklung einer neuen selbstlenkenden Rakete (surface-to-surface guided missile) — Blue Water — zugestanden, von der gesagt wird, daß sie zum Gebrauch bei der nuklearen Abwehr benötigt wird. Dies würde eine weitere Einschränkung der Auflagen des Brüsseler Vertrages bedeuten. Gleichlautend mit dem III. Protokoll des revidierten Brüsseler Vertrages akzeptierte die Bundesrepublik die Verpflichtung, auf ihrem Territorium keine atomaren, biologischen und chemischen Waffen herzustellen. Es gibt deshalb nichts in den Bestimmungen des Vertrages, um Deutschland davon abzuhalten, in die Lücke einzudringen und Vereinbarungen für die Produktion von nuklearen Waffen mit z. B. Frankreich zu treffen und sie auf französischem Boden herzustellen und nach Deutschland einzuführen. Es gibt wirklich guten Grund, daran zu glauben, daß solche Vereinbarungen bereits voranschreiten. Um so mehr, als es keine Bestimmung in dem Vertrag gibt, um Deutschland davon abzuhalten, solche Waffen von auswärts zu erhalten, durch Kauf oder anderweitig, und wie schon bekannt ist, ist dieses auch schon geschehen. Der deutsche Bundesminister für Verteidigung veröffentlichte am 16. Dezember des Vorjahres eine lange Liste von Raketen, die nukleare Waffen tragen können, die der Bundeswehr von Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten geliefert werden. Darin sind enthalten Nike-Ajax, Nike-Hercules, Hawk, Sidewinder (hierbei handelt es sich um Flugzeugabwehrraketen). Ebenso wurden geliefert Honest John, Matador, Mace, die selbstlenkende Raketen sind. Die Mace-Raketen, für die 40 000 000 £ durch das westdeutsche Verteidigungsministerium zugewiesen wurden, hat, wie man sagt, eine Reichweite bis zu 950 Meilen. Dies ist nicht mehr nur eine taktische nukleare Waffe, es ist eine strategische Waffe, die möglicherweise H-Bomben tragen kann, wenn auch zwar nicht nach Moskau, dann jedoch in andere russische Städte wie Leningrad und Kiew. Falls es sich jemals ereignen sollte, daß diese Waffen statt nach Osten nach Westen abgeschossen würden — und man hofft, daß die Geschichte nicht sich selbst wiederholen wird —, dann werden sie in der Lage sein, jede Stadt auf den britischen Inseln zu vernichten.

Die nuklearen Sprengköpfe für diese Waffen befinden sich unter Kontrolle und Verschluß, wie man natürlich sagt, der Amerikaner und werden nur im Notfall und mit Erlaubnis des amerikanischen höchsten Offiziers ausgehändigt. Das mag wohl für heute und morgen stimmen, aber wie können wir sicher sein, daß nicht der Tag kommt, an dem, vielleicht unter Androhung eines separaten Arrangements mit den Russen, die deutschen Militaristen die Amerikaner zur Herausgabe der Schlüssel zwingen?

Währenddessen, mit dem Ansteigen der militärischen Macht in Westdeutschland bezeugt sich das Wiederaufleben politischer Intransigenz. Im Dezember 1951 sagte Dr. Adenauer in Hannover: „Unser Hauptgrund, weshalb wir wünschen, in die europäische Armee einzutreten, ist die Wiedergewinnung des deutschen Ostens." Heute widerspricht Dr. Adenauer jedem Vorschlag über die Regelung europäischer politischer und militärischer Probleme, weil Deutschland noch nicht

stark genug ist, dieses Ziel zu erreichen. Deutschland kann getrennt bleiben, das Wettrüsten kann weiter geführt werden, Ost und West können sich in Feindschaft gegenüberstehen, — bis, durch Gewalt oder durch Androhung von Gewalt, Europa wieder durch die westdeutschen Chauvinisten zerstört werden kann.

Dies ist eine Politik, die voll ist von ernsten Gefahren für das deutsche Volk, für Europa und für die Welt. Die öffentliche Meinung in Großbritannien erwacht schon bei dieser Gefahr. Die kommenden Monate müssen eine große Meinungsänderung in den westlichen Ländern mit sich bringen, die die Staatsmänner auf der Gipfelkonferenz zwingen wird, wahrzunehmen, daß die Zeit gekommen ist, jetzt in eine Politik des Friedens umzuschwenken.

Prof. Dr. Renate Riemeck

Das moralische Unheil

Die antisemitischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik

Judenfriedhöfe wurden geschändet, Synagogen beschmiert, jüdische Staatsbürger beschimpft und bedroht. Wo? In der Bundesrepublik. Wann? Nicht erst jetzt — seit der Weihnachtszeit 1959 — sondern schon seit Jahren. Der Antisemitismus ist nicht plötzlich und unerwartet mitten unter uns wiedererstanden. Er war immer da. Er ist nie wirklich überwunden worden. Es war bisher nur möglich, die vielen Zwischenfälle als Einzelvorgänge zu behandeln und zu bagatellisieren. Der Nationalsozialismus — so vernahmen wir von höchster Stelle — ist tot. Also gibt es ihn nicht mehr. Es gibt nur ein paar „Unbelehrbare", ein paar primitive „Judenhasser" ohne großen Anhang, ohne Einfluß und Bedeutung — und wo gäbe es die nicht? Es gab und gibt sie auch anderswo — in Großbritannien, in Frankreich, in Rußland, in den USA.

Das ist richtig. Aber der Antisemitismus im Zeichen des Hakenkreuzes ist etwas anderes als judenfeindliche Ausschreitungen in andern Ländern. Der Antisemitismus ist in Deutschland zum System erhoben worden. Er war in Deutschland Teil der Herrenmenschen-Ideologie, verschwistert mit dem aggressiven Antikommunismus, unauflösbar verbunden mit dem „Mythos des XX. Jahrhunderts", integriert in das Programm des Unmenschen. In Deutschland — und nirgendwo sonst — wurden die „Nürnberger Gesetze" erlassen, kommentiert und angewandt, hat es eine „Kristallnacht" gegeben, wurde die Vergasung erfunden und die „Endlösung" der Judenfrage beschlossen. Vergangenheit? Nun wohl. Aber die Vergangenheit ist unvergessen. Das Hakenkreuz, das jetzt wieder überall aufgetaucht ist, war nicht nur Symbol der Judenverfolgung. Es stand nicht nur über Belsen, Auschwitz, Buchenwald, Theresienstadt, Lidice und Lemberg. Es weckt leidvolle Erinnerungen in Millionen von Menschen vom Nordkap bis zum Mittelmeer, vom Ärmelkanal bis zur Krim. Es ruft die Jahre des Schreckens in das Gedächtnis derer, die mit der Bundesrepublik heute im gemeinsamen Boot der westlichen Allianz sitzen. Das ist die eigentliche Wirkung, die von der Kölner Schandtat der Christnacht 1959 ausging. Sie geschah im Zeichen des Hakenkreuzes. Das gab ihr und der erschreckenden Folge ähnlicher Vorgänge den hoch-

politischen Charakter. Es kam auch außerhalb der Bundesrepublik zu antisemitischen Bekundungen. (Merkwürdigerweise waren einige der Hetzparolen in deutscher Sprache an die Häuserwände geschmiert worden.) Jedenfalls regten sich judenfeindliche Gefühle auch in London, Paris, Antwerpen, Amsterdam, Stockholm und anderswo. Aber das Interesse der Weltöffentlichkeit konzentrierte sich auf die Bundesrepublik, auf uns Deutsche. Es wandte sich dem Ursprungsland des Hakenkreuzes zu, weil die unterschwellige Furcht vor der „deutschen Gefahr" gar zu leicht hochkommt, wenn sich bei uns der Antisemitismus zu Worte meldet. Nach dem ersten Schock über die verschiedenen Aktionen in der Bundesrepublik fragte man im Ausland nicht mehr: „Wie stark ist der Antisemitismus in Deutschland?" sondern: „Welche Rolle spielen nazistische Elemente in der Bundesrepublik?"

Die Frage nach der Wirksamkeit des nationalsozialistischen Erbes wird nun aber der Bundesrepublik in einem Augenblik gestellt, da sie sich ohnehin in einer sehr schwierigen außenpolitischen Lage befindet. Das erklärt die Bestürzung und Nervosität, mit der die Regierungsstellen in Düsseldorf und Bonn auf die antisemitischen Vorfälle reagiert haben.

Wenn man bedenkt, wie fahrlässig noch vor einigen Jahren die skandalösen Fälle Zind und Eisele behandelt wurden, wie wenig geschah, als zum Beispiel im Bundestagswahlkampf 1957 über die Plakate des SPD-Vorsitzenden Ollenhauer das Wort „Jude" geschmiert wurde, dann muß es in der Tat nachdenklich stimmen, daß jetzt ungewöhnlich harte Urteile in Schnellgerichtsverfahren erfolgen, wenn antisemitische Äußerungen bekannt werden. Man geht sicher in der Annahme nicht fehl, daß in der gegenwärtigen außenpolitischen Situation der Bundesrepublik das Wiederaufleben nazistischer Tendenzen eine besondere Gefährdung für das Prestige der Regierung darstellt. Es ist deshalb falsch, dem nordrhein-westfälischen Innenminister vorzuwerfen, er habe durch sein aufsehenerregendes Zupacken während des Weihnachtsfestes der Kölner Schandtat erst die Publizität gegeben, durch die dann die weiteren Vorkommnisse ausgelöst worden seien. Das trifft nicht den Kern der Sache. Der Minister konnte gar nicht anders handeln. Vor einem Jahr noch wäre nicht zu befürchten gewesen, daß die Kölner Synagogenschändung dem Ansehen der Bundesrepublik ernsthaften Schaden zufügen könnte. Heute ist das anders. Das Jahr 1959 hat einen Wandel in der Weltpolitik herbeigeführt, der auch die Position der Bundesrepublik innerhalb der westlichen Allianz verschoben hat. Nur eine energische Reaktion auf die rechtsradikalen, neofaschistischen Umtriebe beim Jahreswechsel 1959/60 schien das Schlimmste verhindern und das latente antideutsche Ressentiment in der westlichen Öffentlichkeit dämpfen zu können.

Der außenpolitische Hintergrund

Schon vor einem Jahr — am 9. Januar 1959 — veröffentlichte der Generalsekretär des Zentralrates der Juden, Hendrik G. van Dam, in der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland" einen Artikel über die „Konsequenzen der Inkonsequenz", die ihm die deutsche Innenpolitik aufzuweisen schien. Er wies in diesem Artikel auf die Gefahren hin, die für das westdeutsche Staatswesen entstehen, wenn im Ausland Zweifel an der demokratischen Entwicklung in der Bundesrepublik auftreten: „Es ist verhältnismäßig gleichgültig für die Welt, ob die Einwohner von Korea, Pakistan, Formosa, Ägypten und selbst von Frankreich Demokraten sind oder nicht. Mit dem autoritären Deutschland wurden aber unvergeßliche Erfahrungen gemacht, so daß es, wenn für kein anderes Land der Welt, so doch für Deutschland lebenswichtig geworden ist, die Demokratie

zu entwickeln und zu erhalten. So wäre es für die amerikanische und russische Politik oder für Frankreich und Großbritannien im Grunde genommen unerheblich, ob der Strafsenat eines deutschen Oberlandesgerichtes mit ehemaligen Nazi-Aktivisten besetzt ist, ob ein Regierungs-Vizepräsident zur Gruppe der „alten Kämpfer" gehörte, ob ein Oberstaatsanwalt der Auffassung ist, daß zu wenig Juden vergast sind, ob sich in manchen Ministerien ehemalige Förderer des Naziregimes die Aktenstücke zur Unterschrift reichen, wenn nicht eben die Welt durch ganz besondere Ereignisse eine panische und unüberwindbare Abneigung gegenüber einer deutschen Restauration hätte."

Wer in den letzten Monaten die Auslandspresse verfolgen konnte, weiß, wie recht van Dam hatte, als er davor warnte, die Entfaltung der wirtschaftlichen und militärischen Macht der Bundesrepublik für wichtiger zu betrachten als die Entwicklung der Demokratie: „Das Potential der Macht hat nicht nur positive Wirkungen, sondern auch sehr negative, gefahrbringende Konsequenzen... Die Furcht vor einer unzeitigen und in der Richtung verkehrten Entladung der deutschen militärischen und industriellen Energie gehört zu den Dauerfaktoren der Weltpolitik und kann aus der Psychologie der zwischenstaatlichen Beziehungen nicht fortgedacht werden. Die Furcht vor der heute aktuellen Macht Moskaus hat den Vorrang vor der Theorie einer fiktiven ‚deutschen Gefahr'. Die westeuropäischen Nachbarn und die Vereinigten Staaten bedürfen des deutschen Verbündeten zur Wahrung des Gleichgewichts. Das bedeutet aber nicht, daß die erwähnte Theorie aus den Gedankengängen des Westens verschwunden ist."

Was aber geschieht, wenn man den westdeutschen Verbündeten nicht mehr für die Herstellung des Gleichgewichts braucht? Wenn diese Konzeption überholt ist? Wenn sich die Anzeichen für eine Entspannung mehren? Zwölf Monate nach dem Artikel in der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden" stehen wir vor folgender Situation: Das Jahr 1959 hat die deutsche Frage und das Berlin-Problem aktualisiert. Die Genfer Außenministerkonferenz und der Chrustschow-Besuch in Amerika sind dadurch Geschehnis geworden. Die verantwortlichen Politiker der USA und der Sowjetunion versicherten sich gegenseitig, daß die beiden Weltmächte nur noch die Wahl haben zwischen Koexistenz und Untergang. Der Kurs ist — trotz unausbleiblicher Rückschläge — auf Entspannung gerichtet. Die Gipfelkonferenz steht bevor. Was wird sie zeitigen? Man sieht ihr in Bonn mit Besorgnis entgegen. Die Politik der Bundesregierung steht nicht mehr auf dem sicheren Fundament des selbstverständlichen Einverständnisses mit Washington. Die Ablösung der Ära Dulles durch eine flexible amerikanische Außenpolitik hat Konsequenzen. Sie erfüllen auch regierungsfreundliche Kreise in der Bundesrepublik mit Besorgnis. „Man weiß nicht, wie weit die Entspannungspolitik Eisenhowers und Macmillans, nach dem kommenden Chrustschow-Besuch vielleicht auch die de Gaulles, eigentlich gehen soll, mit anderen Worten, was der Westen auf deutsche Kosten für die Entspannung — und (das steckt zuletzt dahinter) die wahlpopuläre Entlastung des geplagten amerikanischen Steuerzahlers — eigentlich konzedieren will", bemerkt die angesehene katholische Monatsschrift „Wort und Wahrheit" in der Dezembernummer 1959 und folgert daraus: „Bonn bleibt somit nichts anderes übrig, als den Entspannungs-Enthusiasmus zu bremsen. Es ist zu der Courage gezwungen, viele ‚Nein' zu sagen und ‚starr' zu bleiben. Das ist unpopulär und kann den Bundesgenossen auf die Nerven gehen; es besteht die ernste Gefahr, daß Deutschland wieder einmal als der Weltstörenfried dasteht, als Friedensfeind, Hetzer zum kalten und Verführer zum heißen Krieg. Ist es in dieser Lage nicht geradezu geboten, internationalen Diskussionen über das deutsche Problem, die ja doch nichts oder nur Verluste für Deutschland bringen können, nach Möglichkeit aus-

zuweichen und die, wie es scheint, unumgängliche Entspannung auf dem Felde der allgemeinen Abrüstung zu suchen?"

Der Auffassung, daß internationale Verhandlungen über die deutsche Frage negative Folgen für uns haben müßten (und uns deshalb gar nichts anderes übrig bleibt, als in die Forderung nach der „allgemeinen und kontrollierten Abrüstung" auszuweichen), kann man mit guten Gründen widersprechen. Aber das soll uns nicht beschäftigen. Was hier wichtig erscheint, ist etwas anderes: Welche Folgen muß es haben, wenn Bonn mehr und mehr — um mit „Wort und Wahrheit" zu reden — als „Weltstörenfried" betrachtet wird? Darum geht es. Befürchtungen dieser Art sind keine Schwarzmalerei. Sie sind sehr begründet, wie ein Blick in die Auslandspresse der letzten Monate lehren konnte. Chrustschow bemüht sich seit seinem Amerika-Besuch darum, die Erinnerung an die Zeit der Anti-Hitler-Koalition des 2. Weltkrieges wachzurufen. Er ist dabei keineswegs so erfolglos geblieben, wie manch einer hierzulande noch immer hofft. Der zwanzigste Jahrestag des Kriegsbeginns hat ein übriges getan, um Dinge in das Gedächtnis auch unserer heutigen Verbündeten zu rufen, die zeitweilig vergessen schienen. Man darf diese stimmungsmäßigen Imponderabilien nicht unterschätzen. Die antisemitischen Ausschreitungen, die sich jetzt von Köln aus wie eine Seuche über das ganze Bundesgebiet ausbreiteten, haben das Problem unserer „unbewältigten Vergangenheit" vor aller Welt aufgedeckt. Und das ist in einem Augenblick geschehen, da die außenpolitische Lage tatsächlich so ernst ist wie nie zuvor. Kein Wunder, daß die Regierungsstellen so rasch handelten — wie nie zuvor.

Die Basler „Nationalzeitung" meint: „Niemand hat ein größeres Interesse an einer möglichst schnellen und umfassenden Aufklärung der Zwischenfälle als die Bundesrepublik, die in einer entscheidenden Phase der internationalen Diplomatie in das von den Sowjets schon längst herbeigesehnte nazistische Zwielicht zu geraten droht."

Wie steht es mit der deutschen Demokratie?

Es schien zunächst möglich, der an das Klima des Kalten Krieges gewöhnten Öffentlichkeit den Gedanken eines Zusammenspiels rechtsradikaler Gruppen mit den Kommunisten nahezulegen. Aber der CDU-Bundestagsabgeordnete Professor Böhm warnte sofort vor solchen Annahmen und gab der Vermutung Ausdruck, daß es sich um eine „synchronisierte Aktion faschistischer Elemente" handle (AP, 3. Januar). Er wandte sich auch gegen eine Bagatellisierung der Vorgänge als spontane Äußerung einzelner Unbelehrbarer. In der Tat fand der Verdacht, daß kommunistische „Drahtzieher" am Werke gewesen sind, kein nennenswertes Echo in der Weltpresse. Man sieht zwar in Amerika und Großbritannien deutlich, daß die Vorkommnisse der Weihnachtszeit Ostberlin und Moskau ins Konzept passen. Aber dessen ungeachtet stellte man mit Besorgnis fest, daß sich hinter den vielen einzelnen antisemitischen Bekundungen ein viel tiefer liegendes Problem verbirgt. Es geht dabei nicht so sehr um die Frage, wer möglicherweise die Aktionen angezettelt oder ausgelöst hat, sondern weshalb sie in so großer Zahl erfolgen konnten. Als die Bundesregierung ihre offizielle Erklärung abgab, waren bereits 26 Fälle bekannt. Bei der Festnahme einiger der Täter stellte sich heraus, daß es sich vor allem um junge Leute handelte, die man weder in die Kategorie „alte Nazis" (also „Unbelehrbare") noch „Kommunisten" (also „Drahtzieher") einordnen konnte. Die scharfen Stellungnahmen der deutschen Regierungsbehörden gegenüber dem wiedererwachten Antisemitismus werden in der westlichen Presse in der Regel anerkennend konstatiert. Aber Antisemitismus in Deutschland bedeutet auch bei den Verbündeten der Bundesrepublik eine spezifische Gefahr: Man erblickt darin die Reaktivierung des national-

sozialistischen Erbes. Und so wandte man sich sehr schnell der Frage zu: Wie steht es mit dem politischen Klima in der Bundesrepublik? Wie ist das Fortleben dieses offenkundigen Nazierbes zu erklären?

Schlagartig rückte die Entwicklung der westdeutschen Demokratie in den Mittelpunkt des Interesses. „Wieweit hat der Keim des wiedererstehenden Nazismus die Struktur von Dr. Adenauers demokratischem Deutschland durchdrungen?" fragte der „Daily Express" am 29. Dezember. Diese Frage wurde in den verschiedensten Variationen von fast allen einflußreichen Zeitungen der Weltpresse gestellt. Sie führte zur Erörterung von drei Problemkreisen: Welche faschistischen Organisationen sind in der Bundesrepublik zugelassen? Wie steht es mit dem Schulunterricht und der Erziehung der Jugend? Wie ist es um den Regierungs- und Verwaltungsapparat der Bundesrepublik bestellt?

Die „Times" und andere Blätter der britischen Presse lenkten die Aufmerksamkeit ihrer Leser auf die zahlreichen „neonazistischen" Verbände. Sie veröffentlichten lange Listen mit den Namen solcher Gruppierungen unter der Jugend und unter den Erwachsenen. Die „Nationale Jugendgemeinschaft", der „Wiking", der „Scharnhorstbund", die „Bismarck-Jugend", die „Marine-Jugend", der „Bund Nationaler Studenten" und andere Jugendverbände wurden genannt. Die „Hilfsorganisation der Waffen-SS", die „Deutsche Gemeinschaft", die verschiedenen Soldatenverbände, die „Kampfgruppe Germania", das „Deutsche Volkskorps", die „Ludendorff-Bewegung" wurden besonders hervorgehoben, weil man sich mit der Benennung der Deutschen Reichspartei durch die Bundesregierung nicht zufrieden geben wollte.

Wichtiger als das Vorhandensein dieser — wie die Schweizer „Tat" meint — „nachweislich faschistischen Organisationen" ist aber zweifellos die Frage nach der Erziehung der deutschen Jugend. Die „Daily Mail" ist eine der vielen Zeitungen, die diesem Problem sehr großen Raum gegeben haben, und „News Chronicle" sprach geradezu von einer „Verschwörung des beschämten Schweigens" über die nationalsozialistische Vergangenheit auf Seiten der Eltern und Lehrer. In diesem Zusammenhang fanden die Ausführungen des Berliners Heinz Galinski große Beachtung, der sehr nachdrücklich auf das Versagen der Schule hingewiesen hat. Aber kann und darf man wirklich die Lehrer für das Wiederaufleben nazistischer Tendenzen unter der Jugend verantwortlich machen? Das Vorhandensein neofaschistischer oder naziähnlicher Organisationen und die „Verschwörung des Schweigens" scheinen der öffentlichen Meinung des Auslands nicht ausreichend zu sein, um das plötzliche Wiederaufflackern eines totgeglaubten Geistes zu verstehen. Es ist für die Position der Bundesrepublik bei den bevorstehenden West-Ost-Gesprächen von schwerwiegender Bedeutung, daß sich im Ausland ein spürbares Unbehagen über die Zahl der ehemaligen Nationalsozialisten in leitenden Stellungen der Bundesrepublik äußert. Die Schweizer „Tat" läßt ihre Leser wissen, daß „die deutsche Bundesregierung Zehntausende von Exnazis in den öffentlichen Verwaltungsorganen anerkennt". Das der norwegischen Regierung nahestehende „Arbeiderbladet" nimmt das „deutsche Gerichtswesen" aufs Korn, in dem mehr als hundert ehemalige Nazis als Richter und Staatsanwälte tätig seien, „die früher Todesurteile nach der nazistischen Rechtsprechung gefällt haben". Der „Guardian" fordert die Entfernung aller Nationalsozialisten aus den einflußreichen Ämtern, meint aber gleichzeitig, daß der Bundeskanzler einer solchen Forderung kaum nachkommen könne, weil er dann mit seinem Kabinett beginnen müsse: „Eine Ausmerzung ehemaliger Nazis würde einige Bundesministerien von höheren Beamten nahezu entblößen. Das Auswärtige Amt würde einiger seiner Experten beraubt werden. Die Auslands-

vertretungen und der Konsulardienst wären schwer davon betroffen, ebenso wie die Polizei, das Rechts- und Erziehungswesen und die Kommunalverwaltungen." Diese Lage beunruhigt auch die „New York Times", von der man nicht behaupten kann, daß sie in den letzten Jahren der Politik Bonns unfreundlich gegenübergestanden habe. Diese Zeitung, die einer der höchsten Auflageziffern in der amerikanischen Presse aufweisen kann, veröffentlichte einen in den Vereinigten Staaten vieldiskutierten Artikel des Professors für politische Wissenschaften an der Universität Buffalo, Curt Tauber, der sich mit grundsätzlichen Überlegungen über die westdeutsche Demokratie befaßt. Tauber, gebürtiger Wiener, der nach dem Kriege als Fulbright-Professor an der Universität Hamburg die deutsche Frage eingehend studiert hat, schreibt: „Abseits einer Elite ist der Durchschnittsdeutsche im Genuß des Wirtschaftswunders indifferent geworden. Ein beunruhigendes Philistertum hat zur völligen Erschöpfung des Idealismus geführt. Dies mag ein gesundes Gegengift zu nationalistischer Romantik sein. Aber es schafft nicht die Atmosphäre, in der die Hingabe zu demokratischen Idealen wachsen kann. Es droht keine unmittelbare Gefahr vor einem Neo-Nazismus. Aber die Mehrheit der Deutschen setzt sich andererseits auch nicht aus überzeugten Demokraten zusammen, und die demokratischen Institutionen der Bundesrepublik stehen auf schwachen psychologischen und sozialen Grundlagen." Dem wirtschaftlichen und militärischen Wiederaufbau in der Bundesrepublik sei der „Vorrang vor dem demokratischen Wiederaufbau" gegeben worden. „Dies führte dazu, daß gerade diejenigen Eliten von Handel und Industrie, die im Kaiserreich einen größenwahnsinnigen Imperialismus unterstützten, deren Macht auch durch die Revolution von 1918 nicht gebrochen werden konnte und die, trotz zeitweiliger Bedenken, ihre Privilegien unter Hitler aufrechterhielten, jetzt zur sozialen, wirtschaftlichen und — unter Adenauer — politischen Macht zurückgekehrt sind." Töne dieser Art sind neu in den Spalten der „New York Times".

Selbst in de Gaulles Frankreich gibt es Stimmen des Mißfallens. Alain Clément, der Bonner Korrespondent der Pariser Zeitung „Le Monde", schreibt, die Bundesregierung könne deshalb nichts gegen die alten Nazis im Beamtenapparat unternehmen, weil diese Leute seit elf Jahren der Bundesregierung genau so treu gedient hätten wie vorher Adalf Hitler. Nicht nur in London, auch in Paris kam es zu Massendemonstrationen, die beweisen, wie stark die Öffentlichkeit über die Vorgänge bei uns erregt ist. Ein Stein ist ins Rollen gekommen. Die Sympathiekundgebungen der Bundesregierung für unsere jüdischen Mitbürger und die Ankündigung strenger Maßnahmen gegen den wiedererwachten Antisemitismus konnten ihn nicht aufhalten. „Die Bundesregierung mag energische Maßnahmen gegen den Antisemitismus anordnen", meint die britische Wochenschrift „New Statesman" am 9. Januar, „aber welche Leute sollen sie durchführen? Die Polizeichefs von Aachen, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Köln — um nur wenige zu nennen — haben alle hohe Dienstgrade bei der SS bekleidet." Und das unabhängige Wiener Blatt „Neues Österreich" erklärt: „Wir können nicht übersehen, daß die gleichen Stellen, die gegen die Schmierer von Naziparolen vorgehen wollen, nach ihren eigenen Mitteilungen über das Tragen von Naziorden eben in den letzten Wochen eingehend verhandelt haben. Die Naziparole an der Wand soll schärfstens bestraft, der Naziorden an der Uniform aber geduldet werden? Ist das die Logik demokratischer Behörden?" Das Hakenkreuz, so meint die Zeitung, könne man herausfeilen, aber läßt sich herausfeilen, daß „im Zeichen des Hakenkreuzes Millionen gemartert und vergast wurden?"

Wir müssen den Gegenbeweis erbringen

Wir haben die Auslandsstimmen deswegen so ausführlich zitiert, weil sie uns deutlich machen, wie sehr sich der Wind gedreht hat. Die Gespenster einer schrecklichen Vergangenheit sind in einem Augenblick über uns hergefallen, in dem sich außenpolitisch eine Umgruppierung der politischen Kräfte vollzieht. Wir dürfen deshalb den Stimmungsumschwung gegenüber der Bundesrepublik nicht unterschätzen. Er hat sich dem aufmerksamen Beobachter schon seit Monaten angezeigt. Jetzt ist er nur mit Vehemenz zum Durchbruch gekommen. „So sind sie eben, die Deutschen, und man wird sich damit abfinden müssen," schrieb die Basler „National-Zeitung" schon vor Wochen zum Fall Sawade/Heyde. Ja sind wir denn wirklich so?

Wir müssen jetzt den Gegenbeweis erbringen. Er kann nur darin bestehen, daß wir die „Verschwörung des Schweigens" durchbrechen und endlich damit beginnen, die Hypotheken der Vergangenheit abzutragen. Es ist uns deshalb nur wenig gedient, wenn der kritische Anruf von draußen mit dem alten Schlagwort vom „Deutschenhaß" des Auslands beantwortet wird. Das kann nur dazu führen, nationale Emotionen gerade in den Kreisen auszulösen, die sich von der Kritik besonders betroffen fühlen müßten.

Die anderen Völker hassen uns nicht. Sie verabscheuen nur bestimmte Erscheinungen im politischen Leben unserer Vergangenheit und Gegenwart. Sie verstehen es deshalb auch nicht, daß von höchster Stelle über den westdeutschen Rundfunk erklärt wird, nationalsozialistische Tendenzen im deutschen Volk haben „keinen Boden" und die „wenigen Unverbesserlichen", die noch vorhanden sind, „werden nichts ausrichten".

Die erschütternden Beweise des Fortlebens nationalsozialistischen Geistes sollten uns zur Besinnung auf unsere Aufgaben veranlassen. Aber dann müssen wir uns davor hüten, sie als jugendliche „Flegeleien" abzutun. Wir dürfen auch nicht glauben, mit abschreckenden Gerichtsverfahren ließe sich die Wurzel des Antisemitismus treffen. Wenn uns aber der Bundeskanzler empfiehlt, dem auf frischer Tat ertappten „Lümmel" eine „Tracht Prügel" zu geben, dann muß uns das äußerst bedenklich stimmen. Wer soll die Prügel verabreichen? Die Polizei, die den Missetäter erwischt? Oder jemand, der zufällig vorbeigeht? Prügeleien gehörten zu den primitiv-brachialen Methoden der SA. Geprügelt hat auch die Gestapo. Von den Prügeln für eine antisemitische Flegelei bis zum heimtückischen Überfall auf politisch Andersdenkende ist es nur ein kleiner Schritt, wenn erst einmal das Faustrecht wieder für einen bestimmten Zweck proklamiert worden ist. Es wäre deshalb dringend notwendig, daß das Parlament den Regierungschef zu einem Widerruf dieser Prügelempfehlung veranlaßt.

Viel wichtiger als das Problem der Bestrafung ist jedoch die Frage nach der Ursache für die Wirkung, die von der Tat in Köln ausgegangen ist. Daß es an so vielen Stellen zu diesem Ausbruch nazistischen Ungeistes kommen konnte, muß als Ergebnis einer ganzen Serie von Geschehnissen betrachtet werden, die zu den „Flegeleien" ermutigt haben dürften. Wir greifen nur einige wenige heraus:

Da gab es zum Beispiel im Oktober ein Treffen der Ritterkreuzträger in Regensburg. Unter ihnen befand sich auch Sepp Dietrich, der „alte Kämpfer" und der Kommandeur der „SS-Leibstandarte Adolf Hitler". Eben jener Sepp Dietrich hatte wenige Monate vorher in einem Nazimord-Prozeß vor Gericht gestanden und seinen Glauben an den „Führer" nicht verleugnet. Jetzt wurde er von der Presse in einem Atemzug mit dem Bundeswehrgeneral Max Pensel genannt, der dadurch Publizität erlangte, daß er auf jener illustren Veranstaltung der Ritterkreuzträger erklärt hatte, er halte nichts von der Abrüstung.

Wie muß es auf bestimmte Kreise in der Bundesrepublik wirken, daß einer der prominentesten Nazis sich mit dem Vertreter der neuen Bundeswehr auf einem und demselben Parkett bewegt? Woher soll der junge Mensch, der Hakenkreuze an die Wand schmiert, seine Wertmaßstäbe nehmen? Er lebt in einer Umwelt, in der es beispielsweise auch geduldet wird, daß die Leute von Hitlers „Legion Condor" sich zur Erinnerung an glorreiche Zeiten ungehindert treffen dürfen.

Im Glanz der von Hitler und Franco verliehenen Orden gaben sie sich im August ein Stelldichein und feierten sich gegenseitig als diejenigen, „die schon damals die Situation erkannt hatten". Lauter Jubel, so berichtet die „Frankfurter Rundschau" (28. 9. 59) empfing die Delegation der „Blauen Division", die als Vertretung der Kerntruppe des spanischen Faschismus eigens zu dem „Kameradschaftstreffen" nach Deutschland gekommen war. Und während die Festreden ertönten, wurde im Saal ein Buch verstohlen von Tisch zu Tisch gereicht, — das von der Antikomintern im Jahre 1937 herausgegebene „Rotbuch über Spanien". „Das Vorwort zu diesem üblen Machwerk aus der antisemitischen Giftküche des Reichspropagandaministeriums" — so kommentiert der Berichterstatter der „Frankfurter Rundschau" — schrieb der frühere zweite Vorsitzende des von Geldern des Gesamtdeutschen Ministeriums lebenden „Volksbundes für Frieden und Freiheit", Dr. Taubert, der später laut Zeitungsberichten in das Bundesverteidigungsministerium übergewechselt ist.

Sie haben schon „damals" die Situation erkannt, die Condor-Legionäre. „Damals", — das war, als die Nazipropaganda ihnen eingehämmert hatte, Judentum und Kommunismus sind gemeinsam der Feind des deutschen Volkes. Gegen diesen Feind standen sie im Einsatz — „damals". Sie verhalfen der faschistischen Diktatur zum Triumph über die spanische Demokratie. Sie kämpften gegen die „bolschewistisch-jüdische Weltgefahr" und zerschlugen bei dieser Gelegenheit die Freiheit eines stolzen Volkes. Sie, die mit den Ehrenzeichen der Diktatoren geschmückten „Helden von Guernica", durften jetzt vor aller Öffentlichkeit die 20. Wiederkehr des Tages feiern, an dem sich Spanien unter das Joch des Faschismus beugen mußte. Und sie feierten das in der Stadthalle von Bingen. Wie soll der — mutmaßlich — junge Mensch, der in eben dieser Stadt jetzt ein paar Hakenkreuze gemalt hat, es je begreifen können, wo der Unterschied zwischen seiner Gesinnung und derjenigen von Männern liegen soll, die „schon damals die Situation erkannt haben"?

Wir haben in den letzten Jahren eine antikommunistische Welle in der Bundesrepublik erlebt, die solchen nachträglichen Rechtfertigungsversuchen der Nazipropaganda den Boden bereitet hat.

In einem Lande, in dem noch vor 15 Jahren Antikommunismus und Antisemitismus als feste ideologische Einheit verstanden wurden, kann man aber keine antikommunistische Welle auslösen, ohne früher oder später eine antisemitische erleben zu müssen. Wo sich der Kommandeur der „SS-Leibstandarte Adolf Hitler" gesellschaftsfähig im erlauchten Kreis von Ordensträgern bewegen kann, ein Kommunist jedoch, dem die SS im KZ das Kreuz eingeschlagen hat, wie ein Paria behandelt wird, — wo dies geschieht, da darf man sich nicht wundern, wenn die verschiedensten nazistischen Affekte wieder aufleben. Wer fragt noch nach der Schuld, die auf dem deutschen Namen lastet? Wer spricht noch von Theresienstadt, Auschwitz und Belsen? Es ist jetzt fast vier Jahre her, daß Eugen Kogon in den „Frankfurter Heften" (Jg. 1956, Nr. 3) darüber klagte, man müsse sich „vor weiten Kreisen unserer bundesrepublikanischen Gesellschaft" geradezu „abseitig" vorkommen, wenn man sie mahnt, „doch wenigstens dann und wann" an das Vergangene zu denken: „Es ist sozusagen unanständig, zu-

mindest gilt es als unangebracht, immer wieder — und wäre es nur selten — an die Opfer des Nationalsozialismus zu erinnern."

Wenn schon Kogon diese Erfahrungen machen mußte, wie soll dann etwa ein Lehrer inmitten dieser „bundesrepublikanischen Gesellschaft" den Mut finden, die Terrorherrschaft der SS, die Ermordung der Juden, das System der Gestapo u. a. m. mit seinen Schülern zu besprechen? Die Klagen, die jetzt über die Versäumnisse im Geschichtsunterricht erhoben werden, sind nur zum Teil berechtigt. Sie dringen nicht zum Kern des Problems vor. Man braucht sich nur vorzustellen, in welch mißlicher Lage der Lehrer sich oft genug befindet, wenn er sich an die Behandlung des „Dritten Reiches" wagt. Was geschieht beispielsweise in einer Schulklasse in Schleswig-Holstein, wenn die Untaten der SS und Gestapo in den besetzten Ländern besprochen werden — und plötzlich meldet sich ein Schüler und stellt die unangenehme Frage, was denn der Lehrer dazu sagt, daß gerade ein ehemaliger SS-Sturmführer aus Terboevens Stab in Norwegen zum Landtagsdirektor in Kiel ernannt worden ist?

Was soll der Lehrer über die grauenhafte Vernichtung des „lebensunwerten Lebens" berichten, wenn es sich gerade herausgestellt hat, daß sehr hohe Beamte des Landes einen jener brutalen Akteure des „Euthanasieprogramms" unter falschem Namen in einer Behörde beschäftigt haben? Wie soll sich der Lehrer in Baden-Württemberg über die „Volksgerichtshöfe" und die Nazijustiz äußern, wenn er weiß, daß seine Schüler aus der Presse erfahren haben, wie viele belastete Richter jahrelang in unserem Staate Recht gesprochen haben? In welcher Weise soll ein Lehrer — irgendwo in der Bundesrepublik — zu den Nürnberger Gesetzen Stellung nehmen, wenn er unsicher ist, wie er sich in der möglicherweise entstehenden Diskussion um den Kommentator dieser Gesetze verhalten soll?

Kinder und Jugendliche urteilen hart. Sie sind für formaljuristische Erklärungen nicht empfänglich. Sie verlangen auch vom Lehrer klare Stellungnahmen. Es ließen sich viele Beispiele dafür anführen, warum die Geschichte des Nationalsozialismus auch von solchen Lehrern als „heißes Eisen" betrachtet wird, die sich persönlich durchaus bemüht haben, die Vergangenheit aufzuarbeiten. Jedenfalls darf man die Schule nicht dafür verantwortlich machen, wenn sich zahlreiche Jugendliche für nationalsozialistische Tendenzen anfällig zeigen. Der Lehrer kann nicht leisten, was die Gesellschaft insgesamt nicht geleistet hat. Auch wenn jetzt, nach den antisemitischen Zwischenfällen, der Auftrag an die Schule ergeht, die „Zeitgeschichte" intensiv zu behandeln, ist damit noch keine Garantie für die Zukunft gegeben. Die Schule ist nur eine von vielen Erziehungsmächten, die den heranwachsenden Jugendlichen umgeben. „Die Jahre 1933 bis 1945 wiegen noch auf lange hinaus schwer, ob man es wahrhaben will oder nicht," sagt Eugen Kogon, und er fügt hinzu: „Gegen die entsetzlichen Geschehnisse von damals gestellt, verliert das ‚Wunder' unserer ‚Wiedererweckung' seine Kraft, weil das moralische Unheil in ihm nicht überwunden ist." (Frankfurter Hefte, a.a.O.)

Darum geht es heute. Es geht nicht um die antisemitischen Äußerungen, die jeder anständige Mensch verurteilt. Es geht um das moralische Unheil, das weiterwirkt. Man kann es nicht wegreden und auch nicht herausprügeln. Man kann seiner erst recht nicht in der Gestalt von einigen jugendlichen Missetätern habhaft werden. Man kann es nur überwinden, indem man sich davon reinigt.

Hans Nätscher

Restauration und Opposition

Im nachfolgenden äußert sich der langjährige Erste Vorsitzende der mehr als 300 000 Mitglieder zählenden Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten zu aktuellen Problemen aus einer grundsätzlichen, sehr beachtenswerten Sicht. D. Red.

Ein neues Jahrzehnt ist aufgerufen und angetreten. Noch hält es verborgen, was es uns bringt. Ist es richtig, nur gläubig am Tische zu sitzen und zu warten, ob der Tisch gedeckt wird? Ich meine, wir bestimmen selbst und zuerst ob sich jene sozialen und politischen Wünsche erfüllen, die wir haben. Mit einem schweren Koffer voller Hoffnungen und Sorgen gehen wir in das Jahr 1960 hinein. Der Inhalt dieses Koffers zeigt, daß das alte Jahr uns vieles versagt und vieles vorenthalten hat. Das Jahr 1959 hat für viele arbeitende Menschen der Bundesrepublik Fortschritte auf dem Gebiet der Arbeitszeit und der Lohn- und Tarifpolitik gebracht. Aber, dürfen wir der Sonne des Wirtschaftswunders froh werden, solange noch Millionen Hungernder auf ein Zeichen der Liebe warten? Denken wir daran, daß täglich in der Welt 100 000, in Worten Hunderttausend, Menschen den Hungertod sterben?! Von den 2,8 Milliarden Bewohnern der Erde wird nur etwa ein Viertel satt. 55 % der Menschheit kann sich nur unzureichend ernähren, und der Rest, etwa 20 %, das sind beinahe 600 Millionen Menschen, vegetieren am Rande des Verhungerns. Ein Viertel aber lebt im Vollen, im Überfluß. Alle die unterentwickelten Länder aber waren oder sind Kolonien der weißen Rasse. Was hat sie mit diesen Kolonien gemacht? Sie hat sie ausgeplündert und ausgepowert, jahrzehntelang jeden Freiheitswillen mit Gewalt unterdrückt, die Gewerkschaften verboten und zerschlagen. Sie hat nicht zuletzt das Aufbäumen der Getretenen und Geschlagenen mit sogenannten „Befriedungsaktionen" oder mit einem „Dreckigen Krieg" niedergewalzt. Und jedes Jahr zu Weihnachten redet diese Rasse „christlich" vom Frieden auf Erden und dem Wohlgefallen für alle.

Aber müssen wir in andere Länder sehen? Ich denke, wir haben im eigenen Land noch Leid, Hunger und Not genug; auch bei uns gibt es viele Tausende, die hungern oder nicht satt werden. In Dortmund beging in einem Elendsquartier eine 29jährige Mutter mit ihren vier Kindern Selbstmord, weil sie ohne Geld und ohne Brot nicht mehr weiter wußte. Wieviele sitzen noch in Elendsquartieren! Wieviel wird in dem Milliardenetat der Bundesregierung für sie und für die Opfer des zweiten Weltkrieges getan? Wieviel wird für die soziale Sicherheit und das Alter der arbeitenden Menschen getan?

Vielmehr ist eines ganz sicher: der Angriff einer ungeheuren sozialen Reaktion ist in vollem Gange. Eine antigewerkschaftliche Aktion läuft an, die in ihren Ausmaßen und in ihrer Hemmungslosigkeit alles übertrifft, was sich bislang die Unternehmer an Irreführung der Öffentlichkeit geleistet haben. Die Unternehmerverbände und die Regierung, der ganze Interessenhaufen konzentriert seine wirtschaftliche und politische Macht.

Einer, der es eilig hat mit den Überraschungen für das neue Jahr, ist der derzeitige Bundesinnenminister S c h r ö d e r. Er braut seit langem an einer „Notstandsgesetzgebung". Kernpunkte dieser Gesetze sind die von ihm aus dem Dritten Reich mitgebrachte „Notleistungspflicht" und im Ausnahmezustand die Befugnis zur Einschränkung von Grundrechten. Erst hatte Schröder in seinem Diktaturprogramm auch die Möglichkeit einer Rechtsetzung durch Verordnung vorgesehen. Es bedrückt ihn, daß er für seine Pläne im Bundestag eine Zweidrittelmehrheit

braucht. Die hat er nicht und bekommt sie nicht. Deshalb wäre es so schön, könnte man die freiheitliche Ordnung der Bundesrepublik mit einfachen Verordnungen zerschlagen. Würden sich die Schröder'schen Pläne realisieren, dann sind nicht abzusehende Gefahren für die freie Gewerkschaftsbewegung und die Demokratie schlechthin gegeben. Deshalb ist den Plänen des Innenministers entschiedener Widerstand zu leisten.

Viele oberflächlich Denkende halten allein die Gewerkschaften für den Motor der Forderung auf Arbeitszeitverkürzung; aber diese hat einen Fürsprecher, der stärker ist als die Gewerkschaften: das ist der technische Fortschritt. Er bestimmt die Kurve der menschlichen Leistungsfähigkeit und den Einsatz der menschlichen Arbeitskraft. Und damit bin ich mitten im Problem der Lohnpolitik. Immer wieder wird in Zeitungen und Zeitschriften, teils gar durch Inserate, der Nachweis versucht, daß Löhne und Gehälter viel stärker gestiegen seien als die Lebenshaltungskosten. Die Arbeitgeberverbände bezeichneten dieses durch ihren Vorsitzenden, Herrn P a u l s s e n , als Vorleistung auf die inzwischen eingetretene erhebliche Preissteigerung. Diese erfolgten jedoch, obwohl vor allem in den einschlägigen Bereichen keinerlei Lohnerhöhungen erfolgt waren. Die Preise treiben hier die Löhne! Nur Esel sehen nicht, daß, sofern die Löhne den Preisen nicht folgen würden, ein erheblicher Kaufkraftschwund die Produktion und den Güterumschlag empfindlich negativ beeinflussen würden. Produzierte Güter sind das Ergebnis jeder Produktivitätssteigerung; aber diese ist nur solange sinnvoll, als der Absatz gesichert ist. Den Umsatz bestimmt jedoch die Menge der vorhandenen Kaufkraft. 85 % aller Verbraucher wiederum sind Lohn- und Gehaltsempfänger. Es ist deshalb eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, die Löhne den gestiegenen Preisen anzupassen. Dabei sind die Arbeitnehmer sowieso von vornherein benachteiligt, müssen sie doch die laufend steigenden Preise lange Zeit mit dem bisherigen Einkommen auslasten. Die Unternehmer dagegen praktizieren das Gegenteil, da nach Preiserhöhungen bei gleichbleibenden Lohnkosten erst viel später, im Schnitt nach einem halben Jahr, über höhere Löhne verhandelt wird. Wir sind der Meinung, daß bei Preissteigerungen raschestens Lohn- und Gehaltserhöhung eintreten müssen und daß sie auch durch Senkung überhöhter Gewinnspannen sehr gut möglich sind. Vor mir liegt der „Industriekurier" vom 17. Dezember 1959. In einem Artikel „Noch trifft die Löhne keine Schuld" nimmt der Schreiber Bezug auf den Appell E r h a r d s , Maß zu halten, bestätigt jedoch, daß die Lohnerhöhungen des letzten Jahres „preisneutral" gewesen seien und der DGB sich mit Recht gegen den Vorwurf der Maßlosigkeit zur Wehr setzte. Er bestätigt auch, daß die Lohnerhöhungen des letzten Jahres den Produktivitätszuwachs nicht ausgefüllt habe. Wenn der „Industriekurier" abschließend feststellt, daß es für Verbraucher und Gewerkschaften unzumutbar ist, wenn man wochenlang die Nahrungsmittelpreise treiben läßt, ohne einzugreifen, jedoch sehr schnell bereit ist, Preissenkungen entgegenzuwirken, wenn es der Bauernverband so will, dann kann man voll und ganz zustimmen. Der Appell zum „Maßhalten" ist an die falsche Adresse gerichtet. Aber kann man von einer Regierung, deren Gedanken darauf gerichtet sind, die Milliarden für die Aufrüstung in ihrem Etat unterzubringen, erwarten, daß sie für ein soziales Preisgefüge eintritt, das zwangsläufig das Steueraufkommen mindert?

Gefördert von dieser Regierung, ist eine Machtkonzentration der Unternehmer im Heranwachsen, die sich der öffentlichen Kontrolle mehr und mehr entzieht. Durch das Umwandlungssteuergesetz werden vom Staat her den Unternehmern Milliardenbeträge in den Schoß geworfen. Nicht nur Steuervorteile und das Abschütteln der öffentlichen Verantwortung, sondern auch der Abbau der Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat sind die sicheren Anzeichen dieser Ent-

wicklung. Tausend Unternehmen von insgesamt 80 000 beherrschen heute den Markt. Sie beschäftigen 51 % aller Arbeitnehmer und erzielen 55 % des industriellen Gesamtumsatzes. Diese Machtzusammenballung zeigt bereits ihre Krallen. Herr Paulssen bedauerte kürzlich, daß es in der Bundesrepublik keine verfassungsmäßige Möglichkeit gebe, Arbeitskämpfe zu schlichten, Streiks zu unterbrechen und eine Minderheit Organisierter daran zu hindern, die Majorität der unorganisierten Beschäftigten zum Streik zu zwingen. Man möchte ein Taft-Hartley-Gesetz und ist sich in dieser Hinsicht völlig einig mit dem ehemaligen SA-Mann Schröder, der für das Grundgesetz einen Notstandsartikel verlangt, mit dem man die Aufhebung der Grundrechte und der Verfassung in der Hand hat: der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, des Briefgeheimnisses, der Freiheit der Person, der Kundgabe der öffentlichen Meinung in Schrift, Bild und Wort usw. Man wünscht Vollmachten für den Einsatz von Polizei und Streitkräften, unter der Oberhoheit des Bundes, mit Hilfe eines Notstandsartikels nach dem Muster des Artikels 48 der Weimarer Verfassung. Möchte man doch allerseits erkennen, welche ungeheure Gefahr mit diesen Plänen unserer Demokratie droht!

Zur Jahreswende hat Bundeswirtschaftsminister Erhard einen Artikel veröffentlicht mit der Überschrift: „Seid wachsam und besinnlich". Wir meinen es etwas anders als Erhard und haben Grund, auf seinen Aufruf einzugehen. Er meint, es müßte jeder erschrecken, der liest, daß der Staat fast 13 Milliarden für Subventionen verstreut an Gerechte und Ungerechte, daß für Wissenschaft und Forschung dagegen nur 1,75 Milliarden bereit gestellt werden. Erhard unterschlägt die zehn Milliarden für die Wiederaufrüstung, stellt jedoch die Aufwendung für Sozialleistungen heraus. Dabei hätte er darauf hinweisen sollen, daß die Schaffenden über ihre hohen Steuern und Sozialbeiträge diese Leistungen selbst tragen. Einig gehen wir mit seinen Worten: „Wo die soziale Gleichberechtigung a l l e r, die wir im vergangenen Jahrzehnt erfolgreich angestrebt haben (nur angestrebt), in rücksichtslosen Egoismus ausartet, dort werden am Ende die Grundlagen unseres Wohlergehens zerstört — dort unterhöhlen wir das Fundament unserer persönlichen Freiheit".

Nun — wer bürdet dem Staat das Geschäftsrisiko auf? Der Unternehmer empfängt riesige Steuergeschenke, erhält für billiges Geld lukrative Staatsunternehmen; die Erzeuger erhalten dreizehn Milliarden DM als Subventionen, dem Verbraucher garantiert man sozusagen die höchsten Preise — dem Lohn- und Gehaltsempfänger empfiehlt man, Maß zu halten. Der deutschen Wirtschaft geht es gut, sie läuft auf vollen Touren. Das Produktionsergebnis hat sich von 2,1 % Zunahme je Beschäftigten im Jahre 1957 auf 5,6 % im Jahre 1959 gesteigert, und das trotz Arbeitszeitverkürzung.

In dieses Klima der Restauration paßt die Haltung der Bundesregierung in der Frage der Wiedervereinigung haargenau hinein. Es bedarf keiner Unterstreichung, daß die Entspannung des politischen Klimas d i e Voraussetzung für die Lösung der deutschen Probleme ist. Sie kann nicht erreicht werden, wenn man alle ernstgemeinten Vorschläge einfach ignoriert. Was hat man aus dem Deutschlandplan der SPD, dem Rapacki-Plan und dem Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone gemacht? Der Etat des Bundesfinanzministers für 1960/61 ist mit 41,9 Milliarden DM der höchste in der Geschichte der Bundesrepublik. Darin sind — im gegenwärtigen Zeitpunkt einer sich auf Gipfelebene anbahnenden Entspannung zwischen den beiden Weltmächten und eines allgemeinen Trends zur Abrüstung — zehn Milliarden DM allein für die Wiederaufrüstung vorgesehen, 1,1 Milliarden mehr als 1959. Am 12. November hatte die Bundeswehr ihren vierten Geburtstag. Dieses gegen den Willen einer großen Mehrheit der wahlberechtigten Bürger geborene Kind hat bereits 25,47 Milliarden DM gekostet, das heißt pro

Kopf der Bevölkerung 480 DM. Im Jahre 1958 hat Herr Strauß lauthals verkündet, und die CDU hat mit diesem Argument den Bundestagswahlkampf 1957 durchgefochten, in den nächsten fünf Jahren werde die Bundesrepublik keine atomare Aufrüstung vornehmen. Mit der Stimmenmacht der CDU beschloß der Bundestag am 25. März 1959, „die Bundeswehr mit den modernsten Mitteln auszurüsten". Und am 10. Dezember 1959 wurde als makabres Christgeschenk als erste eindeutige Atomwaffe ein unbemanntes, gelenktes Flugzeug für die Bundeswehr vorgesehen. Der Verteidigungsausschuß des Bundestages beschloß gegen die Stimmen der SPD und bei Stimmenthaltung der FDP den Ankauf einer geheimgehaltenen Anzahl dieser Flugkörper vom Typ Mace. Es soll sich um zwei Geschwader handeln. Die Kosten betragen 480 Millionen DM. Verteidigungsminister Strauß erklärte vor dem Ausschuß eindeutig, daß diese Waffe keine Mehrzweckewaffe ist, die auch ohne Atomkopf verwendet werden kann, sondern eine reine Atomwaffe. Ein einziger Abschuß kostet, vom Atomkopf abgesehen, 3,5 Millionen DM. Außerdem beschloß der Verteidigungsausschuß die Anschaffung weiterer 364 Flugzeuge vom Typ Star-Fighter zum Gesamtpreis von 3,5 Milliarden DM.

Das alles muß man wissen, um zu sehen, was dieser unersättliche Moloch Wehrmacht nutzlos verschlingt. Wie viele Schulen und Krankenhäuser, wie viele Wohnungen könnten mit diesem Geld gebaut werden, wie viele Lehrer, Ärzte und Schwestern könnten angestellt werden. Weiß man, daß Hunderttausende noch in Bunkern und Baracken hausen? Weiß man, daß 40 000 von ansteckender Lungentuberkulose befallene Menschen kein eigenes Zimmer haben, also mit anderen gesunden Menschen zusammen leben? 2525 Tbc-Kranke haben nicht einmal ein eigenes Bett! In den Schulen gibt es noch immer Schichtunterricht. Wir verzichten darauf, in diesem Rahmen die ganze Tragik einer rückständigen Kulturpolitik aufzuzeichnen.

Aus all dem ziehen wir nur eine Konsequenz: Wir lehnen die Atomwaffen, die Wiederaufrüstung und damit jede Ausgabe dafür ab. Auch dann, wenn die von der Regierung subventionierte Zeitschrift „Wehrtechnik" die Forderung aufstellt, daß alle Organisationen und Staatsbürger, die gegen die Aufrüstung eintreten, wegen verfassungsverräterischer Wehrzersetzung hinter Schloß und Riegel gebracht und aus dem öffentlichen Leben ausgeschaltet werden sollen. Ist auch der Wunsch der Vater des Gedankens, dann zeigt diese Tendenz doch erschreckend, wohin die Demokratie Bonner Prägung treibt. Sieht man daneben die zunehmende Restaurierung, die immer stärkere Durchsetzung aller Staatsorgane, besonders der Justiz, der Polizei, der Parlamente, mit ehemaligen führenden Nazis, beachtet man, daß in der Bundesregierung verschiedene Minister sitzen, die mit brauner Farbe vorbelastet sind, dann haben wir allen Grund zur Sorge um diese so von innen und außen ständig benagte Demokratie.

Die Ratten sind am Werk. Die Ratten mit dem Hakenkreuz, — siehe Köln am Rhein. Trotz laufender Prozesse, immer neuer Skandale keine Maßnahmen der Regierung, keine Verbote. Offenbar haben in den Vorzimmern der Minister, so wie beim Bundeskanzler, die alten Nazis den Türdrücker in der Hand. Wie sagte Panzer-Meyer in Hameln doch so treffend: wir benutzen nicht den Lieferanteneingang zum Staat, wir gehen durch das Hauptportal. Und wie ersichtlich, gibt es Dumme genug, die das unterstützen. Allzuviele Kälber wählen ihre Metzger selber. Wir dürfen nicht mit verbundenen Augen zusehen, wenn die Entwicklung uns in ein zweites 1933 hineinführt. Demokratie ist uns eine Lebensfrage. Von Diktatur, ob braun oder rot, haben wir die Nase voll; wir wünschen keine Wiederholung und deshalb legen wir schonungslos den Finger auf die schwärenden Wunden. Es ist eine Aufgabe für uns, das Mitglied zum politischen Denken und

zum politischen Staatsbürger zu erziehen. Haben wir nicht an Gleichgültigkeit bislang des Guten zuviel getan? Die Freiheit ist nur wert, wer sich für sie verwendet. Wir wehren uns, wenn der Staat etwas tut, was die Freiheit beschneiden könnte. Gefährlich aber sind all jene Mitmenschen unter uns, die die Freiheit bedrohen, in dem sie diese aus Bequemlichkeit opfern. Man hat Grund zu der Frage, wer heute die freiheitliche Ordnung — ich nenne es Demokratie — stützt und hält. Ist es nur der Staat und seine Gendarmen, dann ist diese freiheitliche Ordnung nicht lebensfähig. Freiheit besteht nur, wenn die Bürger des Staates sich ständig für diese einsetzen! Dieses Grundprinzip ist die Ausgangskraft der oppositionellen Haltung aus dem Geiste der Demokratie für die Demokratie und gegen jede Restauration.

Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard

Rundfunk in der Demokratie

Anläßlich der bevorstehenden Bundestagsdebatte über den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines neuen Rundfunkgesetzes haben wir den früheren Intendanten des Süddeutschen Rundfunks gebeten, uns seine Meinung hierzu zu übermitteln. Auf Grund der Erfahrungen der letzten Zeit (Notstandsgesetzgebung, „Ehrenschutz"-Gesetzentwurf, „psychologische" Tätigkeit, Verein „Rettet die Freiheit!" usw.) läßt sich schwerlich erkennen, daß die Regierungsmaßnahmen geeignet sind, die Entwicklung wirklich demokratischer Gesittung zu fördern. Größtes Mißtrauen ist leider zur Pflicht all derer geworden, die ehrlich interessiert sind an der Sicherung der Freiheit und der Demokratie in der Bundesrepublik. D. Red.

Die Demokratie als Lebensform steht und fällt mit der Möglichkeit der unabhängigen Meinungs- und Willensbildung der einzelnen. Persönlichkeiten, die in dieser Hinsicht abhängig sind, entsprechen dem Untertanen-Ideal der Diktatoren, nicht dem Staatsbürger-Ideal der Demokratie.

Aber auch die Demokratie als Staatsform steht und fällt mit der Unabhängigkeit der Meinungs- und Willensbildung. Ohne sie sind Wahlen und Abstimmungen keine demokratischen Einrichtungen zur Bildung des Staatswillens, sondern bloße Täuschungsmanöver eines oder mehrerer Diktatoren.

In unserer täglich komplizierter werdenden Welt wird schon die Information über unsere Umwelt täglich schwieriger. Das gilt erst recht für die Bildung eines unabhängigen Urteils über unsere Umwelt und darüber, was wir selber tun sollten, als Einzelne und Staatsbürger. Lassen wir ganz offen, ob die Schule uns darauf richtig vorbereitet. Selbst wenn die Schüler von gestern ausgezeichnet auf ihre Rolle als demokratische Staatsbürger vorbereitet worden wären — alle Fachleute versichern uns das Gegenteil —, selbst dann bedürften sie angesichts der sich rasch wandelnden Umwelt ständig neuer Informationen, um sich zurechtzufinden und sich eine eigene Meinung zu bilden. Hier liegt in der Demokratie die Aufgabe der Publizisten aller Art. In Wirklichkeit müssen sie die Aufgabe der Lehrer der Jugend nicht nur fortführen, sondern weitgehend ersetzen. Um so größer ist ihre Verantwortung, um so mehr müssen wir uns um ihre Unabhängigkeit kümmern. Wir müssen rechtzeitig aufpassen, wenn sie durch Änderungen des Presse- oder Rundfunkrechts gefährdet wird.

Die Schwierigkeiten der unabhängigen Unterrichtung sind ohnedies groß genug. Das Bonner Grundgesetz bestimmt in Artikel 5: „Jeder hat das Recht, ... sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten." Vielfach wissen aber nur wenige Sachverständige wirklich Bescheid. Sie arbeiten im Dienst der staatlichen Bürokratie, großer Unternehmungen oder Verbände. Die einzelnen Staatsbürger können sich nur durch die Vermittlung findiger, unabhängiger und mutiger Journalisten informieren. Und das nur dann, wenn auch der übrige Teil des Art. 5, Abs. 1, Verfassungswirklichkeit ist: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten... Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt." (Der Abs. 2 setzt Schranken hierzu in den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften, den Jugendschutzbestimmungen und in dem Recht der persönlichen Ehre.)

In der Bundesrepublik haben die Publizisten aller Art also das Recht, uns unabhängig zu informieren über Tatsachen und über die Meinung der Regierung und der Opposition, von Verbänden, von Einzelnen. Sie dürfen die Tatsachen unabhängig deuten und die Meinungen analysieren und kritisieren, mögliche Alternativen klar herausstellen usw. Wenn die Publizisten von ihrem Recht Gebrauch machen und tüchtig sind, haben wir wohl informierte, selbständig denkende und daher unabhängig urteilende Staatsbürger. Das Ergebnis solcher publizistischen Arbeit wäre der „unbequeme Staatsbürger", den Gerhard Weisser — wie mir scheint zu recht — als das „pädagogische Ideal der Demokratie" bezeichnet hat.

Nicht alle Minister und nicht alle Beamten, die sich grundsätzlich zur Demokratie bekennen, freuen sich immer an der auch nur teilweisen Verwirklichung dieses Ideals. Ein bequemer Staatsbürger wäre ihnen lieber. Manche grundsätzlichen Bekenner demokratischer Anschauungen schielen gelegentlich ein wenig neidisch über den eisernen Vorhang oder zurück in die Zeit des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda.

Gerade die bekannte und nicht unverständliche Haltung amtierender Minister und natürlich auch der Staatsbürokratie war der Grund dafür, den Artikel 5 in das Grundgesetz aufzunehmen und seinen Inhalt damit der Entscheidung durch wechselnde Mehrheiten zu entziehen. Niemand will diesen Artikel ändern. Alle berufen sich auf ihn. Aber angesichts mancher Bemühungen von seiten der Bundesregierung müssen wir wachsam sein, damit durch den jetzt dem Bundestag vorliegenden Entwurf eines Gesetzes über den Rundfunk nicht trotzdem die Unabhängigkeit des Rundfunks bedroht wird.

Dieser Gesetzentwurf enthält allgemeine Bestimmungen, die für alle Rundfunkanstalten gelten sollen, auch für die bestehenden Anstalten, die auf Landesrecht beruhen. Er enthält ferner Bestimmungen für drei neu zu gründende Rundfunkanstalten des Bundesrechts: die „Deutsche Welle" für Kurzwellensendungen nach Übersee, den „Deutschlandfunk" als Rundfunk für ganz Deutschland und das „Deutschland-Fernsehen" für ein zweites Fernsehprogramm. Außerdem finden sich Bestimmungen für einen übergeordneten „Deutschen Rundfunkverband". Das wäre ein beachtlich starker Rundfunk auf Bundesebene. Schon daraus ergibt sich, wie die Dinge in Deutschland liegen, eine Gefahr der Abhängigkeit.

Gefahr des Zentralismus

Gewiß ist z. B. der Kurzwellendienst nach Übersee keine Länderaufgabe. Diese Aufgabe wurde allerdings bisher von den Rundfunkanstalten des Landesrechts auf Grund eines „Kurzwellen-Vertrages" zwischen ihnen erfüllt, und zwar zur allgemeinen Zufriedenheit. Im Auftrage aller Rundfunkanstalten strahlt der Nord-

deutsche Rundfunk ein Langwellenprogramm aus, und nur deshalb mit verhältnismäßig geringer Wirkung, weil keine gute Langwelle, mit der man ganz Deutschland erreichen könnte, zur Verfügung steht. Das ist aber ein Mangel, den kein Bundesgesetz beheben kann. In Deutschland wird seit Jahren ein Fernsehprogramm (Gemeinschaftsprogramm) von allen Rundfunkanstalten abwechselnd hergestellt und gemeinsam ausgestrahlt, auf Grund eines „Fernsehvertrages" zwischen ihnen. Das zweite Fernsehprogramm ist in Vorbereitung. Das erste wird von den Rundfunkanstalten zugegebenermaßen gar nicht schlecht gemacht. Das zweite könnte von ihnen ebenso hergestellt und ausgestrahlt werden, vielleicht in einer anderen juristischen Konstruktion, etwa in einem Verband öffentlichen Rechts. Natürlich gibt es auch sonst eine Reihe übergeordneter Aufgaben. Sie sind von den Rundfunkanstalten seit langem ohne Bundesgesetz auf die verschiedenste Weise gelöst worden. Das „Lautarchiv" z. B. ist eine Stiftung, das „Institut für Rundfunktechnik" ist eine G.m.b.H. usw. Nehmen wir an, die Kurzwellensendungen, die Sendungen der heutigen Langwelle und das geplante zweite Fernsehprogramm würden durch Organisation auf Bundesebene in besonderen „Anstalten des Bundesrechts" besser und billiger — eine Ausnahme, für die es übrigens keinerlei Anhaltspunkte gibt, im Gegenteil — so bliebe doch zu bedenken: Wären solche Vorteile nicht letzten Endes zu teuer erkauft, nämlich um den Preis des Verlustes der Unabhängigkeit des Rundfunks?

Auch wenn die neuen Anstalten des Bundesrechts unter Beachtung aller in den folgenden Ausführungen enthaltenen Warnungen ganz auf Unabhängigkeit hin angelegt würden, so wäre die Gefahr doch groß, daß sie nicht unabhängig blieben. In England würden sie unabhängig bleiben, — gewiß. Aber nicht in Deutschland. Bei uns fehlt die demokratische Tradition. Wenn ein starkes System von Rundfunkanstalten auf Bundesebene geschaffen würde, wie der Gesetzentwurf es vorsieht, so könnte dieses System bei uns, theoretisch gesprochen, auf die Dauer in vieler Hinsicht Herr oder Sklave der Bundesregierung sein. In England wäre es ein Partner. Praktisch kommt bei uns natürlich nur die Unterwerfung in Frage. Keine noch so großartig nach Unabhängigkeit aussehenden Gesetze und Satzungen, Beiräte und Verwaltungsräte — der Gesetzentwurf sieht deren sieben vor — würden in Deutschland, so fürchte ich, diese Entwicklung verhindern können. Darum sollten wir bei der Beurteilung aller Reformvorschläge beachten: Der deutsche Rundfunk wird der Grundstruktur nach föderalistisch sein und unabhängig — oder zentralistisch und von der Bundesregierung abhängig.

Hauptfrage: Unabhängigkeit

Im übrigen sollte uns der Streit zwischen Bund und Ländern um die Zuständigkeit in Fragen des Rundfunks (einschließlich des Fernsehens) nicht darüber hinwegtäuschen, wo das politische Hauptproblem liegt. Die Presse hat dramatisch über einen Rütlischwur der Ministerpräsidenten der Länder berichtet, dann darüber geschrieben, ob er gebrochen wurde oder nicht, dann über das Eingreifen des Bundeskanzlers gegenüber den Ministerpräsidenten der CDU, dann über Kompromißvorschläge. Vom Recht des Bundes und vom Recht der Länder war in der Öffentlichkeit viel die Rede. Eigentlich allzu viel. Vom Recht der Staatsbürger auf unabhängige Information dagegen zu wenig! Und daher ist zum Schaden der Staatsbürger die Hauptfrage in den Hintergrund getreten: Wie läßt sich die Unabhängigkeit des Rundfunks verteidigen, erweitern und sichern?

Fest steht: Die Abhängigkeit des Rundfunks (auch im folgenden stets einschließlich des Fernsehens verstanden) läßt sich viel leichter herstellen als z. B. die Abhängigkeit der Presse. Denn aus technischen und finanziellen Gründen kann es in der Bundesrepublik z. Zt. zwar Tausende von Zeitungen geben, aber

nur ein bis zwei Dutzend Rundfunkprogramme und in den Hauptsendezeiten sogar nur ein bis zwei Fernsehprogramme. Acht Rundfunkintendanten kann man leichter „gleichschalten" als tausend Chefredakteure.

Der heutige Rundfunk hat sich bei Hörern und Zuschauern ein großes Vertrauenskapital erworben. Das möchten sich wohl manche Politiker gern einseitig zunutze machen. Aber man sollte es in unserer Lage zwischen West und Ost nicht verspielen. Die Demokratie braucht es. Haben nicht Angehörige aller Parteien schon die Erfahrung gemacht, daß sie selber und ihre Partei von ihrer Rundfunkanstalt fair behandelt wurden, auch wenn sie in der Opposition saßen? Das geschah, weil von der Besatzungsordnung ausgehend im deutschen Rundfunk eine Tradition der Unabhängigkeit geschaffen wurde. Sollte man sie nicht pfleglich behandeln und fortentwickeln? Gewiß, manche mögen Gegenteiliges erlebt haben. Sollten nicht gerade sie dann die Grundlagen der Unabhängigkeit gegenüber dem heutigen Zustand zu verbessern suchen? Aber, wollen das vielleicht die neuen Entwürfe?

Kriterien der Unabhängigkeit des Rundfunks

Wenn man die offizielle Begründung des Gesetzentwurfes der Bundesregierung flüchtig liest, so scheint für die Unabhängigkeit keine Gefahr zu bestehen. In dieser Begründung ist nämlich 33 mal von Freiheit und 19 mal von Unabhängigkeit die Rede. Ist das nicht ein Beweis für den guten Willen der Bundesregierung? Oder ist es etwa ein Zeichen für das schlechte demokratische Gewissen der Verfasser der Begründung? Wie kann man das feststellen?

Von seiten der Länder werden Verträge über den Rundfunk zwischen Bund und Ländern vorgeschlagen. Schon der § 2 des Vertragsentwurfes über die Organisation des zweiten Fernsehprogramms trägt die Überschrift „Unabhängige Meinungsbildung". Ist es den Länderregierungen ernst damit?

Wie kann man bei der offensichtlich verwickelten Sache feststellen, ob ein Vorschlag die Abhängigkeit des Rundfunks vermehrt oder vermindert? Jeder Staatsbürger kann das selber feststellen. Er muß nur beim Lesen eines Vorschlages auf die vier Ansatzpunkte achten, die sich für die Abhängigmachung des Rundfunks anbieten:

1. die Wellenzuteilung: ohne brauchbare Welle kann eine Rundfunkanstalt nicht wirksam sein;
2. die Finanzierung: ohne ausreichende Geldmittel gilt dasselbe;
3. die leitenden Persönlichkeiten: ohne deren Unabhängigkeit kann eine Rundfunkanstalt gewiß nicht unabhängig sein;
4. das Programm selber: werden Eingriffe von außen verhindert oder ermöglicht?

Wer einen unabhängigen Rundfunk fordert — wir haben gesehen: alle tun das —, kann die Lauterkeit seiner Absicht unter Beweis stellen, indem er diese vier Mittel zur Abhängigmachung nach Kräften ausschließt. Prüfen wir nun an Hand einiger Bestimmungen in den vorliegenden Entwürfen, was Bundesregierung und Länderregierungen vorhaben.

Die Wellenzuteilung

Rundfunkwellen sind knapp, besonders Mittel- und Langwellen. Aber auch Fernsehfrequenzen sind knapp in den Wellenbereichen, für die Empfangsgeräte vorhanden sind oder auf die sie leicht umgestellt werden können. Außerdem sind die Wellen, die sich auf internationalen Konferenzen einhandeln lassen, aus mehreren Gründen — Reichweite, Störanfälligkeit u. a. — verschieden. Daher stellen sich die Fragen: Wer erhält überhaupt eine Welle? Und: Wer erhält

welche Welle? Die darüber entscheidende Stelle hat die Möglichkeit, mißliebigen Rundfunkanstalten z. B. die Ausstrahlung eines Rundfunkprogramms über Mittelwelle oder eines zweiten Fernsehprogramms unmöglich zu machen. Da sie damit drohen kann, hat diese Stelle die Möglichkeit, alle Rundfunkanstalten sich gefügig zu machen.

Nach dem Grundgesetz ist in bezug auf die Wellenzuteilung die Rechtslage klar. Der Bund ist zuständig. Laut amtlicher Begründung zum Gesetzentwurf will die Bundesregierung von ihrem Recht zur Wellenzuteilung ausgiebig Gebrauch machen, z. B. um zu „bestimmen, welchen Sendern die regionale und welchen die überregionale Rundfunkversorgung zukommt". Für alle, auch die bestehenden Rundfunkanstalten, würde der Bundespostminister nach § 12 des Entwurfs die „Sendeerlaubnis" von der Programmzuverlässigkeit der Bewerber, wie er sie einschätzt, abhängig machen können. Kurzum, der Bundespostminister erhielte die Möglichkeit, mißliebige Rundfunkanstalten mundtot zu machen. Schon diese Hinweise genügen wohl, um festzustellen: Wer für die Unabhängigkeit des Rundfunks von der Bundesregierung eintritt, darf die Wellenzuteilung nicht einfach in die Hände der Bundespost legen. Das Beste wäre wohl eine Oberste Bundesbehörde für das Rundfunkwesen, in der Bund, dabei auch die Post, Länder und öffentlichrechtliche Rundfunkanstalten vertreten sind. Weder die Bundesregierung noch die Landesregierungen schlagen so etwas vor. Werden die Parlamente es tun?

Die Finanzierung

Geld geben und entziehen ist ein bewährtes Mittel, um Menschen in Abhängigkeit zu bringen. Es eignet sich auch gegenüber Rundfunkanstalten.

Seit Aufhebung des Besatzungsstatuts ist es umstritten, ob unsere Rundfunkanstalten unmittelbar Anspruch auf die in ihrem Gebiet anfallenden Rundfunk- und Fernsehgebühren haben. Zieht die Post die Gebühren für sie ein, sozusagen als Kassenbote? Die westlichen Besatzungsmächte wollten das, um die finanzielle Unabhängigkeit des Rundfunks zu sichern. Oder erhebt die Post eine Postgebühr, von der sie den Rundfunkanstalten einen Teil abgibt? Der Vertragsentwurf der Länder läßt diese Frage offen. Der Bundespostminister hat in den letzten Tagen des Dezember versucht, durch eine Verfügung Landesrecht beiseite zu schieben und dadurch seine Rechtsauffassung an einem Beispiel zu demonstrieren, bei dem er auf öffentlichen Beifall hofft. Er hat die Sondergebühr für Autoradios gestrichen. Die Bundesregierung will nun die Rechtslage durch Bundesgesetz endgültig zuungunsten der Rundfunkanstalten klären. Was immer die Absicht sein mag, Abhängigkeit des Rundfunks wäre jedenfalls die Wirkung. Denn der Bund könnte jederzeit durch Gesetz die Gebühren neu verteilen. Nach 3 Jahren sieht der Gesetzentwurf eine Neuverteilung ausdrücklich vor. Aber der Bund dürfte natürlich schon vorher handeln. Wenn er das dürfte und also außer über die Wellenzuteilung auch über die Geldzuteilung Regierungszensuren für Wohlverhalten geben könnte, würde er die Unabhängigkeit aller Rundfunkanstalten gefährden.

Das zweite Fernsehprogramm wäre nach dem Bundesgesetzentwurf — nicht nach dem Vertragsentwurf der Länder — fast ganz von der Finanzierung durch Werbeeinnahmen abhängig. Die ausführliche Erörterung der Folgen würde den Rahmen dieser Betrachtung sprengen. Sie erscheint auch im Augenblick nicht so wichtig, weil sich neuerdings die Evangelische und die Katholische Kirche so deutlich gegen ein kommerzielles Fernsehen ausgesprochen haben, daß man hoffen könnte, die Bundesregierung werde auf der Durchführung ihrer Pläne nicht mehr bestehen. Allerdings, wie die katholische „Funkkorrespondenz" am 2. De-

zember unwidersprochen feststellen konnte, sind die Lizenzen für private Fernsehunternehmer bereits zur Zeit der Bundestagswahl 1957 vom Bundespostminister unterschrieben worden. „Wird der Tag kommen", so fragte diese gutinformierte Korrespondenz, „da die Interessenten des kommerziellen Fernsehens erklären, sie hätten einen zugestandenen Anspruch auf Frequenzen?" Jene Lizenzen sind nur deshalb bis heute im Panzerschrank geblieben, weil der geplante Verwaltungsakt durch eine Indiskretion im November 1957 bekannt geworden war und in der Öffentlichkeit sofort Proteste laut wurden. Ein solcher Verwaltungsakt noch vor Veröffentlichung des Gesetzentwurfes ging anscheinend der Bundesregierung denn doch zu weit. Man sieht aus diesen Vorgängen, wie stark jene Interessenten sind, die das zweite Fernsehprogramm von sich abhängig machen wollen, und wie kräftig sie bisher hinter den Kulissen gearbeitet haben.

Da ihre Niederlage noch nicht besiegelt erscheint, wollen wir kurz erörtern, ob die von der Bundesregierung geplante Regelung für das zweite Fernsehprogramm dessen Unabhängigkeit bedrohen würde. Die offizielle „Begründung" antwortet: nein. Denn der § 22 des Gesetzes verlange ja, daß die Vereinbarungen der neuen Anstalt „Deutschland-Fernsehen" mit den privaten Programmgesellschaften „sicherstellen, daß ... Veranstalter von Werbesendungen keinen unmittelbaren Einfluß auf die Gestaltung des Programms nehmen ..." (abgesehen natürlich von der eigentlichen Werbung).

Läßt sich die Unabhängigkeit des Fernsehprogramms von den Auftraggebern der Fernsehwerbung auf diese Weise sichern? Man weiß: Je nach der Finanzierungsmethode werden die Signale für die Programmgestalter verschieden gestellt. Läßt sich das durch Gesetz ändern?

Beim Rundfunk als öffentlichem Dienst, der aus Gebühren finanziert wird, können die Programmgestalter ein Programm im Interesse der Hörer machen. Sie können sich dabei auch an den wahren Interessen der Hörer orientieren, nicht nur an den faktischen. Sie können auch für Minderheiten Programme zu guten Sendezeiten machen. Das alles werden sie unter der Überwachung durch die üblichen Rundfunkräte auch tun, und sie haben es bisher getan.

Beim kommerziellen, durch Werbung finanzierten Rundfunk müssen dagegen die Programmgestalter alles daransetzen, das gesamte Programm im Interesse ihrer Auftraggeber zu gestalten. Sie müssen also versuchen, jeder einzelnen Sendung das Maximum an Hörern oder Zuschauern zu gewährleisten. Der Versuch, stets die größtmögliche Hörerzahl heranzuziehen, führt auf alle Fälle zu einer Beschränkung der Mannigfaltigkeit des Programms, in vielen Fällen aber auch zu einer Senkung des Niveaus. Das kann nicht anders sein. In Amerika und England ist die Entwicklung so gelaufen. In Amerika hat das zu einem starken Vertrauensschwund bei den Fernsehzuschauern geführt.

Die ökonomische Grundlage der Hörergebühren macht ein Rundfunkprogramm im Interesse der Hörer möglich. Sollte der Bundestag entsprechend dem Gesetzentwurf ein kommerzielles Fernsehen schaffen, so ist das Signal für die Programmgestaltung von vornherein anders gestellt als heute. Durch Einzelvorschriften könnten dann vielleicht manche Auswüchse eingedämmt werden. Aber grundsätzlich gilt dann: ein für Zuschauer gutes Programm käme nur zufällig zustande, wenn es nämlich für die Werbetreibenden auch „gut" ist. Das Programm würde ja überhaupt nur finanziert, weil und soweit es sich als Werbeträger eignet. Im kommerziellen Rundfunk wird kein Programm um seiner selbst willen gesendet, sondern weil es sich dazu eignet, den Absatz einer Firma oder Ware zu vergrößern oder gar den politischen Interessen der Auftraggeber zu dienen. Der Gesetzgeber sollte sich also hüten, den Rundfunk durch Gesetz von Werbeinteressenten abhängig zu machen. Er sollte den Grundsatz der Finanzierung

durch Gebühren beibehalten, anderenfalls würde die Unabhängigkeit des Rundfunk aufs höchste bedroht.

Leitende Persönlichkeiten

Wir kommen zum dritten Ansatzpunkt, um den Rundfunk abhängig zu machen. Die Aufsichtsgremien der neuen Rundfunkanstalten des Bundesrechts sollen zu je einem Drittel von der Bundesregierung und den Länderregierungen entsandt werden. Dieses Übergewicht der von Regierungen entsandten Mitglieder dürfte, trotz gegenteiliger Bestimmungen, in der Praxis zu einer Regierungsabhängigkeit führen, zumal sie von den Regierungen auch abberufen werden können.

Aufgrund von Vorschlägen dieser Gremien soll der Bundespräsident die Intendanten der drei neuen Rundfunkanstalten ernennen. Das sieht nach Unterstreichung ihrer Unabhängigkeit aus, ebenso ihre Wahl auf 6 Jahre. Aber die Aufsichtsgremien können jederzeit (!) auf die Dienste eines Intendanten „verzichten, allerdings unter Zahlung der vertraglichen Bezüge. (Der Vertragsentwurf der Länder sieht dasselbe vor.) Als Beispiel eines Grundes zum „Verzicht" nennt die „Begründung", „daß die Tätigkeit der Anstalt durch die Unmöglichkeit einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Aufsichtsorganen und Intendanten in Mitleidenschaft gezogen wird". An was ist gedacht? An Regierungswechsel? Oder etwa an erwiesene „Unabhängigkeit"?

Auch zwischen Wahl und Abberufung wären die drei neuen Intendanten in mannigfaltiger Weise abhängig. Nicht nur, was selbstverständlich ist, in bezug auf den Haushalt und die allgemeine Überwachung, sondern z. B. auch in bezug auf Anstellung von Mitarbeitern. Die Beiräte könnten den Intendanten ferner „Weisungen" zur Programmgestaltung geben. Der Bundesrechnungshof würde als weitere weisungsberechtigte Stelle eingeschaltet. In der „Begründung" steht dazu unmißverständlich, daß eine „ausdrückliche Einschränkung des Selbstverwaltungsrechtes" gewollt ist. Außerdem kann die Bundesregierung selber bei Gesetzesverletzungen in die Programmgestaltung eingreifen (dazu gleich mehr). Schließlich wäre die Tätigkeit der drei neuen Intendanten durch Übertragung von Aufgaben an den „Deutschen Rundfunkverband" stark eingeschränkt. Dessen Leiter würde überhaupt durch Wahl auf 12 Jahre sowie dadurch, daß er die Geldmittel auf die drei Anstalten verteilt, zur zentralen Figur des neuen zentralen Rundfunksystems. So abhängige Intendanten wie die neuen drei hat es seit Aufhebung des Besatzungsstatuts in Deutschland westlich der Zonengrenze nicht gegeben!

Das Programm

Zum vierten Ansatzpunkt: Ähnlich, wie die Bundesregierung bei den neuen drei Anstalten unmittelbar ins Programm eingreifen könnte, würde sie das bei allen Anstalten über Auflagen zur „Sendeerlaubnis" tun können. Mehrere Paragraphen gäben Ansatzpunkte dazu. Genannt sei hier nur § 10 des Entwurfs, ein Jugendschutzparagraph. Er ist verfassungsmäßig zulässig, weil Artikel 5 des Grundgesetzes im Abs. 2 eine Ausnahme zugunsten des Jugendschutzes macht. Der Paragraph 10 würde sich als Ansatzpunkt für ein Eingreifen der Bundesregierung in das Programm fast täglich eignen. Denn nach allen Erfahrungen gehen die Ansichten darüber oft weit auseinander, ob Sendungen — ich zitiere aus § 10 — „ganz oder teilweise nach Inhalt und Gestaltung geeignet sind, die Erziehung von Jugendlichen und Kindern zur leiblichen, seelischen oder sozialen Tüchtigkeit zu beeinträchtigen".

Der Bundesgesetzentwurf läßt — trotz einer anderen Auslegung in der „Begründung" — offen, ob nicht der langjährige Wunsch der Bundesregierung endlich erfüllt werden soll, daß der Rundfunk bei strittigen Fragen nacheinander zu

Wort kommen läßt: Regierungssprecher, Sprecher der Regierungsparteien, Sprecher der Oppositionsparteien. Dabei würde sich eine Verteilung der Sendezeit auf Regierung und Opposition von 2 : 1 statt 1 : 1 ergeben. (Der Vertragsentwurf der Länder eröffnet dieselbe Aussicht.) Sendungen der Regierung und der Parteien würden bei Durchsetzung des Entwurfs der Bundesregierung allgemein aus der Verantwortung des Intendanten herausgenommen. Für die neuen Anstalten gälte dies auch für kirchliche Sendungen, auch für nicht gottesdienstliche Sendungen, nämlich dann, wenn die Kirchen wünschen, in „angemessener Zeit" „Anliegen von allgemeinem Interesse zu behandeln". In all diesen Fällen gäbe es kein Recht auf Gegendarstellung.

*

Diese wenigen Beispiele mögen hier genügen, um deutlich zu machen, was man mit dem Rundfunk vorhat. (Wer mehr Beispiele genauer kennenlernen möchte, den muß ich auf eine ausführlichere Arbeit verweisen: „Wie kann man den Rundfunk abhängig machen?", „Fernsehinformationen", München.) Man will dem Rundfunk ein ganzes Netz von Abhängigkeiten überwerfen. In dieses Netz der Abhängigkeiten würden auch die bestehenden Rundfunkanstalten einbezogen, einschließlich ihres ersten Fernsehprogramms. Das zweite Fernsehprogramm soll gleich in diesem Netz entwickelt werden.

Was würde die Folge sein? Ein gutes, vielseitiges und interessantes Programm könnte in einem solchen Netz der Abhängigkeiten auf die Dauer nicht gemacht werden. Deshalb würde auf die Dauer in diesem Netz der Abhängigkeiten nicht einmal eine wirksame Werbung möglich sein, weder für Verbrauchsgüter noch für politische Ideen. Höchstens für die Bundestagswahl 1961 würde noch ein wirksames Mittel für einseitige Propaganda zur Verfügung stehen. Auch der Anstieg der Zahl der Fernsehteilnehmer würde in diesem Netz gedrosselt werden. Kurz: letzten Endes würden alle, Hörer und Zuschauer, Politiker und Werbetreibende und die gerätebauende Industrie in ihren Hoffnungen betrogen werden.

Für die Verfechter der Unabhängigkeit des Rundfunks wäre es aber nur ein schlechter Trost, daß die anscheinend so klugen Verfechter der Abhängigkeit sich letzten Endes auch ins eigene Fleisch schneiden, denn diese helfen der deutschen Demokratie das Grab schaufeln, ehe sie noch richtig geboren ist.

Prof. Dr. Karl Bechert, MdB

Landesverteidigung, moderne Waffen und große Politik

Ein Herr William S. Schlamm reist in der Bundesrepublik umher und hält Reden vor Leuten, die sich mit mehr oder minder Recht für wichtig halten, über Gegenwarts- und Zukunftsfragen unserer politischen Selbstbehauptung. Zunächst geschah das mit Billigung und zur Zufriedenheit der „prominenten Zuhörerschaft", obwohl Herr Schlamm doch recht offen einen Angriffskrieg gegen Osten befürwortete; jetzt scheint aber das Maß dessen voll zu sein, was man in der Bundesrepublik an solcher Hetze betreiben darf. Denn Herr Schlamm hat jetzt verkündet, daß bei einem Krieg mit dem Osten eben viele hundert Millionen Menschen geopfert werden müßten, damit der Westen geschützt werde. Wir erinnern in diesem Zusammenhang daran, daß Pater Gundlach auf dem Würz-

burger Religionsgespräch davon redete, daß zur Verteidigung höchster sittlicher Werte auch die Verwendung von Wasserstoffbomben gerechtfertigt sei — „und wenn die Menschheit daran zugrunde geht, ist es Gottes Wille so gewesen". Chrustschow sagte vor kurzem, wenn es zu einem großen Atomkrieg käme, würden die Vereinigten Staaten vernichtet werden, die Sowjetunion aber siegreich daraus hervorgehen, denn dank ihrer Weiträumigkeit und weil sie wichtigste Anlagen unterirdisch angelegt habe, werde die Sowjetunion mit ihrer Bevölkerung überleben. Herr Chrustschow scheint nicht zu wissen, daß es radioaktive Waffen gibt, deren Verseuchungswirkung für Jahrzehnte nachhaltig genug ist, alles Leben zu töten in weitem Umkreis um den Ort des Angriffs; weiß er nichts von radioaktiven Staubwolken und Nebelschwaden? Und in der Bundesrepublik gibt es einen einflußreichen Admiral, der vor einigen Jahren noch meinte, bei einem kommenden Krieg würden wir diesmal erfolgreich sein, weil wir diesmal die großen Seemächte auf unserer Seite hätten, bisher standen sie immer gegen uns. Der Herr Bundeskanzler hat sich in der Antrittsrede seiner Regierung nach der letzten Bundestagswahl von 1957 mit starken Worten jede weitere Kritik an seiner Politik der Stärke verbeten; nach seiner und führender CDU-Politiker Ansicht ist sie allein geeignet, die Russen so einzuschüchtern, daß sie uns Mitteldeutschland wiedergeben.

Eine hübsche Auswahl der Meinungen und Vorstellungen, welche heute führende Menschen von den Machtmöglichkeiten unserer Zeit haben. Um das Wort eines klugen Mannes abzuwandeln: Sie fahren in den modernsten Fahrzeugen der Welt zu ihren Konferenzen und verhandeln und entscheiden dann nach völlig veralteten Vorstellungen, wie sie vor Jahrhunderten ohne allzu viel Schaden auf die Menschen angewandt werden konnten, weil es damals noch nicht vernichtend für die Menschheit war, wenn an höchster Stelle falsch entschieden wurde.

Die Äußerung von Chrustschow spricht nicht dafür, daß ein großer Krieg auf die Anwendung der äußersten Waffen verzichten würde. Der Rummel mit den „sauberen Atomwaffen" dürfte damit auch für die Politiker erkennbar beendet sein. Die Sachverständigen wußten es längst, was es mit den sauberen Atomwaffen auf sich hat, und das amerikanische Bulletin of the Atomic Scientists hat es offen ausgesprochen: sie sind militärisch ganz uninteressant, und die Nachricht, daß man sie erproben wolle, ist nur dazu in die Welt gesetzt, die Völker über das Ausprobieren von Atomwaffen zu beruhigen, nachdem nicht mehr geleugnet werden konnte, daß Atomwaffenversuche Gefahr nicht nur für uns bringen, sondern noch für unsere Kindeskinder bis ins 30. und 40. Glied. Es muß immer damit gerechnet werden, daß ein kleiner Krieg in einen großen Atomkrieg umschlagen kann. Und was uns Deutsche angeht, so sagte Eisenhower noch im Frühjahr vorigen Jahres zur Berlin-Frage: Wenn es um Deutschland oder Berlin zu einem Krieg kommt, dann wird es ein großer Atomkrieg sein.

Das Arsenal heutiger Waffen

Für den Politiker ist wichtig zu wissen:

1. Die Entwicklung heutiger Atomwaffen geht in der Richtung, die Strahlengefahr für den Angegriffenen immer mehr zu vergrößern. Es steht zwar in dem Buch des Sachverständigen für Kernphysik im Bundesverteidigungsministerium [1]),

[1]) Dr. Rudolf Schrader, Korvettenkapitän, Referent für Kernphysik im Bundesministerium für Verteidigung, Bonn, — „Die Wirkungen von Kernexplosionen, Waffentechnische Anwendung nuklearer Energie", mit einem Geleitwort des Herrn Bundesministers für Verteidigung, Dr. h. c. Franz Josef Strauss, Verlag Soldat und Technik im Umschau-Verlag, Frankfurt/Main, 1958, S. 22.

„daß die berechtigte Hoffnung besteht, in Zukunft absolut „saubere" Kernwaffen herzustellen", aber leider ist das Gegenteil davon wahr.

2. Auch für den amtomfreien Krieg stehen Massenvernichtungsmittel zur Verfügung, und man kann mit ihnen ganze Völker ausrotten. Nachdem man sich gebrüstet hatte, die Wasserstoffbombe sei die billigste Waffe, welche die Menschheit bisher entwickelt hat — weil eine solche Bombe so viele Menschen auf einmal umbringt, ist der Mord am einzelnen besonders billig — prahlt man jetzt damit, die biologischen, Bakterien- und Viruswaffen sind n o c h billiger. Übrigens ein beredtes Zeugnis dafür, wohin uns das Nützlichkeitsdenken geführt hat. Bei Grillparzer steht: Ich fürchte, auf das Zeitalter der Humanität wird eines der Bestialität folgen. Darin sind wir offenbar schon angelangt.

3. Die Raketenentwicklung wird dazu führen, daß die Machtblöcke wieder auseinanderrücken. Bei der großen Reichweite und zunehmenden Treffsicherheit der Raketen wird das Netz von militärischen Stützpunkten, das die Vereinigten Staaten außerhalb ihres Landes unterhalten, vom amerikanischen Standpunkt aus militärisch allmählich mindestens teilweise überflüssig. Diese Entwicklung mag uns unerwünscht sein, sie ist nicht aufzuhalten und war vorauszusehen. Unsere Politik hätte sich danach richten sollen, sie hat es leider nicht getan.

Zu 1): Was eine Hiroshima-Bombe anrichten kann, ist einigermaßen bekannt. Auch über die lange nachwirkenden Gesundheitsschäden wird die Öffentlichkeit immer wieder unterrichtet, jedes Jahr sterben noch Opfer des Angriffs an den Folgen der Bestrahlung. Es gab schreckliche Mißgeburten, Mißbildungen an Kindern, die im Mutterleib waren, als der Angriff geschah. Die Verharmloser haben aber immer behauptet, E r b s c h ä d e n seien offenbar in der angegriffenen Bevölkerung nicht entstanden, denn bisher seien keine aufgetreten. Jedem, der über die Vererbungstatsachen Bescheid weiß, ist aber bekannt, daß solche Erbschäden deutlicher erst in späteren Generationen zu erwarten sind. Vor kurzem hat ein angesehener deutscher Gelehrter[2]) aus dem vorliegenden Material über die nach dem Angriff gezeugten und geborenen Nachkommen der in Japan angegriffenen Bevölkerung wahrscheinlich gemacht, daß mit einer erheblichen Anzahl von Erbschäden unter diesen Menschen zu rechnen ist.

Das Verschießen von Hunderten von Atomgeschossen, Atomraketen, wie es bei uns in einem Atomkrieg auf deutschem Boden zu erwarten ist, würde die Hiroshima-Vernichtung über weite Landstriche bringen. Ein Beispiel für die menschenfreundliche Art, die Wirkung von solchen Waffen einzuschätzen und zu beschreiben, gebe ich aus dem Buch von Dr. Schrader (siehe Anmerkung 1, S. 83): „Man bezeichnet eine Luftexplosion mit maximaler Wirkung in bezug auf eine durchschnittliche Stadt als „typische" Luftexplosion. Liegen jedoch besonders widerstandsfähige Zielobjekte vor, dann muß die Explosionshöhe niedriger gewählt werden. Hierbei muß dann aber in Kauf genommen werden, daß die Druckwirkungen nicht so weitreichend wie bei dem Einsatz als typische Luftexplosion sind." Wie schade! Aber keine Sorge, die Waffentechniker und Physiker werden noch bessere Waffen liefern.

Zu den Neuigkeiten auf dem Gebiet der Atomwaffen gehören auch radioaktive Nebel- und Staubwolken, die man ganz ohne Explosion über den Gegner herabrieseln lassen kann, mit radioaktiven Stoffen darin, deren Gefährlichkeit in weiten Grenzen verschieden gewählt werden kann von solchen Stoffen, die nur kurze Zeit strahlen, bis zu anderen, die das jahrzehntelang können. Die Wirkung für noch längere Zeit „zu planen", hat man bisher nicht für nötig gehalten —

---

[2]) Prof. R. W. K a p l a n , Universität Frankfurt/Main, Deutsche Medizin, Wochenschrift, 84. Jahrg., Nr. 22, S. 1028—1031, 1959.

aber es gibt radioaktive Stoffe, die jahrmillionen und -milliardenlang strahlen. Außerdem gibt es heute die „gesalzenen Atombomben", die mit einem Mantel aus Stoffen umgeben sind, die infolge der Explosion für begrenzte Zeit — einige Tage, Wochen, Monate — stark und sehr gefährlich strahlen. Man braucht also nur abzuwarten, bis die Strahlung vorbei ist, dann kann man das Land besetzen, was drin lebend war, ist tot oder strahlenkrank.

Zu 2): Wenig bekannt ist auch, daß die Spreng- und Brandwaffen des vorigen Krieges „vervollkommnet" worden sind. Man hat jetzt Brandwaffen, die auch Glas und Wasser zum Brennen bringen können, und die Sprengwirkung ist erheblich gesteigert worden. „Fortschrittlicher" sind die Waffen des „psycho-chemischen" Krieges. Man kann nämlich auf den Gemüts- und Geisteszustand einwirken, Menschen geistesverwirrt machen durch chemische Kampfstoffe, die von oben als fein verteilter Nebel herabgerieselt werden können, als unsichtbarer geruchfreier Nebel, der auch chemisch schwer nachweisbar ist — so sind die Stoffe „natürlich" eigens entwickelt worden. Der Widerstandswille der angegriffenen Truppe oder Bevölkerung kann dadurch völlig gelähmt werden. Wieder andere Stoffe zersetzen das Blut unaufhaltsam, so daß man je nach der Menge, die der Mensch abbekommen hat, vorausberechnen kann, wann er sterben wird — nach Stunden, Tagen, Wochen, ohne daß Rettung möglich wäre. Es gibt Chemikalien, die blind machen, andere, die das geregelte Zusammenwirken von Nervenvorgängen stören, so daß man keine geordneten Bewegungen mehr machen kann. Es gibt Stoffe, die so giftig sind, daß ein winziger Tropfen, auf eine beliebige Hautstelle gebracht, den Menschen innerhalb kurzer Zeit unrettbar tötet. Dazu wieder ein Beispiel für die „Humanität" unserer Zeit. In dem Bericht an den zuständigen Ausschuß des amerikanischen Senats heißt es, daß so „je nach Wunsch oder Bedarf" 5 % bis nahezu 100 % der angegriffenen Bevölkerung getötet werden könnten.

Schon eher bekannt ist, daß mit Bakterien- und Viruskrankheiten, die von oben her herabgerieselt werden können, beim Gegner schreckliche Seuchen verbreitet werden können, seine Ernährungsgrundlage völlig zerstört werden kann dadurch, daß seine Nutztiere und Nutzpflanzen durch Krankheit vernichtet werden. Ja man kann einen solchen Krieg unmerklich beginnen lassen, Seuchen und Krankheiten sich langsam ausbreiten lassen. Schon erwägt man auch, die Tatsache, daß wir Regen künstlich erzeugen können, daß wir Wolken „melken", ihr Wasser über vorbestimmte Flächen herabkommen lassen können, dafür zu verwenden, dem Gegner in einem langfristigen „unblutigen" Krieg die nötige Feuchtigkeit zu entziehen, indem man die Wolken hindert, bis zu ihm zu wandern.

Das Internationale Rote Kreuz hat 1957 einstimmig beschlossen, ein Abkommen zu empfehlen, das die Anwendung atomarer, chemischer und biologischer Waffen ächtet. Bis jetzt fehlt aber noch die Zustimmung der Regierungen zu dieser Empfehlung.

Zu 3): Die Vereinigten Staaten sind seit einiger Zeit dabei, Verträge mit Staaten, in deren Gebiet sie militärische Stützpunkte haben, so zu verändern, daß die Zahl der Stützpunkte und ihre Belegung verringert wird. Die heutigen Raketen fliegen weit genug und treffen auch sicher genug — von Rußland nach den Vereinigten Staaten und von den Vereinigten Staaten nach Rußland, ja nach irgend einem Punkt der Erde. Natürlich wird man Vorposten belassen, besonders in gefährdeten Gebieten.

Wieder einmal wird deutlich, wieviel Möglichkeiten durch kurzsichtige Politik vertan worden sind, zu einer Entspannung in Mitteleuropa zu kommen und so der Wiedervereinigung zu dienen. Das Auseinanderrücken der Großen wird von selbst kommen, und dann werden nur die westeuropäischen und die Warschauer

Paktstaaten miteinander noch feindliche Tuchfühlung halten — und es wird kein Preis für das Auseinanderrücken ausgehandelt werden. In vergangenen Jahren winkte als Preis die Wiedervereinigung, z. B. in Edens Vorschlägen für die erste große Genfer Konferenz. Aber die deutsche Regierung erklärte, sie sei an Verhandlungen darüber nicht interessiert.

Wie die Verteidigungspläne des atlantischen Bündnisses aussehen, darüber geben die Empfehlungen der Westeuropäischen Union an die westeuropäischen Parlamente beredt Auskunft. In den Berichten der letzten Jahre kann man lesen, um nur einiges zu zitieren: Kein menschliches Gehirn reicht aus, sich die Schrekken eines Atomkrieges auszumalen — die Stätten, an denen Atomwaffen gelagert oder von wo sie eingesetzt werden können, werden natürlich das bevorzugte Ziel eines russischen Angriffs sein — auch wenn ein großer Angriff vom Osten her ohne Atomwaffen geführt wird, der Westen wird mit Atomwaffen antworten — solche Waffen werden auch an der Front eingesetzt werden, man will die beim heutigen Stand der Verteidigungsplanung unvermeidlichen Lücken zwischen den Kampfgruppen durch die Wirkung von Atomwaffen schließen, das bedeutet flächenhaften Beschuß ganzer Landschaften in unserem Land mit Atomwaffen — die Befehlsgewalt über den Einsatz von Atomwaffen soll an mittlere Führungsstellen gegeben werden.

Mittlerweile „übt" unsere Bundeswehr Atomkrieg, und den Soldaten wird weisgemacht, daß man sich nur kurze Zeit unter eine Zeltplane zu begeben habe, um die radioaktive Nachwirkung eines Atomwaffenangriffs zu überstehen. Zu den „Erkenntnissen" der Bundeswehr auf diesem Gebiet gehört auch, daß man durch Duschen radioaktive Verseuchung von der Körperoberfläche entfernen könne.

Wie lange die atlantischen Bündnisstaaten und die des Warschauer Paktes einander noch am Eisernen Vorhang bewaffnet gegenüberstehen wollen, wenn einmal die „Großen" sich bis auf „symbolische" Streitkräfte zurückgezogen haben, das hängt von der Finanzkraft ihrer Länder und der Einsicht ihrer Politiker ab. Natürlich ist wirkliche Abrüstung nur auf Grund gegenseitiger Vereinbarung und mit wirksamer Kontrolle sinnvoll und möglich. Aufgabe der deutschen Politik ist es, bei den Verhandlungen über Entspannung und Abrüstung dahinzuwirken, daß der Wiedervereinigung gedient wird. Aber was soll man von einer Regierung denken, deren Kanzler den Vorwurf unwiderlegt auf sich sitzen läßt, er habe Berlin nicht als gleichwertiges Bundesland gewünscht?

Ein Abkommen über das endgültige Aufhören der Atomwaffenversuche wäre ein großer Schritt voran auf dem Wege zur Abrüstung und zum Frieden. Leider haben die Vereinigten Staaten aber jetzt angekündigt, daß sie sich nicht mehr an das Stillhalteabkommen gebunden erachten und daß sie vielleicht wieder Atomwaffenversuche machen werden — und Frankreich will mit e i n e r Atombombe erreichen, im Klub der Atommächte ernst genommen zu werden. Leider wird damit ein böses Beispiel gegeben für andere, sich nicht an Beschlüsse und Warnungen der Vereinten Nationen zu halten, die bekanntlich Frankreich und andere Staaten dringend gemahnt haben, die Zahl der Atomwaffenbesitzer nicht zu vergrößern, und leider ergibt sich aus der bevorstehenden Explosion für uns die Gefahr größerer radioaktiver Verseuchung.

Eine Bemerkung zu den amtlichen Lügen über die Wirkung radioaktiver Strahlen: Der Radiochemiker L i b b y hat auf Albert S c h w e i t z e r s Warnungen vor der Wirkung der Atomwaffenversuche erwidert, merkliche Erbschäden seien nicht zu erwarten, denn sonst müßten ja bei Bevölkerungen, die auf Urgestein, also Gestein mit stärkerer natürlicher radioaktiver Strahlung leben, mehr Erbschäden auftreten als bei andern Völkern, und eine solche größere Häufigkeit

von Erbschäden sei nicht gefunden worden. Das ist ein gutes Beispiel dafür, wie leichtsinnig Verharmlosungsbehauptungen aufgestellt wurden und noch werden. Die Erbforscher antworteten nämlich: Oho, es ist noch gar nicht untersucht worden, ob bei solchen Bevölkerungen mehr Erbschäden auftreten als bei anderen vergleichbaren Bevölkerungsgruppen. Drei amerikanische Forscher machten sich an die Arbeit, die Frage zu klären; Ergebnis, das vor kurzem veröffentlicht wurde[3]): Bei der Bevölkerung des Staates New York, die auf stark natürlich radioaktivem Boden lebt, ist in der Tat eine deutlich größere Zahl von Erbänderungen festzustellen, die meist Erbschäden sind, gegenüber anderer Bevölkerung, die geringerer Bodenstrahlung ausgesetzt ist. Es kam also genau das heraus, was auf Grund allgemeiner Kenntnisse der heutigen Erbforschung zu erwarten war, und das hätte auch Libby, wenn er wirklichen wissenschaftlichen Ernst auf die Frage verwendet hätte, auch von vornherein erkennen können. Er hat sich übrigens unterdessen davon überzeugt, daß die Atomwaffenversuche doch gefährlicher sind, als er öffentlich behauptet hatte, und ist freiwillig aus der Atomenergiekommission der Vereinigten Staaten ausgeschieden.

Zur Zeit interessiert sich die Forschung für die „heißen Körnchen", mikroskopisch kleine Teilchen, die aus der Atmosphäre zu uns kommen, von den Atomwaffenversuchen stammen und kräftige radioaktive Strahlung von sich geben, viel mehr an Strahlung, als dem Durchschnitt der Luftradioaktivität entspricht. Auch hier hat die Verharmlosung wieder Schiffbruch erlitten. Man stellte zunächst immer wieder amtlich fest, daß die Luftaktivität noch erheblich unter der „höchstzulässigen Menge" liegt — es gibt sogar Zeitungen, welche die für den Laien unverständlichen Zahlen der Luftaktivität jeden Tag veröffentlichten, auch ein Beruhigungsmanöver — bis man auf die „heißen Körnchen" aufmerksam wurde. Wir atmen sie ständig ein, unter den Forschern besteht kein Zweifel, daß sie dort, wo sie im Gewebe eingelagert sind, Entzündungen hervorrufen können, und daß radioaktive Strahlung Krebs erzeugen kann, ist lange bekannt. Es genügt auch nicht, bei der radioaktiven Verseuchung nur auf Strontium 90 zu achten, es gibt noch andere gefährliche Stoffe aus den Atomwaffenexplosionen, und ihre Überwachung wäre ebenso nötig wie die bisher übrigens ganz unzureichende Überwachung der Verseuchung durch Strontium 90. Aus Versuchen an Affen ist bekannt, daß radioaktive Strahlung bereits abgeklungene, überwundene schwere Krankheiten wie Typhus wieder zum Aufleben bringen kann.

Die großen Mächte bereiten sich auf die Eroberung des Weltalls vor. Man will zum Mond, zum Mars, zur Venus fahren. Aber was man eigentlich damit will, ist die Vorbereitung des Weltraumkrieges, der Beherrschung der Erde von Weltraumstationen her. Vorerst scheinen die Russen wieder einmal an der Reihe zu sein, Unvernunft in die Welt zu schreien. Chrustschow irrt, wenn er glaubt, daß Rußland einen großen Atomkrieg „siegreich" überstehen wird. Es könnte sich nur um ein kümmerliches Überleben eines kleinen Teiles der Bevölkerung handeln, der nach Jahren oder Jahrzehnten wieder aus der Erde hervorgekrochen käme. Und die Lebensbedingungen danach: die höheren Pflanzen und Tiere fast völlig ausgerottet, was sollen diese Menschen essen? Glaubt Chrustschow, daß dann noch Politik im heutigen Sinn nötig ist und gemacht werden kann? Was heißt da „siegreich überstehen", wenn staatliche Ordnung völlig sinnlos geworden ist, wenn die Überlebenden alle einander im Wege sind, jeder des andern Feind, weil keiner weiß, wie er weiterleben soll?

---

[3]) Gentry, Parkhurst and Bulin — American Journal of Public Health, Band 49 S 497, April 1959.

Es gibt wirklich keine andere große Politik als Politik des Friedens, der Entspannung, der Verständigung, des Zusammenlebens, Zusammenarbeitens, der wirtschaftlichen und politischen Ordnung auf der Erde. Der Aufgaben sind genug: die bedrohlich werdende Übervölkerung in großen Gebieten, die Frage, wie sollen sie alle ernährt werden, und die notwendige Hilfe für die Entwicklungsländer. Natürlich brauchen wir Schutz an den Grenzen, die bedroht sein könnten. Schutz gegen kleinere Übergriffe so lange, bis eine überstaatliche Ordnung geschaffen ist, bis die Vereinten Nationen eine starke Polizeimacht entwickelt haben, die kriegerische Verwicklungen verhindern oder im Keim ersticken kann. Schutz gegen große Angriffe brauchen wir nicht, außer dem, der darin besteht, daß die Großmächte in der Rüstung gleichwertig sind, so lange sie sich nicht über Abrüstung und deren Kontrolle verständigt und geeinigt haben. Denn bei einem großen Angriff können wir nicht geschützt werden, er würde Atomkrieg bedeuten. Wenn er nicht von uns geführt wird, dann von den Atommächten, von deren Toren wir weit genug entfernt liegen, um als Schlachtfeld benutzt zu werden.

Kein Vernünftiger kann leugnen, daß Atomkrieg das Ende für unser Land und Volk wäre. Wann endlich wird die Bundesregierung ihren Teil zur Politik der Entspannung und des Friedens beitragen, wird sie auf Frankreich einwirken, die Atomrüstung einzustellen und keine Atomwaffenversuche zu machen?

Dr. Josef Peters

Eine schändliche Komödie

Die „Untersuchungskommission Lemberg 1941"

Nachdem der „Rheinische Merkur" am 27. November des vergangenen Jahres das Bundeskabinett aufgefordert hatte, die Klärung der Vorwürfe gegen Bundesvertriebenenminister Oberländer selbst in die Hand zu nehmen, gab Bundespressechef Felix von Eckardt wenige Tage später zu verstehen, daß das Kabinett diesen Weg nicht einzuschlagen gedenkt. Der Bundeskanzler habe vielmehr die Anregung Oberländers gutgeheißen, einen internationalen Untersuchungsausschuß die gegen den Vertriebenenminister erhobenen Vorwürfe untersuchen zu lassen.

Wie ist es um diesen Ausschuß bestellt? Vorausgeschickt sei, daß der Bundesvertriebenenminister das Ergebnis der Ermittlungen ohne Herzklopfen erwartet. In einem Interview mit der „Abendpost" vom 17. November 1959 erklärte er: „Ich kann die Untersuchungen — die internationalen wie die deutschen — in Ruhe und Gelassenheit abwarten". Oberländer, so hieß es wenig später, vertraue auf die Objektivität der von ihm ins Leben gerufenen Untersuchungskommission.

Nach allem, was bisher bekannt geworden ist, hat der Minister in der Tat keinen Grund zu der Befürchtung, daß ihn der Ausschuß schlecht bedient.

Der „Untersuchungsausschuß Lemberg 1941" — so der offizielle Titel — wurde am 4. November 1959 von Oberst a. D. Wolfgang Müller ins Leben gerufen. Von Müller behauptet das „Spandauer Volksblatt" in seiner Ausgabe vom 20.

Dezember 1959, daß ihm die Ehrenrettung Oberländers am Herzen liegt. Wer ist dieser Müller?

Nach Kriegsende gehörte der im Zusammenhang mit dem 20. Juli zum Schützen degradierte Oberst dem Vorstand der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) für die britische Zone an. Später verließ er diese Organisation und betätigte sich in Verfolgtenverbänden, zu deren wichtigsten Aufgaben die antikommunistische Propaganda gehört. Heute ist Müller — der sich bis zum 20. Juli in Hitlers Wehrmacht als Sachbearbeiter für Dienstvorschriften bei der Infanterieschule Döberitz einen Namen als „Vorschriften-Müller" gemacht hatte — Vorsitzender des „Bundes der Verfolgten des Naziregimes" (BVN) für Nordrhein-Westfalen, Stellvertretender Bundesvorsitzender des „Zentralverbandes demokratischer Widerstandskämpfer" und Generalsekretär der Deutschen Sektion der „Union der Widerstandskämpfer für ein vereinigtes Europa" (URPE).

„Oberst Müller ist Generalsekretär über ganze dreizehn Menschen, von denen die Mehrzahl dazu gekommen ist wie die Jungfrau zum Kind", schreibt das „Spandauer Volksblatt" vom 8. Januar 1960. Den meisten dieser Mitglieder, so weiß das Blatt weiter zu berichten, sei noch nicht einmal zum Bewußtsein gekommen, daß sie im Hochpaterre eines Düsseldorfer Mietshauses von einem richtigen Generalsekretär verwaltet werden.

Der hochtrabende Titel eines Generalsekretärs (über dreizehn Menschen) ist kennzeichnend für den Hang Müllers zur Übertreibung. So behauptet er beispielsweise von der „Union der Widerstandskämpfer für ein vereinigtes Europa", sie vertrete 30 Nationen. Dabei beträgt die Mitgliederzahl dieser Organisation nicht einmal ganze hundert. Das von ihr angestrebte Ziel eines Vereinigten Europa beinhaltet den Anschluß einer „unabhängigen Ukraine".

Zwischen Müller und Oberländer scheint demnach eine Art von Seelenverwandtschaft zu bestehen. Als der Skandal um den Bundesvertriebenenminister einen ersten Höhepunkt erreicht hatte, wußte Müller den ehemaligen SA-Hauptsturmführer und Gauamtsleiter der NSDAP für den Plan einer internationalen Untersuchungskommission zu begeistern. Einer der Gründe, die Müller und Oberländer bewogen haben, diesen Vorschlag in die Tat umzusetzen, mag darin bestanden haben, daß es sich optisch recht odentlich ausnahm, die Vergangenheit einer ehemaligen NS-Größe durch Widerstandskämpfer untersuchen zu lassen. Zu ihrem Leidwesen zeigten die deutschen Verfolgten-Organisationen aber keine Neigung, sich für Theodor Oberländer zu verwenden. Der hessische „Verband für Freiheit und Menschenwürde" (VFM) forderte vielmehr am 21. 11. 1959 den Rücktritt Oberländers, weil dieser „ein getreuer und überzeugter Gefolgsmann Hitlers war". Müller hatte nichts Eiligeres zu tun, als dem Bundeskanzler in einem „streng geheimen Brief" zu versichern, die URPE habe sich dieser Rücktrittsforderung nicht angeschlossen. Müller konnte es sich in diesem Zusammenhang nicht verkneifen, den keineswegs sowjetfreundlichen VFM zum Handlanger Moskaus zu stempeln. Die Veröffentlichung der Rücktrittsforderung des VFM veranlaßte ihn, dem Kanzler einzublasen, damit sei sichergestellt, „daß sie auch die kommunistische Weltpropaganda aufgreift ...". Müller schwärzte in seinem Brief den Geschäftsführer und die Präsidialmitglieder des Verbandes namentlich an, darunter auch den christlich-demokratischen Bundestagsabgeordneten Prof. Goergen.

Es waren indessen nicht nur die deutschen Organisationen der NS-Opfer, die sich für Müllers Untersuchungskommission nicht begeisterten. Auch in den Reihen der ausländischen Widerstandskämpfer war man nicht bereit, einen ehemaligen Parteigänger Hitlers reinwaschen zu helfen. Dazu das „Spandauer Volksblatt": „Als die ‚URPE', der schließlich auch einige hart mitgenommene Wider-

standskämpfer angehören, nicht sofort in Begeisterung ausbrach, ließ man die Widerständler für ein vereinigtes Europa unter der Hand wissen: Bundesregierung und Bundestag seien unter gewissen Umständen bereit, die bis dato ignorierten Entschädigungsansprüche ehemaliger Widerstandskämpfer wohlwollend zu prüfen".

Nach diesem Wink mit dem Zaunpfahl bildeten URPE-Angehörige nicht nur die von Oberländer und Müller gewünschte Untersuchungskommission; sie stellten gleichzeitig ein zweites Gremium zusammen, das unter der Bezeichnung „Technisches Komitee" mit Bonn über Entschädigungsfragen verhandeln sollte. Von da an wurde „zweigleisig" gefahren.

Über die Art, in der für die „Rehabilitierung" des Bundesvertriebenenministers nicht unbeträchtliche Summen ausgelobt wurden, soll weiter unten berichtet werden. Zur Charakterisierung des Tauschhandels ist es zunächst notwendig, sich mit dem Mann zu beschäftigen, der im Namen der „Untersuchungskommission Lemberg 1941" eine rege Tätigkeit entfaltet: mit dem Holländer Joop Swart, der sich als Journalist ausgibt, wiewohl er keiner Journalistenvereinigung angehört. Er hat die Rolle des „Untersuchungsrichters" übernommen, eines Untersuchungsrichters freilich, für den das Ergebnis seiner Ermittlungen bereits vor der Aufnahme seiner Tätigkeit feststand.

Einen Monat vor der Gründung der Kommission hatte Swart in der niederländischen Zeitung „Elsevier Weekblad" seiner Überzeugung Ausdruck verliehen, nicht Oberländer sei für die Greueltaten in Lemberg verantwortlich, sondern der sowjetische Ministerpräsident Chrustschow. Am 12. Dezember vergangenen Jahres wußte die „Süddeutsche Zeitung" zu berichten, Swart glaube nicht, daß seine Untersuchung zu einer Belastung Oberländers führen könne. So sehr dieser Untersuchungsrichter von der Unschuld des ehemaligen Offiziers des aus Ukrainern bestehenden NS-Bataillons „Nachtigall" überzeugt ist, so wenig läßt er sich in die Karten gucken. Die Namen der Zeugen, die er sich vornehmlich aus den Reihen verschiedener Emigrationsorganisationen ausgesucht hat, werden geheim gehalten. Die Vernehmungen erfolgen unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Anträge sowjetischer und polnischer Widerstandsorganisationen, an der Untersuchung beteiligt zu werden, wurden zurückgewiesen, da, wie die dem Bundesinnenminister nahestehende „Deutsche Zeitung" zu berichten wußte, „angesichts der Hetzkampagne in den Ostblockstaaten befürchtet werden müsse, daß das von östlicher Seite vorgelegte Material nicht den Tatsachen entsprechen könnte". Während es nach dieser Darstellung so aussah, als sei der Ausschuß an der Mitarbeit der „anderen" Seite überhaupt nicht interessiert, wurde im Anschluß an die streng vertrauliche Einvernahme Oberländers durch den Ausschuß am 10. Januar erklärt, es sei bedauerlich, daß die aus dem Osten geladenen Zeugen sich bisher nicht gemeldet hätten. Um das Maß der Irreführung voll zu machen, hieß es einen Tag später, es sei beabsichtigt gewesen, Zeugen aus dem Osten vorzuladen, aber das holländische Außenministerium habe es im Einvernehmen mit dem Justizministerium abgelehnt, „diesen Leuten die Einsreisegenehmigung zu erteilen". (Süddeutsche Zeitung 11. 1. 1960.)

Obwohl diese Untersuchungspraktiken bereits zeigen, daß Joop Swart völlig ungeeignet erscheint, Licht in die Vergangenheit des Minister Oberländer zu bringen, so rundet sich das Bild dieses Mannes vollends, wenn man weiß, daß er nicht wegen politischer Widerstandshandlungen im Konzentrationslager Sachsenhausen landete. In der „Anderen Zeitung" (Hamburg) berichtet der ehemalige Chefredakteur der „Zentralen holländischen Widerstandszeitung", Fritz Kief (Amsterdam), Swart sei „als Schwarzhändler erwischt worden". Nach Kriegsende betätigte sich der „Widerstandskämpfer" wieder als Schwarzhändler.

Als zu Beginn des vergangenen Jahres in der Bundesrepublik das antikommunistische Kommitee „Rettet die Freiheit" aus der Taufe gehoben wurde, gehörte Swart zu jenen Personen, die den Rahmen für die Gründungsveranstaltung abgaben. Der aus dem DGB ausgeschlossene „Rettet die Freiheit"-Pressechef Ernest Salter soll Kief berichtet haben, Swart „arbeite für einen amerikanischen Geheimdienst an der Aufstellung einer Kartei von kommunistischen Funktionären bzw. von Linken, die den Standpunkt des ‚Weder-Noch' vertreten". Zum Charakterbild dieses Mannes gehört es auch, daß er sich — obwohl längst von der Tochter des Vorsitzenden der holländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Verrink, geschieden — in der Folgezeit noch immer als dessen Schwiegersohn ausgab, um zu renommieren.

Swart betreibt heute in einem Amsterdamer Vorort eine winzige Druckerei, von der Kief behauptet, es handele sich um einen Betrieb, „von dem man sich kaum ernähren kann, und der auf keinen Fall so viel einbringt, daß man sich davon zwei Pkw halten kann ..."

Swart scheint über Nebenquellen zu verfügen, die ihm ohne weiteres gestatten, zwei Personenautos zu halten. Inwieweit er auf Mittel des amerikanischen Geheimdienstes zurückgreifen kann, ist vorerst nicht zu übersehen. Tatsache scheint dagegen, daß Swart und seine Frau für einen „deutschen Dienst" in Bonn arbeiten, der sich einer noblen Deckadresse in Form eines Postschließfaches bedient und von dem man nicht weiß, ob er von der Bundesregierung oder von der CDU finanziert wird. Sollte das „Spandauer Volksblatt" richtig informiert sein, handelt es sich um den „Deutschen Informationsdienst" (DID), den der zum Major des militärischen Abschirmdienstes (MAD) avancierte Ost-CDU-Flüchtling Willfried Parge durch seine Frau Margarethe und eine ehemalige Sekretärin herausgeben läßt.

Zu den Freunden Parges gehören nicht nur der Holländer Swart, sondern auch der deutsche Oberst a. D. Wolfgang Müller.

Damit schließt sich der Kreis.

Als Oberländer Anfang November des vergangenen Jahres wegen der immer massierter vorgetragenen Forderung nach restloser Klärung seiner Vergangenheit nicht mehr aus und ein wußte, stellte Müller den Joop Swart vor. Swart ließ sich von Oberländer dessen Tagebuchunterlagen geben und schrieb in „Elsevier Weekblad" den schon einmal erwähnten Artikel. Nach den Quellen, die ihm dafür zur Verfügung standen, war vorauszusehen, daß Oberländer darin als wahres Unschuldslamm erschien. Der Artikel — was für ein großartiges Zusammenspiel — lag zur selben Zeit vor, als sich das „Technische Komitee" der URPE auf den Weg zu „Wiedergutmachungs"-Verhandlungen nach Bonn machte. Der Befähigungsnachweis hinterließ denn auch im Bundesfinanzministerium und bei den Wiedergutmachungsexperten des Bundestages, Böhm und Frenzel, einen nachhaltigen Eindruck.

Der von den URPE-Leuten vorgetragene Wunsch nach Vertraulichkeit blieb leider unerfüllt. Das „Spandauer Volksblatt" weiß zu berichten, daß einer der Beteiligten an den Verhandlungen über die Geldforderungen der URPE hinterher seufzte: „Das kommt mir alles so vor wie damals beim Israel-Vertrag. Da war es der Kanzler-Besuch in den USA, für den antideutsche Zwischenfälle ausgeschaltet werden mußten. Jetzt geht es um die Ehrenrettung eines Ministers ..."

Ungeachtet dessen, daß es nach den bisher bekanntgewordenen Tatsachen keiner allzu regen Phantasie bedarf, um die Quellen ausfindig zu machen, aus denen der „Untersuchungsausschuß Lemberg 1941" schöpft, verkündete Swart am 10. Januar, das „Holländische Nationalkomitee zur Bekämpfung der Konzentrationslager" trage und finanziere die Lemberg-Kommission. (Das National-Komitee

ist eine „Erfindung" Swarts und des Holländers Karel van Staal.) Die sozialdemokratische Wochenzeitung „Vorwärts" vom 15. Januar meinte, die holländischen Journalisten hätten es mit ihrem Geschäftssinn nicht vereinbaren können, „daß sich eine solche Organisation der Widerstandskämpfer aus reiner Nächstenliebe bereitgefunden habe, einen westdeutschen Minister mit einer immerhin eindeutigen NS-Vergangenheit aus seinen Nöten zu befreien. Man tippte darum ungeniert auf 80 000 bis 100 000 DM, die dem Swart über die URPE aus der umfangreichen Schatulle Staatssekretär Globkes zugeflossen seien". (Die Bundesregierung hat diese Darstellung dementiert.)

Swart scheint also den deutschen Steuersäckel an drei Stellen angezapft zu haben: er bezieht Honorare vom „Deutschen Informationsdienst", der wiederum von der Bundesregierung oder der CDU finanziert wird; er will im Bundesfinanzministerium „Wiedergutmachungsgelder" locker machen und scheint obendrein bei Herrn Globke ins Geschäft kommen zu wollen. Am Rande partizipiert an der Lemberg-Aktion auch der Münchener CSU-Stadtrat und URPE-Mitglied Fackler, in dessen 7-Sterne-Verlag in Kürze das Weißbuch erscheinen soll, das Joop Swart aus den Tagebuch-Aufzeichnungen Minister Oberländers und den Aussagen bisher ungenannter Zeugen zusammenstellt.

Dieses Weißbuch, bis zu dessen Fertigstellung der Oberregierungsrat Mattern vom Bundesfinanzministerium die Summe aller Forderungen der URPE-Leute zu kennen hofft, soll möglicherweise durch eine Reihe antibolschewistischer Karikaturen aufgelockert werden. Auf den Tischen der Untersuchungskommission lagen nach der Vernehmung Minister Oberländers im Den Haager Hotel „Centraal" jedenfalls ganze Stapel gebrauchsfertiger Matern, wie sie „Tarantelpress" — ein Überbleibsel des Kalten Krieges, dessen Produkte in kaum einer westdeutschen Zeitung mehr Eingang finden — kostenlos zu liefern pflegt.

Alles in allem kann gesagt werden, daß die „Untersuchungskommission Lemberg 1941" nicht einmal den Namen verdient, den sie sich selbst zugelegt hat. Hier wird mit deutschen Steuergeldern ein Spiel inszeniert, das bereits vor Schluß des letzten Aktes als skrupellos bezeichnet werden muß. Dieses Spiel ist kennzeichnend für die verzweifelte Situation der Bundesregierung im Fall Oberländer. Nicht genug damit, daß sie sich durch ihr Festhalten an dem unmöglich gewordenen Bundesvertriebenenminister auf unerträgliche Weise belastet, hat sie sich nun obendrein noch ein Experiment an den Hals gehängt, dessen Ähnlichkeit mit den Machenschaften Joseph Goebbels' selbst von politischen ABC-Schützen nicht übersehen werden kann.

Es geht hier nicht nur um die Bundesregierung, sondern um mehr. Es geht um das Ansehen der Demokratie. Da hört jede Nachsicht auf. Der schändlichen Swart-Komödie gehört ein Ende gesetzt.

Nachsatz: Der Zentralrat ehemaliger niederländischer Widerstandskämpfer — die Dachorganisation der verschiedenen Vereinigungen der Hitlergegner — hat sich am 17. Januar von dem Lemberg-Ausschuß distanziert und erklärt, das Urteil dieses Ausschusses werde für die Beurteilung der Frage, ob Minister Oberländer für die Bundesregierung noch tragbar sei, nicht mehr maßgebend sein. „Leute wie Oberländer sollten unter keinen Umständen einen prominenten Posten in einem demokratischen Westdeutschland innehaben".

Simon Messer

„Nieder mit dem Materialismus!"

Wenn Simon Messer an die schöne, nahrhafte Weihnachtszeit zurückdenkt, beschleicht ihn doch auch eine Frage: Wie kommt es, daß die Botschaften diesmal nicht ganz so feierlich in mir nachklingen als sonst? Ich meine auch gar nicht die Predigten von der Kanzel, sondern vielmehr das, was der Bundeskanzler, der Bundespräsident und andere hochstehende Persönlichkeiten nach liebem altem Brauch in den letzten Tagen des alten Jahres zu uns geredet haben. Da war diesmal etwas ein ganz klein wenig anders als sonst. Das Erhebende hatte einen gewissen Sprung. Lag es am mickrigen Weihnachtswetter, am ungelösten Berlin-Problem, an der stillschweigenden Weigerung aller Redner, die Botschaft vom Frieden auf Erden gewissermaßen buchstäblich zu nehmen (eventuell im Sinne des vielgeschmähten, wenngleich wirklich existenten ‚Geistes von Camp David'), oder was war es sonst?

Keiner von uns vielen kleinen Durchschnittsbundesbürgern, im folgenden hauptsächlich Dubu's genannt, kann damit rechnen, in seinem sündigen Erdentreiben auch noch zu Weihnachten recht zu bekommen. Nein, es gehört sich durchaus, daß in der feierlichen Zeit des Jahres auch diejenigen einmal den Kopf gewaschen bekommen, die sich dem das ganze Jahr über durch beharrliches Meiden eines Gotteshauses entziehen. Um ein Beispiel zu nennen: Ich wäre aufrichtig enttäuscht, wenn unser greiser Bundesführer vor dem Christfestmikrophon mit derselben Zunge redete wie im rauhen Alltag. In diesem hat er unter anderem einmal gestanden — wissen wirs noch? —, er kenne dreierlei Wahrheit; zu Weihnachten hingegen will man so etwas nicht hören, und darum wird es auch nicht gesagt, zu Weihnachten redet man christlich, das gehört sich so, und zu Weihnachten appelliert man an das bessere Ich aller Dubu's, an ihren ‚Bruder Innerlich', wie der leider nicht so alt wie Konrad Adenauer gewordene Tucholsky einmal gesagt hat.

Gut und schön — aber diesmal war in allen diesen Weihereden ein Ton, der sich nicht, wie üblich, mit dem nächsten Lungenzug aus der dicken Weihnachtszigarre in blauen Dunst auflöste. Und das sollte er wohl auch nicht. Gemeint ist die wie ein Trommelfeuer seit etlichen Wochen auf die sündigen Dubu's niederprasselnde Mahnung, sie sollten nicht so materiell eingestellt bleiben und sie sollten sich doch gefälligst darüber klar werden, daß ihr gewohntes Schlemmerleben mit Fressen, Konsumieren und Anschaffen nicht ewig so weitergehen könne.

Im Ernst: Von Franz Joseph Strauß bis her zu Friedrich Sieburg hat der bundsrepublikanische Schweinehund in mir elendem Dubu in den zurückliegenden zehn Jahren noch nie so inständig die Leviten gelesen bekommen wie zu Ultimo 1959. Und 60 ging es dann sofort weiter: „Es kommt die Zeit, wo das deutsche Volk mit dem Pfunde, das die Politik des Bundeskanzlers ihm anheimgegeben hat, wuchern muß. Dafür braucht es der Selbstdisziplin und des Bewußtseins, daß nicht nur das bisher Errungene, sondern auch unsere weiteren Zukunftsmöglichkeiten von dem Maß an Bescheidung, an Opfern und an moralischer Kraft abhängen, das wir aufzubringen willens sind." So stand es zu Kanzlers Geburtstag im Bulletin, und das kann man sich nur hinter die Ohren schreiben.

Also mindestens eines muß Simon Messern an der Schwelle des neuen Jahrzehnts klar sein: Im abgelaufenen hat er viel zu gut gelebt. Das christliche Abendland ist schließlich kein Freßkorb und keine Lebensversicherung. Zehn Jahre lang hab ich nur genutznießt, nun muß ich mich allmählich darauf gefaßt machen, daß

nicht so sehr weitere Wonnen als vielmehr gewisse Strapazen auf mich warten. Die schönen Tage von Aranjuez sind vorbei, nun soll kassiert werden.

Wäre Simon Messer nun kein sündiger Dubu, sondern zum Beispiel der Backpulverfabrikant Oetker, so brauchte ihn das Menetekel nicht weiter aufzuregen. Denn der ist nicht nur dadurch zu Millionen gekommen, daß sein Vorfahr rechtzeitig einen anderen Backpulvererfinder ‚auszuschalten' wußte, sondern er besitzt auch noch eigene Versicherungsgesellschaften und, wieder ein ganz neues Gebiet, eine stattliche Handelsflotte, und so etwas ist nicht Materialismus, sondern Unternehmergeist, so etwas darf nicht nur zu Recht auf das Bundesverdienstkreuz hoffen, sondern das hat auch immer schon den größten Teil des bei uns Deutschen nun einmal so beliebten Idealismus für sich in Anspruch nehmen dürfen. Materialismus aber — der Dubu's neuestes Grundübel —, Materialismus ist, wenn auch die da weiter unten, dem Vorbild ihrer Großen folgend, immer noch ein bißchen mehr haben wollen.

In der Tat: Was haben wir kleinen Leute doch für eine fiese Auffassung von Moral! Und gar unsere Auffassung von Demokratie ist schlechthinnig kummermachend. Kauzig, wie Deutsche nun einmal sind, und immerhin seit sozusagen zwei Weltkriegen republikanisch, meinen wir Dubu's tatsächlich, Demokratie bestehe zunächst einmal und vor allem darin, daß dem einen recht sei, was dem anderen billig ist. Und so treiben wirs denn immer döller, weil wir eben den gottgegebenen Unterschied zwischen hoch und niedrig nicht mehr kapieren. Wenn Friedrich Flick den Jahresumsatz seiner Konzerne auf beiläufig 6 Milliarden erhöhen konnte; wenn ein von einem ordentlichen Gericht zu Gefängnis verurteilter Diplomat weiterhin deutscher Botschafter sein kann; wenn der Regierungschef die Eröffnung eines Strafverfahrens gegen Herrn Kilb unterbinden kann; wenn im besonders christlichen Bayern höchste Persönlichkeiten Meineide schwören können, und das nur wegen des lumpigen Geldes, ohne aus der Kirche hinausgefeuert zu werden; wenn allein im 1. Halbjahr 1959 von westdeutschen Nabobs, die ihre Villa im Tessin alle schon haben und vor Volumen nicht mehr wissen wohin, allein in Zürich für 2 Dutzend Millionen Franken Grundstücke neu hinzugekauft werden konnten — wenn dies alles und vieles andere mehr sein kann, täglich neu sein kann, dann glauben wir größenwahnsinnig gewordenen kleinen Dubu's tatsächlich, nun könnten auch wir ein bißchen verrückt spielen und ein bißchen raffen.

Wirklich, man kann sie verstehen, die sorgenvollen Jahresabschlußtöne aus Bonn und, was noch ergreifender ist, aus den Zentren der Macht an Rhein und Ruhr. Unsere Seelen sind in Gefahr. Hütet euch vor einer falsch verstandenen Sozialromantik, ruft Herr Paulssen vom Arbeitgeberverband uns väterlich zu, und habt Ehrfurcht vor dem Erreichten!

Simon Messer will sie fortan haben. Nieder mit dem Materialismus (in dir)! rufe ich mir zu Beginn des neuen Jahrzehnts zu. Geh in dich und lege eine Denkungsart ab, die des Volkes der Dichter und Denker unwürdig ist! Folge den weisen Worten deiner Obrigkeit und verinnerliche dich!

Na schön — aber wie fang ichs an? Fortwährend werde ich gekitzelt von einer Wirtschaft, die mir täglich den Floh eines neuen Bedürfnisses ins Ohr setzt. Ich stolpere von einem Geld-Preisausschreiben zum anderen. Die Volksaktie gar verheißt mir die Möglichkeit, als Zaungast am Heiligtum des Börsenlebens teilnehmen zu dürfen. Mein Junge bringt mal aus der Schule ein hübsches Bild mit, auf dem eine Münze mit Hermelin, Krone und Zepter als ‚Seine Majestät der Pfennig' dargestellt ist. Und meine Frau, eine entschlossene Befolgerin der Zehn Gebote Professor Erhards, kehrt, wenn sie ein Kilo Äpfel kaufen will, nicht einfach im nächstgelegenen Laden ein, sondern sie wählt und prüft und ver-

gleicht, genau so, wie der Professor mit der von viel Gemüt kündenden Zigarre es haben will, sie klappert alle zu Fuß erreichbaren Läden ab und kauft nur, wo es gerade am billigsten ist. Dadurch braucht sie zum Einheimsen unserer Nahrung um so viel mehr Zeit, wie ihr bei Festpreisen übrig bleiben würde, um täglich die Süddeutsche Zeitung zu lesen; immerhin.

Also, es wird Simon Messern in einem materialistischen Lande nicht leicht fallen, ein neues Leben zu beginnen. Und ich weiß auch gar nicht, ob es wirklich so gemeint ist. Denn wenn unserer aufs Geld eingeschworenen Elite plötzlich eine Masse gegenüberstände, für die nicht mehr das Geld, sondern irgendeine Idee das Erstrebenswerteste wäre, dann paßten wir ja gar nicht mehr zusammen, und das könnte doch allerlei Verwicklungen nach sich ziehen. Zum Beispiel könnten wir auf den schrecklichen Gedanken kommen, eine Volksbewegung zu entfachen mit dem Ziel, allen unseren Kindern ein 9jähriges Grundschulrecht zu erkämpfen (wo doch diese verdammten Kommunisten ein 10jähriges zum größten Teil schon haben). Nein, sondern mir schwant, sie wollen uns durchaus nach dem Bilde, nach dem sie uns 1948 geschaffen haben, weiterbestehen lassen, nur sollen wir unersättlichen Dubu's uns endlich der Proportionen bewußt werden. Es ziemt dem Ochsen nun einmal nicht, was den Göttern ziemt.

Und zu welchem Ende werden neuerdings so verdächtig viele Mahnungen an uns adressiert und ‚Opfer' angekündigt? Wozu das alles — wo doch feststeht, daß beispielsweise an eine großartige Erneuerung und Ausweitung unseres Bildungswesens oder an ähnliche sehr tief ins Geld gehende Reformen n i c h t gedacht ist?

Simon Messer gehört nicht zu denen, die unserem lieben, kraftvollen Minister Strauß jedes Wort glauben. Aber ein Wort glaube ich ihm aufs Wort: Er braucht viel mehr Raketen, er braucht viel stärkere Raketen, er braucht Atomraketen (Made in german France). Er träumt von einer Bundesrepublik, die einer Sowjetunion auch ohne die Angelsachsen zeigen könnte, was eine Harke ist. Doch hat er dazu leider noch viel zu wenig Geld, und so sollen wir Dubu's denn schrittweise an den Gedanken gewöhnt werden, ihm hier hilfreich unter die Arme zu greifen. D a s ist das tiefere, vielleicht nicht einmal allen Verkündern bewußte Geheimnis der an uns letztens gerichteten Advents-, Weihnachts- und Neujahrsbotschaften mit ihrer so schönen neuen Opfer-Ideologie. Komisch, daß man als braver Deutscher erst nach einigem Nachdenken dahinterkommt. Denkt man aber erst nach, so kommt man auch ganz bestimmt dahinter.

Und wenn dann damit im Zusammenhang auch noch ‚Konsumverzicht' gefordert wird, so weiß auch unsereiner mit seinem saturierten Dubu-Verstand, was und wer gemeint ist: Wir K l e i n e n sollen Straußens holde Träume Wirklichkeit werden lassen. Denn die Großen, die ‚konsumieren' nicht mehr; die sind inzwischen, auch mit dem Segen der SPD versehen, in die Gefilde des metaphysischen Materialismus entschwebt, wo es nicht mehr um das lumpige ‚Geld', sondern um ‚Papiere', ‚Werte' und ‚Kurse' geht und wo ihnen kein Finanzamt mehr etwas anhaben kann, selbst wenn es wollte.

Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH. D., D. D.

Der west-östliche Konflikt und seine einzig mögliche Lösung

Was zunächst die Ostseite des gegenwärtigen Weltkonfliktes angeht, so möchten wir das darin allmächtige kommunistische Prinzip folgendermaßen einführen: Nicht wenige derjenigen Autoren, die heute über das östliche Problem schreiben, vergessen nur zu leicht, daß wir es hier mit der letzten politisch-wirtschaftlichen Auswirkung einer totalitären Entwicklung von Jahrtausenden zu tun haben, die nunmehr durch die kollektivistische Logik der heutigen russischen Welt langsam aber sicher ad absurdum geführt wird. Warum und in welchem Sinne? Chrustschow hat einmal in ehrlichster Überzeugung der Gewißheit Ausdruck verliehen, daß in nicht zu ferner Zeit auch der Westen kommunistisch sein werde. Hinter dieser mehr als gewagten Prophezeiung steht ein fundamentaler Irrtum, der dem russischen Menschen aber bisher noch nicht zum Bewußtsein kommen konnte: Kann man doch eine völlig zerrüttete Welt nur zentralistisch in Ordnung bringen — als Dauerordnung für die menschliche Gesellschaft ist aber jede Art von autoritärem Kollektivismus nicht nur gänzlich unzureichend, sondern letzten Endes geradezu tödlich. Der Grund dafür ist ein höchst einfacher: Die soziale Ordnung, je komplizierter sie sich entwickelt, ist nur von einem geistig-sittlichen Zentrum der menschlichen Person aus und von der Gegenwart Gottes in diesem Zentrum zu regieren und wirklich in Ordnung zu halten. Wo dieses geistige Zentrum fehlt und wo man versucht, dasselbe durch irgendeine Art von ewig wechselnder Gruppendiktatur oder Massenherrschaft zu ersetzen, ist der weithin donnernde Zerfall einer solchen anarchistischen Autokratie ein unabwendbares Schicksal und Gericht. In Rußland zeigen sich bereits an vielen Orten die ersten Symptome des Zweifels an der kommunistischen Orthodoxie und an deren materialistischer Selbstgewißheit. In der menschlichen Wirklichkeit kann aber das Zeitliche nur vom Ewigen, das Materielle nur vom Geistigen, das Kollektive nur vom Persönlichen, das Persönliche nur vom Göttlichen her zu voller Entfaltung gebracht werden. Wir prophezeien daher den Russen, daß eines Tages nicht etwa der Westen kommunistisch werden, sondern der Osten zur politischen Freiheit kommen wird — vorausgesetzt allerdings, daß der Westen selber die geistig-sittlichen Fundamente dieser Freiheit von neuem in Kraft setzen und dabei die ganze Logik seines religiösen Erbgutes zur Geltung zu bringen versteht. Darf man doch nicht vergessen, daß der heute herrschenden Demokratie etwas Entscheidendes fehlt, welcher Mangel ihr genau so gefährlich werden könnte, wie der totalitären Welt ihr Mangel an einem moralischen Mittelpunkt zu werden beginnt. Wenn das persönliche Zentrum nur ein Zentrum des Egoismus und keine moralische Macht, keine Empfangsstation für die geistige Welt ist, so muß doch einer auf solche moralische Leere gegründete Demokratie jede Möglichkeit fehlen, die politisch-soziale Kooperation der menschlichen Kräfte zu ihrer höchsten Leistung zu bringen; vielmehr muß eine solche bloße Individualisierung ohne jede Verantwortlichkeit für die planmäßige Zusammenordnung der gesellschaftlichen Kräfte zu einem vollkommenen Versagen aller groß angelegten und weitblickenden kollektiven Aktionen führen. Woher will man dann den Geist und die Kraft nehmen, die kommunistische Methode der sozialen Organisation nicht nur zu ersetzen, sondern sogar durch eine höhere und geistigere Art von Ordnung zu übertreffen? Eine solche ethische Entwicklung wäre um so dringender, als ja doch die völlige Ausschaltung des ethischen Elementes aus der gegenwär-

tigen internationalen Diskussion die Welt mit einer völlig aussichtslosen Lage bedroht. Diese Aussichtslosigkeit besteht in folgendem unhaltbarem Widerspruch: Einerseits beherrscht das Bewußtsein von der dringenden Notwendigkeit internationaler Einigung unsere ganze politische Diskussion — andererseits war noch niemals der verschlossenste Nationalismus überall derartig in Kraft, wie wir es heute feststellen müssen und wie es sich gerade in letzter Zeit in der Berliner Streitfrage offenbart hat, wo beide einander gegenüberstehende Parteien ausdrücklich ihre Entschlossenheit betonten, in dieser Angelegenheit nicht im geringsten nachzugeben. Solcher egoistischen Verschlossenheit gegenüber kann nicht genug betont werden, daß die heutigen Weltprobleme mit den alten Mitteln überhaupt nicht mehr gelöst werden können, sondern unbedingt nach einem religiösen Geisteszustand verlangen, in dem der Mensch aus dem Krampfe seines Eigenwillens entschlossen herausgeht, um sich in die Welt des andern und in die Heilsbedingungen der Gegenseite zu versetzen und zu verstehen, daß sein eigenes Heil untrennbar mit dem fremden Heile verknüpft ist. Man könnte in bezug auf diese Notwendigkeit sagen: Wahre Demokratie ist die Entdeckung der zweiten Person — in der Familie, in der sozialen Frage und in der internationalen Welt. Ohne diese Entdeckung und ohne ihre endliche Realisierung in den Völkerkonflikten der Gegenwart kann von irgendwelcher Aussöhnung zwischen schwer von einander entfremdeten Nationen keine Rede sein. Ist es nicht interessant, daß schon vor 150 Jahren, als zuerst die gewaltigen internationalen Probleme Europas sichtbar wurden, der berühmte Jurist Adam Müller in seinem Buche „Die Elemente der Staatskunst" folgendes gerade über unser Problem gesagt hat:

„Die Natur hat den Menschen und den Staaten zwei gleich-ewige Bestrebungen in die Brust gelegt, von deren keiner sie lassen können, die sie also beide vereinigen müssen: Selbsterhaltung ist die eine, diese aber ist nur möglich durch die Erhaltung der anderen — der Nebenstaaten, der Nebenmenschen. Demnach ist die Selbsterhaltung des Staates keineswegs die erste Pflicht desselben, wenn nicht der Staatsmann Erhabenheit genug hat, in diese Pflicht der Selbsterhaltung schon die Erhaltung der anderen miteinzuschließen . . ."

Wir möchten im folgenden die höchst aktuelle Bedeutung von Adam Müllers Feststellung durch folgendes einfache Beispiel aus der neueren französischen Geschichte veranschaulichen: Als die französisch-marokkanischen Beziehungen noch mitten in stärkster Gärung begriffen waren, beschloß der Marschall Lyautey, der damals in Nordafrika maßgebend war, den Marokkanern eine Universität zu schenken. Zu diesem Geschenk gab er folgenden klassischen Kommentar: „Ich schenke Euch diese Universität nicht, um Euch zu Christen zu machen, sondern um Euch zu besseren Mohammedanern zu machen." Diese einfache Erklärung machte einen so unauslöschlichen Eindruck auf die Marokkaner, daß es auf dieser Basis dem Marschall gelang, die marokkanisch-französische Frage zu lösen. Gerade weil dieses Beispiel so einfach ist, mag es dazu dienen, Wesen und Sinn derjenigen Politik zu erläutern, die allein der ungeheueren Schwierigkeit der gegenwärtigen, noch ganz vom Nationalismus beherrschten Weltprobleme gewachsen ist.

Prof. Dr. Walter Hagemann

Die deutsche Spaltung

Auf der Tagesordnung der kommenden Gipfelkonferenz wird auch die „deutsche Frage" stehen. Praktisch bedeutet dies Verhandlungen über den Status Westberlins und Gespräche über einen Friedensvertrag, nachdem die Wiedervereinigung von den Sowjets zur ausschließlichen Angelegenheit der beiden deutschen Staaten erklärt worden ist. Im Gegensatz zur Genfer Außenministerkonferenz wird bei dem Gipfeltreffen wahrscheinlich nicht einmal eine bundesdeutsche Delegation anwesend sein. Bei den Regierungen der vier Großen scheint ein stillschweigendes Einvernehmen darüber zu bestehen, die heikle Frage der deutschen Spaltung — das meistdiskutierte Thema der europäischen Nachkriegspolitik — von der offiziellen Tagesordnung verschwinden zu lassen, damit durch sie Fortschritte in der Enspannung nicht noch länger blockiert werden. In dieser tragischen Situation drängt sich die Frage auf, wie es dazu kommen konnte, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit in einer scheinbar ausweglosen Sackgasse geendet ist.

Es hieße die Geschichte der deutschen Nachkriegszeit schreiben, wenn man den Verlauf der deutschen Spaltung in ihren einzelnen Phasen nachzeichnen wollte. Knapper lassen sich die einzelnen Streitpunkte darstellen, welche dieses Scheitern verursacht haben. Dabei sind wir freilich vorläufig auf die Kenntnis der äußeren Vorgänge, der veröffentlichten Urkunden und der Mitteilungen der verantwortlichen Persönlichkeiten angewiesen. Die letzten Motive und Zusammenhänge können wir vorläufig nur vermuten.

In dem Prozeß der nationalen Spaltung lassen sich ziemlich deutlich drei Phasen unterscheiden: 1. die Zeit der Hauptverantwortung der vier Siegermächte (1945—1952), 2. die Zeit der Berliner und Genfer Konferenzen bis zum Eintritt der Bundesrepublik in die Nato (1952—1955) und 3. die seitherige Endphase bis heute.

Wir wissen, daß die geplante Aufteilung Deutschlands auf den Kriegskonferenzen der Großen Drei wiederholt behandelt wurde, ohne daß man sich auf Beschlüsse einigte. Erst auf der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 erfolgte die Zweiteilung der Provinz Ostpreußen zwischen der Sowjetunion und Polen und die Übereignung der übrigen deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie an Polen. Für den Rest des Reichsgebietes, in dessen Besetzung sich die Siegermächte teilten, sagte das Potsdamer Abkommen: „Während der Zeit der Besetzung ist Deutschland als ein einheitliches wirtschaftliches Ganzes zu betrachten. Zu diesem Zweck ist eine gemeinsame Politik festzusetzen." Bezüglich der politischen Einheit wurde beschlossen, zunächst zwar keine gesamtdeutsche Regierung zu schaffen, jedoch alsbald Staatssekretariate ins Leben zu rufen, um die Einheit Deutschlands auf diese Weise aufrecht zu erhalten. Ein „Rat der Außenminister" wurde als Kontroll- und Koordinationsinstanz für die entsprechenden Maßnahmen und für die Vorbereitung eines Friedensvertrages geschaffen.

Die französische Regierung, die auf der Potsdamer Konferenz nicht vertreten war, betrachtete sich nicht an deren Abmachungen gebunden. Paris widersetzte sich jeder zentralen Verwaltung Deutschlands; es forderte die Loslösung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes vom übrigen Deutschland sowie die dauernde Besetzung des linken Rheinufers durch die Alliierten. Demgegenüber schlug Molotow eine Viermächtekontrolle des Ruhrgebietes vor und verlangte die Zahlung von Reparationen in Höhe von 10 Milliarden Dollar aus ganz Deutschland (auf Grund des Geheimprotokolls von Yalta) sowie die zentrale Durchfüh-

rung der Potsdamer Beschlüsse über Abrüstung, Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Auflösung der Kartelle. Es war also eindeutig die französische, nicht die sowjetische Regierung, die sich jeder einheitlichen Verwaltung der deutschen Gebiete in den Weg stellte, getreu dem alten französischen Grundsatz der Schwächung des östlichen Nachbarn durch Zersplitterung. Entgegen einer planmäßig ausgestreuten Legende haben sich die Sowjets weitaus am entschiedensten für gesamtdeutsche Lösungen eingesetzt. Daß sie dies nur in der Hoffnung getan haben sollten, den kommunistischen Einfluß auf ganz Deutschland auszudehnen, ist eine durch nichts zu belegende Behauptung, die der politischen Urteilskraft der Sowjets eine schlechte Note ausstellt.

Deutschland nur Objekt der Siegermächte?

Immer mehr geriet das besiegte deutsche Volk in den politischen Malstrom der Ost-West-Spannungen, die in der Korea-Krise bis hart an den heißen Krieg führten. Im Hinblick auf den drohenden globalen Weltkrieg, in dessen Aufmarschgebiet Deutschland liegen mußte, beeilten sich West und Ost, ihr deutsches Glacis politisch und wirtschaftlich fest in die Hand zu bekommen und militärisch auszunutzen, und sie fanden in Konrad Adenauer einen eifrigen Partner für ihre militärisch-politischen Integrationspläne. Schon in das Jahr 1946 fallen die ersten maßgebenden Äußerungen über den geplanten Zusammenschluß der drei Westzonen. Vergebens warnte im November 1947 Walter Lippman vor der sich abzeichnenden Entstehung eines westdeutschen Separatstaates. Er meinte, man werde schwerlich einen deutschen Politiker finden, der einen solchen Plan bei der national gesinnten Bevölkerung durchsetzen werde. „Die einzigen wirklichen Ausnahmen bilden", so schrieb der bekannte amerikanische Kommentator, „einige Parteien in Bayern und im Rheinland, die die Erben einer alten separatistischen Tradition sind." Lippman täuschte sich. Er überschätzte die nationalen Kohäsionskräfte in diesem politisch so unsteten Volk. Auf dem Wege über den Zonenbeirat, den Länderrat, die Bi-Zone und die Tri-Zone kam es am 18. 8. 1948 zum ersten schweren Schlag gegen die deutsche Einheit in Gestalt der westdeutschen Währungsreform. Nicht lange darnach vollzog General Lucius D. Clay auftragsgemäß die Konstituierung der Bundesrepublik, wobei die aus Washington kommenden Weisungen präzise und hart ausgeführt wurden. Präsident Truman hatte den „Kalten Krieg" gegen die bolschewistische Diktatur proklamiert, und Washington rechnete mit einem sicheren Siege der „freien" über die kommunistische Welt. Was wogen demgegenüber die Potsdamer Beschlüsse, die deutsche Einheit und der Ruf nach einem deutschen Friedensvertrag!

Und die Deutschen? Es wäre für die Ministerpräsidenten und Abgeordneten der westdeutschen Länder nicht leicht gewesen, abzusagen. Die Bevölkerung war von Hunger und Mangel bedrückt und hatte andere Sorgen, als sich um Deutschlands Zukunft zu kümmern. Die Bildung des westdeutschen Staates hätte durch aktiven deutschen Widerstand verzögert, aber schwerlich verhindert werden können, denn die Not ist ein harter Zuchtmeister. Aber zulassen und eifrig betreiben sind zweierlei. Es hätte niemals geschehen dürfen, daß aus dem Bonner Staatsprovisorium in der Staats-, Verwaltungs- und Rechtspraxis und im Bewußtsein von Millionen von Westdeutschen ein Definitivum wurde. Die Verfasser des Grundgesetzes waren nicht vom deutschen Volk gewählt worden, sondern von den Landtagen, sie führten nicht den Auftrag des Volkes durch, sondern die Forderungen der westlichen Besatzungsmächte. Auch die Zustimmung zu der neuen Staatsordnung erfolgte nicht durch Volksbefragung, sondern indirekt durch die Landtage. Aber die „normative Kraft des Faktischen" erwies sich auch in der Zementierung dieses neuen Staatswesens, die bei dem deutschen

Hange zur Perfektion besonders gründlich vollzogen wurde. So gründlich, daß viele unserer Politiker und Juristen heute längst vergessen haben, daß die Pflicht zur Wiederherstellung der deutschen Einheit den Artikeln des Grundgesetzes nicht unter-, sondern übergeordnet ist.

Mit der Konstituierung der Bundesrepublik begann die Ausbreitung jener Staatslehre, die man fast als eine neue Staats r e l i g i o n bezeichnen kann und die Millionen von Westdeutschen den Einblick in die Vorläufigkeit ihres staatsbürgerlichen Daseins verstellt hat. Die Theorie von der alleinigen Kompetenz der westdeutschen Regierung, im Namen des ganzen deutschen Volkes zu sprechen, wurde, von Bonner Hausjuristen wie H a l l s t e i n und K a u f m a n n formuliert, seitdem wie ein religiöses Dogma angesehen. Das klingt dann so, wie es B r e n t a n o vor dem Bundestag am 28. 6. 1956 formulierte: „Eine Anerkennung der sogenannten DDR ist unter keinem Gesichtspunkt zu verantworten: Sie wäre für die deutsche Einheit ebenso verhängnisvoll wie für das Schicksal der Zonenbevölkerung und darüber hinaus für eine gesunde Entwicklung der europäischen Staatenordnung und der internationalen Beziehungen überhaupt. Es ist leider ein sehr weit verbreiteter Irrtum, anzunehmen, daß es sich für die Bundesregierung dabei lediglich um eine Prestigefrage oder um einen juristischen Formalismus handele. Es geht vielmehr um eine eminent politische Frage: Die Anerkennung der DDR bedeutet die völkerrechtliche Anerkennung der Teilung Deutschlands in zwei Staaten. Die Wiedervereinigung ist dann nicht mehr die Beseitigung einer vorübergehenden Störung im Organismus unseres gesamtdeutschen Staates; sie verwandelt sich vielmehr in die unendlich viel schwierigere Aufgabe, zwei verschiedene deutsche Staaten zu vereinigen... Darüber hinaus würde die Anerkennung der „DDR" den Verzicht der Bundesregierung auf ihren Anspruch bedeuten, Sprecher des ganzen deutschen Volkes zu sein, ein Anspruch, der in unserer Verfassung erhoben wird und dem sich keine Bundesregierung entziehen kann."

Dieser Monopol-Anspruch der Bundesregierung gründete sich auf die Erwartung, daß die sowjetische Weltmacht früher oder später vor den Ansprüchen des Westens kapituliere und daß dann die „Zone" befreit bzw. auf dem Wege über freie Wahlen der Bundesrepublik eingegliedert werden würde. Dieser Anspruch fand seine logische Ergänzung in der „Hallstein-Doktrin", die jeden Staat mit Abbruch der Beziehungen bedroht, der seinerseits die DDR diplomatisch anerkennen wollte.

Bonn begründet seinen Anspruch damit, daß nur die Bundesregierung, nicht aber die „Machthaber Pankows" aus freien Wahlen hervorgegangen seien. Das ist richtig, sofern man unter „frei" nur das westliche pluralistische Wahlverfahren versteht. Es war von vornherein klar, daß sich die Sowjetunion nicht auf ein Verfahren einlassen würde, dessen Ausgang für Moskau höchst fraglich war, es sei denn, daß dieses Risiko durch westliche Zusicherungen aufgewogen wurde. Auf den Zusammenhang zwischen der Wiedervereinigungs- und der Sicherheitsfrage haben schon früh Prof. Dr. N o a c k und Dr. Karl P f l e i d e r e r hingewiesen. So stellte letzterer am 6. 6. 1952 als Abgeordneter der FDP öffentlich die Frage: „Glauben Sie, daß ein so riesengroßer, so übermächtiger Staat wie die Sowjetunion bereit ist, seine politische und wirtschaftliche Stellung in Deutschland, d. h. eine seiner wichtigsten Stellungen in der Welt überhaupt, von dem ungewissen Ausgang einer Wahl abhängig zu machen, d. h. davon abhängig zu machen, ob die Deutschen so herum oder anders herum abstimmen würden? Und wenn der Ausgang der Wahl nicht ungewiß ist, da anzunehmen ist, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung gegen die Sowjetherrschaft stimmen wird, glauben Sie dann, daß es die Sowjetunion überhaupt zu Wahlen kommen lassen

wird? Niemals! Was aber dann?" Die Frage an die Sowjetunion lautete nach Pfleiderer einfach so: Wie hoch ist politisch der Preis, wie soll das Staatensystem zwischen Ost und West ausgewogen werden, in dessen Mitte das freie und vereinte Deutschland einzutreten hätte? Das war die Stimme des gesunden Menschenverstandes und der politischen Vernunft. Aber Bonns Illusionisten rechneten damit, daß die Sowjetunion bald zusammenbrechen werde. Dann brauchte die Bundesrepublik keinen Preis mehr für die Wiedervereinigung zu zahlen, ebenso wenig wie für einen im Zeichen des westlichen Sieges geschlossenen Friedensvertrag. Bonn hatte Zeit, zu warten, oder glaubte es wenigstens. Inzwischen vollzogen sich im Westen Entwicklungen, von denen man sich angeblich eine Verstärkung der westdeutschen Position auch in der Wiedervereinigungsfrage versprach: Aufrüstung und europäische Integration.

Zurück zu Karl dem Großen

Eine entschiedene Westorientierung kennzeichnete bereits die frühe Nachkriegszeit. Unter der Führung rheinisch-katholischer Kreise wurden die alten abendländischen Ideologien der vor Bismarckischen und der frühen Weimarer Zeit wieder erweckt und der Bevölkerung planmäßig eingeimpft, die nach dem Zusammenbruch der Wertwelt von gestern begierig nach der Version eines Europa aufschaute, in dem die Nationalitäten und Nationalismen Europas, die sich so oft in blutigen Kriegen zerfleischt hatten, eingeschmolzen werden sollten. Die deutschen Träumer bemerkten nicht, daß für diese Konzeption bestenfalls ein Kleineuropa verfügbar war und daß dessen Mitglieder je nach ihren Kriegsschicksalen der Selbstauflösung in einer höheren Einheit mehr oder weniger skeptisch gegenüberstanden. Indem man Träumen nachjagte, lösten sich die Reste dessen, was von der Substanz des Volkes noch übriggeblieben war, in ihre Bestandteile auf, bequeme Rohstoffe für neue Mischungen. Wir wissen nicht, ob ein so nüchterner Mann wie Adenauer jemals ernstlich an die Möglichkeit einer völligen Integration Kleineuropas geglaubt hat. Fest steht, daß er für sie nachdrücklich eingetreten ist und sie den Franzosen direkt angeboten hat. Die einseitige Westpolitik, die heute ihren Kulminationspunkt überschritten hat, trug ihre Früchte: Gebietsverluste konnten vermieden, Servituten konnten abgetragen werden, eine immer enger werdende wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit der Westmächte schuf eine Atmosphäre echter Entspannung. Erst die Geschichte wird die Frage beantworten, ob sie nicht zu teuer bezahlt wurde mit der Einheit des Volkes, dazu mit dem erhöhten Mißtrauen, ja der wachen Feindschaft der östlichen Länder, die unter den Agressionen Hitlers schwerer gelitten haben als der Westen und denen gegenüber die Bundesrepublik bis heute nichts getan hat, um alte Schuld und Schulden abzutragen.

Man hat Adenauer vorgeworfen, daß er die Wiedervereinigung dem Traum einer kleineuropäischen Integration geopfert habe. Manche Entscheidungen und Äußerungen des Bundeskanzlers sprechen dafür; ein exakter Beweis läßt sich indessen nicht führen. Die Bundesregierung hat die Wiedervereinigung bei zahlreichen Gelegenheiten als Ziel Nr. 1 erklärt. Andererseits hat der Bundeskanzler mehrfach die politische Integration mit Frankreich als vordringlichste Aufgabe eines europäischen Zusammenschlusses bezeichnet. Die Frage, welcher Aufgabe die Priorität gebühre, der Wiedervereinigung, der Abrüstung oder der Integration, ist zu verschiedenen Zeiten nach taktischen Gesichtspunkten verschieden beantwortet worden. Beweisbar ist, daß die Bundesrepublik für das Ziel der Integration große materielle und politische Opfer gebracht hat, während sich die Wiedervereinigungspolitik im wesentlichen auf Forderungen und Ansprüche beschränkte. Immer wieder ist der unlösbare Zusammenhang und das Primat der

Beziehungen zum Westen in Bonner Erklärungen zum Ausdruck gekommen. So sagte Brentano am 1. 12. 1955 in seiner Regierungserklärung nach der so enttäuschend geendeten Genfer Außenministerkonferenz: Die Bundesregierung „weiß sehr wohl, daß das Schicksal des deutschen Volkes besiegelt wäre, wenn sie das Vertrauen und die Freundschaft der Bundesgenossen eintauschen wollte gegen das Wohlwollen der Sowjetunion, die zum mindesten für den Augenblick hat erkennen lassen, daß sie dem deutschen Volk eine friedliche und freiheitliche Zukunft verweigern will. Auch durch Drohung und Lockung wird sich das deutsche Volk, davon bin ich überzeugt, nicht dazu verleiten lassen, diese gerade Linie zu verlassen. Deutschland muß sich dabei auch der großen Verantwortung bewußt sein, die ihm für die zukünftige Gestaltung der Ordnung in Europa und in der Welt (!) auferlegt ist." Man hat in Bonn die West- und die Ost-Politik bis heute immer nur als Alternativen begriffen, nicht aber als fruchtbare Möglichkeiten, wie es ein Bismarck und ein Josef Wirth in Rapallo getan haben.

Adenauer hat bei vielen Gelegenheiten und zuletzt beim diesjährigen Bundeswehr-Empfang seine Überzeugung ausgesprochen, daß man mit den Sowjets nur in der Sprache der Stärke reden könne. Die Erfahrungen der deutschen Vergangenheit zeigen aber, daß Stärke mehr eine Gefahr als ein Vorteil ist, wenn sie nicht im Dienste einer geschmeidigen, zähen und geduldigen Außenpolitik steht, wie sie England durch Generationen betreibt und heute die Sowjetunion. Noch schlimmer ist eine Politik der Stärke, wenn man sie ausschließlich militärisch begreift. Während man in Bonn alle Energie und alle Aufmerksamkeit darauf konzentrierte, durch Aufrüstung militärisch stark zu werden, und sich ohne Vorbehalt dem westlichen Militärbündnis einordnete, heimste der Kommunismus ohne große Mühe seine ideologische und ökonomische Ernte ein. Mit Recht hat Amerikas früherer Botschafter in Moskau, George F. Kennan, vor dieser gefährlichen Vereinfachung der Begriffe gewarnt. „Auf dem Kontinent", so führte Kennan 1957 in seinem dritten BBC-Vortrag aus, „hat man sich an die Auffassung gewöhnt, die ihm drohende Gefahr sei rein militärischer Natur und seine Rettung könne nur durch andere kommen. Dieser Gedanke ist den Völkern des Kontinents so vertraut geworden, daß sie bestürzt auffahren, wenn man auch nur andeutet, sie müßten die nötigen Widerstandskräfte in sich selbst finden. Das Westeuropa von 1957 kommt mir vor wie ein Mann, der sich so lange daran gewöhnt hat, mit dem Schwimmgürtel zu schwimmen, bis er selbst gar nicht mehr weiß, daß er auch ohne Gürtel schwimmen kann. ... Wir müssen uns von der fixen Idee losmachen, daß die Russen danach dürsten, Westeuropa anzugreifen und zu besetzen. Die russische Gefahr ist eine Verquickung von militärischer und politischer Gefahr mit dem Ton auf politisch. Wenn die amerikanischen und britischen Truppen nicht mehr auf dem Kontinent stationiert wären, hinge die Verteidigung der kontinentalen Länder in erster Linie ab von der inneren Gesundheit und Zucht ihrer eigenen Gesellschaft."

In dem gleichen Vortrag wunderte sich Kennan darüber, daß die Bonner Regierung mit solcher Entschiedenheit jede Neutralisierung und Entmilitarisierung eines wiedervereinigten Deutschland ablehne, wie dies in der Berliner 12-Punkte-Erklärung vom 29. 7. 1957 geschehen war: „Wäre es nicht denkbar, daß der einzige politisch gangbare Weg zur Wiedervereinigung und Unabhängigkeit Deutschlands gerade darin besteht, daß Deutschland gewisse Einschränkungen seiner Handlungsfreiheit bei der Gestaltung seiner künftigen militärischen Stellung in Europa in Kauf nimmt? Und wenn dem so wäre, ist es dann nicht etwas donquijotisch, sich im Namen der deutschen Freiheit und Unabhängigkeit auf einen Standpunkt zu versteifen, der für Millionen Deutsche, nämlich für die Bevölkerung der Sowjetzone, das restlose Opfer aller Freiheit und Unabhängigkeit

auf unabsehbare Zeit bedeutet?" Eine Fülle von Konzeptionen sind im Laufe dieser Jahre für ein neutralisiertes und entmilitarisiertes Deutschland entwickelt worden, ihre Verfasser sind teilweise ausländische Staatsmänner wie Eden, Gaitskell und Rapacki, sie reichen von Maximalvorschlägen bis zu Projekten einer allmählichen Reduzierung der beiderseitigen Besatzungstruppen. Die Sprecher der Ostblockstaaten einschließlich der DDR sind nicht müde geworden, solchen Plänen Beifall zu spenden, und seit 1955 hat sich Chrustschow immer wieder bereit erklärt, die sowjetischen Besatzungstruppen aus der DDR und einer noch größeren Zone zurückzuziehen und einer entmilitarisierten Inspektionszone zuzustimmen. Vergebens. Die Bundesregierung hatte für alle diese Vorschläge nur ein hartes Nein, unterstützt von den Politikern des Kalten Krieges im Pentagon und State Department. Dabei konnten die militärischen und politischen Argumente der Ablehnung von der Opposition mühelos widerlegt werden, und es wurde jedem aufmerksamen Zuhörer deutlich, daß die vorgebrachten Gründe nicht die entscheidenden sein konnten. Von vielen Seiten ist behauptet worden, daß die Bundesregierung keine Wiedervereinigung wolle, sondern nur die „Befreiung". Eine solche Konzeption ließe sich aus den Äußerungen bundesamtlicher Sprecher lückenlos belegen. Ebenso könnte man aus der Unmöglichkeit der Anwendung militärischer Druckmittel gegenüber den Verbündeten einer Weltmacht schließen, daß man in Bonn den Verzicht auf die Wiedervereinigung allen Konzessionen und Opfern vorziehe. Die Vorstellung, daß man durch die Rückkehr zu gemeinsamen wirtschaftlichen und politischen Ausgangspunkten, wie sie 1945 in allen neugegründeten Parteien und allen deutschen Regionen zweifellos vorhanden waren, eine Annäherung der Standpunkte zwischen den Gesellschaftsordnungen der beiden deutschen Staaten erreichen könne, ist offensichtlich in den maßgebenden Kreisen der Regierung und der Regierungspartei nicht vorhanden. In Bonn denkt und handelt man nach der Parole: Alles oder nichts. Heute, zehn Jahre nach der nationalen Spaltung, ist erwiesen, daß diese Alternative falsch war.

Wiedervereinigung Sache der Deutschen

Der gesunde Menschenverstand und geschichtliche Erfahrungen mußten zu dem Ergebnis führen, daß die Überwindung einer durch fremde Mächte verursachten nationalen Spaltung in erster Linie Sache der Deutschen sei. Das war vor der Gründung der beiden deutschen Staaten noch die allgemeine Auffassung, sie führte zu dem Streben nach Zusammenschluß der zonalen Institutionen und Parteien trotz der Erschwerungen und Einsprüche der Besatzungsmächte. Typisch ist dafür das Schicksal der Münchener Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten vom 6.—9. 6. 1947: sie mußte infolge der Weisungen der Besatzungsmächte ergebnislos abgebrochen werden. Als dann nach der Gründung der beiden Teilstaaten die Trennungsmauer immer höher wurde, bemühten sich nationale Kreise trotz aller Gefährdung und Diffamierung um Aufrechterhaltung der Beziehungen. Institutionelle Kontakte blieben auf „technische" Gebiete wie Wirtschaft, Verkehr und Sport beschränkt. Im übrigen existierte für die Bundesrepublik keine DDR. Deren Institutionen aber, die im Gegensatz zu Bonn nicht den Anspruch erhoben, im Namen aller Deutschen zu sprechen, wurden nicht müde, immer neue Vorschläge für die Wiedervereinigung an die Institutionen der Bundesrepublik zu richten. Weit über hundert solcher Vorschläge wurden im Laufe von zehn Jahren gemacht, die sämtlich in Bonn ignoriert und in der Bundespresse nur registriert oder attakiert wurden. Die offizielle Volkskammerdelegation, die im Jahre 1952 an die Bonner Parlamentstüren klopfte, wurde in entehrender Weise empfangen und abgefertigt. Nicht ein einziges Mal machte die Bundesregierung kon-

struktive Vorschläge, grundsätzlich ging sie über alle Vorschläge von oppositioneller und ausländischer Seite zur Tagesordnung über.

Von 1945 bis 1958 hat die Sowjetunion an der These festgehalten, daß die Wiedervereinigung eine berechtigte Forderung des deutschen Volkes wie auch der politischen Vernunft sei. Andererseits hat sie sich von Anfang an dagegen gesträubt, daß diese Wiedervereinigung auf „mechanischem Wege", d. h. durch Wahlen erfolgen solle, ohne Rücksicht auf die berechtigten Sicherheitsbedürfnisse der anderen europäischen Völker. Nach sowjetischer Auffassung, die sich bis heute nicht geändert hat, ist die Lösung der deutschen Frage untrennbar mit dem Abschluß eines deutschen Friedensvertrages verbunden, der wiederum den künftigen militärischen und politischen Status Deutschlands bestimmen müsse. Aus diesem Zusammenhang erklärt sich die vielzitierte sowjetische Note vom 10. März 1952, welche die Umrisse eines Friedensvertrages aufzeichnete und in der es wörtlich hieß: „Es versteht sich, daß ein solcher Friedensvertrag unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, ausgearbeitet werden muß. Hieraus folgt, daß die UdSSR, die USA, Großbritannien und Frankreich, die in Deutschland Kontrollfunktionen ausüben, auch die Frage der Bedingungen prüfen müssen, die die schleunigste Bildung einer gesamtdeutschen, den Willen des deutschen Volkes ausdrückenden Regierung ermöglichen." Aus dem anschließenden Notenwechsel mit den Westmächten entwickelte sich die Berliner Viererkonferenz vom Januar/Februar 1954, auf der Molotow am 4. 2. 1954 seinen berühmten Vorschlag über die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen machte. Niemals seit 1945 war das deutsche Volk seiner politischen Einigung so nah wie zu diesem Zeitpunkt, wo nach dem Tode Stalins ein noch ungefestigtes Moskauer Regime dringend daran interessiert war, die mitteleuropäische Konfliktzone durch die Bildung eines neutralisierten und entmilitarisierten Deutschland zu pazifizieren. Heute sind sich fast alle Sachkenner darüber einig, daß damals die Wiedervereinigung zum Greifen nahe war. Aber die Bundesregierung wollte erst „noch stärker werden", sie verlangte volle Entscheidungsfreiheit, d. h. Aufnahme der „Sowjetzone" in den Westblock. Man betrieb in Bonn, trotz nachdrücklicher Moskauer Warnungen vor den Konsequenzen, den Eintritt Deutschlands in die EVG. Eine letzte Chance zur Umkehr bedeutete die Ablehnung des EVG-Vertrages durch die französische Kammer. Aber die Bundesregierung verfolte nur um so eifriger, unterstützt vom State Departement, die Eingliederung der Bundesrepublik in die Nato.

Auf der Genfer Gipfelkonferenz vom Juni 1955 beschlossen die vier Regierungschefs u. a. die vielzitierte Direktive: „Die Regierungschefs, im Bewußtsein ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Lösung des deutschen Problems und die Wiedervereinigung Deutschlands, sind überein gekommen, daß die deutsche Frage und die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen sowohl im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes als auch im Interesse der europäischen Sicherheit gelöst werden sollen." Diese Formel entsprach genau dem Standpunkt, den Moskau schon früher eingenommen hatte, indem die deutsche Frage ausdrücklich in Beziehung zu den Interessen der europäischen, d. h. auch der sowjetischen Sicherheit gebracht wurde. Aber der Bundeskanzler, der bald darauf Moskau besuchte, war nicht bereit, über Neutralität und Rüstungsbegrenzung mit sich reden zu lassen. So mußte auch die Genfer Außenministerkonferenz scheitern. Die Vorschläge Molotows über beiderseitigen Truppenabzug, Rüstungsbegrenzung und Sicherheitsgarantien wurden von den Westmächten ebenso verworfen wie die Bildung eines Gesamtdeutschen Rates, der die Wiedervereinigung vorbereiten sollte. Molotow erklärte, die Deutschen müßten jetzt selbst eine gemeinsame Sprache finden und die Lösung der Wieder-

vereinigung selbst in die Hand nehmen. Wenn die Sowjetunion auf der Berliner Konferenz allgemeine Wahlen für Deutschland als möglich erachtet habe, so sei zu berücksichtigen, daß seitdem fast zwei Jahre vergangen seien und die Lage sich infolge der Pariser Abkommen ernstlich geändert habe.

Seit dieser Zeit ist die Moskauer Regierung unverändert bei ihrer Weigerung geblieben, an der Wiedervereinigung mitzuwirken. Sie hat jedoch wiederholt ihre guten Dienste als Vermittler zur Verfügung gestellt. Merkwürdigerweise gibt es trotz dieser eindeutigen Haltung der sowjetischen Weltmacht, selbst in maßgebenden Kreisen, immer noch Unbelehrbare, die vorgeben, an einen Gesinnungswandel Moskaus zu glauben. Angesichts der klaren Sprache der Dokumente kann die Behauptung nur als leichtfertige Ausrede bezeichnet werden, daß das sowjetische Angebot nur Propagandazwecke verfolgt habe. Wenn man das aber in Bonn glaubt, warum hat man dann die Sowjetunion nicht beim Wort genommen und sie damit vor aller Welt entlarvt? Viel näher liegt die Vermutung, daß man die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Vorschläge kannte und sie ablehnte, weil man diesen Weg nicht beschreiten wollte.

In Ost und West ist oft die Frage gestellt worden, wie es möglich war, daß die Mehrheit des deutschen Volkes dieser Entwicklung tatenlos zusah. Wir Westdeutsche wissen, warum. Berauscht vom Wirtschaftswunder, mißtrauisch gegen alle „Experimente" und betäubt von einer hämmernden Propaganda sind die meisten Menschen gar nicht zum Bewußtsein dessen gelangt, was mit ihnen geschah. Eine pausenlose antikommunistische Demagogie verstand den Westdeutschen einzureden, daß man mit Kommunisten keine Verträge schließen könne, daß der Weltbolschewismus Europa jeden Tag überrollen könne und daß daher Aufrüstung und Militärbündnisse die einzige Rettung für die „freiheitlich demokratische Grundordnung" seien. Alle Vorgänge in der „Zone des Unrechts" wurden von Anfang an verzerrt und vergröbert geschildert, als Beweis galten die triumphierend registrierten Zahlen der Zonenflüchtlinge, der wirtschaftliche Mangel, die industrielle Ausbeutung der Menschen, die Klassenjustiz. Mit einem solchen Regime zu reden, wurde als verächtlich, ja als verräterisch verurteilt. Die Opfer dieses Gewaltregimes konnte man nur „b e f r e i e n", so wie vor 20 Jahren Österreich, das Sudetenland, die Polendeutschen „befreit" wurden. Wem aber Zweifel aufstiegen, ob das der richtige Weg sei, wer nicht daran glaubte, daß man mit den Trompeten von Jericho die Mauern der Spaltung zum Einsturz bringen könne, oder daß wir Zeit hätten, zu warten, „bis die Stunde schlägt", dessen Gewissen beruhigte man mit den meist einstimmigen deklamatorischen Beschlüssen des Bundestages über das Recht und den Anspruch der Deutschen auf ihre Wiedervereinigung. Unter dem Geschmetter der Propagandafanfaren überhörten die Menschen die allzu leisen Stimmen verzweifelnder Patrioten, die das nationale Unheil seit langem kommen sahen und darauf drängten, alle sich bietenden Möglichkeiten zu Verhandlungen zu ergreifen. Nachdem der internationale Weg durch eigene Schuld verbaut war, blieb jetzt nur noch der nationale Weg des Verhandelns.

D i e K o n f ö d e r a t i o n

Hier beginnt der vorläufig dritte Akt des nationalen Trauerspiels deutscher Spaltung. Die Zerschlagung der K o n f ö d e r a t i o n s i d e e: Wenn schon der indirekte Weg über die vier Großmächte durch die sowjetische Weigerung versperrt war, dann blieb immer noch der Weg direkter Kontaktaufnahme zwischen Bonn und Ostberlin. Diese Forderung des gesunden Menschenverstandes ist in der westlichen Welt längst begriffen worden. Freilich besteht geringe Neigung, den Deutschen bei der Ordnung ihres eigenen Hauses ungefragt Hilfe zu leisten.

Auf der anderen Seite war später, etwa seit 1955, kaum noch zu befürchten, daß die Westmächte eine solche Initiative direkt verhindern würden. Nun, die Herren Dulles, Spaak und Norstad konnten beruhigt sein: der kleindeutsche Machtapparat funktionierte fehlerfrei. Er garantierte dafür, daß die Ansätze zu gesamtdeutschen Kontakten schon im Keim erstickt wurden.

In seiner Neujahrsbotschaft zum 1. Januar 1957 hatte sich Walter Ulbricht für eine Konföderation der beiden deutschen Staaten ausgesprochen. Er berief sich später darauf, daß es der deutsche Bundesminister Schäffer gewesen sei, der diesen Vorschlag bei seinen Berliner Gesprächen 1956 gemacht habe, und daß der Gedanke vorläufiger gesamtdeutscher Institutionen schon wesentlich früher aufgetaucht sei. Bonn antwortet darauf mit der stereotypen Forderung nach freien Wahlen. Bald darauf erklärte sich Chrustschow bei seinem Besuch in Ostberlin für den Konföderationsplan und stellte gleichzeitig fest, daß die Wiedervereinigung nicht auf Kosten der DDR und ihrer sozialistischen Errungenschaften erfolgen dürfe. Das war eine neue und schwierigere Position gegenüber der in den Jahren 1952/55 erklärten Bereitschaft, die noch jungen Einrichtungen der DDR einem gesamtdeutschen Votum zu unterwerfen, vorausgesetzt, daß die europäischen Sicherheitsforderungen im Sinne der Potsdamer Beschlüsse erfüllt würden. Der Plan einer gesamtdeutschen Konföderation wurde in den folgenden Monaten weiter entwickelt. Es entstanden eine Reihe von Konföderationsentwürfen wie die von Plate, Menzel, Meder und Külz, und in den Vorschlägen der beiden Oppositionsparteien für die deutsche Wiedervereinigung tauchten wesentliche Elemente dieser Konföderationsidee auf. Ein neuer Weg schien sich zu öffnen, den mit Geduld und Zähigkeit zu beschreiten einer national gesinnten Regierung zugemutet werden konnte.

Wieder zerschlug die Bundesregierung die Ansätze jeder Initiative, ohne irgendeinen Gegenvorschlag zu entwickeln. Und wieder täuschten Bundestagsentschlüsse über die Ausweglosigkeit jeder anderen Lösung hinweg. Der Beschluß zur atomaren Aufrüstung, die Ablehnung des Disengagements und des Rapacki-Planes zerschlugen die neuen Ansatzpunkte einer gesamtdeutschen Initiative. Mittlerweile hatten sich West und Ost im Stellungskrieg festgefahren, und die Hoffnung auf das „Zurückrollen" der sowjetischen Machtpositionen in Europa hatte einem atomaren Remis Platz gemacht. Erst durch die Initiative Chrustschows in der Berlinfrage vom November 1958 und durch die Vorlegung eines neuen sowjetischen Friedensvertragsentwurfes wurden die starren Fronten wieder aufgelockert. Es folgte eine Kette von Noten, Staatsbesuchen und Konferenzen, und in Camp David zogen die Chefs der beiden Weltmächte einen vorläufigen Schlußstrich unter die Aera des Kalten Krieges. Die deutsche Frage trat von da ab mehr und mehr in den Hintergrund gegenüber den drängenden globalen Problemen der Abrüstung, der Entspannung und der Entwicklungshilfe. Bonn aber hielt unverändert an seinen Doktrinen fest. Das Hauptargument gegen den sowjetischen Friedensvertragsentwurf, das man in Bonn vorbrachte, war der zugemutete Abschluß mit zwei deutschen Staaten, obwohl dieser Entwurf mit Nachdruck auf die Nützlichkeit eines Friedensschlusses für die Wiedervereinigung hinwies. Auf der Genfer Außenministerkonferenz waren beide deutsche Staaten durch Delegationen vertreten, und die Großmächte erwarteten aus diesem Anlaß erste gesamtdeutsche Kontakte. Statt dessen spielte sich das makabre Schauspiel der deutschen Zerrissenheit vor einem internationalen Forum ab. In der Welt festigte sich der Eindruck, daß man in Bonn offensichtlich keinerlei Interesse an der Wiedervereinigung habe und daß alle weiteren ausländischen Bemühungen nur verlorene Liebesmühe sein würden. Nur in Bonn zeigte man sich überrascht, als der indische Ministerpräsident Nehru dieser fast allgemei-

nen Auffassung Ausdruck gab und erklärte, offentsichtlich wolle keine der beteiligten Regierungen die deutsche Wiedervereinigung zu Bedingungen, die jeweils der anderen Seite annehmbar erschienen. Alle Bonner Protesterklärungen und offiziellen Kundgebungen zur Wiedervereinigung, oder, wie der Bundeskanzler neuerdings sagt, zur „Befreiung der Zone", vermögen an diesem Eindruck nichts zu ändern. Dies um so weniger, als die westdeutschen Maßnahmen gegenüber allen Versuchen gesamtdeutscher Kontakte ständig verschärft werden, während gleichzeitig die Wanderprediger einer Lösung der Stärke wie von Guttenberg und Schlamm grünes Licht für ihre Agitation erhielten. Vergebens hat die parlamentarische und außerparlamentarische Opposition immer wieder die Regierung aufgefordert, eigene, realistische Konzeptionen zu entwickeln und ins Spiel zu bringen. Bonns Beitrag zur Entspannung besteht seit Jahren nur aus einer Kette von Ablehnungen: Nein zu allen Konföderationsplänen, Nein zu Disengagement und Rapackiplan, Nein zum Verzicht auf Atomrüstung und Handlungsfreiheit, Nein zu allen Schritten, die der Wiedervereinigung hätten dienen können.

Die Zahl derer wächst ständig, die glauben, daß die Einheit endgültig verloren sei, — und die sich damit abfinden. Es gibt nichts Endgültiges in der Geschichte. Was heute unmöglich scheint, kann übermorgen vielleicht Wirklichkeit werden. Wir sprechen von Möglichkeiten, nicht Wahrscheinlichkeiten. Eines steht jedenfalls fest: von der jetzigen Bundesregierung ist nichts mehr zu hoffen, selbst wenn sich die Chancen von 1952 noch einmal darbieten würden. Über die Motive der Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung ein endgültiges Urteil zu sprechen, ist wohl noch zu früh. Wahrscheinlich ist es, daß dem Bundeskanzler von Anfang an ein in Kleineuropa „integriertes" Kleindeutschland vorgeschwebt hat. Sicher ist, daß zahlreiche Möglichkeiten zur Wiedervereinigung planmäßig versäumt wurden, um keine östlichen Konzessionen machen zu müssen. Sicher ist auch, daß in entscheidenden Augenblicken nicht der Wiedervereinigungsfrage, sondern den Rüstungen und den Europaprojekten die Priorität eingeräumt und dadurch die Spaltung vertieft wurde.

Schuld oder Schicksal? Menschen machen die Geschichte, und Adenauer hat in den vergangenen 14 Jahren Geschichte gemacht. Aber auch die Westdeutschen haben Geschichte machen helfen, indem sie Konrad Adenauer in drei Wahlen eine ständig steigende Unterstützung für seine Politik gewährt haben. Vor dem Richterstuhl der Geschichte werden die Mehrzahl der Westdeutschen einmal zusammen mit ihrem Bundeskanzler stehen.

Das Urteil der Geschichte wird wahrscheinlich wiederum hart sein: Gewogen und zu leicht befunden!

Berichtigung

Professor Gerhard Gollwitzer bittet uns, zu seinem Beitrag in Heft 11/1959 unserer Zeitschrift folgendes mitzuteilen:

Auf Seite 942 ist irrtümlich angenommen, daß das Tragen des Ritterkreuzes auf der Uniform der Bundeswehr in der ursprünglichen Form — also mit Hakenkreuz — gestattet sei. Richtig ist, daß die Verordnung über das Tragen von Orden und Ehrenzeichen das Tragen des Hitler-Ritterkreuzes erlaubt, jedoch in einer veränderten Form ohne Hakenkreuz.

Auf der Tagung der 250 Ritterkreuzträger, die am 24. Oktober in dem dafür zur Verfügung gestellten Katholischen Kolping-Jugendheim stattfand, wurde jedoch von Tagungsteilnehmern der Wunsch geäußert, das Ritterkreuz „so zu tragen, wie es verliehen wurde."

D. Red.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Aus der Weihnachtsbotschaft des Papstes

Die von der KNA verbreitete Übersetzung ist nicht genau genug.

Es fällt auf, daß der Papst den Katholiken die Aktion für den Frieden zur Pflicht macht. Wenigstens in einem Teil der katholischen Presse der Bundesrepublik wurde dieser wichtigste Gedanke der Weihnachtsbotschaft verschwiegen.

Eine Nachprüfung des Augustinus-Zitats ergibt, daß der Papst bemerkenswerterweise von dem langen Satz das weggelassen hat, was das Kriegführen anerkennt, und nur den Teil bringt, durch den die gewaltlose Friedenspolitik bejaht wird. *Franz Rauhut*

„Die letzten Ereignisse haben eine Atmosphäre sogenannter Entspannung geschaffen, die in vielen Seelen die Hoffnungen hat wieder aufleben lassen, nachdem man im Zustand eines verfälschten Friedens, in einer höchst unbeständigen Lage gelebt hat, die mehr als einmal vom Zusammenbruch bedroht war.

Dies alles zeigt, wie die Sehnsucht nach Frieden im Geist aller verwurzelt ist

Damit dieses allgemeine Verlangen unverzüglich in Erfüllung gehen möge, betet die Kirche mit Vertrauen zu Ihm, der die Geschicke der Völker lenkt und die Herzen der Regierenden zum Guten hinwenden kann. Nicht als Tochter der Welt, aber in der Welt lebend und wirkend, so wie sie seit der Frühzeit des Christentums — gemäß den Worten des hl. Paulus an Timotheus — zum Himmel sandte „Gebete und Flehen und Danksagungen für alle Menschen: für die Könige und für alle Machthaber, damit wir ein ruhiges und stilles Leben in aller Frömmigkeit und Würde führen können" (1. Tim. 2, 1—2), ebenso begleitet sie auch heute mit ihrem Gebet alles, was in den internationalen Beziehungen zum ruhigen Verlauf der Begegnungen, zur friedlichen Regelung der Streitpunkte, zur Annäherung der Völker und zur Zusammenarbeit zwischen ihnen beiträgt.

Außer dem Gebet stellt die Kirche ihre mütterlichen Dienste zur Verfügung, verweist auf die unvergleichlichen Schätze ihrer Lehre, spornt ihre Kinder zu tätiger Mitarbeit für den Frieden an, indem sie an die Mahnung des hl. Augustus erinnert: „Es ist ein größerer Ruhm, die Kriege mit dem Wort zu töten als Menschen mit dem Schwert; und der wahre Ruhm ist, den Frieden mit dem Frieden zu erlangen" (S. Aug. Epist. CCXXIX, 2, PL XXXIII 1020).

Dies ist die eigentliche Aufgabe und Pflicht der Kirche, sich für den Frieden einzusetzen, und sie ist sich bewußt, nichts von allem unterlassen zu haben, was ihr zu tun möglich war, um ihn für die Völker und die Einzelmenschen zu sichern. Die Kirche betrachtet mit Wohlwollen jede ernste Initiative, die dazu beitragen kann, der Menschheit neue Trauer, neue Blutbäder, neue unberechenbare Zerstörungen zu ersparen.

Mit solchen Wünschen, mit solchen Gebeten sind wir nun alle wie Maria und Joseph, wie die von den Hügeln um Betlehem herabgestiegenen schlichten Hirten, wie die Weisen aus dem Morgenland vor die Scheune des zur Welt gekommenen Erlösers gelangt.

O Jesus, wie zärtlich ist das Kommen unserer Seelen vor die Einfachheit der Krippe; wie süß und fromm sind unsere Herzen erregt; wie lebhaft wünschen wir alle miteinander bei dem großen Werk des universalen Friedens vor Dir, dem göttlichen Urheber und Fürsten des Friedens, mitzuarbeiten!

In Bethlehem müssen alle ihren Platz finden. In erster Reihe die Katholiken. Die Kirche will sie besonders heute im Einsatz für die Bemühung darum sehen, daß ihre Friedensbotschaft angenommen wird, die eine Aufforderung zu einer völligen Orientierung nach den Vorschriften des göttlichen Gesetzes ist, das die entschlossene Hingabe aller bis zur Aufopferung verlangt. Zur Vertiefung in die Lehre muß sich die Tat gesellen. In keiner Weise können die Katholiken sich auf die bloße Stellung von Beobachtern beschränken, sondern sie müssen sich als mit einem Auftrag des Himmels Ausgestattete fühlen.

Die Anstrengung ist zweifellos langdauernd und ermüdend."

Atomkrieg ist Wahnsinn

Präsident Eisenhower hat am Donnerstag das amerikanische Volk aufgerufen, alle Kräfte dem Weltfrieden und einem wachsenden Wohlstand zu widmen ...

Präsident Eisenhower sagte für das Jahr 1960 den höchsten Wohlstand in der amerikanischen Geschichte voraus. In seiner jährlichen, an den Kongreß gerichteten „Botschaft über die Lage der Union" vertrat der Präsident die Auffassung, die Welt trete gegenwärtig in ein gewaltiges technisches Zeitalter ein, „das Armut und menschliche Not beenden kann." ...

... „Wir müssen danach streben", erklärte er, „den unglücklichen Zyklus von Unheil und Krisen zu durchbrechen, der, wenn er aus der Kontrolle gerät, sich zu einer atomaren Katastrophe, dem Wahnsinn, entwickeln kann". ..

Frankfurter Rundschau vom 8. Januar 1960

Auszug aus der Rede N. S. Chrustschows vor dem Obersten Sowjet am 14. Januar 1960

Für allgemeine und totale Abrüstung

Unsere Partei hat bekanntlich auf ihrem XX. und ihrem XXI. Parteitag die Schlußfolgerung gezogen, daß in der gegenwärtigen Lage nicht mehr eine fatale Unausbleiblichkeit von Kriegen besteht und daß der Krieg ein für allemal aus dem Leben der menschlichen Gemeinschaft ausgeschlossen werden kann und muß. Der klare übersichtliche Weg zur Befreiung der Menschheit von den Katastrophen des Krieges liegt in der allgemeinen und totalen Abrüstung.

Im Auftrag der Sowjetregierung habe ich am 18. September 1959 der Organisation der Vereinten Nationen das Programm der allgemeinen und totalen Abrüstung unterbreitet.

Unsere Vorschläge sind einfach und jedermann verständlich. Sie werden von allen unterstützt, die dahin streben, daß der zweite Weltkrieg der letzte, den die Menschheit durchgemacht hat, sei, und daß es niemals einen dritten Weltkrieg gebe. Um einen neuen Krieg zu verhüten, muß man die Mittel der Kriegsführung vernichten, die Staaten unter solche Bedingungen stellen, wo kein einziger von ihnen die Möglichkeit haben wird, Kriegshandlungen gegen einen anderen Staat zu entfesseln. Eben dies schlägt die Sowjetregierung vor. Unsere Vorschläge sehen die Auflösung aller Streitkräfte und die Vernichtung aller Arten von Waffen vor.

Die Sowjetunion ist selber bereit und schlägt den anderen Staaten vor, die Kriegsministerien abzuschaffen, die Generalstäbe aufzulösen, den Militärdienst aufzuheben. Kurz gesagt, der Sinn unserer Vorschläge geht dahin, den Stand der Streitkräfte und Rüstungen der Staaten praktisch auf Null zu bringen, den Staaten für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und für den Schutz der persönlichen Sicherheit der Bürger nur streng begrenzte, für jedes Land vereinbarte, mit leichten Schußwaffen ausgerüstete Abteilungen zu belassen.

Wir geben der Genugtuung Ausdruck, daß auf der Vollversammlung alle Mitgliedstaaten der Organisation der Vereinten Nationen eine Resulation annahmen, in welcher die Idee der allgemeinen und vollständigen Abrüstung gutgeheißen wird. Der Zehner-Ausschuß, der in kurzer Zeit in die Erörterung der Abrüstungsfragen eintreten soll, ist beauftragt, unsere Vorschläge zu prüfen.

Es ist ferner zu vermerken, daß unsere Partner bei den bevorstehenden Verhandlungen, von denen in erster Linie die Ergebnisse der Erörterung der sowjetischen Abrüstungsvorschläge abhängen werden, aufmerksam die Vorschläge der Sowjetunion aufgenommen haben, obgleich sie ihre positiven Erklärungen mit Vorbehalten, im besonderen hinsichtlich der Errichtung der Kontrolle, versahen. Diese Vorbehalte wundern uns etwas, weil in unseren Vorschlägen alles vorgesehen wird, was notwendig ist, um zuverlässige internationale Kontrolle über die Durchführung der allgemeinen und totalen Abrüstung zu gewährleisten.

Als die Vorschläge zur allgemeinen Totalabrüstung ausgearbeitet und in der Regierung erörtert wurden, kannten wir selbstverständlich ausreichend gut den Standpunkt unserer Partner in bezug auf die Kontrolle und faßten deshalb, wie auch früher, die Vorschläge

über die Kontrolle besonders sorgfältig ab, um eventuelle Einwände auszuschalten und keine Anlässe zu Vorbehalten seitens der Westmächte zu geben.

Und dennoch bekommen wir aufs neue eine Wiederholung der früheren, der Wirklichkeit nicht entsprechenden Behauptungen zu hören, daß die sowjetischen Vorschläge keine genügend wirksame Kontrolle über die Durchführung der Abrüstungsmaßnahmen vorsähen.

Wenn unsere westlichen Partner darum besorgt sind, daß tatsächlich wirksame Abrüstungskontrolle gesichert wird, so begrüßen wir das, denn dies ist auch unser Standpunkt. Die Sowjetunion ist für strenge internationale Abrüstungskontrolle. Die Sowjetunion tritt für ein Abkommen zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung ein, das die feste Gewißheit gäbe, daß keine einzige Seite die Verpflichtungen zur Durchführung der Abrüstung brechen wird.

Unsere Vorschläge sehen die Errichtung einer wirksamen internationalen Abrüstungskontrolle vor, die selbstredend den bestimmten Etappen der Abrüstung entsprechen muß.

Werden aber die Vorbehalte hinsichtlich der Kontrolle von den Westmächten als Kniff gemacht, zu dem Zweck, ein Abkommen zur allgemeinen Totalabrüstung hinzuzögern und danach zu vereiteln, so untergräbt dies natürlich die Hoffnungen auf allgemeine und totale Abrüstung und kann nur die tiefe Enttäuschung der Völker hervorrufen.

Gewisse Leute im Westen behaupten, daß Abrüstung die Wirtschaft der kapitalistischen Länder mit schweren Folgen bedrohe. Man sagt: wird die Erzeugung von Bomben, Kanonen, U-Booten und anderen Vernichtungsmitteln eingestellt, so wird Ruin einsetzen, werden hunderttausende Menschen Arbeit und Existenzmittel verlieren. So können jedoch nur Leute reden, die sich eine Entwicklung der Wirtschaft nicht anders vorstellen können als durch Unterordnung ihrer Interessen unter Kriegsvorbereitung.

Das mindeste, was von derartigen Behauptungen gesagt werden kann, ist, daß sie gänzlich unbewiesen sind. Ich hatte Gelegenheit, mit vielen Vertretern der amerikanischen Geschäftskreise zu sprechen, die in dieser Hinsicht keineswegs einen solch düsteren Standpunkt vertreten und überzeugt sind, daß die Industrie der USA durchaus in der Lage ist, mit der Aufgabe der Umstellung der gesamten Wirtschaft auf Friedensproduktion fertig zu werden.

In der Tat — besteht nicht Grund, zu erwarten, daß die Umleitung der Produktionskapazitäten auf Friedensproduktion es gestatten würde, die von der Bevölkerung erhobenen Steuern rapid zu senken, die Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes zu steigern und zugleich mehr Mittel für den Bedarf des Bildungswesens, des Gesundheitsschutzes und der Sozialfürsorge zu verausgaben? Und würden sich etwa nicht in kolossalem Ausmaß die Möglichkeiten des Außenhandels erweitern, sobald er von den künstlichen Beschränkungen befreit ist, welche von Erwägungen diktiert sind, die mit wirtschaftlichem Vorteil nichts gemein haben? Wieviel Länder gibt es doch auf der Welt, die Bedarf an friedlichen Gebrauchsgegenständen und nicht an Waffen haben! Es unterliegt keinem Zweifel, daß im Falle der Abrüstung die Möglichkeiten des Absatzes von Friedenserzeugnissen auf den Außenmärkten unermeßlich zunehmen würden, die weitesten Perspektiven für die Entwicklung des Welthandels sich erschlössen.

Abrüstung ist nicht für irgendeinen einzelnen Staat oder für eine Gruppe von Staaten von Vorteil; sie öffnet den Weg zu dauerhaftem Frieden und zur Entwicklung der Wirtschaft für alle Länder, für alle Völker.

Ihr Bestreben zur Lösung des Abrüstungsproblems hat die Sowjetunion nicht nur mit Worten, sondern auch durch Taten unter Beweis gestellt. Gleich nach dem Ende des zweiten Weltkriegs wurde in unserem Lande eine umfassende Demobilisierung der Streitkräfte vorgenommen. In den darauffolgenden Jahren hat die Sowjetunion ihre Militärstützpunkte auf Territorien anderer Staaten restlos liquidiert.

Die Sowjetunion ging weiter. Bestrebt, dem Wettrüsten ein Ende zu setzen und raschest an praktische Abrüstungsmaßnahmen zu gehen, hat unser Land eine weitere Einschränkung seiner Streitkräfte durchgeführt. Es ist bekannt, daß in den letzten vier Jahren die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte der Sowjetunion einseitig um insgesamt weitere 2 140 000 Mann eingeschränkt worden ist.

Die sowjetischen Truppen wurden aus der rumänischen Volksrepublik weggeführt; bedeutend verringert wurde die Zahl unserer Truppen, die sich im Einklang mit den be-

stehenden Abkommen in der Deutschen Demokratischen Republik, in der Volksrepublik Polen und in der Ungarischen Volksrepublik befinden.

Ich möchte den Deputierten des Obersten Sowjets darlegen, wie sich der zahlenmäßige Bestand unserer Streitkräfte in den letzten mehr als 30 Jahren verändert hat.

Nach der Beendigung des Bürgerkriegs demobilisierte die Sowjetregierung den Hauptbestand der Armee und nahm deren Reorganisation vor. Als Ergebnis befanden sich im Jahre 1927 in den Reihen der Roten Armee und der Kriegsflotte 586 000 Mann. Das war in gewissem Maße durch die Umstände der internationalen Lage jener Zeit bestimmt.

Die Aggression des japanischen Imperialismus im Fernen Osten und die faschistische Machtübernahme in Deutschland waren die Ursache der Vergrößerung unserer Streitkräfte, die bis zum Jahre 1937 auf 1 433 000 Mann gebracht wurde.

Danach, in Anbetracht des Beginns des zweiten Weltkriegs, der eine unmittelbare Gefahr des Überfalls auf die Sowjetunion seitens Hitlerdeutschlands schuf, wurden unsere Streitkräfte noch vergrößert und erreichten bis zum Jahre 1941 die Stärke von 4 207 000 Mann.

Der wortbrüchige Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion und der ausgebrochene vierjährige blutige Krieg nötigten uns, unsere Streitkräfte bis Mai 1945 auf 11 365 000 Mann zu bringen.

Durch die gleich nach Kriegsende durchgeführte Demobilisierung wurde die Zahl der Streitkräfte der UdSSR bis 1948 auf 2 874 000 Personen reduziert. Die Sowjetunion nahm eine bedeutende Reduzierung ihrer Streitkräfte vor, in der Hoffnung, daß die Westmächte sich von den Ideen der Erhaltung des Friedens und der Freundschaft leiten lassen und die zwischen den Ländern der Antihitlerkoalition entstandenen Beziehungen festigen würden. Unsere Hofnungen gingen jedoch nicht in Erfüllung.

Infolge der Bildung des Nato-Blocks im Westen und der Erpressungsversuche mit der Atombombe zu einer Zeit, da wir sie noch nicht besaßen, sah sich die Sowjetunion gezwungen, zur Festigung der Verteidigung für den Fall einer Provokation die Zahl der Streitkräfte zu erhöhen, die sich im Jahre 1955 auf 5 763 000 Mann beliefen.

Im weiteren wurden die Streitkräfte, wie ich bereits berichtete, in der Zeit von 1955—1958 um 2 140 000 Personen reduziert und weisen jetzt einen Stand von 3 623 000 Mann Mann auf.

Soweit die Angaben über den Stand der Streitkräfte der Sowjetunion in den letzten Jahrzehnten.

Ein neuer Vorschlag auf Reduzierung der Streitkräfte der Sowjetunion

Genossen Deputierte! Die Sowjetregierung unterbreitet heute dem Obersten Sowjet einen Vorschlag auf eine neue bedeutende Reduzierung der Streitkräfte der UdSSR. Wir halten es für möglich, diese Reduzierung, ebenso wie früher, einseitig und unabhängig vom Verlauf der Erörterung des Abrüstungsproblems im Zehnerausschuß oder in anderen internationalen Körperschaften durchzuführen.

Der Ministerrat der UdSSR unterbreitet Ihnen zur Erörterung und Bestätigung den Vorschlag, unsere Streitkräfte um weitere 1 200 000 Mann zu reduzieren. Wenn der Oberste Sowjet diesen Vorschlag annimmt, dann werden unsere Armee und unsere Kriegsflotte 2 423 000 Mann aufweisen.

Die Stärke unserer Streitkräfte wird somit unter dem Stand liegen, der in den von den Vereinigten Staaten von Amerika, England und Frankreich bei der Erörterung des Abrüstungsproblems 1956 eingebrachten Vorschlägen genannt wurde. In diesen Vorschlägen war für die UdSSR und die USA ein Niveau der Streitkräfte von 2 500 000 Mann vorgesehen. Wir erklärten uns mit diesem Vorschlag einverstanden und brachten ihn auch unsererseits mehrere Male ein, wobei wir selbstverständlich davon ausgingen, daß dies lediglich der erste Schritt zur Reduzierung der Streitkräfte sein wird. Unter anderem nannten wir diese Zahlen in den Vorschlägen, die die Sowjetregierung der UNO-Vollversammlung im Herbst 1956 eingebracht hatte. Seither sind mehr als drei Jahre vergangen, eine Verständigung in dieser Frage zu erzielen, ist jedoch nicht gelungen. Nunmehr wird der Vorschlag eingebracht, eine Reduzierung der Streitkräfte auf ein niedrigeres Niveau durchzuführen; das tun wir selbst, ohne Verzögerung, ohne Vergeudung von

Zeit und Energie und ohne die Nerven zu strapazieren, wie das in den unendlichen Debatten mit unseren Partnern über die Abrüstungsfrage geschieht.

Wir bringen die Überzeugung zum Ausdruck, daß die Genossen Deputierten den Vorschlag, den die Regierung der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR zur Prüfung unterbreitet, allseitig erörtern und die Beweggründe richtig verstehen werden, von denen sich das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und die Sowjetregierung dabei leiten lassen.

Jeder sowjetische Bürger, und um so mehr der vom Volk gewählte Deputierte des Obersten Sowjets, sorgt sich vor allem um die Sicherheit seiner Heimat, um die Wahrung der Errungenschaften der Revolution und die Gewährleistung des erfolgreichen Aufbaus des Kommunismus in unserem Lande. Die erste Frage, die sich im Zusammenhang mit den eingebrachten Vorschlägen ergibt, ist daher die Frage, ob die Verteidigungskraft unseres Landes nach Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen genügen wird? Warum beantworten wir zu einer Zeit, da unsere Feinde noch nicht einmal den Ausdruck „Politik der Stärke" ad acta gelegt haben, nicht Stärke mit Stärke, sondern reduzieren wir Armee und Flotte und folglich auch die Rüstungsausgaben? Wie ist das zu erklären? Legen wir nicht gewisse Sorglosigkeit in bezug auf die Sicherheit unseres Landes an den Tag?

Wir haben diese Frage ausführlich und allseitig studiert, uns mit Militärs und mit dem Generalstab beraten und antworten, ohne zu zögern: unsere Verteidigung wird vollauf genügen, und wir berücksichtigen alles real.

Welche Tatsachen gibt es, um diese Berechnungen zu erhärten und einen so verantwortlichen Entschluß zu fassen? Welche Tatsachen gibt es dafür, daß die Deputierten diesen Beschluß in der festen Überzeugung fassen können, daß er der Verteidigungskraft unseres Landes keinen Schaden zufügt?

Unsere Überzeugung von der Richtigkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen beruht darauf, daß die Sowjetunion die Periode einer nie dagewesenen stürmischen Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft durchmacht. Sie beruht auf der unerschütterlichen moralischen und politischen Einheit der sowjetischen Gesellschaft. Die sowjetischen Wissenschaftler, Ingenieure und Arbeiter haben die Möglichkeit gewährleistet, unsere Armee mit solchen Waffen auszurüsten, die den Menschen bisher unbekannt waren: mit Atom-, Wasserstoffraketen und anderen modernen Waffen. Die Entwicklung unserer Wirtschaft und die Errungenschaften des wissenschaftlichen und technischen Gedankens sind es, die die Voraussetzungen geschaffen haben, um eine Reduzierung der Streitkräfte vorzunehmen. Außerdem berücksichtigen wir die Festigung und des Wachstum des mächtigen sozialistischen Lagers, das eine sichere Bastion des Friedens ist.

Als Ergebnis des Triumphs der Leninschen Ideen, des Aufbaus des Sozialismus und der erfolgreichen weiteren Entfaltung des kommunistischen Aufbaus schreitet unser Land jetzt in jeder Hinsicht voran: auf dem Gebiet der Wirtschaft, bei der Hebung des Lebensstandards der Werktätigen, in der Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Kultur. Auf der Basis dieser Erfolge haben unsere Wissenschaftler, Ingenieure und Arbeiter der Verteidigungsindustrie neue modernste Waffen entwickelt, die dem letzten Wort von Wissenschaft und Technik entsprechen. Das gibt uns die Möglichkeit, eine Reduzierung der Streitkräfte ohne Schaden für die Verteidigungskraft des Landes vorzunehmen.

Gestatten Sie mir, Genossen Deputierte, in Ihrem Namen, im Namen der Sowjetregierung und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, allen Wissenschaftlern, Ingenieuren, Technikern und Arbeitern, allen jenen aufrichtigsten Dank abzustatten, die ihr ganzes Wissen, ihre Arbeit für das Wohl unserer Heimat, für die Festigung ihrer Macht eingesetzt haben.

Die Partei, die Regierung und das ganze sowjetische Volk danken herzlichst den Wissenschaftlern, Ingenieuren, Technikern und Arbeitern, dank deren Wissen und Arbeit große Erfolge bei der Entwicklung der Atom- und Wasserstoffwaffen, der Raketentechnik und aller andern Mittel erzielt wurden, die es gestatteten, die Verteidigungskraft unseres Landes so zu steigern, daß sich uns die Möglichkeit bietet, jetzt eine weitere Reduzierung der Streitkräfte vorzunehmen.

Die Sowjetunion hat die erforderliche Menge von Atom- und Wasserstoffwaffen angehäuft. Solange noch kein Abkommen über das Verbot der Kernwaffen erzielt ist, sind wir gezwungen, ihre Produktion fortzusetzen. Natürlich müssen wir für diese Zwecke keine geringen Mittel verausgaben. Vorderhand können wir aber noch nicht ganz auf die

Produktion der Kernwaffen verzichten: ein solcher Beschluß muß das Ergebnis eines Abkommens der Staaten sein, die Kernwaffen besitzen.

Unser Staat verfügt über eine machtvolle Raketentechnik. Die Luftwaffe und die Kriegsflotte haben bei der heutigen Entwicklung der Kriegstechnik ihre frühere Bedeutung eingebüßt. Diese Wafengattung wird nicht reduziert, sondern ersetzt. Die Luftwaffe wird fast ganz durch Raketentechnik ersetzt. Wir haben jetzt die Herstellung von Bombern und anderer veralteter Technik rapid eingeschränkt und werden augenscheinlich eine weitere Reduzierung und sogar Einstellung dieser Produktion vornehmen. Große Bedeutung gewinnt in der Kriegsflotte die U-Bootflotte, während die Überwasserschiffe schon nicht mehr die Rolle spielen können, die sie in der Vergangenheit gespielt haben.

Die Streitkräfte sind bei uns in bedeutendem Maße mit Raketen- und Kernwaffen ausgerüstet. Wir vervollkommnen diese Waffen und werden sie auch weiterhin bis zu ihrem Verbot vervollkommnen.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und die Sowjetregierung können Ihnen, Genossen Deputierte, berichten, daß die Waffe, die wir bereits besitzen, eine furchtgebietende Waffe ist, daß aber das, was jetzt sozusagen direkt vor der Fertigstellung steht, noch vollkommener und furchtbarer sein wird. Die Waffen, die entwickelt werden und sich, wie man sagt, in der Mappe der Wissenschaftler und Konstrukteure befinden, sind ganz unglaubliche Waffen.

Sie alle, Genossen Deputierte, werden wohl damit einverstanden sein, daß man jetzt die Frage der Stärke der Armee nicht so betrachten darf wie noch vor einigen Jahren. Es genügt der Hinweis, daß die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte in unserem Lande seit 1955 um ein Drittel reduziert wurde, ihre Feuerkraft aber dank der Einführung und der Entwicklung der Kriegstechnik neuester Art in derselben Zeit um ein vielfaches gestiegen ist.

Heutzutage wird die Verteidigungskraft des Landes nicht dadurch bestimmt, wieviele Soldaten bei uns unter Waffen stehen, wieviele Menschen den Soldatenmantel tragen. Abgesehen von den allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Faktoren, über die ich bereits gesprochen habe, hängt die Verteidigungsfähigkeit eines Landes in entscheidendem Maße davon ab, über welche Feuerkraft und Zubringermittel das jeweilige Land verfügt.

Die vorgeschlagene Reduzierung wird die Feuerkraft unserer Streitkräfte keineswegs schwächen, und das ist doch die Hauptsache. Im Grunde genommen halten ja die Staaten ihre Armeen dazu, eine entsprechende Feuerkraft zu besitzen, die einem eventuellen Gegner Widerstand leisten und ihn von einem Angriff zurückhalten oder ihm eine entsprechende Abfuhr erteilen könnte, wenn er einen Überfall versuchen sollte.

Die Sowjetarmee verfügt heute über Kampfmittel und eine Feuerkraft, wie keine Armee je besessen hat. Ich unterstreiche nochmals, daß wir bereits soviele Kernwaffen-, Atom- und Wasserstoffwaffen sowie die entsprechenden Raketen zum Zubringen dieser Waffen auf das Territorium des eventuellen Aggressors besitzen, daß wir, wenn irgendein Wahnsinniger einen Angriff auf unseren Staat oder auf die anderen sozialistischen Staaten auslösen würde, das Land oder die Länder, die uns überfallen haben, buchstäblich dem Erdboden gleichmachen könnten.

Jeder nüchtern denkende Mensch versteht gut, daß die Atom- und Wasserstoffwaffen die größte Gefahr für Länder mit starker Bevölkerungsdichte bilden. Im Falle des Ausbruchs eines neuen Weltkrieges würden selbstverständlich in der einen oder anderen Form alle Länder zu Schaden kommen. Wir würden ebenfalls große Leiden zu ertragen haben, es gäbe bei uns viele Opfer, aber wir werden es überleben, unser Territorium ist riesig und die Bevölkerung weniger in großen Industriezentren konzentriert als in vielen anderen Ländern. Der Westen würde unvergleichlich mehr in Mitleidenschaft gezogen werden. Wenn die Aggressoren einen neuen Krieg entfesseln, dann wird er nicht nur ihr letzter Krieg, sondern auch der Untergang des Kapitalismus sein, denn die Völker werden klar erkennen, daß der Kapitalismus eine Quelle des Krieges ist, und sie werden diese Ordnung, die der Menschheit Leid und Unheil bringt, nicht länger dulden.

Wenn man all dies berücksichtigt, dann können sich die Sowjetmenschen ruhig und sicher fühlen: die moderne Bewaffnung der Sowjetarmee gewährleistet vollauf die Unbezwingbarkeit unseres Landes.

Unbezwingbarkeit ist natürlich ein ziemlich relativer Begriff. Man darf doch nicht vergessen, daß unsere Gegner — und einige Staaten nennen sich selbst unsere Gegner — ohne ihre militärischen und politischen Ziele zu verheimlichen, nicht auf der Stelle treten werden. Wenn diese Staaten heute noch keine solche Mengen von Raketen besitzen wie wir, und ihre Raketen auch weniger vollkommen sind, so haben sie doch die Möglichkeit, diesen zeitweiligen Rückstand aufzuholen, ihre Raketentechnik zu vervollkommnen und uns vielleicht früher oder später einzuholen.

Die USA zum Beispiel haben sich die Aufgabe gestellt, die Sowjetunion im Laufe von fünf Jahren in der Raketenproduktion einzuholen. Sie werden sich natürlich alle Mühe geben, die Raketentechnik aus dem Zustand herauszubringen, in dem sie sich jetzt befindet, und eine bessere Lage zu erreichen. Es wäre aber naiv zu denken, daß wir in dieser Zeit die Hände in den Schoß legen werden. In den USA selbst sagen ja die Leute: Nun, werden denn die Russen abwarten und Würfel spielen?

Wir werden natürlich alles tun, um die von uns gewonnene Zeit in der Entwicklung der Raketenwaffen auszunützen und, solange kein internationales Abkommen in der Abrüstungsfrage erreicht ist, auf diesem Gebiet führend sein.

Es drängt sich jedoch folgende Frage auf: wenn die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß uns einige kapitalistische Staaten auf dem Gebiet der modernen Waffen einholen können, können sie uns dann nicht hinterlistig als erste überfallen, um den Überraschungsfaktor des Überfalls mit einer so gefährlichen Waffe wie der Raketen- und Atomwaffe auszunutzen und so ein Übergewicht zur Gewährleistung des Sieges zu erlangen?

Nein. Die modernen Mittel der Kriegsführung geben keiner Seite solche Vorzüge. Man kann als erster einen Angriff unternehmen, dafür braucht man nicht viel Verstand, eher Unvernunft, und wir legen uns natürlich Rechenschaft darüber ab, daß einige unserer voraussichtlichen Gegner dazu geneigt sind. Nicht selten kann man beobachten, daß die Anhänger der „Politik der Stärke" bald in dem einen, bald in dem anderen Land Hitzigkeit und Eifer an den Tag legen, obwohl doch Hitlers „Lorbeeren", wie man meinen sollte, auf sie abkühlend wirken müßten. Augenscheinlich ist aber das Bewußtsein dieser Persönlichkeiten dermaßen getrübt, daß sie die ernsten Lehren der Geschichte vergessen haben.

Doch nehmen wir einmal an, es würde irgendeinem Staat oder einer Staatengruppe gelingen, einen plötzlichen Angriff auf eine Macht vorzubereiten und durchzuführen, die über Kern- und Raketenwaffen verfügt. Aber könnte die angreifende Seite, sogar wenn man für einen Moment annimmt, daß es ihr gelingt, einen überraschenden Schlag zu führen, mit einem Mal alle Vorräte an Kernwaffen und alle raketentechnischen Anlagen auf dem Territorium des überfallenen Staates vernichten? Natürlich nicht. Der plötzlich überfallene Staat wird, allerdings vorausgesetzt, daß es sich um einen genügend großen Staat handelt, immer die Möglichkeit haben, dem Aggressor eine gebührende Abfuhr zu erteilen.

Wir berücksichtigen, daß sich rund um unser Land ausländische Militärstützpunkte befinden. Wir verteilen daher unsere Raketentechnik so, daß eine doppelte und dreifache Sicherung gewährleistet ist. Das Territorium unseres Landes ist riesengroß, wir haben die Möglichkeit, die Raketentechnik zu zerstreuen und sie gut zu tarnen. Wir schaffen ein solches System, daß man immer, wenn die einen für den Gegenschlag bestimmten Mittel außer Gefecht gesetzt sind, die zweite Garnitur einsetzen und die Ziele von Ersatzstellungen aus treffen kann.

Das alles genügt vollauf, um auf jeden Menschen mit normaler Psyche, auf Menschen, die für ihre Handlungen vor den Völkern verantwortlich und um deren Schicksal besorgt sind, ernüchternd zu wirken. Für Wahnsinnige kann man natürlich nicht bürgen; solche gab es immer und wird es wahrscheinlich auch in Zukunft geben. Man darf nur nicht vergessen, daß, wenn auch in der Vergangenheit der Machtantritt solcher Irrsinniger zu blutigen Kriegen geführt hat, dies jetzt ein mit nichts zu vergleichendes Unglück wäre.

Wie die Mutter beim Verlassen des Hauses dafür sorgt, daß kein Brennmaterial, keine Streichhölzer oder elektrischen Geräte in die Hände eines unvernünftigen Kindes gelangen, das, ohne sich dessen bewußt zu sein, dem Haus und der Stadt gewaltiges Unglück zufügen kann, so müssen die Völker dafür sorgen, daß in Regierungen, Parlamenten und anderen Stellen, von denen die Gewährleistung des Friedens abhängt, keine Menschen

kommen, die sich wahnwitzige verbrecherische Ziele stellen. Es ist große Wachsamkeit der Völker geboten, um Wahnsinnige nicht die Raketen- und Kernwaffen gegen die Menschheit verwenden zu lassen, solange keine Lösung für die Frage der totalen und allgemeinen Abrüstung und folglich der Vernichtung aller Kriegsmittel gefunden ist.

USA: Moskaus Schritt kann zur Entspannung beitragen

Das amerikanische Außenministerium begrüßte am Donnerstagabend die angekündigte Verringerung der sowjetischen Streitkräfte. Diese Verringerung könne eine der Ursachen für die internationalen Spannungen teilweise beseitigen ...

Die Welt vom 14. Januar 1960

Eine gute Sache

Die Erklärung Chrustschows hat im Westen zunächst nur im Hinblick auf den angekündigten Truppenabbau ein Echo gefunden. In London nannte man diesen Schritt eine „gute Sache" ...

Westfälische Rundschau vom 14. Januar 1960

London glaubt an Entspannung

Die Serie von Konferenzen im neuen Jahr läßt nach britischer Ansicht die Hoffnung zu, daß das Jahr 1960 tatsächlich den Auftakt einer weltweiten Entspannung bringen kann. Sowohl von den Besuchen de Gaulles in Washington und London, der Reise Chrustschows nach Paris als auch der west-östlichen Gipfelkonferenz erwartet man in der britischen Hauptstadt ernsthafte Verhandlungen ohne ein „Kernwaffengeklirr" im Hintergrund ...

Frankfurter Allgemeine vom 4. Januar 1960

1960 — das Jahr der Abrüstung

Der sowjetische Partei- und Regierungschef Chrustschow ist der Ansicht, daß 1960 in die Geschichte eingehen kann als das Jahr, in dem damit begonnen wurde, den alten Traum der Menschheit von einer Welt ohne Kriege, Soldaten und Waffen zu verwirklichen. Voraussetzung dafür sei, daß alle Regierungen verständnisvoll an die Aufgabe herangingen, eine allgemeine und vollständige Abrüstung zu erreichen.

. . . Chrustschow nannte die Abrüstung in dem Interview das wichtigste und brennendste Problem der Gegenwart und die „Frage aller Fragen". Alle Nationen „mit Ausnahme einiger Rüstungsindustrieller" seien an einer Regelung des Abrüstungsproblems interessiert. Nach einer Schilderung der sowjetischen Vorschläge für eine totale Abrüstung meinte Chrustschow, er zweifele nicht daran, daß diese Vorschläge von der absoluten Mehrheit der Weltbevölkerung unterstützt würden, wenn man sie allen Menschen in einer Volksabstimmung vorlegte. Im übrigen gab Chrustschow an, die sowjetische Regierung habe alle Versuche mit Atom- und Wasserstoffwaffen beendet und werde sie nicht wieder aufnehmen, es sei denn, die Westmächte begännen wieder mit solchen Versuchen. Die Sowjets seien bereit, noch an diesem Tage ein Abkommen zur Beendigung der Kernwaffenversuche für alle Zeiten zu unterzeichnen ...

Der Mittag vom 4. Januar 1960

Von Bonn zurückgewiesen

Der Vorschlag, daß ehemalige Nazis aus dem öffentlichen Leben der Bundesrepublik ausgemerzt werden sollen, wird in Bonn zurückgewiesen. Denn was wären seine Folgen? Man müßte beim Kabinett der Bundesregierung selbst beginnen, und die ersten zwei Köpfe, die fallen würden, wären die des Vertriebenenministers Professor Oberländer und des Innenministers Dr. Schröder. Wie undenkbar ein solches Vorgehen für die Bundesregierung wäre, mag durch die Tatsache erhellt werden, daß Dr. Schröder rosige Aus-

sichten hat, der Nachfolger Adenauers als Bundeskanzlers zu werden . . . Eine Ausmerzung ehemaliger Nazis würde einige Bundesministerien von höheren Beamten nahezu entblößen . . .

Guardian vom 5. Januar 1960

1959: 38 Atombombenopfer in Hiroshima

Die Ärzte des japanischen „Atombomben-Krankenhauses" in Hiroshima haben am Montag bekanntgegeben, daß im Jahre 1959 wieder 38 Menschen an den Folgen der Atombombenexplosion des Jahres 1945 gestorben sind — acht mehr als im Vorjahr. Unter den Todesfällen von 1959 waren zwölf Leukämie-, elf Leber-, elf Anämie- und vier Lungenkrebskranke. In dem Krankenhaus werden noch 63 Patienten behandelt.

FAZ vom 30. Dezember 1959

Ghana gegen die französische Atombombe

Die Regierung von Ghana appellierte am Dienstag an Papst Johannes XXIII., Frankreich zu einem Verzicht auf seine geplanten Atombombenversuche in der Sahara zu bewegen. Wie der Informationsminister Chanas, Kofi Baako, mitteilte, hat die Regierung Kwame Nkrumah den Papst in einem Telegramm gebeten, persönlich an Präsident de Gaulle zu appellieren, von diesen Versuchen Abstand zu nehmen. „Wenn diese Versuche in Afrika unternommen werden", heißt es in dem Telegramm an den Papst weiter, „werden sie nicht nur die ohnehin schon stark angespannten Beziehungen zwischen den afrikanischen Völkern und Frankreich sowie anderen Kolonialmächten in Afrika noch mehr belasten, sondern auch unsere gesamten Vorstellungen vom Christentum erschüttern."

Neue Zürcher Zeitung vom 14. Januar 1960

Weg von Berija

Mit einem Federstrich hat Chrustschow vor Beginn der Tagung des Obersten Sowjets einen Begriff beseitigt, der für Millionen Sowjetbürger zu einem Symbol des Terrors geworden war.

Die Auflösung des Moskauer Innenministeriums — MWD (Ministerstwo Wnuternich Djel) und die Übertragung seiner Funktionen auf die Ministerien der fünfzehn Sowjetrepubliken, die die „Iswestija" am Donnerstag bekannt gab, muß als neuer Schritt in dem Bemühen aufgefaßt werden, die Erinnerung an die „Gesetzlosigkeit" der Herrschaft eines Berija auszulöschen.

Der Sowjetführer hatte dazu eine gute Vorarbeit geleistet. Schon im Februar 1956 hatte er Innenminister Kruglow abgesetzt, der nach Stalins Tod das Erbe Berijas angetreten und dessen Name in der Sowjetunion keinen guten Klang hatte. Vor einem Jahr mußte General Serow gehen, der für Massendeportationen in der Stalin-Ära verantwortlich war. Er leitete seit 1954 das neugegründete Komitee für Staatssicherheit (KGB), das als zentrale Instanz weiterbesteht.

Die Welt vom 15. Januar 1960

Nicht bloß gelegentliche Torturen

Es steht außer Zweifel, daß de Gaulle und Männer wie Malraux und Justizminister Michelet ehrlich bemüht gewesen sind, den Unmenschlichkeiten in Algerien ein Ende zu machen. Das wichtigste Ergebnis des Berichtes des IRK ist aber, daß sie sich nicht durchsetzen konnten; die Unmenschlichkeiten, insbesondere das Foltern und das Verschwinden von Menschen, gehen im Machtbereich der französischen Algerienarmee in einem Umfange weiter, der es nicht erlaubt, von bloßen gelegentlichen Exzessen zu sprechen. Gerade aus der Nüchternheit dieses Berichtes, der nicht für die Veröffentlichung bestimmt war und auch lokale Besserungen durchaus verzeichnet, wird das deutlich. Und man erinnert sich der vor kurzem von dem Pariser Blatt „Temoigne Chretien" erhobenen

Beschuldigung, daß in Algerien drüben eine Schule bestehe, in der gewissen Kadern der französischen Algerienarmee Kurse im Foltern erteilt würden. Diese Behauptung trug dem Blatt den Tadel des Armeeministers ein, keineswegs aber eine gerichtliche Verfolgung wegen ‚Diffamierung der Armee'.

Die Tat (Zürich) vom 7. Januar 1960

Zeitungsverbot in Paris

Das kommunisten-freundliche französische Massenblatt „Libération" ist am Dienstag mit einem großen weißen Fleck auf der ersten Seite erschienen. An diesem Platz hatte die Zeitung einen Kommentar zu den Berichten des Komitees vom Internationalen Roten Kreuz über die Zustände in den französischen Konzentrationslagern in Algerien veröffentlicht; darin war, wie berichtet, dargestellt worden, daß trotz einer allgemeinen Besserung nach wie vor schwere Grausamkeiten an algerischen Internierten verübt würden. Das Blatt war darauf vom Pariser Polizeipräsidenten im Einvernehmen mit dem Innenministerium beschlagnahmt worden und konnte erst erscheinen, nachdem der Kommentar entfernt worden war.

Das in außenpolitischen Angelegenheiten als offiziös geltende, aber immer wieder beherzt und mutig die Regierung kritisierende Blatt „Le Monde", das die Berichte des Roten Kreuzes als erste französische Zeitung veröffentlicht hatte, tadelt in einer kurzen Betrachtung am Dienstag die Beschlagnahme von „Libération". „Le Monde" schreibt, die Beschlagnahme sei nicht gerechtfertigt, weil der Kommentar bis auf einige Wendungen nicht die Grenzen der Überlegungen überschritten habe, die eine Lektüre der Berichte des Roten Kreuzes auslösen könne.

FAZ vom 6. 1. 1960

In Algerien verhungern Kinder

Knapp eine Woche nach den erschütternden Berichten des Internationalen Roten Kreuzes über Foltermethoden in französischen Gefangenenlagern in Algerien veröffentlichten protestantische und katholische Kirchenführer Frankreichs Einzelheiten über die Lage algerischer „Umgesiedelter", vor allem einiger hunderttausend Kinder ...

... Den erschütterndsten Bericht gab Pastor Jaques Beaumond, der Leiter einer evangelischen Wohlfahrtsgruppe in Frankreich: „In einem Lager sah ich fünf Kinder, die buchstäblich vor Hunger starben. In einem anderen gab es Kinder, die so ausgemergelt waren, daß man die Knochen durch die Haut an den Beinen schimmern sah. Es gab rachitische Kinder und Kinder, die sich von der Malaria geschüttelt am Boden wälzten, aber kein Chinin, um ihre Schmerzen zu lindern, keine Decke, um sie vor der Kälte zu schützen. Ich sah Lager, in denen es keine einzige Decke gab. Hier und da teilten sich 13 Menschen in einem Zelt eine einzige Decke. Ich fuhr durch Gebiete, in denen kein Stück Vieh, kein Huhn übriggeblieben war. Einmal sah ich, wie Kartoffeln verteilt wurden. Die Menschen waren so hungrig, daß sie nicht einmal abwarteten, bis die Kartoffeln gekocht waren." Ein anderer Kirchenführer berichtete, daß man dort nur 120 Gramm Grieß pro Tag verteile. Zweimal wöchentlich würde zusätzlich für jedes der 1860 Kinder ein halber Liter Milch ausgegeben ...

Die Welt vom 13. 1. 1960

Und in Südafrika ...

Jedes dritte Kind in Südafrika stirbt an den Folgen der Unterernährung, bevor es ein Jahr alt wird. Viele der Überlebenden gehen zugrunde, bevor sie vier Jahre alt werden. Diese erschütternden Angaben sind in zwei wissenschaftlichen Untersuchungen über den Gesundheitszustand farbiger Kinder in der Südafrikanischen Union enthalten. Die Untersuchungen wurden von der medizinischen Fakultät der Universität Natal und von dem nationalen Beratungsausschuß für Ernährung unternommen. Die Symptome der Krankheiten der farbigen Kinder sind unschwer festzustellen, und die Krankheiten sind unschwer auf unzureichende und falsche Ernährung zurückzuführen. Aber die Wurzeln des

Übels liegen tiefer. Da sind die Familien, in denen Mann und Frau ständig beide zur Arbeit gehen, weil die Löhne zu niedrig sind, als daß der Mann allein die Familie ernähren könnte. Das Baby, kaum geboren, wird in den heimatlichen Kral gebracht und von Großmutter oder anderen Verwandten aufgezogen. Die Erkenntnisse der modernen Ernährungswissenschaft sind noch nicht in den Kral gedrungen. Die Nahrung ist dort vor allem durch einen starken Proteinmangel gekennzeichnet. In Tausenden von Fällen, die untersucht wurden, kamen die Kinder unehelich zur Welt, — ein Opfer der Apartheid: Die scharfen Gesetze zur Rassentrennung verbieten es einem Eingeborenen, der bei einem Weißen arbeitet und dort wohnt, zu heiraten und seine Familie nachzuholen.

Deutsche Zeitung vom 5. Januar 1960

Die Bestände der deutschen Bundeswehr

Das westdeutsche Verteidigungsministerium veröffentlichte am Mittwoch seinen Jahresbericht für 1959. Die deutsche Bundeswehr hat mit 240 000 Soldaten zwei Drittel der vorgesehenen Stärke von 350 000 Mann erreicht. Das Heer wird Ende des Jahre 148 000 Soldaten haben. Drei Korpsstäbe mit Korpstruppen, vier Panzergrenadierdivisionen, zwei Panzer-, eine Gebirgs- sowie eine Luftlandedivision stehen der Nato zur Verfügung. Die Umgliederung in Brigaden, die 1958 begonnen wurde, ist praktisch abgeschlossen.

Die Luftwaffe verfügt über 56 000 Soldaten und hat im vergangenen Jahr drei Jagdgeschwader, zwei Aufklärungsgeschwader, ein Transportgeschwader und einen „Matador"-Verband neu aufgestellt.

Bei einem Personalbestand der Marine von 21 000 Mann beläuft sich die Zahl der schwimmenden Einheiten auf 135 Kriegsschiffe und 28 Hilfsschiffe.

Neue Zürcher Zeitung vom 20. Dezember 1959

Etzel über die Verteidigungsausgaben

Der deutsche Finanzminister Franz Etzel sagte in einem Interview mit der „Westdeutschen Allgemeinen" in Essen, die Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik würden in Zukunft jährlich um 1 bis 1,5 Milliarden Mark wachsen. Der Minister betonte ferner, daß die Bonner Regierung zusätzlich zu ihrem bisherigen Hilfsprogramm für die Entwicklungsländer eine weitere Milliarde Mark bereitstellen wird.

Etzel hatte am Mittwoch auf der Sitzung der NATO-Minister erklärt, die Bundesrepublik werde die Planziele der NATO „voll und zügig" erfüllen. In seinem Interview fügte er hinzu, daß dies künftig ständig steigende Verteidigungslasten bedeute. Im Haushalt für 1960 sind von den 42 Milliarden Mark Gesamtausgaben 10 Milliarden für die Bundeswehr bereitgestellt.

Neue Zürcher Zeitung vom 20. Dezember 1959

Rüstungsbudget gewinnt mehr und mehr an Gewicht

In den ersten Monaten des neuen Jahres wird im Ruhrgebiet der „Prototyp" eines mittleren Panzers (30 t mit 10,5-cm-Kanone und rd. 700 l Treibstoffverbrauch je Fahrstunde) deutscher Konstruktion vorgestellt. Nachdem die Leistungsfähigkeit dieser „O-Serie", einige Versuchspanzer, bei der Truppe erprobt ist, wird voraussichtlich noch im gleichen Jahr die erste Serie dieses Standard-Panzers in Auftrag gegeben werden. Jeder Panzer kostet ungefähr 500 000 DM; das Heer benötigt wenigstens 2000 Stück. Bis 1961 werden auch etwas mehr als 2000 Schützenpanzer aus britisch-deutscher Gemeinschaftsproduktion ausgeliefert sein, die jeweils 250 000 DM wert sind. Auch die Ausrüstung der Luftwaffe mit 660 Kampfflugzeugen vom Typ Starfighter F 104 beginnt im neuen Jahr. Ein Starfighter kostet ausgerüstet gut 5,5 Millionen DM, das ist knapp das Dreißigfache des Preises einer Me 109, die vor zwanzig Jahren ein gutes, bekanntes Jagdflugzeug war.

Bis Anfang September 1959 wurden für die Anschaffung von Waffen und Gerät im Wert von 11,14 Mrd. DM mehr als 36 000 Aufträge zentral vergeben. Fast 60 % blieben im Inland, obgleich es zunächst keine geeigneten Produktionsanlagen für ausgesprochene Rüstungsgüter gibt. Heute werden Aufträge für Kraftfahrzeuge, Kriegsschiffe, Pioniergerät,

Werkzeug- und Instandsetzungsgerät für Flugzeuge, Unterkunftsgerät, feinmechanische und optische Geräte und das „weiche Gerät" (Bekleidung, Ausrüstung, Unterkunftsausstattung, Sanitätsgerät und Konsumgüter) fast ausschließlich an inländische Firmen vergeben. Auch die Herstellung der Gewehre, Maschinengewehre und sonstiger Handwaffen sowie aller Munition bis zu 4 cm Kaliber ist deutschen Firmen vorbehalten. Für größere Geschütze werden keine Produktionsstätten aufgebaut, da die herkömmliche Artillerie in wenigen Jahren von Raketen abgelöst wird und zudem der Bedarf mühelos im verbündeten Ausland gedeckt werden kann. Ein Bild für die Größenordnung der Aufträge möge die Aufgliederung der Kraftfahrzeugbestellungen vom Juni d. J. geben, die 1960 abgeliefert werden sollen. Es handelt sich um 5500 Maico-Kraftfahrzeuge (250 ccm Hubraum), 9000 DKW-Jeeps (1000 ccm), 9000 Mercedes-1,5-t-Lkw (Typ Unimog), 6000 MAN- und Mercedes-5-t-Lkw, 2000 Magirus-7-t-Lkw und 2000 Faun-Lkw mit 10 und mehr Tonnen. Allein dieses Kfz-Beschaffungsprogramm kostet rd. 1,5 Mrd. DM.

Internationale Forschung

Kennzeichnend für den Wandel der Auffassungen über das Ausmaß des eigenen Rüstungsbeitrags sind die Vorbereitung oder der Beginn einer eigenen Produktion von schwerem Gerät, besonders von Flugzeugen, Panzern und Raketen. Damit schaltet sich die deutsche Industrie stärker als noch vor wenigen Jahren beabsichtigt in das Rüstungsgeschäft ein. Wenn auch eine autarke Wehrwirtschaft abgelehnt wird, gibt man doch deutlich zu verstehen, daß sich die Bundesrepublik an der Erforschung und Entwicklung moderner Waffen beteiligen müsse, da die Wirtschaft auf die Forschungsarbeiten aus Gründen des internationalen Wettbewerbs nicht verzichten könne. Bisher wurden über 300 Forschungsaufträge vergeben und hierfür 56 Mill. DM gebunden, außerdem 300 Entwicklungs- und Erprobungsaufträge für 600 Mill. DM. Diese Summen werden nach einer Ankündigung des Bundesverteidigungsministeriums noch erheblich steigen, zumal auch mit höheren Beiträgen für die gemeinsame internationale Forschung und Entwicklung zu rechnen sei.

Mit der Herstellung der genannten schweren Waffen wird der Grundsatz aufgegeben, ohne zusätzliche Rüstungsinvestitionen auszukommen. Dabei stellt sich die Frage, wie man angesichts der Vollbeschäftigung Rüstungsaufträge abwickeln kann, ohne die Herstellung ziviler Güter entsprechend einzuschränken oder neue Produktionsanlagen zu bauen?

Minister Strauß hat erklärt, der Wehretat für 1960 habe sich mit 10 Mrd. DM nur durch scharfe Kürzungen und Umdispositionen in der Planung halten lassen, in den nächsten Jahren werde der Verteidigungsbedarf entschieden höher liegen, so hoch, daß es fraglich sei, ob der Mehrbedarf noch aus Steuermitteln gedeckt werden könne. Strauß schlug Anleihen im In- und Ausland vor. Am ehrlichsten wäre jedoch die Finanzierung aus Steuermitteln. Bevor man aber an eine Steuererhöhung denkt, um die Rüstung zu finanzieren, sollten zunächst die Subventionen gekürzt und andere Ausgaben eingeschränkt werden. Auch ohne höhere Steuerlasten fordert die Rüstung von uns ein hartes Opfer, das letztlich nur durch eine kontrollierte Abrüstung aller vermieden werden könnte.

Süddeutsche Zeitung vom 31. Dezember 1959

Munition aus Portugal

Bundesverteidigungsminister Strauß, der sich in Begleitung hoher Militärs zu einem Besuch in Portugal aufhält, besichtigte am Mittwoch einen Flugzeugstützpunkt und einen Marinestützpunkt. Am Dienstag hatte er eine Reihe von Munitionsfabriken besucht und sich von den Betrieben der Braco de Prata beeindruckt gezeigt. Er überreichte eine Ausfertigung des Liefervertrages über 4,5 Millionen Handgranaten und erklärte, die Bundesregierung sei von der Qualität der portugiesischen Lieferungen befriedigt. Nach einem Bericht der Lissaboner Abendzeitung „Diario Popular" hat die Bundesregierung Kriegsmaterial im Werte von 25 Millionen DM in Portugal bestellt.

Deutsche Zeitung vom 14. Januar 1960

Machtmensch Strauß

Sieht man nun, daß es Torheit war, jeden Nazi als Bundesgenossen zu akzeptieren, sofern er nur der westdeutschen Aufrüstung applaudierte? Wir hätten in diesen Wochen

eines verhexten Schicksals glaubwürdig dastehen können, wenn wir nicht mit den Trägern des finsteren Systems paktiert, wenn wir die innere demokratische Restauration über den hirnlosen Anti-Kommunismus gestellt hätten. Spürt man nicht, welche neuerliche Verrohung und Verwahrlosung in den verwirrten Geistern um sich greifen muß, wenn solch ein ungehobelter Machtmensch wie der Strauß scheints unaufhaltsam dem höchsten Staatsamt entgegen-knobel-bechert?

Moritz Pfeil im Spiegel vom 12. 1. 1960

Nicht noch mit Atomwaffen beliefern

Dies ist nicht eine Frage des Wiederauftauchens der Nazis. Die Leute, die für die furchtbaren Verbrechen gegen die Juden verantwortlich waren, sind niemals außer Sicht gewesen. Es sind dieselben Leute, die immer noch keine Reue zeigen . . .

. . . Wie irrsinnig ist es also, daß Staatsmänner jetzt solche Menschen mit Atomwaffen beliefern wollen . . .

Sunday Express 3. Januar 1960

Abschreckung in der Sackgasse

In einer Neujahrsbotschaft stellte Bundesverteidigungsminister Strauß fest, daß sich die westliche Strategie der Abschreckung im vergangenen Jahr bewährt habe. Sie sei auch für die kommende Zeit zur Sicherung der Freiheit und des Friedens notwendig.

. . . Bernhard Brodie, ehemaliger Inhaber eines Lehrstuhles für internationale Beziehungen an der Yale-Universität, sagt in seinem unlängst in den USA erschienenen Lehrbuch „Strategy in the missile age" (Strategie im Raketenzeitalter), daß zur Abschreckungspolitik zwei gehören: einer, der sie betreibt, und einer, der willens ist, dem anderen die militärische Überlegenheit, auf die allein seine Abschreckung sich stützt, auf die Dauer zu belassen. Wenn aber dieser zweite so aufrüstet, daß er das militärische Gleich- oder gar Übergewicht erreicht, dann ist dem ersten die Möglichkeit, abschreckend zu wirken, genommen.

. . . Die Abschreckung hat mithin nicht befriedigend gewirkt, sondern ist, wie Brodie glaubt, zum Säbelrasseln geworden.

. . . Den Westen hat die Abschreckungspolitik in eine Sackgasse geführt . . .

. . . Das Festrennen in der Sackgasse ließ eine Devise wiederaufleben, von der sich das deutsche Bürgertum vor 30 Jahren ins Verderben führen ließ: So gehts nicht weiter; es muß etwas geschehen! — nämlich: Öffnung des versperrten Ausgangs mittels Gewalt. Eifrigster Apostel dieser Lösung ist der auch in der Bundesrepublik als Redner auftretende Deutsch-Amerikaner Schlamm. Ihm dienen Politiker und Militärs, die verharmlosend erklären, die Anwendung atomarer Kampfmittel lasse sich durch vertragliche Abmachungen ausschließen. Brodie bezeichnet solche Behauptungen als „demagogische Heuchelei". Im Atomkrieg könne nur das Präventive den ersten Schlag sichern . . .

Der Mittag vom 8. Januar 1960

Herausforderung

Adenauers Erklärung zu Berlin ist eine direkte Herausforderung für Premierminister Macmillan, der der Ansicht ist, daß in Genf beinahe eine Interimslösung für Berlin erzielt wurde und daß die Fäden bei der Gipfelkonferenz wiederaufgenommen werden sollten. Adenauers Behauptung, daß er volle westliche Unterstützung für seine Ansichten hat, ist deshalb übertrieben . . .

News Chronicle vom 12. Januar 1960

Bundesregierung verliert an Einfluß auf die westliche Politik

Die amerikanische Regierung ist nach Darstellung von zuständiger Seite in Washington „recht unglücklich" über den „öffentlichen Kleinkrieg", der zwischen Bonn und London nach der Berliner Erklärung Bundeskanzler Adenauers ausgebrochen ist. In Washington

wird von hochstehender Seite darauf hingewiesen, daß der Einfluß Adenauers auf die Gestaltung der westlichen Politik im Vergleich zu der Zeit vor einem Jahr zurückgegangen sei. Die USA betrachteten Großbritannien als ihren Verbündeten Nr. 1, und durch Streitigkeiten mit der britischen Regierung laufe Adenauer Gefahr, seine Position auch gegenüber Washington zu verschlechtern.

Die neue Kontroverse hatte sich an der Erklärung Adenauers entzündet, daß die westlichen Vorschläge für eine Regelung des Berlin-Problems, wie sie bei der Genfer Außenministerkonferenz im Sommer unterbreitet wurden, als erledigt anzusehen seien. Weder die britische noch die amerikanische Regierung haben zu dieser Erklärung bisher formell Stellung genommen.

In Washington wird daran erinnern, daß sich der Meinungsgegensatz schon vor Weihnachten, unmittelbar nach der Pariser Konferenz der Regierungschefs der drei Westmächte mit Adenauer, abzeichnete, als ein deutscher Sprecher eine ähnliche Erklärung abgab wie der Bundeskanzler jetzt in Berlin. In Washington wird die Erklärung Adenauers als Versuch empfunden, auf die Gestaltung der westlichen Politik durch öffentliche Erklärungen Druck auszuüben.

In Washington wird erklärt, derartige öffentliche Erklärungen des Bundeskanzlers schadeten seiner Position eher, als daß sie nützen, da sie geeignet seien, die Vorwürfe zu untermauern, die deutsche Politik sei „unelastisch".

Der Mittag vom 15. Januar 1960

Neue Kontroverse in der Berlinfrage

Wenn es schon eines Beweises dafür bedurft hätte, daß die vorweihnachtliche „westliche Gipfelkonferenz" in Paris nichts gelöst und nichts geklärt hat, so wäre er durch die Rede Adenauers vor dem Berliner Abgeordnetenhaus am Montagnachmittag und durch die internationalen Reaktionen auf seine Äußerungen geliefert worden. Die angebliche, in Bonn zunächst als Triumph begrüßte Einigung über die westliche Gipfeltaktik in der Berlinfrage stellt sich nun endgültig als ein Produkt von Mißverständnissen und Unklarheiten heraus: nachdem der Nebel verflogen ist, sieht man heute, daß sich an den tatsächlichen Positionen der Mächte und damit an den Meinungsverschiedenheiten zwischen der Bundesrepublik einerseits und den Angelsachsen anderseits praktisch überhaupt nicht das geringste geändert hat.

In der Hauptstadt der Vereinigten Staaten zeigt man sich über Adenauers Vorprellen schon deshalb betroffen, weil Herter bereits Ende Dezember amerikanischen Korrespondenten gegenüber die Genfer Vorschläge aufs neue als eine für Amerika annehmbare Lösung vertreten — und damit allerhand Stirnrunzeln in Bonn ausgelöst — hatte. Tatsächlich sind die Berliner Äußerungen des Kanzlers offenbar als eine Antwort an Herter gemeint gewesen, als ein fast schon verzweifelt anmutender Versuch, die Westmächte auf die deutsche These festzulegen.

Nicht nur die kühl reserviert amerikanische, sondern noch mehr die offen kritische Londoner Reaktion gibt aber zu verstehen, daß dieser Versuch als gescheitert betrachtet werden muß. Das Foreign Office hat offiziell in dürren Worten festgestellt, daß die britische Position seit der Genfer Konferenz unverändert sei. Londoner Zeitungen, die ihre Stichworte im Außenministerium erhalten, interpretierten Adenauers Erklärungen teilweise sogar als eine direkte Herausforderung Macmillans. Und wenn etwa der diplomatische Korrespondent des konservativen und schon deshalb regierungstreuen „Daily Telegraph" es sogar für nötig hielt, dem Bundeskanzler zu sagen, daß er in dieser Sache aufgehört habe „ein entscheidender Faktor zu sein", dann verrät eine solche Äußerung, auch wenn man sie nicht gerade auf die Goldwaage zu legen braucht, zum mindesten eine offenkundige Verärgerung über das, was man in London augenblicklich als ein Störungsmanöver gegen die erhoffte „Entspannung" empfindet. Vielleicht steckt sogar mehr dahinter als ein Ausdruck der Entschlossenheit, sich notfalls über erwartete deutsche Einwände gegen eine „elastische" westliche Verhandlungstaktik ziemlich unbekümmert hinweg zu setzen.

Die Tat (Zürich) vom 16. Januar 1960

Gefährlich und reaktionär

Mit scharfen Worten äußerte sich Chrustschow über die Entwicklung in der Bundesrepublik. Er erklärte: „In Westdeutschland treten in letzter Zeit immer deutlicher Tendenzen auf, das blutige Hitlerregime reinzuwaschen und gar zu rehabilitieren ... Die jüngsten faschistischen antisemitischen Exzesse sind ein charakteristisches Zeichen für die Verstärkung der Reaktion." Adenauers Sturmlauf gegen jede Erklärung, die der Beseitigung der Reste des zweiten Weltkrieges diene, lasse ebenso wie seine „provokatorische Rede" in Westberlin den Schluß zu, daß er „keine Konsequenzen aus den Lehren gezogen hat, die den deutschen Faschisten erteilt worden sind, und daß er ihren Weg geht. Es ist nicht anzunehmen, daß Adenauer sich um die letzten Lorbeeren Hitlers reißen würde ..." ... Die Politik der Bundesregierung zeige „höchstgefährliche Tendenzen". Wenn sie nicht verschwänden, könnte das zum dritten Weltkrieg führen.

Düsseldorfer Nachrichten vom 2. Januar 1960

Adenauers Versäumnisse

Dr. Adenauer sieht die Nazidrohung direkt unter seiner Nase wachsen. Macht er es zu seiner Hauptaufgabe, sie zu zerstören? Er tut es nicht. Er hat es immer versäumt, es zu tun. Nach all diesen Jahren sind viele Exnazis unangefochten in Machtstellungen. Statt Westdeutschland zu säubern, greift er nach jeder Gelegenheit, um die Gipfelgespräche zu erschweren und den kalten Krieg im Gange zu halten. Man sollte diese beiden Gefahren beobachten — die Besessenheit dieses alten Mannes vom kalten Kriege und die neue Flut eines üblen Nationalismus, die bestimmt wachsen wird, wenn sie jetzt nicht ausgelöscht wird.

Daily Harald vom 13. Januar 1960

Säuberung notwendig

Der amtierende Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland und Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Berlin, Heinz Galinski, erklärte am Montag, die 30 000 in Westdeutschland und Westberlin verbliebenen Juden forderten von der Bonner Regierung eine Überprüfung der rechtsradikalen Organisationen und „aller nazistisch belasteten Personen, die heute in Politik, Justiz, Pädagogik und Wirtschaft tätig" seien. Galinski fuhr fort, die Schändung der Synagoge in Köln sei nicht verwunderlich, solange „durch ihre Vergangenheit belastete Persönlichkeiten die politische Bühne in Deutschland betreten und ganz offen und ungestraft nazistische Parolen verbreiten können" ... Galinski fügte hinzu, der Fall des Euthanasie-Arztes Heyde in Schleswig-Holstein habe bewiesen, „wie maßgebliche Stellen in der Deutschen Bundesrepublik von führenden Nationalsozialisten durchsetzt sind und wie eng sie zusammenarbeiten."

Die Tat (Zürich) vom 30. Dezember 1959

Die Forderungen des Jüdischen Weltkongresses an die Bundesregierung

1. Sofortige Untersuchung der nationalsozialistischen Vergangenheit aller wichtigen Männer in Regierung, Verwaltung, Gericht, Schule und Presse; baldige Veröffentlichung der Ergebnisse.
2. Den Ergebnissen sollen so bald wie möglich Handlungen zur Ausschaltung nationalsozialistischer Elemente folgen.
3. Organisationen mit nationalsozialistischer Tendenz sollten gesetzlich verboten werden. Die bestehenden Gesetze sollten mit dem Ziel überprüft werden, solche Verbote zu ermöglichen.
4. Die finanziellen Quellen nationalsozialistischer Organisationen und Gruppen sollten besonders mit dem Blick auf Auslandsverbindungen geprüft werden.
5. Ausländische antisemitische Flüchtlingsgruppen in Deutschland, wie Ungarn und Ukrainer, sollten scharf überwacht und im Falle antisemitischer Betätigung in ihre Heimatländer deportiert werden.
6. Ein besonderer Zweig der Polizei sollte mit all diesen Aufgaben betraut werden.

7. Noch in Freiheit befindliche nationalsozialistische Kriegsverbrecher sollten schnellstens abgeurteilt werden. Deutsche Gerichte seien geneigt, in ihren Urteilen ungewöhnlich milde zu sein.
8. Früheren Nationalsozialisten sollte keine Pension gezahlt werden.
9. Das Schulsystem sollte im Sinne der Erziehung zur Demokratie und der Unterrichtung über die nationalsozialistischen Verbrechen überprüft werden.
10. Die mit der Bearbeitung jüdischer Entschädigungsforderungen beauftragten Behörden sollten Anweisung erhalten, die Entschädigungsgesetze nicht falsch zu interpretieren.

Die Welt vom 8. Januar 1960

Brentano wurde berichtigt

Bundesaußenminister von Brentano, der den politischen Direktor des Jüdischen Weltkongresses Easterman empfing, erklärte, daß er den Vorschlägen des Jüdischen Weltkongresses grundsätzlich zustimme, und sagte eine sorgfältige Prüfung zu. Er wurde kurze Zeit hinterher durch einen Sprecher des Auswärtigen Amtes berichtigt, der sagte, der Bundesaußenminister sei nicht befugt gewesen, die Vorschläge in „Bausch und Bogen" im Namen des Kabinetts anzunehmen.

Westfälische Rundschau vom 8. Januar 1960

Kein öffentliches Interesse

Bei der alten Kirche auf der Nordseeinsel Pellworm ist schon in der Nacht zum 9. November 1959, wie erst jetzt bekannt wurde, ein Gebäude mit zehn Hakenkreuzen und ein weiteres mit der Aufschrift „Juden raus" beschmiert worden. Die Beschriftungen wurden am Vorabend der 21. Wiederkehr der sogenannten „Kristallnacht" angebracht, mit der die Nationalsozialisten die Judenpogrome öffentlich einleiteten.

Das schleswig-holsteinische Justizministerium hat einen Staatsanwalt zur Feststellung der Täter auf die Insel geschickt, nachdem ein Einwohner Beschwerde dagegen erhoben hatte, daß der Flensburger Oberstaatsanwalt vor Weihnachten die Ermittlungen mit der Begründung einstellen ließ, es handele sich um eine Beleidigung, für deren Verfolgung kein öffentliches Interesse bestehe.

Die Welt vom 5. Januar 1960

Beweise

Der Bonner Korrespondent der amerikanischen Zeitschrift „Newsweek", Peter Webb, führte gestern in einem Artikel als Beweise für die „Nazidrohung" in Westdeutschland folgende Punkte an: Der Bundesinnenminister und der Bundesvertriebenenminister seien Nationalsozialisten gewesen. Ein Drittel der 500 höheren Beamten des Bonner Auswärtigen Amtes hätte bereits unter Rippentrop gedient. Die Polizeipräsidenten von elf Städten im Ruhrgebiet seien frühere SS-Leute. Hunderte von Richtern, die von den Nationalsozialisten ernannt worden seien, befänden sich wieder im Amt.

Westdeutsches Tageblatt 13. Januar 1960

Der Geist des Nazismus

. . . Der konservative Oberhausabgeordnete Lord Boothby ist der Ansicht, daß die Hakenkreuzschmierereien in der Bundesrepublik nicht in erster Linie als antisemitische Äußerungen zu betrachten sind. Wie Lord Bootbhy ausführte, mache ihm vielmehr der Geist des Nazismus Sorge . . .

. . . Was ihm besondere Sorge bereite, sei die Tatsache, daß viele ehemalige Nazis in den deutschen Landesregierungen und in der Bundesregierung hohe Stellungen einnähmen und ehemalige SS-Offiziere in der deutschen Polizei und beim Geheimdienst untergekommen seien . . .

Frankfurter Allgemeine vom 6. Januar 1960

Eine Seuche

Gäbe es heute verborgen im deutschen Volk einen zweiten Adolf Hitler, der in seinem dumpfen Gehirn eine neue Judenverfolgung ausbrütete, er wäre der erste, der die antisemitischen Schmierereien dieser Tage für Wahnsinn halten würde ...

Düsseldorfer Nachrichten vom 2. Januar 1960

Bezeichnende Fälschung eines französischen Filmtextes

Die Berliner jüdische Gemeinde hat ein Aufführungsverbot für die deutsche Fassung des französischen Films „Le Cousins" („Schrei, wenn du kannst") gefordert, da die Synchronisation eine Fälschung an einer wichtigen Stelle vorgenommen habe. Die Stelle im französischen Text, da ein junger Jude von seinen Kameraden durch einen bösen Scherz mit den Worten: „Aufstehen, Gestapo!" aus dem Schlaf gerissen wird, war in der deutschen Fassung abgeändert worden. Aus dem jüdischen Verfolgten des Hitlerregimes wurde ein Ungarnflüchtling gemacht, der nicht mit der Gestapo, sondern mit der Kommunistischen Partei erschreckt wurde. Die Berliner Ausgabe der Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland sieht darin eine charakteristische Tendenz. Hinter dieser „glatten Fälschung bösester Art" könne leicht ein Vertuschungseffekt liegen, der „gewissen Kreisen paßt und genehm ist".

Deutsche Zeitung vom 30. Dezember 1959

Die Wühlarbeit ungarischer Neofaschisten

Unter der Überschrift „Im Bierkeller gärt eine neue Bewegung" berichtete am Samstag die in Düsseldorf erscheinende „Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland", das „American Jewish Committee" habe in seiner an die deutsche Bundesregierung gerichteten Denkschrift auf die Tätigkeit einer Gruppe ungarischer Faschisten in Deutschland hingewiesen.

Das Blatt ist diesen Informationen nachgegangen und berichtet nun, daß der Treffpunkt dieser Gruppe der historische Münchner Bierkeller „Sterneckbräu" sei, bekannt aus den Tagen der Hitlerbewegung. Die Gruppe nenne sich „Hungarische Bewegung" und rufe zur „Vereinigung der Faschisten aller Länder" auf. „Drahtzieher" der „Hungaristen" seien Oliver Ledermüller, Druckereibesitzer in Münschen, Arpad Heney, ein Mitstreiter des ehemaligen faschistischen ungarischen Ministerpräsidenten Szalasi, und Ferenc Tiala, als Pressechef des ungarischen Pfeilkreuzlerregimes 1945 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt und 1956 beim Volksaufstand aus dem Gefängnis befreit. Weitere Mitglieder der Bewegung seien Lajos Marschalko, ein bekannter antisemitischer Hetzer, und der ehemalige General Farkas sowie Geza Alfödi, ehemaliges Mitglied der Szalasi-Regierung.

Wie die „Allgemeine Zeitung" weiter berichtet, sei das Hauptquartier der „Bewegung" das oberbayrische Schloß Teising. Dort sei ein „Institut zur Erforschung neuzeitlicher Geschichte und Gesellschaft" mit einer eigenen Druckerei, einer Bibliothek von 8000 Bänden und einem riesigen Archiv untergebracht, das von rund 50 zahlungskräftigen Personen finanziert worden sei. Im Schloß Teising befinde sich auch die Zentrale für die auf viele Länder verteilten Kader der internationalen Arbeit dieser Faschistenorganisation. Der Antisemitismus stehe in der Propagandatätigkeit obenan. In den mehrsprachig verbreiteten Schmähschriften der „Hungaristen" würden die Juden beschuldigt, alles Unheil in der Welt angezettelt zu haben. Dagegen würden die in Nürnberg verurteilten deutschen Kriegsverbrecher als „die besten Männer Europas" gefeiert.

Neue Zürcher Zeitung vom 10. 1. 60

Ferhat Abbas erhielt keine Einreise

In der nächsten Fragestunde des Bundestages im Januar wird die Bundesregierung Auskunft über ihre Haltung gegenüber dem Ministerpräsidenten der algerischen Exilregierung, Ferhat Abbas, geben müssen. Der Abgeordnete Blachstein (SPD) hat am Montag eine entsprechende Anfrage eingebracht. Darin wird die Bundesregierung

um Auskunft ersucht, warum sie Ferhat Abbas die Einreise in die Bundesrepublik verweigert und ihn am Verlassen des Frankfurter Flughafens gehindert habe. Sie wird ferner gefragt, ob sie dem Algerier die Einreise für eine Behandlung durch deutsche Ärzte gestatten werde.

Göttinger Tageblatt vom 15. Dezember 1959

SPD: „Fall Oberländer" kein gutes Beispeil

Der „Fall Oberländer" ist nach Ansicht der Sozialdemokraten „kein gutes Beispiel für die junge Generation". Der vom Untersuchungsausschuß westeuropäischer Hitlergegner in Den Haag überprüfte Komplex sei trotz seiner Bedeutsamkeit nicht das Kernproblem im „Fall Oberländer", schreibt der SPD-Pressedienst am Dienstag. Unabhängig von den Vorgängen in Lemberg und der Rolle, die Oberländer während und nach diesen Vorgängen gespielt haben möge, bleibe der Tatbestand, daß der jetzige Vertriebenenminister der Regierung Adenauer während des NS-Regimes Rassentheorien und deren Anwendung, „praktisch also die Vertreibung mit anderem Vorzeichen", vertreten habe. Das qualifiziere ihn nicht als Exponenten eines demokratischen Staates. Diese Bedeutung des „Falles Oberländer" müsse klar erkannt werden, wenn man ohne Rückhalt die Fragen beantworten wolle, die der Bundesregierung im Zusammenhang mit den antisemitischen Sudeleien in der letzten Zeit gestellt worden seien. Die junge Generation wolle gute Beispiele. Sie halte die Erklärung des Abscheus gegen antisemitische Aktionen für unglaubwürdig, „solange ein Mann wie Oberländer zur Repräsentanz des demokratischen Staates gehört".

Stuttgarter Zeitung vom 13. Januar 1960

Keine Auskunft ...

Die Daily Mail und der News Chronicle kritisieren das amerikanische Dokumentationszentrum in Westberlin, das genaue Angaben über die Vergangenheit von zehn Millionen ehemaliger Nationalsozialisten enthalte, Zeitungskorrespondenten aber keinen Einblick gewähre. Dies geschehe auf Betreiben Bundeskanzler Adenauers, der eine strenge Zensur über die Vergangenheit eingeführt habe. In diesem Zusammenhang werden die Namen Globke, Oberländer und Schröder genannt.

Deutsche Zeitung vom 14. Januar 1960

Die „Hypothek Oberländer"

Es ist nicht zu bestreiten, und man kann es von ausländischen Diplomaten immer wieder hören, die Erklärungen der Bundesregierung, sie wolle gegen die neonazistischen Vorgänge einschreiten, sind solange nicht oder wenig überzeugend, wie sie sich nicht selbst klar und deutlich von den Auffassungen des NS-Experten Oberländer distanziert. Der Bundeskanzler sei um einen Teil seiner Glaubwürdigkeit gebracht, heißt es allenthalben, solange er den früheren Amtsleiter der NSDAP in seinem Kabinett dulde.

In Bonn wird die Meinung vertreten, die Belastung durch die Vergangenheit dieses Mannes dürfe für das Bundeskabinett schon im Hinblick auf das Verhältnis zu Polen und auch im Hinblick auf mögliche kritische Fragen westlicher Partner, die sie bereits gestellt haben, nicht tragbar sein. In jedem anderen Lande hätte ein derart Betroffener längst die Konsequenzen gezogen.

Der Bundesregierung wird vorgeworfen, sie versuche eine derart weltweite Vertrauenskrise dadurch zu umgehen, daß sie auf die Arbeit eines internationalen Untersuchungskomitees verweist, von dem längst klargeworden ist, daß es ein Rehabilitierungskomitee Oberländer sei. Die Methoden dieser Untersuchungskommission reichten nach Ansicht vieler Bonner Politiker aus, um sie nicht mehr als unparteiisches Gremium anzuerkennen.

Allein schon der Umstand, daß die Kommission vom „Ausschuß für deutsche Einheit" angebotene Originaldokumente aus dem Reichsaußenministerium und dem Oberkommando der Wehrmacht über Oberländer und alle von dem Nationalsozialisten Ober-

länder verfaßten Aufsätze einfach ablehnt, sie nicht einmal zur Kenntnis nimmt, ist ein Beweis dafür, daß sie die einfachsten Grundsätze der Unparteilichkeit längst verletzt hat.

Diplomatische und journalistische Beobachter, welche die Arbeit der Haager Untersuchungskommission aufmerksam verfolgen, sind zu der Überzeugung gelangt, daß die Rehabilitierung Oberländers mit deutschen Wiedergutmachungsgeldern betrieben wird, die in Bonn locker gemacht wurden. Es deutet auf einen politischen Skandal hin, in dessen Netze Professor Oberländer mehr und mehr verstrickt zu werden scheint.

Westfälische Rundschau vom 16./17. Januar 1960

Hellmut Traub, Pfr. Stuttgart, 6. Januar 1960
Herrn
Prof. Dr. Oberländer
Bundesminister
Husarenstraße 30
Bonn / Rhein

Sehr geehrter Herr Minister,

Sie fordern mit Ihrem Schreiben vom 1. 12. 1959 auch mich als Pfarrer auf, „die vorweihnachtliche Zeit zu nützen, um ... Hilfen lebendig werden zu lassen, die geeignet sind, das ostdeutsche Bauerntum seinem Beruf und seiner Lebensform zu erhalten". Sie erinnern dabei an die „Verantwortung denjenigen gegenüber ..., die aus ihrer Heimat vertrieben und verjagt wurden".

Gestatten Sie dazu einige Anmerkungen.

1. Sie führen an, daß Ihr Schreiben „mit Zustimmung Ihrer Oberen" erfolgte. Mir ist davon noch nichts bekannt gegeben worden. Eine diesbezügliche Nachfrage bei der für mich in Frage kommenden Stelle der Ev. Ref. Kirche in NWDeutschland ist bisher noch nicht beantwortet. Doch wird darüberhinaus — und das ist das Entscheidende — auch Ihnen, Herr Minister, bekannt sein, daß für den Diener Jesu Christi nur Jesus Christus selber der „Obere" sein kann, der den Inhalt seines Redens und Tuns bestimmt. Daran ist auch Ihr Schreiben zu messen.

2. Sie wenden sich mit einer Bitte an uns Pfarrer und so an die „Kirche". Weshalb sollte es dieses als legitime Möglichkeit vom Staate aus und für die Kirche nicht geben können? Und zweifellos gibt es keine Not irgendeines Menschen, zu deren Abstellung oder wenigstens Linderung nicht die Gemeinde Jesu Christi gerufen ist. Sie aber, Herr Minister, erteilen mit Ihrer Bitte zugleich die Anweisung, wie, in welcher Richtung, mit welchem Ziel wir diese Hilfe zu geben hätten: die „Erhaltung des ostdeutschen Bauerntums usw....". Das zeigt an, daß es Ihnen gar nicht um die echte Hilfe der Gemeinde, sondern um eine politische Aktion geht. Ihre „Bitte" ist nur eine Form, die Kirche für (Ihre!) politische Ziele einzuspannen. Das entspricht der Praktik aller totalitären Systeme.

Als Ziel geben Sie an — ich wiederhole: — die „Erhaltung" des „Ostdeutschen Bauerntums in seinem Beruf und seiner Lebensform". Ich habe in meiner Gemeinde viel „siedelungswilliges" Bauerntum, freilich jugoslawisches. Eine entsprechende Bitte von Ihnen habe ich nie vernommen. Merkwürdig. Ich will aber auch davon absehen, ob Ihre Bitte in unserer wirtschaftlichen Entwicklung überhaupt sinnvoll ist. Böse aber, Herr Minister, ist der treibende Hintergrund, der bis in die Sprache genau der nationalsozialistischen Ideologie entspricht.

3. Zu solch politischer Aktion sollen wir nach Ihnen die „vorweihnachtliche Zeit nutzen". Das ist die Zeit des Advent. In ihr erwarten im besonderen wenigstens die Christen ihren Herrn, Jesus Christus, den Retter und Richter für alle Menschen in der Welt. Vielleicht erinnern Sie sich, Herr Minister, daran, wie also die „vorweihnachtliche Zeit zu nutzen" ist, nämlich so: „Ihr Mächtigen auf Erden, nehmt diesen König an ... sonst, wenn ihr ihn verachtet und nur nach Hoheit trachtet, des höchsten Zorn euch rührt."

4. Wäre Ihre Bitte um Hilfe echt, dann müßten Sie, Herr Minister, das ausweisen können. Wir, die wir im und mit dem Volk leben, sehen seine Not, wissen, wieviel Menschen, kleine Kinder, noch in Bunkern, unter der Erde, leben; wir erfahren, wie voll die Schul-

klassen sind, wie groß der Lehrermangel. Und Sie wollen uns bitten um die „Erhaltung des ostdeutschen Bauerntums"! Und das tun Sie, der Sie voll mitverantwortlich sind z. B. für die Milliarden, die für die Atombewaffnung ausgegeben werden, und für eine entsprechende Erziehung im militanten Geist. Ihre Bitte mit der sentimentalen Anrufung der „vorweihnachtlichen Zeit" ist eins der vielen Zeichen für den Mißbrauch des Christentums, den Sie mit den „Oberen" unseres westdeutschen Volkes meinen sich leisten zu können. Die Folgen kommen über Sie, und sie beginnen mit den Ereignissen an der Synagoge in Köln und anderswo.

5. Zuletzt: Sie wollen uns zur Hilfe aufrufen für Menschen, die „vertrieben und verjagt wurden".

Herr Minister, die Not jedes dieser Menschen klagt uns alle an, die wir in der Zeit des Nationalsozialismus, dessen Folgen jene tragen müssen, nicht genug getan haben, ihn zu verhindern — aber doch nun Sie im besonderen, der Sie sich im überfallenen tschechischen Staat in Prag haben zum Professor machen lassen, als Ihre tschechischen Kollegen — vertrieben und verjagt wurden. Ihnen war auch bewußt, daß ihnen noch Schlimmeres geschah. Sie, Herr Minister, sind zu solchen Bitten nicht aktiv legitimiert.

Aus diesen Gründen gebe ich Ihnen Ihren Brief beiliegend zurück.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr gez. Traub

Kirche warnt vor „Ein-Mann-System"

Zum Widerstand gegen die Rückkehr des „Ein-Mann-Systems" rief gestern der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, D. Dr. von Thadden-Trieglaff, in einem Ausblick auf das Jahr 1960 auf. Der Kirchentagspräsident betonte, daß die Neigung, zum bekannten „Ein-Mann-System" zurückzukehren, sehr deutsch und heute größer als vor fünfzehn Jahren sei. Nähme sie zu, wäre das unser Verderben.

Westfälische Rundschau vom 31. Dezember 1959

Die Demokraten gähnen

Man kann auch an einer Republik sein Genügen finden, deren maßgebende Mehrheit aus Gleichgültigkeit oder Unverstand beim Leerlauf ihrer Verfassungsinstitutionen das große Gähnen überkommt. Nur sollte man nicht als Demokratie ausgeben, was sich bestenfalls als ein aufgeklärter Absolutismus oder, sofern das Bild besser behagt, als ein patriarchalisch dirigierter Familienverband ausnimmt. Unser Parlamentarismus ist in seiner derzeitigen Kräfteverteilung und „Dienstauffassung" am Ende seines Lateins. Wozu sollen auch alle schönen Reden hüben und drüben nützen, wenn sie doch nichts bewirken. Eine Majorität, die keinen parlamentarischen Solidaritätsgeist gegen die Exekutive mehr entwickelt und sich in der Rolle einer vom Regierungschef nach Belieben kommandierten Palastgarde wohlfühlt, hat die Prinzipien einer „Volksvertretung" längst verleugnet. Auf ihrem Fahnentuch steht Kiesingers trübe Resignation: „Wir werden den alten Herrn doch nicht mehr ändern."

Karl Baal in Der Mittag vom 31. Dezember 1959

Reformatoren vorm Bundeshaus

Nicht darum haben die Wechselentschlüsse des Bundeskanzlers zwischen dem 7. April und dem 4. Juni des vorigen Jahres einen so nachteiligen Eindruck hinterlassen, weil sie einander bis zur Absurdität widersprachen — wie wir bei den Jahresrückblicken unserer Rundfunkanstalten soeben wieder feststellen konnten. Der Widerruf eines Entschlusses muß immer möglich sein, und er war im Fall der Präsidentschaftskandidatur von Adenauers Standpunkt aus vermutlich richtig. Verheerend war der Eindruck deshalb, weil unerbittlich die parlamentarischen Hintergründe beleuchtet wurden. Ein Regierungschef ohne menschliche Wärme und sachlichen Respekt seinen Mitarbeitern und seinem Parlament gegenüber und auch von seiner eigenen Fraktion mehr als Zuchtmeister denn als Vater geehrt. Eine Volksvertretung ohne Stolz auf ihre Rolle als Wahlgremium und

Kontrollorgan und unberührt von dem Willen, die ihr gegenüber der Regierung verliehenen paar Machtvollkommenheiten, etwas das konstruktive Mißtrauensvotum, jemals anzuwenden. Dankbar vielmehr in ihrer Mehrheit, als „Staatspartei" an der Macht zu sein, und dafür auf alles verzichtend, was gerade einer Staatspartei anstünde: die Kontrollfunktion des Parlaments zu wahren; Debatten dann zu erzwingen, wenn sie aktuell und nicht wenn sie der Regierung genehm sind; dem Parlament sein Odium als Abstimmungsmaschine zu nehmen und in den Grenzen des Möglichen wieder zu dem Rang zu verhelfen, den es seinem Namen nach haben müßte — als Stätte der Aussprache zwischen Männern.

Süddeutsche Zeitung vom 2./3. Januar 1960

Brief des Deutschen Klubs 1954 an den bayerischen Kultusminister, Prof. Dr. Theodor Maunz

Sehr geehrter Herr Minister!

Kurz vor Weihnachten hat Ihr Ministerium der Öffentlichkeit von der Einleitung eines Dienststrafverfahren gegen den Ordinarius für Staatswissenschaften an der Universität Würzburg, Prof. Dr. Franz Paul Schneider, Kenntnis gegeben. In der Bekanntgabe wird behauptet, Professor Schneider sei Mitglied von Vereinigungen, „die zu den vom Bundesverfassungsgericht aufgelösten und verbotenen Organisationen gehören oder aus anderen Gründen als staatsfeindlich anzusehen sind". Die Vereinigungen wurden namentlich aufgeführt, unter ihnen auch der Deutsche Klub 1954.

Der Deutsche Klub 1954 ist keine von dem Bundesverfassungsgericht aufgelöste und verbotene Organisation. Nach dem Ministerium soll er aus anderen Gründen als staatsfeindlich anzusehen sein. Diese anderen Gründe werden nicht mitgeteilt oder angedeutet. Nicht der Schatten eines Beweises wird auch nur versucht. Das Ministerium greift die behauptete Staatsfeindlichkeit aus der Luft, es unterstellt, es dekretiert sie. Obschon nur Exekutive, maßt es sich an, in einer leichthin gemachten Pauschalverdächtigung ein schwerwiegendes Verdikt über politische Auffassungen und Vereinigungen zu fällen und eine Zuständigkeit in Anspruch zu nehmen, die allein bei dem Bundesverfassungsgericht und dem Bundesverwaltungsgericht liegt.

Die in keiner Weise begründete Verdächtigung ist absurd und beleidigend. Sie ist geeignet, den Klub in der Öffentlichkeit herabzusetzen und die Würde untadeliger Staatsbürger anzutasten. Sie verstößt gegen das grundgesetzlich anerkannte Sittengesetz, das auch in einer politisch groben, den Rufmord bedenkenlos anwendenden Zeit nicht verletzt werden darf, und mißachtet die von den Häuptern christlicher Kirchen immer wieder erhobene Forderung der Wahrheit. Tatsächlich haben die zweideutigen Formulierungen in der öffentlichen Mitteilung des Ministeriums dazu geführt, daß in den Pressemeldungen vom 24. Dezember der Deutsche Klub 1954 wiederholt als eine zwar nicht verbotene, aber staatsfeindliche Organisation bezeichnet wurde.

Der Deutsche Klub 1954 ist als Organisation der durch das Grundgesetz verbürgten freiheitlichen demokratischen Grundordnung gegründet worden. Die Gründungserklärung vom 6. Februar 1955 stellt dies über jeden Zweifel erhaben klar. Von dieser seiner Magna Charta ist der Deutsche Klub 1954 in keinem Punkte und in keinem Falle abgewichen. Er existiert und handelt in selbstverständlicher, voller Legalität; keine andere Haltung und Handlung würde in seinen Reihen geduldet.

Die Bekanntgabe des Ministeriums erweckt den Eindruck, als ob außerparlamentarische politische Auffassungen und Verlautbarungen, die von den einsamen Beschlüssen des Führers der Bundesrepublik abweichen oder ihnen entgegengesetzt sind, als Äußerungen staatsfeindlicher Gesinnung anzusehen und ihre Autoren als staatsfeindlich zu etikettieren seien. Eine solche Einstellung verstieße gegen die Grundrechte der freien Meinungsäußerung und der Vereinsfreiheit. Sie wäre der Versuch dogmatischer Bindung der staatsbürgerlichen Öffentlichkeit an die eine Politik, wäre politisch exklusiver unduldsamer Orthodoxismus, von dem nur ein Schritt zum Totalitarismus ist, also das Gegenteil einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie wäre vollends unverständlich und abzuweisen in einer Zeit, in der die beklagenswerten Folgen der bisherigen Außen- und Deutschlandpolitik immer deutlicher zutagetreten.

Sollte sich die bayerische Regierungsstelle der Hoffnung hingeben, durch ein Verfahren der von ihr gegen den Deutschen Klub 1954 unternommenen Art einschüchternd auf politisch dissentierende Kreise wirken zu können, so dürfte sie enttäuscht werden.

Weite westdeutsche Kreise verfolgen mit großer Sorge die sich häufenden Anzeichen einer undemokratischen Entwicklung und die Erscheinungen einer zunehmenden Entartung und Verwilderung der politischen Sitten. Im Ausland erwecken diese Vorgänge erneut Mißtrauen, Argwohn und Feindseligkeit gegen Deutschland.

Der von dem bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus unternommene Versuch der politischen Verdächtigung erfüllt den Tatbestand zumindest der üblen Nachrede. Der Vorstand des Deutschen Klubs 1954 verwahrt sich auf das schärfste dagegen. Er warnt das Ministerium, den Klub weiterhin in den Bereich seiner politischen Verdächtigungen einzubeziehen, und wird gegebenenfalls jeder Fortsetzung oder Wiederholung mit den zur Verfügung stehenden Mitteln des Rechts und der Politik entgegentreten. Dabei könnten auch nationalsozialistische Antezedentien einschlägiger Persönlichkeiten nicht außer Betracht bleiben.

In vorzüglicher Hochachtung
Der Vorstand des Deutschen Klubs 1954
i. A. Karl Graf von Westphalen

Flitterwochen des Wirtschaftswunders zu Ende

Das Ende der „Flitterwochen des deutschen Wirtschaftswunders" sagte der amtierende Vorsitzende der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, S c h n e i d e r , für das kommende Jahr voraus.

Schneider wies in einer Erklärung zum Jahreswechsel darauf hin, daß es jetzt besonderer Anstrengungen bedürfe, um Sozialprodukt und Arbeitsproduktivität weiter zu steigern. Millionen von Menschen hätten in der Bundesrepublik bislang am „volkwirtschaftlichen Segen" nur wenig oder gar nicht teilgenommen.

Mit den Schlagworten von der Lohn-Preis-Spirale und vom Wohlfahrtsstaat kann nach Meinung Schneiders nicht mehr argumentiert werden. Vielmehr müßten die Wirtschaft und der Staat die Karten offen auf den Tisch legen, wenn das Sozialprodukt gerecht verteilt werden solle.

Die Welt vom 28. Dezember 1959

Opfer ...

Wenn es nicht zu einer wirklichen, das heißt allgemeinen und kontrollierten Abrüstung kommt, wird man auch an den Militärausgaben nicht sparen können; die Bundesrepublik hat außerdem einen relativ so geringen Militärhaushalt, daß sie zu allerletzt davon etwas abzwacken kann. Die Aufgaben, die auf uns zukommen, und die, wenn überhaupt, dann in sehr kurzer Zeit bewältigt werden müssen, können nicht ohne erhebliche Mehrarbeit oder drastischen Konsumverzicht bewältigt werden. Wer dies nicht zugibt, wer gar von weiterer Steigerung der Verbrauchsmöglichkeiten spricht, kann nicht ernst genommen werden, es sei denn als Propagandist der Verdummung oder der Aufweichung. Ob die Mittel für die Entwicklungshilfe durch Steuern oder sonst wie aufgebracht werden, bleibt sich im wesentlichen Punkte gleich; ohne Konsumverzicht, ohne Einschränkungen wird es nicht abgehen.

Dr. O. B. Roegele in Rheinischer Merkur, Neujahr 1960

„Ehrfurcht vor dem Erreichten" ...

Einen Appell an die Sozialpartner, Ehrfurcht vor dem Erreichten zu haben und dafür zu sorgen, daß Wirtschaft und Währung gesund bleiben, enthält die Neujahrsansprache des Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Hans-Constantin P a u l s s e n. Es sei eine selbstverständliche Pflicht der Unternehmerschaft, nach sozialen Verbesserungen der Arbeitnehmer zu streben. Alles aber finde dort seine

Grenze, wo die Kaufkraft der Währung gefährdet werde. Es sei völlig ausgeschlossen, für die Volkswirtschaft gleichzeitig hohe Lohnforderungen, Arbeitszeitverkürzung und Urlaubsverlängerung zu verwirklichen.

Deutsche Zeitung vom 2. Januar 1960

Riesengewinne an der Börse

Den westdeutschen Kapitalbesitzern hat das Jahr 1959 eine Wertsteigerung ihrer Vermögensanlagen gebracht, die in der deutschen Wirtschaftsgeschichte einmalig ist. Der Durchschnittskurs aller Aktien an der Börse war bereits im Vorjahr von 200 auf 300 vH gestiegen. Bis Ende 1959 ist er auf rund 500 vH geklettert . . .

. . . Mehr als 25 Milliarden DM stellen „echte" Kursgewinne dar. Berücksichtigt man, daß schon die Kurssteigerung im Jahre 1958 einen Wertzuwachs von 14 Milliarden DM brachte, so hat sich das Vermögen der Aktionäre in der Bundesrepublik in einem Zeitraum von nur zwei Jahren auf mehr als das Zweieinhalbfache vergrößert . . .

. . . Die 1,5 Milliarden DM Dividenden, die 1959 ausgeschüttet wurden, stellen nur den kleineren Teil des wirklich erzielten Jahresgewinns dar. Bei fast der Hälfte der Aktiengesellschaften kamen sogar 12 vH und mehr zur Verteilung — bis zum bisherigen Höchstsatz von 24 vH. Da man aus „psychologischen Gründen" eine noch größere Gewinnverteilung in Form der Dividenden verschleiern möchte, sollen nunmehr im kommenden Jahr die Aktionäre zusätzlich „Gratisaktien" erhalten, wozu die Bundesregierung noch steuerliche Vergünstigungen gewährt . . .

Welt der Arbeit von Anfang Januar 1960

20 Zechen wollen schließen

20 Bergbaugesellschaften an der Ruhr wollen wegen der Kohlenkrise Zechen und Teilbetriebe mit einer Förderkapazität von zusammen 12 Mill. Tonnen Kohle im Jahr stilllegen. Dies teilte der Unternehmensverband Ruhrbergbau mit . . .

. . . 44 der insgesamt 114 fördernden Ruhrzechen und damit etwa 34 Prozent der verwertbaren Kohlenförderung sind davon betroffen . . .

. . . Wenn von den eingeleiteten und geplanten Maßnahmen etwa 40 000 Bergarbeiter und Angestellte betroffen würden, so bedeute dies noch nicht, daß alle ihren Arbeitsplatz verlören . . .

Neue Rhein-Zeitung vom 15. Januar 1960

Einbanddecken

für den Jahrgang 1959 der „Blätter für deutsche und internationale Politik" können zum Preis von **3,15 DM** — einschließlich Porto und Verpackung — geliefert werden.

Es schrieben bisher u. a.:

Dr. Walther Ammann - Dr. Günther Anders - Stefan Andres - Prof. Manfred von Ardenne - Prof. Dr. Dr. Hans Bayer - Prof. Dr. Karl Bechert, MdB - Arno Behrisch, MdB - General a. D. Dr. Franz Beyer - Lucie Beyer, MdB - Dr. Achim von Borries - Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner - Klemens Brockmöller S. J. - Dr. Hildegard Brücher, MdL - Dr. Gerhard Caemmerer - Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann - Dr. Wolf Donner - Dr. Helmut Dörr - Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard - Prof. Dr. Fritz Eichholtz - Otto Eisenmann, MdB - Dr. Hermann Etzel - Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick - Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D. - Gertrud von le Fort - Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt) - Major a. D. Hans Moritz von Frankenberg und Proschlitz - Prof. Dr. Wolfgang Friedmann - Prof. D. Emil Fuchs - Dr. Werner Gerth - Albrecht Goes - Prof. Gerhard Gollwitzer - Dr. Dr. Georg Groeninger - Prof. Dr. Walter Hagemann - Prof. Dr. Werner Hahlweg - Prof. Johannes Harder - Prof. Dr. Wilhelm Hasenack - Esther Sophia Hayfron - Dr. Friedrich Heer - Minister a. D. Dr. Arno Hennig - Dr. Elsa Hennings - Dr. Hans Henrich - Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig - Dr. Walther Herbst - Prof. D. Dr. Johannes Hessen - Dr. Irene Hilgers-Hesse - Kurt Hirsch - Dr. Hans Heinz Holz - Professor D. J. L. Hromádka - Professor Rolf Italiaander - Professor D. Hans Joachim Iwand - Hans Henny Jahnn † - Alexander Karev - Hans Hellmut Kirst - Prof. Dr. Friedrich Klein - Wilhelm von Kleist - Dr. Arno Klönne - DD. Heinz Kloppenburg - Prof. J. Korowin - Dr. Erich Küchenhoff - Prof. Dr. Bernard Lavergne - Dr. Jonas Lesser - Prof. Dr. Hanns Linhardt - Hans Lipinsky-Gottersdorf - Dr. Bodo Manstein - Dr. Basil Mathiopoulos - Mathias Joseph Mehs - Dr. Wilhelm Ritter von Meng - Prof. Dr. Eberhard Menzel - Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB - Herbert Mochalski - Dr. Girya K. Mookerjee - Prof. Dr. Wilhelm Müller - Hans Nätscher - Peter Nellen, MdB - Prof. Dr. Anton Neuhäusler - Anna Nieklewicz - Prof. Hermann Oberth - Prof. Dr. László Márton von Pákozdy - Prof. Dr. Linus Pauling - Rudolf Pikola - Senator a. D. Ernst Plate - Kurt Pritzkoleit - Prof. Dr. A. J. Rasker - Prof. Dr. Franz Rauhut - Dr. Hermann Rauschning - Prof. Dr. Gerhard Reintanz - Prof. Dr. Hans Rheinfelder - Prof. Dr. Renate Riemeck - Prof. Dr. Karl Rode - Ludwig Ritter von Rudolph - Lord Bertrand Russell - E. S. Sachs - Prof. Dr. Michael Seidlmayer - Paul Schallück - Adolf Schmidt - Prof. Dr. Franz Paul Schneider - Rolf von Schoen - Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl - Prof. Dr. Rudolf Schottlaender - Prof. Dr. Levin L. Schücking - Hermann Schwann - Dr. Ernst Schwarz - Prof. Dr. Dr. H. Schweigart - Richard E. Sperber - Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg - Prof. Dr. Karl Stoevesandt - Prof. D. Hermann Strathmann - Dr. Ruth Tangemann - Dr. Hans-Joachim Tepe - Hellmut Traub - Prof. Dr. Gregori Tunkin - Prof. D. Heinrich Vogel - William Warbey M. P. - Philipp Wehr, MdB - Johannes Weidenheim - Günther Weisenborn - Prof. Dr. Leo Weismantel - Prof. Dr. Aloys Wenzl - Hans Wirtz - Botschafter Dr. Zairin Zain - Konni Zilliacus M. P. - Prof. Dr. Ernst Zinner - Anton Zischka.

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 2. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM, zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.